

6. Jahrgang — Dezember 1965

9,80 DM

A 20940 F

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw - 29



Europäisierung
EUROPAS



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Tel.: (030) 4617083

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,
Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1985.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-2. Tausend Dezember 1985

Die spw erscheint 1985 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegen — in Teilaufgaben — eine Jahresabo-Rechnung, ein Prospekt des *Argument*-Verlags, Berlin/West, und eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West, bei.

Inhalt

Editorial	387
Wolfgang Abendroth — ihn nicht vergessen, heißt, von ihm zu lernen	389

Aktuelle Kommentare

<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Abschied von der »Mehrheit diesseits der CDU«?	392
<i>Christian Hossbach</i> : Rau(h)e Zeiten?	394
<i>Georg Nassauer</i> : DGB-Aktionswoche: Der Wind hat sich gedreht	395
<i>Marianne Kolter</i> : Brennpunkt Südafrika	398

Analysen

<i>Wolfgang Abendroth</i> : Warum Solidarität?	402
<i>Andreas Wehr</i> : Umrüsten statt abrüsten? Zur Diskussion über das Bülow-Papier	404
<i>Axel Horstmann</i> : Auf der Suche nach dem Fluchtweg. Zum SPD-Wirtschaftsprogrammwurf	408
<i>Helga Karl</i> : Von der Polarisierungsthese zum Modernisierungspakt Eine Auseinandersetzung mit Kern/Schumann	412
<i>Rainer Engelmann</i> : Die KP Italiens. Veränderungen und politische Perspektiven	422
<i>Uli Schöler</i> : »Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf ...« Abendroth, SPD und Presse in der Nachkriegsära	430
<i>Jürgen Seifert</i> : Wolfgang Abendroth und die SPD	438
<i>Frieder Otto Wolf</i> : Ohne Zukunft der Grünen keine Zukunft der Linken	444

Diskussionsschwerpunkt: »Europäisierung Europas«

<i>Klaus Peter Kisker und Andreas Westphal</i> Die SPD zwischen Illusion und Selbstaufgabe. Anmerkungen zu einigen außenwirtschaftlichen Aspekten der aktuellen Wirtschaftsprogrammdiskussion	449
Mit Europa die Welt verändern? Ein Streitgespräch zwischen <i>Detlev Albers</i> und <i>Peter Glotz</i>	461
<i>Wolfgang Fritz Haug</i> Ohne Antwort auf die Krisen- und Herrschaftsdynamik des transnationalen Kapitals bleibt es bei illusionärem Reformismus. Zwei Wortmeldungen zum Entwurf von <i>Peter Glotz</i>	470
<i>Pietro Ingrao</i> Europa, Dritte Welt und Friedensbewegung unter Bedingungen des potentiellen Atomkonflikts	475

Jacques Huntzinger

Das Bündnis und die Entwicklung einer europäischen Position 481

Norbert Meisner

Europäisierung bedeutet Aufrüstung 492

*Albert Statz*Das einzige Mittel gegen eine Westeuropäisierung der Militärpolitik ist eine politische Strategie einseitiger Abrüstung
Replik auf Norbert Meisner aus grün-alternativer Sicht 496**Berichte***Jürgen Blume und Frank Heidenreich*: Friedensbewegung, Europäische Identität und sozialistische Perspektiven. 4. Internationales Otto Bauer Symposium, Wien 26. bis 29. September 1985 503*Mechtild Jansen*: »Schwestern zur Sonne zur Freiheit!« Die 7. Bundeskonferenz der AsF vom 4. bis 6. Oktober 1985 in Hannover 506**Briefe an Redaktion und Autoren/Autorinnen**Betrifft: Entspannungspolitische Perspektive für West-Berlin. Zu Exner, Grigolet, Zipser in *spw* 28 (*Carsten Kessel*) 511Gefahren einer unkritischen Keynes-Adaption
Betrifft: Wirtschaftspolitische Beiträge in *spw* 28 (*Burkhard Kornetki*) 511... nicht nur »Bonzenhausen«, sondern auch »Klein-Moskau«
Betrifft: Karin Renzelmann: Genossenschaft (*Eva Brücher*) 512**Besprechungen***Abendroth, Wolfgang, u.a.*: SPD — Jenseits von Godesberg (*K.-P. Wolf*) 514*Abendroth, Wolfgang*: Die Aktualität der Arbeiterbewegung (*K.-P. Wolf*) 515*Albers, Detlev, und Franco Andreucci (Hrsg.)*: Der Weg der Arbeiterbewegung nach 1917. Zur sozialistischen Theorie in der Zwischenkriegszeit (*J. Blume*) 517

Über die Autoren/Autorinnen 520

Jahresinhaltsverzeichnis 1985 I

Editorial

Die »Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft« hat wiederholt von den Arbeiten und praktischen Ratschlägen *Wolfgang Abendroths* profitieren können (vgl. *spw* 2, 8, 26; SH 3). Er gehörte zu den Autoren dieser Zeitschrift. Wir veröffentlichen in diesem Heft seine letzte schriftliche Ausarbeitung. Sie ist ein Beitrag zur Programmdebatte in der SPD.

Wir haben den Weg einer gemeinsamen Erklärung von Redaktion und Herausgebern gewählt, um das Leben und Werk Wolfgang Abendroths zu würdigen. Mit seinem politischen und publizistischen Wirken befassen sich auch *Uli Schöler* und *Jürgen Seifert*, dessen bereits 1977 erschienenen Artikel »Wolfgang Abendroth und die SPD« wir nachdrucken. Zwei Bücher mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, »SPD — Jenseits von Godesberg« und »Zur Aktualität der Arbeiterbewegung«, rezensiert *Klaus-Peter Wolf*. Daß die Parteiführung über seinen Tod hinaus die mit seinem Ausschluß vollzogene Distanzierung nicht rückgängig gemacht hat, beweist der Nachruf in der *Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*, deren Redaktionsbeirat er selbst einmal angehört hatte. Dort schreibt der SPD-Rechtsaußen *Richard Löwenthal*: »Das Schwächste an ihm, ich kann es nicht ändern, war bei allem Einsatz sein Sinn für politische Realität und demgemäß letzten Endes seine politische Wirkung.« (Nr. 11/85, S.1043) Diese vernichtende Darstellung des politischen Wirkens Wolfgang Abendroths wird ausgerechnet in einer Situation verfaßt, in der die kapitalistische Krise die von Abendroth von Beginn an erkannte illusorische Grundlage des Godesberger Programms bereits weitgehend zerstört hat.

Mit dem vorliegenden Heftschwerpunkt greifen wir eine aktuelle Debatte innerhalb der Sozialdemokratie kritisch auf. Sowohl in der Friedens- als auch in der Wirtschaftspolitik steht das Schlagwort von der »Europäisierung« als Möglichkeit für einen Ausweg aus der Krise.

Bei der Suche nach einer neuen sicherheitspolitischen Konzeption soll durch eine Stärkung der westeuropäischen NATO-Länder deren Abhängigkeit vom US-amerikanischen Globalkonzept gemindert werden. Für die französischen Sozialisten beschreibt *Jaques Huntzinger* wie ein militärisch stärkeres Westeuropa zugleich Teil einer amerikanisch geführten Verteidigungsallianz bleiben kann. Es wird in diesem Beitrag deutlich, daß der schon in der Frage der »Nach«rüstung aufgebrochene Dissens zwischen französischen Sozialisten und deutschen Sozialdemokraten unvermindert fortbesteht. Die Gefahren einer solchen Europäisierung werden vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der Berliner SPD, *Norbert Meisner*, dargelegt. In einer Replik weist *Albert Statz* auf nach seiner Ansicht bestehende Mängel und Inkonsequenzen bei Meisner hin.

Mit seinem »Manifest für eine neue europäische Linke« hat der Bundesgeschäftsführer der SPD, *Peter Glotz*, einen provokanten Beitrag vorgelegt; er räumt der bundesdeutschen Linken nur dann Chancen ein, wenn sie sich der europäischen Dimension einer Lösungsmöglichkeit der Krise bewußt wird. Die Tragfähigkeit der Thesen von Glotz, insbesondere seine wirtschaftspolitischen Perspektiven, stehen im Mittelpunkt eines Streitgesprächs zwischen ihm und *Detlev Albers* sowie eines Beitrages von *Wolfgang Fritz Haug*, vorgetragen auf dem IV. Otto-Bauer-Symposium im September (vgl. auch den Bericht von *Jürgen Blume* und *Frank Heidenreich*). *Pietro Ingrao* von der KPI stellt in seinem Artikel die Verbindung zwischen der ökonomischen Integration Europas und einer Auflösung der Blockkonfrontation dar.

Unter dem Thema Europa gerade erschienen ist auch die November-Ausgabe der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Im Vorwort beschreibt *Peter Glotz* die jüngsten Ent-

wicklungen in der britischen Labour Party und bei den französischen Sozialisten als »Annäherungen an Konzepte, wie sie österreichische, schwedische und deutsche Sozialdemokraten vertreten, (sie) vergrößern die Chancen für ein Mindestprogramm einer europäisch operierenden Linken.« (S.968) Die Absage an jede ernsthafte systemüberwindende Politik demnach als Voraussetzung für das Glotz'sche Europa der Linken? Es drängt sich der Verdacht auf, daß mit dem Verweis auf Europa weniger an eine Lösung der internationalen Krise des Kapitalismus gedacht ist, sondern vielmehr die Verdeckung der eigenen Konzeptionslosigkeit im nationalen Rahmen erreicht werden soll.

Wie groß die Konzeptions- und Ratlosigkeit der SPD in der Debatte über eine neue wirtschaftspolitische Strategie der Partei wirklich ist, kommt in dem Beitrag von Axel Horstmann zum sogenannten Roth-Papier zum Ausdruck. Er stellt eine Momentaufnahme einer insgesamt wirr verlaufenden Debatte dar. Horstmann kommt zu dem Ergebnis, daß »jede wirtschaftspolitische Konzeption der Arbeiterbewegung, die unter den heutigen Vorzeichen den Bruch mit der herrschenden ökonomischen Logik vermeiden will, sich auf einen Fluchtweg begeben muß.«

Der Umfang dieses Heftes ist stark erweitert worden, um aktuell das Wirken von Wolfgang Abendroth zu würdigen und das Jahresinhaltsverzeichnis 1985 veröffentlichen zu können. Trotz höherer Seitenzahl bleibt der Heftpreis unverändert. Andreas Wehr

Verlagsmitteilungen

1. Neuauflage Josef Hindels, *Marxismus und Gegenwart*

Für die Bildungsarbeit in Seminaren und Juso-AG-Sitzungen wieder lieferbar ist diese 143 Seiten starke Broschüre, deren erste Auflage 1982 im Parteiverlag der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) auf Initiative ihres Wiener Bildungsausschusses erschien. Rechtzeitig zum 70. Geburtstag des Autors und *spw*-Mitherausgebers liegt damit — ergänzt um ein neues Vorwort von Kurt Neumann (Berlin/West) und Ernst Nedwed (Wien) und mitverlegt vom *spw*-Verlag — die 2. Auflage dieses zur einführenden Lektüre sehr geeigneten Textes vor. — Sonderpreis für sozialdemokratische Organisationsgliederungen und *spw*-Vertriebsagenten: 6,- DM. Auslieferung für die BRD und Berlin (West): *spw*-Vertrieb. ISBN 3-922489-07-0 DM 9,- (zzgl. Versand)

2. Katrin Fuchs/Hajo Hoffmann/Horst Klaus (Hrsg.): *Konzepte zum Frieden*

»Vorschläge für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik der SPD« machen bekannte Autorinnen und Autoren aus Partei, Gewerkschaften und Friedensbewegung: Egon Bahr über SDI, Sicherheitspartnerschaft und Genfer Verhandlungen; Günter Gaus über die DDR; Katrin Fuchs über Grundlagen von Abrüstung und Entspannung; Horst Klaus über friedenspolitische Positionen der DGB-Gewerkschaften; Konrad Gilges über die Friedensdiskussion der SPD seit Essen; Wolfgang Zellner über SDI und US-Globalstrategie u.a. — Sonderpreis für sozialdemokratische Organisationsgliederungen und *spw*-Vertriebsagenten: DM 16,-. ISBN 3-922489-06-0, DM 23,- (zzgl. Versand)

3. Jahresabo-Rechnung

Dieser Ausgabe liegt (für die Inlandsabonnenten) die Rechnung für das *spw*-Abonnement 1986 bei. Wie schon im letzten Heft angekündigt und erläutert, mußten wir zum ersten Mal seit vier Jahren den Jahresabo-Preis anheben, um nicht von den steigenden Kosten aufgefressen zu werden; incl. Versand kostet das Inlandsabo der *spw* (4 Hefte mit zusammen mindestens 500 Seiten) künftig 39,- DM, das Auslandsabo 42,- DM.

Wolfgang Abendroth — ihn nicht vergessen heißt, von ihm zu lernen

Einige vermissen einen Freund. Für andere, auch viele Leser/innen dieser Zeitschrift, hat er Bedeutung als Wissenschaftler, als Lehrer, als Kämpfer. Und manche der Jüngeren werden ihn erst noch kennenlernen, jetzt, nach seinem Tod, in seinen Schriften: als politischen Theoretiker, demokratischen Juristen und marxistischen Historiker. Am 15. September dieses Jahres, wenige Monate vor seinem 80. Geburtstag, ist Wolfgang Abendroth in Frankfurt am Main gestorben.

Abendroths eigentliche Lebensleistung ist die Verkörperung eines in Theorie und Praxis lebendigen Marxismus nach 1945. Als organisierter Sozialdemokrat hat er viele Jahre lang zu den weithin bekannten und beachteten Intellektuellen der Partei gezählt. In diesem Zusammenhang kann genügen, darauf zu verweisen, daß er dem Redaktionsbeirat der »Neuen Gesellschaft« seit ihrer Neugründung 1954 angehörte und später auch für kurze Zeit der Parteivorstandskommission zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms. Die »Mehlemer Thesen« von 1954, an denen er wesentlich mitwirkte und die seinerzeit einen breiten programmatischen Konsens zwischen Marxisten und Nicht-Marxisten, eine Vermittlung zwischen Tradition und Öffnung der Partei hätten umreißen können, zeigen Abendroth als einen Denker, der wie selbstverständlich in und mit der SPD nach Wegen einer prinzipienbewußten Erneuerung suchte. Selbst im Bewußtsein der aussichtslosen Minderheitenposition gelang es ihm, mit dem alternativen Programmentwurf »Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie« (1959) ein Dokument zu schaffen, das bis in die Gegenwart eine theoretisch-inhaltliche Brücke zwischen den »klassischen« Programmen der Sozialdemokratie (vom »Manifest« bis »Heidelberg«) und dem aktuellen sozialistischen Denken herzustellen vermochte.

Dabei hatte sein »Leben in der Arbeiterbewegung«, wie Schüler einen autobiographischen Gesprächsband mit ihm nannten (erschien 1976), nicht in der Sozialdemokratie, sondern in sozialistischen und kommunistischen Jugendorganisationen in Frankfurt am Main und Weimar begonnen. Er wurde Mitglied der KPD, Thalheimer und Brandler als Vorbilder, und schloß sich im Zuge der neuen ultralinken Wende der KPD Ende der zwanziger Jahre der KP-Opposition an. Als Gerichtsreferendar betätigte er sich schon vor 1933 in der »Roten Hilfe«. Von den Nazis sofort aus dem Amt gejagt, ging er nach Widerstandsrbeit und kurzer Inhaftierung in die Schweiz, wo er über ein juristisches Thema promovierte. Zurück in Deutschland wurde er 1937 wegen neuerlicher illegaler Arbeit zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Freilassung lernte er seine spätere Frau und engste Mitarbeiterin Lisa kennen. Er wurde in ein vornehmlich aus politischen Gefangenen gebildetes Bataillon der Strafddivision 999 eingezogen und nach Griechenland geschickt, wo er zu Partisanen Kontakt aufnahm und überlief. Weitere Stationen waren Internierung durch die Briten, die ihn bis nach Kriegsende festhielten, Rückkehr in die damalige sowjetische Besatzungszone und dort 1947 Beitritt zur SPD, Mitarbeit am Aufbau einer demokratischen Justiz, für kurze Zeit Dozent und Professor in Halle, Leipzig und Jena.

Die Einengungen, die die spätstalinistische Phase hervorrief, veranlaßten Wolfgang Abendroth, 1949 in die Westzonen überzusiedeln. An der neugegründeten Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven wurde er Professor für wissenschaftliche Politik; 1951 berief ihn die Universität Marburg auf den Lehrstuhl für Politik. Die »Mar-

burger Schule«, die nach dem frühen Tod Werner Hofmanns in Abendroth ihren eigentlichen Gründer fand, erhielt durch ihn entscheidende Impulse auch nach seiner Emeritierung in den siebziger Jahren. Sein Beitrag zur Renaissance des theoretischen Marxismus in der Bundesrepublik im Verlauf der Studentenbewegung kann kaum überschätzt werden.

Diese Neubelebung mußte zunächst ganz außerhalb der SPD und gegen ihren Widerstand stattfinden. Hatte der Godesberger Programmbeschluß von 1959 die marxistische Tradition theoretisch zu verdrängen versucht, so folgte die organisatorische Ausgrenzung marxistischer Sozialdemokraten 1961 mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), eine Entscheidung, die gerade auf Wolfgang Abendroth als Mitglied des SDS-Fördererkreises abzielte. Da er zu seinem Engagement für den SDS stand, wurde er aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Der ausgeschlossene Sozialdemokrat Wolfgang Abendroth tat nichts anderes, als den Prinzipien und Prämissen seiner bisherigen Arbeit, den Koordinaten eines deutschen »Marxismus der vierten Generation«, treu zu bleiben. Seine analytischen und politischen Auffassungen waren nicht von fraktionellen Verengungen geprägt. Er verkörperte, was er aus eigenem Erleben und aus der Kenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder vermittelte: das Streben nach Mobilisierung und Aktionseinheit der Arbeiterbewegung über ihre Partei- und Organisationsgrenzen hinweg im Kampf für die Verteidigung der Demokratie und gegen Militarisierung und Kriegsgefahr, für die Überwindung des monopolistisch gewordenen Kapitalismus und die Errichtung einer humanen sozialistischen Gesellschaft. Die schwierige und manchmal einsame Position zwischen den großen Formationen der Arbeiterbewegung einnehmend, verlangte er von den Sozialdemokraten, sich von Staatsillusionen und Antikommunismus zu trennen (so in der Phase zugespitzter Berufsverbote-Praxis in einem Artikel 1974 über »Bedeutung und Funktionsweise des Antikommunismus«); Große Koalition und Notstandsgesetze bekämpfte er ebenso wie zehn Jahre zuvor das KPD-Verbot. Gleichzeitig forderte er von den Kommunisten die konsequente Überwindung des Stalinismus und aller Relikte der ultralinken Sozialfaschismus-Doktrin. Vom Standpunkt sozialistischer Demokratie kritisierte er u. a. die Ausbürgerung Biermanns und die Inhaftierung Bahros (1978 in Beiträgen für die Zeitschrift *Das Argument*, deren ständiger Mitarbeiter er seit 1974 war). Wenn die Organisationen, denen er angehörte, ihn ausschlossen oder zum Austritt nötigten, dann hatte nicht seine kritisch-dialektische Haltung in Grundfragen des Kampfs der Arbeiterklasse sich geändert, sondern einmal mehr die Linie einer Partei.

Die unabhängige, nie standpunktlose linkssozialistische Identität zeigte sich gerade auch dann, wenn Abendroth zu theoretischen Diskussionen Stellung nahm. In der Festschrift zu Joseph Schleifstein schrieb er 1980 über die »Renaissance des klassischen Austromarxismus«, insbesondere über Otto Bauer, nicht ohne neben den Stärken auch die Schwächen früherer und aktueller marxistischer Positionsbestimmungen innerhalb der Sozialdemokratie aus seiner Sicht herauszuarbeiten. Auf dieser immer neu zu ziehenden Linie eines »integralen Sozialismus«, der Lernprozesse in allen Lagern der Arbeiterbewegung will, lag es daher, daß er 1982 ausdrücklich von Antonio Gramsci und Otto Bauer als »Klassikern marxistischen Denkens« sprach.

Blieb auch die Frage der Mitgliedschaft in der SPD für Abendroth selber beantwortet, weil die Partei ihren Irrtum von 1961 bis zuletzt nicht offiziell eingestand und korrigierte, so änderte sich seine Beurteilung der strategischen Bedeutung der Sozialdemokratie für jedes Projekt sozialistischer Gesellschaftsveränderung in unserem Land nicht. Sein politisches Denken blieb wesentlich auf die Sozialdemokratie bezogen, trotz tief verletzender

Angriffe seitens der SPD — zuletzt von Peter v. Oertzen. An die Adresse nicht bloß der zahlreichen linken Intellektuellen aus den Tagen der Studentenbewegung von '68 formulierte er 1980 anlässlich eines Seminars über die »Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD«:

»Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands — der ich ja nicht angehöre, um das nochmals zu betonen, der ich auch nicht beizutreten gedenke, um das ebenfalls zu betonen —, diese Sozialdemokratische Partei ist in der Bundesrepublik Deutschland nun einmal die Partei, um die sich die Majorität der abhängig Arbeitenden, soweit sie überhaupt eine Form von politischem Bewußtsein entwickelt, sammelt, und der von dieser Majorität applaudiert wird in den Wahlen. Die Sozialdemokratische Partei ist deshalb ohne Zweifel, so wie die Dinge in der Bundesrepublik liegen, das wesentlichste Kampffeld, wie der wesentlichste Kampffaktor, zugunsten der Wiederbelebung von Klassenbewußtsein und Wiedereinführung dieser abhängig arbeitenden Klasse als Subjekt in die bundesrepublikanische Geschichte, in der sie ja häufig genug nur Objekt gewesen ist.«

Für den SHB, 1960 als parteivorstandsloyale sozialdemokratische Hochschulorganisation gegen den linksoppositionellen SDS gegründet, gewann Abendroth seit den Jahren der Großen Koalition eine wachsende Bedeutung. In Referaten und Artikeln nahm er argumentativ Einfluß auf die Positionsbestimmung des Verbandes und förderte dessen Linksentwicklung. Er trug viel zur Einsicht in die Notwendigkeit des Bündnisses von Intelligenz und Arbeiterklasse — und das hieß konkret: einer Politik der gewerkschaftlichen Orientierung an den Hochschulen — bei. Seit der Linkswendung der bundesdeutschen Jungsozialisten verfolgte er aufmerksam und mit kritischer Sympathie die neuen Ansätze marxistischen Denkens. In Kräfteverhältnissen denken (und handeln) zu können, ist vielleicht die wichtigste Fähigkeit gerade Wolfgang Abendroths, von der die heutige Generation junger Sozialisten zu lernen hätte. Auf Seminaren der sozialistischen Jugendorganisationen jedenfalls gehören Texte wie »Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie« (4. Auflage, 1978) und andere politische Analysen zu den wichtigen Materialien. Und nicht zuletzt die Gründung dieser Zeitschrift steht im Zusammenhang mit dem schwierigen, von Wolfgang Abendroth mitinspirierten Projekt der Rekonstruktion einer marxistischen Gruppierung innerhalb der Linken von SPD und SPÖ.

Über Jahrzehnte war Abendroth beispielgebend in der Erhaltung eines realitätstüchtigen Marxismus, der neue Entwicklungen und Erfahrungen verarbeiten kann. Die ihm folgenden Generationen von Marxisten werden sich an dieser Fähigkeit zu messen haben; sie können an der Aufgabe scheitern, revolutionäre Theorie und Politik auf eigenen Füßen zu entwickeln. In jedem Fall wird es darum gehen müssen, seinen Kampf in den Reihen der sozialdemokratischen Parteien heute als Vorbild zu nutzen. So wird das Denken Wolfgang Abendroths nicht verloren sein.

Herausgeber und Redaktion der *spw*

Aktuelle Kommentare

Klaus-Peter Wolf

Abschied von der »Mehrheit diesseits der CDU«?

Zur SPD-Debatte über Bündnisse mit den Grünen

Nichts scheint die SPD im Augenblick mehr zu beschäftigen als ihr Verhältnis zu den Grünen. Diese Bündnisdiskussion ist voll entbrannt, nachdem die Hessen eine rot-grüne Koalition vereinbart haben und der wohl unvermeidliche Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, in keinem Fall eine Liaison mit den Grünen will. Es handelt sich zunächst um einen »Phantomstreit«. Bevor weitere Bündnisentscheidungen anstehen, gilt es für die Sozialdemokratische Partei zu klären, welche Gründe für den sozialliberalen Niedergang maßgeblich waren, um diese Überlegungen in die programmatische Erneuerung mit einfließen zu lassen. Wenn die inhaltlichen Grundpositionen ausformuliert sind, kann überlegt werden, wie die SPD die Meinungsführerschaft in der Bevölkerung und Mehrheiten bei Wahlen wiedergewinnen kann. Für den Fall, daß die parlamentarische Mehrheit von der SPD allein nicht erreicht wird, gilt es rechtzeitig zu überlegen, mit welchen Partnern sich sozialdemokratische Politik durchsetzen läßt.

Die gegenwärtige Orientierungslosigkeit und Sprunghaftigkeit der SPD-Führung in der Bündnisdiskussion läßt sich auch damit erklären, daß die zuerst zu beantwortenden Fragen bislang ungeklärt sind. Mit dem »Programm Rau« wird die SPD den Klärungsprozeß nicht voranbringen. Rau ist zwar ein sozialdemokratisches Pendant zu Kanzler Kohl. Mehr aber auch nicht.

Es verhilft der SPD nicht zu mehr Glaubwürdigkeit, wenn sie ihr Verhältnis zu den Grün-Alternativen von Fall zu Fall klären will. Im West-Berliner Wahlkampf Anfang dieses Jahres lehnte der Spitzenkandidat Hans Apel jedes Bündnis mit der Alternativen Liste kategorisch ab. Die Berliner SPD erlitt ein Wahldebakel, obwohl sie sich von den Alternativen, die in der Stadt unter konservativem Dauerbeschuß standen, stur abgegrenzt hat. Auch Lafontaine und Rau haben den Grünen in den Landtagswahlkämpfen eine Absage erteilt. Sie erreichten dennoch eine absolute Mehrheit für die SPD.

Der niedersächsische Ministerpräsidentenkandidat, Gerhard Schröder, liebäugelte zunächst mit einem rot-grünen Bündnis. Er ging dann allerdings demonstrativ auf Distanz, nachdem sich Johannes Rau als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat inthronisieren ließ. Schließlich Holger Börner, der zunächst in Bauarbeiter-Mentalität Lust verspürte, auf die Grünen mit Dachlatten zuzugehen, sich dann jedoch für eine Koalition entschied, nachdem es eine rechnerische »Mehrheit links von der CDU« gab. Jetzt heißt es aus Hessen, es gibt »derzeit keine Alternative« zur Koalition mit den Grünen. Finanzminister Krollmann betonte bei der Haushaltsdebatte, die SPD sei durch die Zusammenarbeit mit den Grünen »in zentralen Fragen der Landespolitik ein gutes Stück vorangekommen«.

Der mühsam erreichte Koalitionsbeschluß in Hessen beflügelte die Orientierungslosigkeit der SPD-Führung. Hessen sei »kein Modell für den Bund« und ein Bonner Bündnis von SPD und Grünen sei »nicht seriös«, ließ Bundesgeschäftsführer Glotz verlauten. Johannes Rau bekräftigte um so deutlicher, er wolle die absolute Mehrheit erreichen und werde sich nicht mit grünen Stimmen zum Kanzler wählen lassen.

Auch wenn die gegenwärtige Bündnisdiskussion losgelöst von inhaltlichen Fragen geführt wird, verbirgt sich dahinter ein handfester Streit über den künftigen Kurs der Sozialdemokratie. Maßgebliche Sozialdemokraten — wie Glotz, Vogel und Börner — streben eine Integration von wesentlichen Teilen der Grünen an, um sie überflüssig zu machen. Da wird im Saarland Jo Leinen als Stimmenfänger im grünen Wählerpotential eingesetzt. In dieses Konzept paßt auch die rot-grüne Koalition in Hessen. Da soll — in der begonnenen Programmdebatte — das neue Godesberger Programm ökologisch modernisiert werden.

Diese sozialdemokratische »Grün«-Phase muß jedoch nicht lange andauern. Denn ironischerweise unter dem Titel »Manifest für eine neue europäische Linke« plädiert Peter Glotz für neue politische Formationen und Akzente: es müßten Randschichten des konservativen Blocks gewonnen und dem Kapital bessere Renditebedingungen verschafft werden. Dieser Glotz-Kurs schwört die Gefahr herauf, daß sich die Sozialdemokratie konservativen Werten und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen anpaßt. Spätestens wenn dieses Konzept greift, könnte sich der harte Kern der SPD-Rechten voll einschalten und wieder an die gescheiterte Politik der 70er Jahre anknüpfen. Diese Strategie hält die SPD offen für Kooperationen mit »aufgeklärten Konservativen« wie Biedenkopf und Späth. Wer solche Perspektiven verfolgt, kann natürlich ein historisches Bündnis zwischen SPD und Grünen in Bonn »nicht seriös« finden.

Im Widerspruch dazu steht eine inhaltliche Öffnung der Partei nach links, die sich nicht mit Modernisierungsstrategien und dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft begnügt. Für ein solches Konzept könnten die Grün-Alternativen als linkes Druckpotential — auch in den Parlamenten — hilfreich sein. Integrationsabsichten verbieten sich geradezu, was nicht bedeutet, die Grünen stärken zu wollen. Inhaltliche Kooperationen in den Parlamenten bieten sich jedoch an. Die SPD könnte den konservativen Widerstand gegen rot-grüne Bündnisse nutzen, um sich als fortschrittliche Kraft gegen die »Wende« zu profilieren. (Denken wir nur daran, wie sichtbar das Demokratieverständnis von Industrie-Vertretern wurde, die in Hessen mit Investitionsabzug drohten.) Dies könnte ein Weg sein, um den sozialdemokratischen Erneuerungsprozeß voranzutreiben und eine »Mehrheit diesseits der CDU« auf ein inhaltliches Fundament zu stellen.

Für eine realistische Strategie im Parlament würde dies bedeuten, die Handlungsfähigkeit einer zunächst nur rechnerischen grün-roten Mehrheit anhand konkreter Problemstellungen zu testen und Schritt für Schritt zu erweitern. SPD und Grüne müßten sich zunächst auf einen Abbau der Pershing II und auf eine Rückgängigmachung der schlimmsten sozialen Einschnitte einigen.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob Willy Brandt mit seinem stark beachteten Fernsehinterview an vorherige konzeptionelle Vorstellungen von einer »Mehrheit diesseits der CDU« anknüpfen wollte. Die Dementis erfolgen postwendend. Wer jedoch glaubt, der Bundespräsident sei zunächst am Zuge, wenn 1987 die derzeitige Koalition ihre absolute Mehrheit verliert und SPD und Grüne eine rechnerische Mehrheit haben, lügt sich in die eigene Tasche. Soll Richard von Weizsäcker der SPD den richtigen Weg weisen? Nein, die SPD muß vorher selbst wissen, ob sie gegebenenfalls ihre politischen Ziele mit den Grünen durchsetzen will, wenn sie es allein nicht schafft.

Aber natürlich kann eine rot-grüne Koalition — ob in den Ländern oder im Bund — kein sozialdemokratisches Wahlziel sein. Holger Börner ist da frei von jedem Verdacht. Im Lichte des Wahlergebnisses hat er jedoch die Kernfrage gestellt: soll die Regierungsverantwortung bei den Sozialdemokraten bleiben oder an die Konservativen fallen? Das Ziel müßte also nun lauten, 1986 die konservative Albrecht-Regierung in Hannover und 1987

die konservative Kohl-Regierung in Bonn ablösen zu wollen, zumal die Bonner Koalition bei einem Regierungswechsel in Niedersachsen ihre Bundesratsmehrheit verlieren würde.

Die Rau-Glotz-Linie läßt am erforderlichen Willen, in Bonn die Konservativen ablösen und selber regieren zu wollen, ernsthaft zweifeln. Die Durchhalteparole — »absolute Mehrheit für '87 ist drin« — verliert an Wirkung. Peter Glotz meinte lapidar, wenn die SPD 1987 keine »ausreichende Mehrheit« erhalte, dann müßte die Union mit der FDP weiter regieren! Es käme einem Wunder gleich, wenn die SPD in Niedersachsen und bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit erreichen würde. Wiederholt Bonn jetzt den Berliner Fehler aus dem Wahlkampf 1985? Hans Apel, der in West-Berlin ebenfalls mit illusorischen Wahlprognosen antrat, bekam nämlich die Quittung. Mit der AL wollte er nicht paktieren, ohne sie hatte er keine reale Siegesschance. Warum sollte eine SPD, die nicht wirklich regieren will, mit einem Stimmenzuwachs rechnen können?

Wer in Bonn, Hannover und anderswo Bündnisse mit Grün-Alternativen definitiv abschließt, verspielt sozialdemokratische Regierungschancen und hemmt einen inhaltlichen Erneuerungsprozeß. Die herrschenden Konservativen wissen, warum sie die SPD davor warnen, den »Konsens der Demokraten« zu verlassen und rot-grüne Bündnisse zu schließen.

Christian Hossbach

Rau(h)e Zeiten?

Es war der Abschluß des Bonner Sommertheaters, Sparte SPD: *Johannes Rau* soll es sein, durften wir den Medien entnehmen. Eine Fortsetzung des massenmedialen Stocherns im »Zwischenmenschlichen« der Partei-Patriarchen interessiert hier nicht, aber was *bedeutet* dieser Schritt für uns, für die Entwicklung der SPD?

Wahlkampf fällt mir ein, logisch. Denn wer den NRW-Wahlkampf im Frühjahr kritisch beobachtete, wer einmal eine Rau-Rede hörte, der muß als einzig bestimmende sozialdemokratische Maxime des Bundestagswahlkampfes 1987 befürchten: »Wir in Nordrhein-Westfalen wählen unseren Bruder Johannes.« Wer heute an Fernsehduelle Kohl/Rau denkt, muß nur noch rätseln, ob nun 30 oder 50% der Jungwähler grün wählen: Langeweile auf allen Kanälen?

Aber mit der Rau-Entscheidung ist nicht nur ein betont personenbezogener, konfrontationsarmer Wahlkampfstil absehbar. Mit J.R. sind auch die möglichen Themen eingegrenzt. Wer nach Lafontaine, Hessen, »Arbeit und Umwelt« ein Durchschlagen linker Programmatik bis auf die Politik der Bundespartei erwartet hatte, sieht sich im Irrtum. Johannes Rau ist kein Kandidat für eine offensive, linke Politik, die eine entscheidende Wende in der Außen- (USA-Orientierung) oder Wirtschaftspolitik (Eigentumsfrage) bringt. Seine Nominierung ist vielmehr Ausdruck der mangelnden Überarbeitung alter Regierungspolitik; sie steht in Kontinuität zu Schmidtscher Politik.

Daß die Partei überhaupt darüber nachdenken kann, ab 1987 wieder zu regieren, liegt an der Unfähigkeit der Rechtsregierung, die wirtschaftliche Krise zu bändigen sowie an der leidlich bekannten Inkompetenz der Herren in Bonn, die die Auseinandersetzungen

zwischen den Kapitalfraktionen auf dem Niveau von »Automatix gegen Verleihnix« nachspielen. Eine mögliche SPD-Regierung nach 1987 wird aber nicht lange dauern, wenn die Partei und ihr Kanzlerkandidat nicht über die wirklichen Gründe für die Wirtschaftskrise sprechen: nicht das schlechte Wetter oder der dumme Herr Kohl, sondern die Mängel jenes Systems, das wir Kapitalismus nennen; jener Wirtschaft, die am Profit orientiert ist, nicht am Umweltschutz, nicht an Arbeit für alle, nicht am Qualifikationsniveau. Diese Wirtschaft, die auf Teufel-komm-raus produziert, was heute Gewinn bringt, die muß regelmäßig auf dem Bauch — in der Krise — landen. An diesem »Muß« ändert auch eine SPD-Regierung, das Auswechseln der Minister allein noch nichts. Diese Erfahrung mußten wir schon einmal machen. Werden allerdings im Wahlkampf wieder Illusionen verbreitet, mit uns gehe »alles besser«, wird die Quittung der Wähler umgehend folgen.

Es ist zweifellos der schwierigere Weg, die *Funktionsweise* des Systems und die notwendige Schwäche jeder Regierung im Kapitalismus aufzuzeigen. Aber das wird notwendig ein, wenn die SPD auf längere Sicht regieren soll, um in einem harten Prozeß gesellschaftsverändernde Politik durchzusetzen; dies ist nur mit einer mobilisierungstarken Partei und einer aufgeklärten, aktiven Wählerschaft im Rücken möglich. Die Jungsozialisten und SPD-Linke kämpfen für eine solche antikapitalistische SPD. Peter Glotz, Volker Hauff und Genossen dagegen entwickeln immer neue Konzepte für eine Regierungs-SPD im Bündnis mit Teilen des Kapitals. Sicher, die Linke zu entwickeln, heißt auch, die Rechte zu spalten. Eine Kooperation mit »vernünftigen« Teilen des Kapitals kann gar nicht ausgeschlossen werden, aber für die intelligente Parteirechte ist sie nicht Mittel zum Zweck, sondern Programm: Gewünscht ist eine Regierung der »modernen« Industrie mit den »modernen«, den verbliebenen Mit-Arbeitern.

Wann dieses Bündnis zwischen Späth, Biedenkopf, Glotz und Rau zustande kommt — und wie schnell es im Parlament umsetzbar wäre —, ist völlig unklar. Eindeutig ist allerdings, daß die Grünen für diese Techno-Koalition nicht gebraucht werden. Einige SPD-Strategen werden also alles versuchen, diesen »Störfaktor« unter die 5-Prozent-Marke zu drücken — in der kurzfristigen Hoffnung auf 47% und die absolute Mehrheit der Parlamentsmandate. Aber die »Mehrheit links von der CDU« braucht eine SPD, die zum Bündnis unterschiedlicher Kräfte bereit ist und keinen Verdrängungswettbewerb betreibt.

Mit Johannes Raus Kandidatur ist noch keine langfristige SPD-Strategie beschlossen. Die Linke in den Bezirken wie im Frankfurter Kreis muß einsehen, daß sie sich nicht auf durch Lafontaine oder Schröder geschürten Illusionen ausruhen darf. Sie muß statt dessen daran arbeiten, aus den vorhandene Ansätzen in Entspannungs-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik ein zusammenhängendes Konzept zu entwickeln, das sowohl für das Wahlprogramm 1987 als auch längerfristig in der Grundsatzprogrammdebatte tragfähig ist.

Georg Nassauer

DGB-Aktionswoche: Der Wind hat sich gedreht

»Der Wind hat sich gedreht, die Gegenwehr der Betroffenen wird spürbar«, so der DGB-Vorsitzende Ernst Breit zum Abschluß der DGB-Aktionswoche vom 14. bis 20. Oktober 1985. Mehr als 600 000 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten in dieser Woche und

nahmen an 443 Kundgebungen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau unter dem Motto: »Arbeit für alle, mehr Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit« teil. — Ebenfalls sehr gut besucht waren die Veranstaltungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technologiepolitik, die der DGB bundesweit durchführte.

Für den DGB ging es zu allererst um den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Angesichts von 3,4 Mio. Arbeitslosen (davon 2,2 Mio. bei den Arbeitsämtern gemeldete und 1,2 Mio., die es aufgegeben haben, zum Arbeitsamt zu gehen) fordert der DGB eine Offensive für qualitatives Wachstum: Arbeitsplätze werden gebraucht im Umweltschutz, in sozialen Diensten, für erschwingliche Wohnungen, für grüne, gesunde Städte, moderne Bildungsstätten, saubere Kraftwerke, bessere öffentliche Verkehrsverbindungen. Hierfür sind mindestens 50 Mrd. DM nötig. Durch den Abbau der Arbeitslosigkeit würde sich ein Großteil der Investitionen selbst finanzieren.

Auch mit dem Abbau von Subventionen muß ernst gemacht werden; Rüstungsausgaben dürfen auf Dauer kein Tabu sein. Durch Auflagen und Gesetze müssen Unternehmen zu Investitionen für den Umweltschutz angeregt werden. Hierfür hat der DGB ein Programm »Umweltschutz und qualitatives Wachstum« erarbeitet, in dem Vorschläge für umweltschonende Produktionsverfahren und die Wiederverwertung des Abfalls enthalten sind.

Da der technische Umbruch Produktivitätssteigerungen bewirkt, die so groß sind, daß zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ein illusorisches Wirtschaftswachstum von 6 bis 8 Prozent notwendig wäre und neue Technologien weitere Arbeitsplätze vernichten, bleibt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Allein die in der letzten Tarifrunde erreichte 38,5-Stunden-Woche bei der IGM, HBV sowie Druck und Papier hat 160000 Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen.

Ein weiteres zentrales Thema der Aktionswoche war die soziale Sicherung. Technische Geräte sorgen zunehmend für die Erträge der Unternehmen. Deshalb sollen diese auch zur Finanzierung der Rentenversicherung mittels »Wertschöpfungsabgabe« herangezogen werden, damit Hauptnationalisierer mit fast menschenleeren Fabriken nicht mehr auf Kosten der um Arbeitsplätze bemühten Unternehmen Gewinne machen können. Auch werden somit Unternehmen gerechter zur Arbeitslosenversorgung herangezogen. Leistungskürzungen im Bereich des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe müssen zurückgenommen werden. Skandalös ist die Tatsache, daß die Bundesanstalt für Arbeit zum zweiten Mal hintereinander Überschüsse erwirtschaftet hat. Diese müssen durch Leistungsverbesserungen den Arbeitslosen zugute kommen.

Mit dem »Beschäftigungsförderungsgesetz« vom 1. Mai diesen Jahres sind befristete Arbeitsverhältnisse von bis zu 18 Monaten bei Neueinstellungen möglich. Sie sind in vielen Betrieben schon die Regel. Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen versuchen, einen festen Arbeitsplatz zu bekommen. Sie leisten mehr, als sie auf Dauer durchhalten können. Wenn einige mehr leisten, wird für alle der Leistungsdruck am Arbeitsplatz erhöht. Auch wird mit befristeten Arbeitsverträgen der Kündigungsschutz umgangen. Arbeitnehmer werden als »Ex und Hopp-Wegwerfware« auf dem Arbeitsmarkt mißbraucht.

Auch Leiharbeitsfirmen werden durch dieses Gesetz begünstigt. Leiharbeiter (s. Wallraff) dürfen nur ein halbes Jahr im Betrieb sein. Hierdurch wird Arbeitgebern die Möglichkeit eingeräumt, Stammbeslegschaft abzubauen und diese durch Leiharbeiter zu ersetzen. »Heuern und feuern wird zum Prinzip«. Massenentlassungen werden erleichtert, ein Sozialplan ist nur noch erzwingbar, wenn — je nach Betriebsgröße — über 10 bis 20 Prozent der Arbeitnehmer entlassen werden sollen. Der Jugend- und Frauenarbeitsschutz soll

aufgeweicht werden. Schwerbehinderte werden benachteiligt. Ihr besonderer Kündigungsschutz soll eingeschränkt, ihr Zusatzurlaub gekürzt werden. Das Gesetz wendet sich gegen die Arbeitnehmer, gegen die Arbeitslosen und gegen die Rentner.

Gegen gewerkschaftsfeindliche Gesetze der Koalition!

Im Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche verweigerte die Bundesanstalt für Arbeit den von Produktionsstilllegungen betroffenen Arbeitnehmern außerhalb der Streikgebiete das Kurzarbeitergeld. Die Gerichte entschieden: »Der Erlaß ist Rechtsbruch«. Das Kurzarbeitergeld mußte gezahlt werden. Der Rechtsbruch von damals soll nun Gesetz werden! Durch die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetzes soll verhindert werden, daß außerhalb von Streikgebieten Kurzarbeitergeld gezahlt wird, außerdem sollen bundesweite »kalte Aussperrungen« auf regional begrenzte Streiks erlaubt werden. Die geplante Gesetzesänderung bedeutet die Zerstörung der Tarifautonomie.

Unter dem Vorwand des Minderheitenschutzes soll das Betriebsverfassungs- und das Personalvertretungsgesetz geändert werden. Sprecherausschüsse von Leitenden Angestellten sollen gesetzlich verankert werden. Den Leitenden Angestellten wird somit die Möglichkeit eingeräumt, Betriebsratsentscheidungen anzugreifen.

Splittergruppen sollen durch Veränderung der Wahlvorschriften in die Betriebsräte und ihre Ausschüsse gedrückt werden. Dieser Gesetzentwurf zielt auf die Schwächung der Einheitsgewerkschaft und eine Zersplitterung der Betriebsräte ab, um eine erfolgreiche Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu verhindern.

Die Aktionswoche hat auch das Thema Mitbestimmung wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Ziel ist die Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen. In regionalen Wirtschafts- und Sozialräten müßten Gewerkschaften und Arbeitgeber Konzepte erarbeiten, damit nicht nur die einzelbetrieblichen Gewinninteressen die regionale Entwicklung steuern, sondern die Interessen aller in Wirtschaft und Gesellschaft. Mehr Mitbestimmung wird gefordert bei Rationalisierung und Einführung neuer Technologien, bei Arbeitsgestaltung, bei Personalplanung und -entscheidung, bei der Verarbeitung von Personaldaten, bei Betriebsänderungen. Mehr Mitbestimmung und das Verbot der Aussperrung und eine einheitliche Interessenvertretung verhindern, daß die Unternehmen den Arbeitnehmern einseitig die Bedingungen diktieren.

Für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften ist es notwendig, daß die Themen der Aktionswoche auf der Tagesordnung bleiben und weiterhin in den Betrieben in Betriebs-, Personal- und Vertrauensleuteversammlungen diskutiert werden, damit die Mobilisierungsfähigkeit, die sich in der Aktionswoche bewiesen hat, für die kommenden Tarifaussinandersetzungen erhalten bleibt. Eine erfolgreiche Tarifpolitik ist insbesondere in der Krise nur durch eine erhöhte Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer möglich. Schwerpunkte der kommenden Tarifrunde sind weitere Arbeitszeitverkürzungen sowie Lohnerhöhungen zur Steigerung der Massenkaukraft. Diese ist von 1979 bis 1984 um rund fünf Prozent gesunken, während allein von 1982 bis 1984 die Nettogewinne der Unternehmen um 31,5 Prozent stiegen. Wenn die Gewerkschaften es nicht schaffen, die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz zu verhindern, mit dem den »Kalt-Ausgesperrten« das Arbeitslosengeld verweigert werden soll, müssen sie sich entweder dem Arbeitgeberdiktat beugen oder schon frühzeitig andere Arbeitskampfstrategien entwickeln und erproben. Die Mobilisierung der Arbeitnehmer für die Aktionswoche läßt hoffen, daß die neue Beweglichkeit eine soziale Bewegung werden kann.

Daß die Koalition aus Regierung und Kapital dem DGB vorwirft, er habe mit der Ak-

tionswoche »unzulässigen Druck auf die Bundesregierung ausgeübt«, war zu erwarten. Wie es um die Machtverhältnisse in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt das Beispiel Hessen. Hier begrüßt es die Bundesregierung, daß wegen der Koalition von SPD und Grünen einige Unternehmer ihre ökonomische Macht gegen eine demokratisch gewählte Landesregierung einsetzen wollen und mit Investitionsverlagerungen drohen. Breit: »Wer die Aktionswoche kritisiert und gleichzeitig für Hoechst Verständnis signalisiert, stellt sich nicht das Zeugnis eines Demokraten aus!«

Marianne Kolter

Brennpunkt Südafrika

Wanken die Grundfesten der Apartheid?

»Der Widerstand des südafrikanischen Volkes wächst weiter an: Geschäfte der Weißen werden boykottiert, lokale Apartheidstrukturen zerstört, Unternehmen massiv bestreikt. Die Regierung kann auf traditionelle Weise nicht mehr weiter regieren. Immer mehr unterdrückte Südafrikaner wollen radikale Veränderung. Sie lassen sich durch leere Reformversprechen nicht ködern. Das Apartheidregime, dieses 'Verbrechen gegen die Menschlichkeit' (UNO-Konvention von 1973), kann sich nur noch durch offenen Terror aufrechterhalten.«¹

Am 18. Oktober 1985 wurde der Schriftsteller *Malesela Benjamin Moloise*, Mitglied des ANC (African National Congress), hingerichtet, obwohl der ihm vorgeworfene Mord an dem schwarzen Polizisten Philipus Selepe nicht nachgewiesen war und trotz aller Proteste aus der ganzen Welt. Die Regierung des Staatspräsidenten *Pieter W. Botha* wollte durch diesen staatlich sanktionierten Mord erneut ihre Stärke und Unbeugsamkeit demonstrieren. Niemand rechnet heute mit einer echten Bereitschaft des Apartheidregimes, in Südafrika eine nichtrassistische Zukunft aufzubauen. Botha selbst betonte dies neuerlich in seiner Rede von einer Regionalkonferenz seiner Partei, der seit 1948 regierenden Nationalen Partei (NP), in Port Elizabeth am 30. September 1985: »Alle Einwohner sollten das allgemeine Wahlrecht haben, aber dies soll in Strukturen der Fall sein, die von Südafrikanern gewählt wurden, nicht vom Ausland her vorgeschrieben werden oder anderswo in der Welt erprobt worden sind.«²

In typisch rassistischer Manier stellte er fest, eine Wahl nach dem Prinzip »eine Person, eine Stimme« hätte lediglich die »Diktatur der stärksten schwarzen Gruppe«, noch mehr »Kampf und Blutvergießen«³ zur Folge. Diese Bemerkung, die vor dem Hintergrund von nahezu 1000 Toten, der zahlreichen Verhafteten und Gefolterten seit Beginn der anhaltenden Unruhen im August letzten Jahres gesehen werden muß, ist ungeheuerlich, bedenken wir die ungezählten »stillen« Opfer der Apartheid, den gar nicht spektakulären Tod der unterernährten schwarzen Kinder in Südafrika z.B., von denen in manchen sogenannten »Heimatländern« 50% das fünfte Lebensjahr nicht erreichen.⁴ Gleichwohl will Botha

auch diese »Heimatländer« erhalten als Teile eines »föderativen Bundesstaates Südafrika« ebenso wie die getrennten Wohngebiete und Schulen.

Doch selbst Bothas Reformrhetorik geht einigen schon zu weit. Bei den Nachwahlen zum Parlament im Oktober erhielt die ultrarechte »Reformierte Nationale Partei« erstmals einen Sitz. Das Ergebnis ist neben der wachsenden Selbstaufrüstung mit Waffen und Munition ein weiteres Indiz für eine noch stärkere Radikalisierung eines Teils der weißen Bevölkerung nach rechts.⁵ Andererseits sieht sich die Botha-Regierung der Kritik des südafrikanischen und internationalen Kapitals ausgesetzt, das Reformen fordert, mit deren Hilfe die gegenwärtige Aufstandssituation zu meistern wäre und eine Lösung der anstehenden Probleme ohne entscheidende Positionsverluste für die Kapitaleigner geschaffen werden könnte.

Dies veranlaßte die sieben größten Wirtschaftsverbände des Landes bereits im Januar 1985 zur Übergabe eines Memorandums an den damals Südafrika bereisenden US-Senator *Edward Kennedy*. Sie forderten u.a. die Beteiligung der Schwarzen an der Politik, Abschaffung der rassistischen Diskriminierungen im Arbeitsleben, Staatsbürgerrechte für alle, also auch die Schwarzen, etc. Ende August veröffentlichten die wichtigsten Unternehmerverbände dann eine weitere Erklärung, in der sie die baldige Beendigung des seit Juni verhängten Ausnahmezustandes und Verhandlungen der Regierung mit »den anerkannten Führern der Schwarzen« fordern, »selbst wenn diese sich derzeit in Haft befinden«.⁶

Diese letzte Formulierung bezieht sich wohl in erster Linie auf den seit 23 Jahren eingekerkerten ANC-Führer *Nelson Mandela*, der zur Schlüsselfigur für Verhandlungen zwischen dem nationalen Widerstand, für den er sowohl in Südafrika wie im Ausland Symbolcharakter hat, und der südafrikanischen Regierung geworden ist. Verhandlungen mit Mandela aber würden bedeuten, daß die Regierung Botha die seit 1960 verbotene südafrikanische Befreiungsbewegung anerkennen müßte, denn *Nelson Mandela* hatte im Januar des Jahres derartige Verhandlungen von dieser Anerkennung abhängig gemacht. Er hatte ein Angebot der Regierung abgelehnt, mit dem seine Freilassung bei Aufgabe des Kampfes gegen die Apartheid in Aussicht gestellt wurde, und sein Festhalten an der Organisation, dem ANC, ihrem Ziel eines freien und demokratischen Südafrika und ihren Widerstandsformen, zu denen auch der bewaffnete Kampf zählt, erklärt.⁷

Da die südafrikanische Regierung aber trotz der tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise, in der sich das Land befindet, bis heute nicht bereit ist, die Befreiungsbewegung anzuerkennen, ergriffen die Unternehmerverbände die Initiative. Der Vorstandsvorsitzende des Flaggschiffs des südafrikanischen Kapitals, der Anglo-American-Corporation, *Gavin Relly*, führte im September mit dem ANC in dessen Hauptquartier in Lusaka (Sambia) Gespräche. Die südafrikanische Wirtschaftszeitung »Business Day« kommentierte:

»In den Gesprächen zwischen den Unternehmern und dem ANC steckt eine Botschaft für Pretoria. Die Regierung hat die Initiative zu Reformen verloren und sie könnte die Wirtschaftsführer für immer verloren haben. Noch vor sechs Wochen war die Wirtschaft bereit, den Ausnahmezustand zu akzeptieren ... Als Präsident P.W. Botha vor drei Wochen den 'Rubikon überschritt' [mit einer Rede, in der sein prinzipielles Nein zur Abschaffung der Apartheid deutlich wurde], ertränkte er endgültig das Vertrauen der Wirtschaft in die Fähigkeit der Regierung, eine friedliche politische Zukunft auf dem Verhandlungswege herbeiführen zu können.«⁸

Diese Absage bedeutet für Botha eine klare Niederlage. Denn noch vor einem Jahr ließ er sich als Reformator und Schöpfer einer Verfassung feiern, in der den Indern und Farbigen für ein »Drei-Kammern-Parlament« Wahlrecht zugestanden wird, auch wenn die Struktur

dieses Parlaments den Weißen eine automatische Mehrheit und damit die weitere Herrschaft sichert. Die schwarze Bevölkerung dagegen darf überhaupt nicht wählen, für sie sind die »Heimatländer« gedacht.

Gleichzeitig mit der Verabschiedung dieser neuen Verfassung versuchte die südafrikanische Regierung, mit den Nachbarstaaten zu Verträgen zu kommen, die eine Befriedung der gesamten Region des südlichen Afrika im Sinne Pretorias gewährleisten sollten. All diese Maßnahmen sollten eine Zeit der idyllischen Ruhe in der gesamten Region einleiten und der Botha-Regierung die Vorherrschaft für lange Sicht bescheren.

Dieses Konzept ging indes nicht auf. Die Wahlen zu den Kammern der Inder und Farbigen wurden von ca. 80 % der Wahlberechtigten boykottiert, und gerade die Auseinandersetzungen um die neue Verfassung und die Wahlen hatten einen politisierenden Effekt in breiten Teilen der Bevölkerung des Landes. Ausdruck dieser Politisierung waren die Gründung der »Vereinigten Demokratischen Front (UDF)«, die heute mehr als 700 Organisationen (kommunale, kirchliche, Frauen-, Schüler-, Studentenorganisationen etc.) umfaßt, und die Gründung des »Nationalen Forums«, ebenfalls ein Bündnis unterschiedlicher Kräfte. Die UDF gilt heute als wichtigste legale Kraft, die den Widerstand in den schwarzen Ghettos, den »town-ships«, organisiert und viel dazu beiträgt, daß die Aktionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen nicht isoliert nebeneinander stehen, sondern miteinander koordiniert werden.

Diese Versuche, den Widerstand zu vereinheitlichen und alle Anti-Apartheid-Kräfte in einen nationalen Prozeß einzubeziehen, wertete der ANC auf seiner 2. Beratenden Konferenz im Juni 1985 in Sambia als »eine unserer wichtigsten Prioritäten«. ⁹ Der ANC benannte als Aufgaben für die nächste Zeit den Kampf um diese Einheit, die weitere Organisation des Widerstandes, den Aufbau einer Struktur, in der alle Widerstandsformen möglich und miteinander verbunden sind. Er stellte fest, daß es in einigen Ghettos gelungen ist, die Apartheidstrukturen zu zerstören und eigene (Selbstverwaltungs-)Strukturen geschaffen wurden. ¹⁰

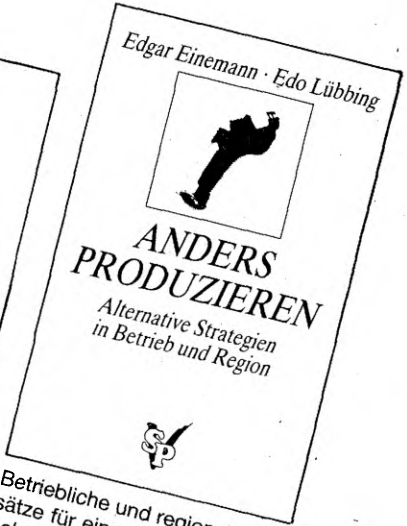
Aber an vielen Punkten ist der Widerstand noch nicht stark genug, um die Apartheid zu zerstören. Eine große Schwäche ist immer noch die zu wenig entwickelte Verbundenheit von Massenaktionen und dem organisierten politischen und ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse, die Distanz zwischen dem betrieblichen Widerstand schwarzer Gewerkschaften und dem gesellschaftlichen Kampf gegen Apartheid. Die Verknüpfung mit der Arbeiterbewegung aber ist unerlässlich für die Überwindung der Apartheid, denn trotz aller Schwierigkeiten, denen sich die Regierung Botha gegenüber sieht, verfügt das Minderheitsregime über ein weiterhin großes Potential an Machtmitteln.

Allein ihr Drohpotential ist ungeheuer groß. Die südafrikanischen Streitkräfte (SADF) sind die modernste Armee auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Ihr offizieller Anteil am Budget des Finanzjahres 1984/85 betrug ca. 20 % ¹¹, hinzu kommen die Ausgaben für Polizei, Justiz und andere Sicherheitsorgane. Diesen Aufwand kann sich Südafrika nur aufgrund der Unterstützung westlicher Staaten, der USA, Großbritanniens und der BRD leisten, denn der Aufbau der Sicherheitskräfte war zum großen Teil abhängig von der Lieferung modernster Technologie oder des benötigten Know-hows. Mit dieser Unterstützung gelang es Südafrika, selbst eine Rüstungsindustrie aufzubauen, die — so hoffen es die Machthaber in Pretoria — das Land langfristig von Lieferungen aus dem Ausland unabhängig machen soll. So schuf die Regierung in Pretoria auch die nötigen Voraussetzungen für den Bau einer Atombombe, dabei großzügig von der bundesdeutschen Wirtschaft und Forschungseinrichtungen unterstützt.

Diese wirtschaftliche, militärische und politische Kollaboration ist für das Apartheidregime zu einer Überlebensfrage geworden; die Aufgabe *aller* Beziehungen zu dem Apartheidstaat steht daher im Zentrum der Forderungen der Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Südafrika.

Anmerkungen

- 1 Aufruf zur bundesweiten Demonstration Freiheit für Südafrika und Namibia! Boykottiert Apartheid! Bonn (Blücherstr. 14), Sept. 1985.
- 2 Süddeutsche Zeitung v. 2.10.1985.
- 3 Vgl. time 10/85.
- 4 Vgl. E. Runge: Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand, Reinbek 1974, S.89.,
- 5 Vgl. El Pais v. 1.11.1985.
- 6 ANC, Informationsbulletin 8, 10/1985.
- 7 Botschaft Nelson Mandelas, abgedruckt in: AIB 4/85, S.12.
- 8 ANC, a.a.O.
- 9 Aufruf des ANC-Exekutivkomitees an die Nation: »Einheit ist unsere wichtigste Waffe«, abgedruckt in: AIB 8-9/85, S.12/13.
- 10 Vgl. ANC, Das Land unregierbar machen, abgedruckt in: AIB 8-9/85, S.6/7.
- 11 Informationsdienst Südliches Afrika 5/84, S.26.



Werden die Gewerkschaften zu Bittstellern oder können sie auch in Zukunft Gegenmacht entfalten?
 Mit einem Vorwort von Franz Steinkühler.
 ISBN 3-924800-32-4
 252 Seiten · DM 19,-

Betriebliche und regionale Ansätze für eine alternative Wirtschaftspolitik
 ISBN 3-924800-33-2
 230 Seiten · DM 19,-

SP-Verlag, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

Analysen

Wolfgang Abendroth

Warum Solidarität?

Dies ist die letzte politische Äußerung von *Wolfgang Abendroth*. Er hat sie verfaßt am Vorabend des Tages, an dem ihn die todbringende Krankheit traf. Er hat sie für mich geschrieben als Vorlage für einen Artikel, den ich als Mitglied der Programmkommission des SPD-Unterbezirks Frankfurt a.M. verfassen sollte. Ich möchte, daß dieser kurze Aufsatz unredigiert und ohne Kommentar publiziert wird.

Lisa Abendroth

* * *

Der bestimmende Grundsatz aller Klassengesellschaften in der Geschichte war die Aufrechterhaltung der Vorrechte der jeweils herrschenden Schichten und Klassen und die Unterordnung derjenigen Gruppen, die an der Basis der Bevölkerung standen und die diese Vorrechte ideologisch anzuerkennen hatten. Seit dem Aufstieg der durch den Markt regulierten kapitalistischen industriellen Produktion war die Konkurrenz, der rücksichtslose Kampf der einen wirtschaftlichen Einheit gegen die andere auf dem und um den Markt, als angeblich schon durch die Natur gebotener — wie es sich als Ausleseprinzip bei Übersteigerung der Ansätze Darwinscher Forschung bereits in der Biologie darstelle — Grundgedanke hinzugekommen. Wie weit auch immer im übrigen in Staat und Gesellschaft liberale und demokratische Institutionen ihn rechtsstaatlich zu zähmen hatten, so konnte doch in der sozialen Zielsetzung höchstens *Gleichberechtigung* aller Menschen, die zur Überwindung des Feudalismus als erforderlich erschien, als Ausgangspunkt dieses Ausleseprozesses, nicht ihre *Gleichheit* in ihren Lebensansprüchen in der und an die Gesellschaft, also auch im Rechtsstaat, zwar die Regulierung des als stetig unabänderlich gedachten Kampfes eines jeden gegen jeden, nicht aber dessen Aufhebung durch die Hilfe eines jeden für jeden als zentrales Motiv des menschlichen Daseins zur herrschenden Doktrin der Gesellschaft werden.

Vom Standpunkt der Klasse in der Gesellschaft aus gesehen, die vom Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft lebte und sich immer wieder bedroht sah — am stärksten, wenn in wirtschaftlichen Krisen vielen der Verkauf dieser ihrer einzigen Ware an diejenigen, die sie kaufen mußten, um den Produktionsprozeß in Gang zu halten, unmöglich wurde und sie deshalb als Arbeitslose ins Nichts zu fallen drohten —, war das von vornherein anders. Denn *Solidarität*, Hilfe eines jeden für jeden, Gemeinsamkeit des Handelns, Bezug eines jeden Schrittes, den jeder in seinem sozialen Leben tut, auf diesen Grundgedanken, wurde für diese Gesellschaftsschicht in tagtäglicher Erfahrung zur Voraussetzung der Erhaltung ihrer Lebensbedingungen und des sozialen Aufstiegs. Wenn auch die reale Situation, in der sie existierte, ihr schon in der Zeit der ersten Schritte der werdenden Arbeiterbewegung immer wieder Zugeständnisse an jenes Konkurrenzprinzip, das die Gesamtgesellschaft bestimmte (und weithin noch bestimmt), aufgezwungen hat und also auch an die in ihr führenden ideologischen Systeme, so wurde sie doch durch den kleinsten Kampf um ein Stückchen Brot und eine Minute Freizeit (als Voraussetzung dafür, daß Individuen sich er-

holen, lernen und sich entfalten können) auf das Solidaritätsprinzip zurückverwiesen, weil nur gemeinsame solidarische Aktion Erfolge bringen konnte. Dies gemeinsame (also durch Solidarität vermittelte) Handeln mußte sich von kleinen Gruppierungen in dieser Klasse auf immer breitere Gruppen erweitern, um dann als neues Prinzip für die gesamte Klasse, erst in nationalen Grenzen, dann auch international, erst bei den Menschen der industrialisierten Welt, dann des ganzen Erdballs erkannt zu werden — das Prinzip, das dem Konkurrenzprinzip als der gedanklichen Konsequenz des Kampfes aller gegen alle entgegensteht und es erst zurückzudrängen, dann zu überlagern und am Ende zu verdrängen strebt.

So ist der Solidaritätsgedanke zur Wurzel des Klassenbewußtseins der arbeitenden Klasse geworden, das die Entstehung der Sozialdemokratie geprägt hat, gleichgültig ob er durch gewerkschaftliche Organisation, in der politischen Auseinandersetzung, die den Weg zur Demokratie freikämpfen und den Frieden — bei Ablehnung der Aufrüstung des kaiserlichen Reiches und seiner Politik der Unterdrückung unentwickelter Völker und anderer Rassen durch den Kolonialismus — schützen sollte, sowie durch den Auf- und Ausbau genossenschaftlicher Selbsthilfe hervortrat. Er hat sich in diesem historischen Prozeß dahin erweitert, daß er nun nicht mehr nur die Angehörigen der eigenen Klasse, die ihr Selbstbewußtsein nur durch ihn gewinnen konnten, im Kampf um ihre Selbstbehauptung und ihre Rechte, sondern alle Menschen des Erdballs (also auch die sogenannte Dritte Welt, die industriell unterentwickelten Länder) umfaßt.

Die geschichtliche Lage, die seine Geburt und seinen Aufstieg bestimmt hat, mag sich noch so sehr verändert haben, Konzessionen an das Konkurrenzprinzip als einer der Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung im tagtäglichen Handeln, als Zwischenstufe der ökonomischen Weiterentwicklung der industrialisierten menschlichen Gesellschaft mögen noch so lange und noch so sehr erforderlich bleiben — solange die Sozialdemokratie ihre Identität bewahren und reproduzieren will, wird sie stets wissen müssen, daß der Solidaritätsgedanke ihr Handeln, ihre Entscheidungen und ihre gesellschaftlichen Ziele bestimmen muß und auch jeweils aktuell das Gegenprinzip der Solidarität, die Auslese durch Konkurrenz, nur als Hilfsmittel bei der Verwirklichung des ihm übergeordneten Grundgedankens der solidarischen Gleichheit aller Menschen vorübergehend hinnehmen kann. Diese Überlegung muß bei jeder Form politischer Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei entscheidend bleiben. Sie wurde als Partei der Solidarität geboren und muß Partei der Solidarität, des gemeinsamen Kampfes für die Gleichheit aller Menschen bleiben.

Umrüsten statt abrüsten? — Zur Diskussion über das Bülow-Papier

Die Konservativen und die bürgerliche Presse hatten mit dem Bülow-Papier ihr Thema gefunden. Als »ami-go-home-Papier«, »Verkauf Berlins« oder schlicht »Verrat« wurde es kurzerhand abgestempelt. Vertreter des rechten Flügels der SPD taten das ihrige. »Bülow spinnt ...«, hieß es dort in der dem Kanal eigenen Form. In unzähligen Ortsvereinen, Unterbezirken und Arbeitskreisen wurde von Bülows Diskussionsbeitrag für die Sicherheitspolitische Kommission der SPD zum Anlaß, sich erstmals wieder nach dem Ende der »Nach«rüstungsdebatte erneut mit sicherheitspolitischen Konzepten zu beschäftigen. Außerhalb der SPD, in der Friedensbewegung und auch bei den Grünen, wurde das Bülow-Papier als Beweis für eine sich verändernde Grundhaltung der Sozialdemokratie insgesamt positiv gewertet.¹

Das Bülow-Papier als Beitrag für eine neue Sicherheitspolitik der SPD

Die gezielt geschürte Hysterie um das Papier verdeckt, daß der Grundansatz der Position von Bülow bereits auf dem Essener Parteitag 1984 in dem Beschluß »Für eine neue Strategie des Bündnisses« formuliert wurde. Dort heißt es: »Ein neues Sicherheitskonzept muß von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird.«² Im Anschluß daran finden sich mehrere Bedingungen für eine Militärstrategie, die auf einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit beruhen. Nicht ganz unwichtig ist, daß diese Passage erst nach längerer Diskussion auf Initiative der Parteilinken beschlossen wurde.

Der wesentliche Inhalt der Ausführungen Bülows besteht in dem Versuch, eine Antwort auf den Auftrag des Parteitages zu geben, das neue Sicherheitskonzept einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit in eine konkrete Militärstrategie der Bundesrepublik und der NATO einzufügen. Bülow steht dabei mit diesem Versuch keineswegs allein. Defensivkonzepte werden gegenwärtig in nahezu unzähligen Variationen in der Friedensbewegung diskutiert. In diesem kaum mehr zu überblickenden Angebot sind die vielleicht bekanntesten Studien die von Afheldt, Löser, Hanning und Wernicke. Die Vorschläge reichen dabei von grenznahen Feuersperren, Schaffung ausschließlich kleiner militärischer Einheiten bis hin zur sozialen Verteidigung gegenüber einem Angreifer.

Bülow setzt in seinem Konzept weniger auf technische Umrüstung als auf eine Veränderung der Zusammensetzung der Bundeswehr. Zwar schlägt auch er den Verzicht auf den Panzer als Angriffswaffe und auf tief in den feindlichen Raum eindringende Jagdflugzeuge vor (Thesen 13 und 14), sein Schwergewicht liegt jedoch auf einer stärkeren Nutzung des Reservistenpotentials.³ Ähnlich wie in der Schweiz oder in Schweden soll ein Milizsystem zu einem Teil das kasernierte Militär ablösen. Bei seinen Vorschlägen kommt ihm entgegen, daß aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge, der politisch wohl nicht durchsetzbaren Einberufung auch von Frauen und der Unmöglichkeit einer weiteren Verlängerung des Wehrdienstes die Mannschaftsstärke der Bundeswehr eh nicht gehalten werden kann. Ob dieser Umstand zu einer Verkleinerung der Bundeswehr und damit zu einem wichtigen Abrüstungsschritt führen müßte, läßt Bülow ausdrücklich offen: »Das Absinken der Wehrpflichtigenzahlen in den 90er Jahren muß gezielt dazu genutzt werden, den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik im Bündnis so umzubauen, daß einerseits

die Verteidigungsleistung der Bundeswehr im Bündnis qualitativ eher besser wird, gleichzeitig jedoch im Zusammenwirken mit den NATO-Verbündeten Abrüstungsprozesse in Ost und West möglich werden, die heute auf Grund der gewählten Verteidigungsstrukturen noch nicht denkbar erscheinen.« (These 26)

Auf die Bedeutung einer Milizstruktur als Antwort auf sinkende Wehrpflichtigenzahlen wies auch Erwin Horn in der Bundestagsdebatte über das Bülow-Papier hin: »... wer über Milizstrukturen nachdenkt, nennt nur das beim Namen, was in Herrn Wörners Bundeswehr-Planung schon drinsteht. Darüber wird ja auch auf der Hardthöhe nachgedacht ... Ein Absenken der Präsenz unserer Streitkräfte ist unvermeidbar.«⁴

Zur Position von Bülow im einzelnen

Den Vorschlägen geht nicht — wie man es hätte erwarten können — eine Analyse der angespannten Situation und der Absichten der agierenden Mächte voraus. An den Anfang wurden vielmehr Bekenntnisse gesetzt. Es sind artige Verbeugungen vor »gemeinsamen Werten«, die uns mit unseren Nachbarn in Westeuropa und den Vereinigten Staaten von Amerika verbinden, und vor der Bundeswehr.³ Diese weitgehend fehlende Analyse ist um so bedauerlicher, da Bülow als Autor der Bedrohungsanalyse doch mitgeholfen hat, einige Grundannahmen über eine »Bedrohung aus dem Osten« zurechtzurücken. Allerdings hat es bisher auch die Parteilinke nicht vermocht, eine einigermaßen geschlossene und überzeugende Wertung zu liefern.⁶

Auf Grund fehlender analytischer Grundlagen fallen auch die Aussagen Bülows zur »notwendigen Überwindung der Abrüstung« (These 5) und zur Sicherheitspartnerschaft (These 6) bekenntnishaft aus. Erst in der These 8 knüpft er vorsichtig an die von ihm erstellte Bedrohungsanalyse an und kommt zum Ergebnis, daß »keinerlei Anlaß besteht, hysterischen Angstparolen auf den Leim zu gehen«.

Aus der von Bülow vorgeschlagenen Kombination, bestehend aus einer stärker auf Milizsysteme setzenden Personalstruktur, dem Verzicht auf einige offensive Waffensysteme und dem Ausbau der konventionellen Verteidigung, folgt für ihn die Möglichkeit, einen atomaren Krieg weitgehend zu bannen: Im Ergebnis folgt für ihn daraus die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit.

Wichtig für die weitere innerparteiliche Diskussion ist die Aussage, daß mit dem vorgeschlagenen Defensivkonzept die amerikanischen Konzepte FOFA und Air-Land-Battle, d.h., einer Kriegführung tief im gegnerischen Hinterland, als unvereinbar angesehen wird (These 32). Konsequenterweise wird auch der Abzug der Pershing II (These 38), die Ablehnung der Neutronenwaffe (These 36) und die Beseitigung der chemischen Waffen (These 33) gefordert.

Allerdings stecken in den hier zitierten, auf den ersten Blick eindeutig erscheinenden Aussagen, eine Anzahl von Unbestimmtheiten und z.T. auch Widersprüchen. Sie würden ausreichen, einen möglichen sozialdemokratisch geführten Bundesregierung genügend Spielraum zu geben, um auch unter Berufung auf das Bülow-Papier eine Politik betreiben zu können, die mit wesentlichen Positionen der Friedensbewegung nicht in Übereinstimmung steht. So wird zwar der »Angriff in die Tiefe« abgelehnt, doch anschließend heißt es: »Anzustreben ist allenfalls die Fähigkeit, Verbindungswege zu unterbrechen und die Masse der heranzuführenden zweiten Welle noch vor ihrer Entfaltungsmöglichkeit auf dem Gefechtsfeld abzuhalten und am Boden festzuhalten. Dies ist auch aus Kostengründen geboten.« (These 32) Nachdem die Überwindung der Abschreckung beschworen wird

(These 5), wird sie ein paar Seiten später erneut zur Verhinderung atomarer Angriffe vorgeschlagen: »Da die Bundesrepublik keinerlei Interesse am umfangreichen Einsatz taktischer Gefechtsfeldwaffen als Antwort auf einen Angriff mit östlichen taktischen Gefechtsfeldwaffen hat, muß eine gewisse Antwortmöglichkeit im Bereich der Nuklearwaffen kürzerer und mittlerer Reichweite erhalten bleiben. Dies könnte auch durch Stationierung von Cruise Missiles zur See geschehen. Obgleich die Bundesrepublik schon heute nahezu ausschließlich das Waffenlager der NATO darstellt, müßten hier Kompromisse geschlossen werden, um die Risikogemeinschaft mit den USA wenigstens für die Übergangszeit bis zum Abzug entsprechender sowjetischer Fähigkeiten hinter die eigenen Landesgrenzen zu gewährleisten.« (These 37)

Der geforderte Erhalt atomarer Kurz- und Mittelstreckenwaffen ist unvereinbar mit den sozialdemokratischen Forderungen nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, ganz zu schweigen von dem Vorschlag Egon Bahrs, des Verzichts auf Atomwaffen für die Länder, die keine besitzen.

Neben diesen Widersprüchlichkeiten ist am Bülow-Papier zu kritisieren, daß wichtige friedenspolitische Positionen gänzlich fehlen oder nur am Rande Erwähnung finden. So wird auf das SDI-Programm nur beiläufig eingegangen, die gegenwärtig sehr konkret geführten Überlegungen zu einem westeuropäischen Weltraumverteidigungssystem spielen in dem Papier überhaupt keine Rolle. Über Abrüstung wird lediglich im Zusammenhang mit den MBFR-Verhandlungen gesprochen.

Zur Bedeutung und Problematik der Defensiv-Konzepte

Bülows Vorschläge beinhalten in ihrem Kern ein defensives Verteidigungssystem. Wie alle gegenwärtig in diesem Zusammenhang diskutierten Konzepte knüpft es an die grundsätzliche Kritik der Friedensbewegung und mit ihr immer größer werdender Teile der Bevölkerung an der Abschreckungslogik durch Atomwaffen an. Durch Veränderungen in der konventionellen Rüstung sollen die Atomwaffen überflüssig, wenigstens aber die atomare Schwelle deutlich erhöht werden. Die Defensivkonzepte stellen zugleich sehr anschauliche Modelle einer anderen Verteidigung dar. Mit ihnen kann sich der vom vielen Raketen zählen müde gewordene Zeitgenosse leicht identifizieren. In vielen Defensivkonzepten wird mehr oder weniger offen und unkritisch an das herrschende Bewußtsein einer »Bedrohung aus dem Osten« angeknüpft. Beispielhaft dafür Fritz Vilmar: »Die Bürger kaufen uns all dies nicht mehr ab, wenn wir ihnen nicht sicherheitspolitische Alternativen bieten können, die ihren — schließlich nicht nur unberechtigten, nicht nur von Springer produzierten — Bedrohungsvorstellungen Rechnung tragen.«⁷ Trotz des vorsichtigen Anknüpfens an seine »Bedrohungsanalyse« bleibt auch Bülow diesem Denken weitgehend verhaftet. Schließlich wird den Konzepten für eine defensive Verteidigung zugetraut, für eine mögliche grün-rote Bundesregierung eine sicherheitspolitische Perspektive bieten zu können.

In der Tat stellt die Diskussion über die defensive Verteidigung einen wichtigen Schritt in der friedenspolitischen Auseinandersetzung dar, denn die von den USA vorgesehenen Konzepte einer Kriegführung tief im gegnerischen europäischen Hinterland stehen in einem unauflösbaren Widerspruch dazu. Insofern kann nicht übersehen werden, daß zugleich mit dieser Diskussion der Einstieg in eine eigenständige westeuropäische Sicherheitspolitik unternommen wird, in der die Abschreckung ihren gegenwärtig noch zentralen Stellenwert verlieren kann.

Zugleich muß aber auch auf die Gefahren hingewiesen werden, die sich im Zusammen-

hang mit der möglichen Durchsetzung defensiver Systeme ergeben. Da diese Vorstellungen immer auch zu einem gewissen Teil Reaktionen auf Probleme in der herrschenden Militärdoktrin darstellen, besteht die Gefahr, daß einzelne Elemente dieser Konzeptionen in das gültige System der Abschreckung relativ problemlos eingepaßt werden können. Der drastische Ausbau der Panzerabwehr ist zum Beispiel auch Ziel der gegenwärtigen CDU/FDP-Bundesregierung. Das von Bülow vorgeschlagene Milizsystem könnte zum Rettungsanker werden, wenn die Personalstärke der Bundeswehr nicht gehalten werden kann.

Eine reale Erhöhung der Kriegsgefahr würde es bedeuten, wenn die defensive Verteidigung verbessert und die Offensivkonzepte beibehalten würden. Zu den geschärften Speeren würde dann noch ein gehärteter Schild treten.⁸ Es ist eigenartig, daß auch viele Kritiker des SDI-Vorhabens diese Zusammenhänge nicht erkennen. Eine solche Maßnahme würde deshalb unweigerlich auch eine Verstärkung der Offensivfähigkeiten der Warschauer Vertragsstaaten und damit eine weitere Runde im Wettrüsten bedeuten müssen.⁹

Bei dem notwendigen Hinweis auf diese Gefahren geht es nicht um ein Ja oder Nein zu defensiven Verteidigungskonzepten, sondern um ihre Weiterentwicklung. Die defensive Verteidigung ist die einzig mögliche Verteidigung, wenn zugleich die Fähigkeit zu einem offensiven Handeln nicht gegeben ist. Sie sind zu einem gesamtgesellschaftlichen Konzept der Defensive zu erweitern. »Nur eine innergesellschaftliche Organisation von Frieden kann auch eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit nach außen auf Dauer garantieren.«¹⁰ Allein auf diesem Weg wird auch die Durchsetzung einer echten Abrüstung vorstellbar sein.

Trotz mancher Mängel hat Bülow mit der Ausarbeitung einer solchen defensiven Konzeption einen wichtigen Schritt getan. Die in Essen beschlossenen Prinzipien einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit wurden von ihm positiv aufgenommen. Indem er den Abzug der amerikanischen Truppen aus Westeuropa langfristig in Erwägung zieht, hat er mit einem Tabu gebrochen und zugleich den Gegner einer jeglichen westeuropäischen eigenständigen Entspannungspolitik benannt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. den Beitrag des grünen Abgeordneten Lange in der Parlamentssitzung vom 11. 9. 1985, Protokoll des Deutschen Bundestages, 11595ff., sowie die Beiträge in »Kommune« 10/85 von Fritz Vilmar/Wolfgang Schenk sowie von Günther Baechler/Albert Statz.
- 2 Beschlüsse des Essener Parteitag vom 17. bis 21. 5.1984, 88f.
- 3 Die große Bedeutung, die Bülow den Reservisten zumißt, wird auch in dem Interview mit dem Reservisten-Blatt »loyal« deutlich, Bundeswehr ist ohne Reservistenkonzept, in: »loyal« 1Q/1985, 11ff.
- 4 Protokoll des Deutschen Bundestags, 11603.
- 5 Gerhard Heimann weist demgegenüber zu Recht darauf hin, daß das amerikanische Wertesystem den demokratischen Sozialismus nicht kennt und damit »den größten und besten Traditionen Europas, in denen der Sozialismus als notwendiges und legitimes Kind des Humanismus und Liberalismus begriffen wird, (widerspricht)«, Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung, in: *spw* 28, 277.
- 6 Vgl. etwa 14 Thesen zur Friedenspolitik der SPD — Wider die abgrundtiefe Denkfaulheit. Vorgelegt von der AG Frieden des »Frankfurter Kreises« der SPD im Oktober 1985.
- 7 Vilmar, Fritz: Das Bülow-Papier: Chance und Aufgabe für die Friedensbewegung, in: »Kommune« 10/1985, 18.
- 8 »Aber gerade die Kombination aus leistungsstarken Defensivsystemen und starkem Offensivkapazitäten (z.B. der Pershing-Rakete) ist ein Schritt hin zum Krieg.« Mechttersheimer, Alfred: Zeitbombe NATO, Köln 1984, 150.
- 9 Valk, Laszlo: Das Konzept der defensiven Verteidigung, in: »Mediativ« 9/85, 8.
- 10 Dieter S. Lutz: Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 5/85, 842.

Axel Horstmann

Auf der Suche nach dem Fluchtweg

Zum SPD-Wirtschaftsprogramm-entwurf der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik beim Parteivorstand

Nach der Vertagung einer umfassenderen wirtschaftspolitischen Beschlußfassung durch den Essener Parteitag — und mit ihrer Einbettung in den Fahrplan der Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms bis zum Ende dieses Jahrzehnts — ist dem jetzt vorliegenden Entwurf der beauftragten Parteivorstandskommission für 1986 jener hohe Rang zugewachsen, der einer konzeptionellen wirtschaftspolitischen Aussage der SPD in einer Situation ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Umbrüche ohnehin zuzukommen hat. Nach der mit dem Kollaps der sozialliberalen Koalition im Jahr 1982 endgültig abgeschlossenen Phase der Erosion und des Scheiterns vormaliger Reformansprüche sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik kann eine Beschlußfassung auf dem nächsten Parteitag nur als grundlegende Standortbestimmung programmatischer Qualität ausfallen, wenn sie zur Wiedererlangung von Regierungsmacht beitragen soll. Dies ist eine Notwendigkeit, die sich prinzipiell für die SPD insgesamt stellt und an der keine ihrer Strömungen vorbeikommt, weil das — mindestens vom letzten Kabinett Helmut Schmidts eben nicht mehr erfüllbare — Kriterium der Erfolgsfähigkeit für jedes wirtschaftspolitische Konzept gilt, gleich, wessen Handschrift es tragen mag. Die von Wolfgang Roth geleitete Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik ist sich dieser — der eigentlichen — Herausforderung im Grundsatz bewußt, hat sich doch die »Hoffnung, daß die Gewinn von heute auch schon die Investitionen von morgen und damit die Arbeitsplätze von übermorgen seien, ... als trügerisch erwiesen« (Seite 2, Entwurf vom 10.9.1985). Die Ausarbeitung beansprucht den Charakter eines programmatischen Neuentwurfs: Sie sieht die Arbeiterbewegung auf ihrem Weg, »eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not zu schaffen, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, eine Gesellschaft, in der gute Lebensbedingungen kein Vorrecht des Standes oder der Klasse mehr sein sollten«, an einem Punkt »neuer Gefahren«, der »Fehlentwicklungen« und »Widersprüche« angekommen und fordert »neue Antworten«, die »eine umfassende Reform von Wirtschaft und Gesellschaft« einleiten können (1,2).

Eine solche Leitfragestellung ist der notwendigen programmatischen Leistung, die die Sozialdemokratie zu erbringen hat, ohne Zweifel angemessen. Man kann durchaus den in sechs »neuen Herausforderungen« zusammengefaßten Befunden des Entwurfs der Roth-Kommission folgen, um ihre wichtigsten Determinanten zu benennen. Es ist gewiß richtig, daß »die starke Einbindung in den Weltmarkt ... heute zunehmende Gefahren« heraufbeschworen hat, weil »eine wachsende Macht multinationaler Konzerne und zunehmende internationale Kapitalbewegungen ... sich der staatlichen Steuerung weitgehend entziehen« (3). Für die sozialdemokratische Partei eines hochentwickelten kapitalistischen Industrielandes bildet es einen mit Nachdruck hervorzuhebenden Merkposten, daß in der Dritten Welt »Hunger, Armut und Unterentwicklung im dramatischen Ausmaß« zunehmen und »die strukturellen Benachteiligungen im Weltwirtschaftssystem« hierfür verantwortlich zeichnen (3). Das offenkundige Problem, daß »die Art und Weise des Wirtschaftens ... zu einer bedrohlichen Zerstörung der Umwelt, neuen Gefährdungen der Gesundheit und massiver Verschwendung von Rohstoffen geführt« hat (4), muß heute ein integrales

Element sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik bilden. Es ist gänzlich unstrittig, daß die »sich weiter verschärfende Ungleichheit bei der Verteilung von Wohlstand und Vermögen ... ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Machtverhältnisse« darstellt und daß die »Wirtschaftskrise ... die soziale Position der Arbeitnehmer und ... die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften« schwächt (4). Auch wird die soziale Realität zutreffend mit der Feststellung beschrieben, daß »der Einsatz neuer Technologien ... überwiegend zu Lasten der Arbeitnehmer« geht (4). Und schlicht richtig ist, daß die Rechtskoalition die »Krisenlasten ... einseitig auf die sozial schwächeren Gruppen in unserer Gesellschaft« abwälzt (5).

Allein — die aus dieser Bedingungskonstellation folgerichtig herzuleitende und in der Präambel des Entwurfs auch festgestellte Aufgabe einer umfassenden Reform von Wirtschaft und Gesellschaft bezeichnet realiter nicht die Leitfragestellung der programmatischen Überlegungen der Kommission. Diese erwächst erst aus einer folgenreichen Ergänzung ihrer Vorgaben um eine ordnungspolitische Basisprämisse, nämlich jene »grundsätzlichen Entscheidungen über unsere Wirtschaftsordnung, die wir nach wie vor mittragen« (18). Im Entwurf drückt sich diese Grundsatzentscheidung vor allem im Bekenntnis zur Institution »Markt« als »Prinzip der Koordinierung vieler Einzelentscheidungen in der Wirtschaft« aus, auf die »unabhängig von der Vielfalt der Eigentumsformen ... nicht verzichtet werden« kann (15). Abhängig von der gesellschaftlich dominierenden Form privaten Eigentums an Produktionsmitteln beinhaltet diese Prämisse dann natürlich das Bekenntnis zu einer profitorientierten Wirtschaftsweise. Der in der Präambel des Entwurfs — ausgehend von der historischen Mission der Arbeiterbewegung und bezugnehmend auf Widersprüche gesellschaftlicher Realität — vorangestellte programmatische Auftrag erfährt so eine spezifisch reformistische Konkretisierung in der Aufgabe, neue Wege sozial orientierter Reformen unter dem Verdikt der Unantastbarkeit der kapitalistischen Logik des Wirtschaftens zu entwickeln.

Diese Spezifikation der Aufgabenstellung macht die ihr eigentümliche Schwierigkeit aus und programmiert die vielfältigen Widersprüche der Lösungsversuche. Keinesfalls übrigigt sie eine ziel- wie strategiebezogene Neuschöpfung sozialdemokratischer Wirtschaftsprogrammatis. Auch unter dem Verzicht auf die Option einer Ablösung des Profitprinzips der Produktion kann objektiv nicht die Wirtschafts- und Sozialpolitik der 1982 zu Ende gegangenen Regierungsära in die Zukunft projiziert werden. Im Zeichen deren Scheitern wäre dies eine perspektivlose Ideologieproduktion; ein reformistisches Credo ersetzt nicht die neuen Antworten, deren es unter neuen Bedingungen, die alte Konzepte versagen ließen, bedarf, wenn sozialdemokratische Politik wieder mobilisierungsfähig und partielle Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen realisierbar werden sollen.

Die Schwierigkeiten und Widersprüche, auf die sich die Kommission in der Folge des von ihr gewählten Aufgabenzuschnitts bei der Suche nach möglichen Antworten auf neue Herausforderungen einlassen muß, nehmen bereits bei deren Ursachenanalyse ihren Anfang. Eine wirtschaftspolitische Konzeption, die die Präponderanz [Vorherrschaft; d.Red.] des einzelwirtschaftlichen Rentabilitätskalküls in der Produktion nicht zurückdrängen, sondern akzeptieren, ja für ihre Zwecke einspannen will, kann nicht eben dieses als entscheidendes Verursachungsmoment sozialer Probleme identifizieren. Im generellen bleibt der Entwurf deshalb bei der Deskription von Krisenerscheinungen; im speziellen kommt es zu Uneindeutigkeiten: So sind es beispielsweise einmal »Risiken« der »Technik« (37), ein anderes Mal »konservative Ideologien« (55), die soziale Gefährdungen der Technisierung des Arbeitsprozesses verursachen, während an anderer Stelle durchaus erkannt wird, daß es auf »die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen diese Systeme entwickelt

und eingesetzt werden« (54), ankommt. — Ebenso begrenzt der Aufgabenzuschnitt die Menge »zulässiger« Antworten auf neue Herausforderungen. Zu einem wesentlichen Teil liegt diesen ein Konstruktionsprinzip zugrunde, das nicht eine spezifisch an der Kapitalverwertung orientierte Wirtschaftsweise, sondern ganz im Gegenteil die Unvollkommenheit dieses Lenkungsmechanismus als Problem darstellt. Der Hauptnenner der umweltpolitischen Komponente des Programmentwurfs, nämlich »die ökologischen Kosten der Herstellung und des Verbrauchs von Gütern und Dienstleistungen in Zukunft in den Preis dieser Güter und Dienstleistungen eingehen« (31) zu lassen, verinnerlicht diesen Lösungsansatz ebenso wie die Auffassung, den gesellschaftlichen Fortschritt durch Stärkung der »Bereitschaft der Unternehmen, bei der Forschung und Entwicklung ökonomische Risiken einzugehen« zu fördern (40) oder dem im Ergebnis für suboptimal erachteten marktwirtschaftlichen Strukturwandel durch öffentliche Hilfen zu den »aus Wettbewerbsgründen notwendigen Umstrukturierungen und Anpassungen« (63) zu verhelfen. Gewiß ersetzt eine solche Bewertung nicht die — hier nicht leistbare — Einzelkritik der vorgeschlagenen Maßnahmen, und sicherlich stellen einige von ihnen — wie etwa die Verursacherbelastung bei schadstoffemittierenden Produktionen — völlig richtige und unumgängliche Schritte dar. Allein dies rechtfertigt jedoch nicht die im Entwurf vielfach durchscheinende Idealisierung der Resultate eines marktwirtschaftlichen Wettbewerbsprozesses, zumal an anderer Stelle die diesem innewohnende »Tendenz zur wirtschaftlichen Konzentration und Machtzusammenballung« beklagt wird (43). Die Kommission versteigt sich dabei bis hin zu der abenteuerlichen Feststellung, »die Demokratisierung der Wirtschaft« entspräche »der immanenten Logik der wirtschaftlichen Entwicklung selbst« (86).

Eine dritte und verstärkend wirkende Folge des programmatischen Verzichts auf die »konkrete Utopie« einer neuen ökonomischen Logik ergibt sich auf strategischer Ebene. Die Kommission scheint durchdrungen von der Überzeugung, die sozialen und ökologischen Krisenerscheinungen könnten im gesellschaftlichen Konsens bekämpft werden, wodurch einer sozialdemokratischen Regierung die Aufgabe des Moderators zuwüchse, »die ökonomischen, sozialen und politischen Kräfte mit dem Ziel zusammenzuführen, Beschäftigungsnot und Umweltnot gleichermaßen und gleichzeitig zu überwinden« (26). Natürlich wird davon ausgegangen, daß ein solcher Konsens nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. In dieser Perspektive erbringt die Kommission eifrig Vorleistungen; und sie scheut sich nicht, die wesentlichsten Abstriche an sozialdemokratischen Ansprüchen dort vorzunehmen, wo von diesen der wohl am stärksten identitätsbildende Beitrag zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik der späten sechziger und frühen siebziger Jahre ausging. Unter dem irreführenden Motto »die globale Steuerung der Wirtschaft ist unverzichtbar« (17) formuliert der Entwurf einerseits den weitgehenden Verzicht auf die antizyklische finanzpolitische Intervention in den ökonomischen Prozeß: Ausgehend von der Feststellung, daß »öffentliche Ausgabenprogramme ... nicht immer den höchstmöglichen Wirkungsgrad zu erreichen vermocht« haben, wird nicht etwa die Konsequenz einer beschäftigungsorientierten Verbesserung dieses Instruments — beispielsweise mittels beschäftigungspolitischer Auflagen — gezogen, sondern zum Rückzug auf eine »in der Ausgaben-tätigkeit ... stetigere Entwicklung« geblasen (22). Geldpolitisch bemüht man sich, dem monetaristischen Glaubensbekenntnis beizupflichten, wonach es darauf ankommt, »daß der Geldmantel für die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten weit genug ist, um auf mittlere Sicht ein friktionsloses Wachstum des Produktionspotentials zu ermöglichen« (20). An diesem Punkt nimmt es dann auch nicht mehr wunder, daß die Ideologie der Lohn-Preis-Spirale fröhliche Urständ feiert und die Auffassung festgeschrieben wird, daß

die »Einkommenspolitik für Geldwertstabilität sorgen« muß (23). Wird der gewerkschaftliche Interessenvertretungsauftrag erst in dieser Weise negiert, kann auch im offenen Gegensatz zu DGB-Positionen die konzertierte Aktion als »beispielhaft« gewürdigt werden (23).

Der Preis, den die Kommission für einen klassenübergreifenden Konsens in der Wirtschaftspolitik zu entrichten bereit ist, ist hoch. Er besteht in einem sehr weitgehenden Verzicht auf eine energische aktuelle Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Fast erübrigt es sich, auf das Fehlen eines kurzfristig wirksamen Beschäftigungsprogramms hinzuweisen. Nicht aufgenommen wurde auch ein klares Plädoyer zugunsten der 35-Stunden-Woche; anstelle der Parteinahme zugunsten dieser wichtigsten gewerkschaftlichen Forderung findet sich ein pauschaler Gemeinsamkeitsappell an die Tarifparteien, »sich auf ein Tempo der Arbeitszeitverkürzung zu einigen, das den Arbeitsmarkt entlastet« (27). Es ist frappant, festzustellen, wie wenig von dem umfassenden wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltungsanspruch des Orientierungsrahmens '85 im Jahre seiner — terminlichen — Erledigung übriggeblieben ist.

Die jetzige reformistische Selbstbescheidung ist sicherlich ein Kind der Konfrontation — gerade im OR '85 idealtypisch festgehaltener — früherer Illusionen mit der gesellschaftlichen Realität. Dennoch werden die Ursachen des Scheiterns in folgenschwerer Weise falsch gesehen. Den abgespeckten Veränderungsabsichten des jetzt vorliegenden Wirtschaftsprogrammewurfs scheint die Auffassung zugrundezuliegen, die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre sei am Ausmaß ihrer Reformansprüche gescheitert. Verkannt wird, daß dies vielmehr die Folge einer Fehlbeurteilung ihrer Durchsetzungsbedingungen war. Es trifft eben nicht zu, daß »die Ausgangsbasis für unsere wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen ... der von vor zwanzig Jahren« gleicht (18) und die programmatischen Korrekturen der Kommission bestätigen das nachdrücklich. Im Zeichen der Aufkündigung des »Modells Deutschland« durch die Kapitaleite und der Überstellung von Millionen Arbeitnehmern in die industrielle Reservearmee kann eine scheinbar an Mehrheitsfähigkeit und Konsens orientierte wirtschaftliche Strategie keine gesellschaftliche »Hegemonie« für ein Konzept sozialer Reformen begründen. Sie wird statt dessen seine Schwäche zementieren.

Jede wirtschaftspolitische Konzeption der Arbeiterbewegung, die unter den heutigen Vorzeichen den Bruch mit der herrschenden ökonomischen Logik vermeiden will, muß sich auf einen Fluchtweg begeben. Erklärte Absichten sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik sind in einen nur noch schwer übertünchbaren Gegensatz zu einer reformistischen Durchsetzungsstrategie geraten. Der Versuch, diesen Widerspruch wenigstens notdürftig zu kitten, ist der Kommission denkbar schlecht gelungen. Sieht man von einzelnen Detailvorschlägen ab, so reduziert sich das Repertoire produktiver Ideen in dem an unterschiedlichsten Stellen wiederkehrenden Gedanken einer »Europäisierung« sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Ohne die ihm insbesondere im Hinblick auf die Globalstrategie der USA zukommende Logik in Abrede stellen zu wollen, sei festgestellt, daß eine internationalistische Problemperspektive allein keine konkreten Orientierungsdaten für die politische Auseinandersetzung vorgibt. Für den geordneten Rückzug bedarf es nicht weniger genauer Wegmarkierungen als für den Angriff.

Helga Karl

Von der Polarisierungsthese zum Modernisierungspakt

Eine Auseinandersetzung mit Kern/Schumann

Selten wurde eine industriesoziologische Untersuchung so breit rezipiert wie »Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein« von Kern und Schumann (K/S 1970). Die dort entwickelte *Polarisierungsthese* gehörte bis vor kurzem »zum unfragwürdigen Bestand der Sozialwissenschaften und zum Alltagsbewußtsein an den Hochschulen« (so Gottschalch/Ohm 1978). Die Polarisierungstheorie — bei K/S noch Resultat eines wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses und als solches nachvollziehbar und kritisierbar — verselbständigte sich im Laufe ihrer Rezeptionsgeschichte bzw. wurde transformiert zu einem feststehenden »Ergebnis«. In der politischen Auseinandersetzung etwa in den Gewerkschaften wurden die »Ergebnisse« dann — losgelöst vom Prozeß der Erzeugung und Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse — zum Machtfaktor, wurde benutzt wie sonst sogenannte »wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse« in der institutionalisierten Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital. Wenn in solchem Maße Wissenschaft zur Ideologie und Theorie zur materiellen Gewalt wird, muß dieser Vorgang selbst Gegenstand des Nachdenkens werden: dies um so mehr, als der Folgestudie von Kern/Schumann »Ende der Arbeitsteilung?« offenbar eine ähnliche Rezeptionsgeschichte bevorsteht.

Die vielen Leben der Polarisierungsthese von Kern/Schumann

K/S stellen sich die Frage, ob die Arbeiterklasse noch historisches Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen sein kann, als Frage nach der Einheit der Lage der Arbeitenden. Ohne die Berücksichtigung dieser Problemstellung ist K/S' Polarisierungsthese schwer nachvollziehbar. Als *Polarisierung* verstehen K/S im wesentlichen die technikbedingte Umwandlung der bezüglich Qualifikationsverteilung relativ homogenen Belegschaft eines Betriebes in eine weniger homogene Belegschaft: Polarisierung als qualifikatorischer Homogenitätsverlust. Diese Homogenität der Belegschaft wiederum ist für K/S insofern zentral, als sie davon ausgehen, daß die kollektive Handlungsfähigkeit der Arbeiter entscheidend »von einer homogenen Basis gemeinsamer Arbeitererfahrung und von einem kollektiven Arbeiterschicksal« (K/S 1970, I, 34) abhängt. In der allgemeinen Diskussion und in der Rezeption der K/S-Studie ist das Konzept der Polarisierung verknüpft mit dem Konzept der *Dequalifizierung*: Durch einen Technisierungsschub erleidet die überwiegende Mehrheit der Belegschaft einen Qualifikationsverlust, während sich eine Minderheit höherqualifizieren kann. K/S selbst fassen überraschenderweise als Polarisierung auch den Vorgang, daß die weitaus überwiegende Mehrheit einer Belegschaft höherqualifiziert wird, während bei einer kleinen Minderheit das Qualifikationsniveau sinkt (vgl. Gottschalch/Ohm 1978, 87). Die allgemeine Rezeption jedoch unterstellt, K/S hätten das prognostisch relevante Konzept entwickelt, mit dem Vordringen von Automation sei gesetzmäßig eine Dequalifizierung/Polarisierung der Arbeitenden gekoppelt. Was an K/S' Theorie stützt diese Lesweisen und welcher praktische »Bedarf« schafft diese Vereindeutigungen?

K/S arbeiten — bezogen auf die Qualifikationsdebatte — eigentlich an zwei miteinander unverträglichen Argumentationslinien. Sie geben sich eine wissenschaftlich-methodische Identität durch Abstößung: gegen die Auffassung, »daß die historische Perspektive, wie manchmal behauptet, ein eindeutiges Entwicklungsgesetz zu erkennen gibt« (K/S

1970, I, 137). Andererseits wollen K/S sich einer international wichtigen industriesoziologischen Auffassung entgegenstemmen, die explizit historisch-perspektivisch argumentiert, daß Automatisierung zu einer umfassenden »Requalifizierung« der Arbeit führe. Indem K/S sich darauf einlassen, an einzelnen Phänomenen vorzuführen, was einer positiven historischen Perspektivaussage widerspricht, bildet sich bei ihnen eine Argumentationslinie heraus, die *negativ gerichtete Entwicklungsgesetzmäßigkeiten* herauszuarbeiten sucht. So entsteht die berühmte Polarisierungsthese von K/S als Kreuzungspunkt beider Linien — und jeder Rezipient kann diesen Kreuzungspunkt als auf »seiner« Linie liegend wahrnehmen. Erleichtert werden derartige Vereindeutungen durch drei »Schwachstellen« des Theoriegebäudes von K/S, die wir in unserer Kritik an K/S herausgearbeitet haben (vgl. Gottschalch/Ohm 1978, 84-114, und PAQ 1983, 168ff.):

1. K/S differenzieren nicht klar zwischen solchen Arbeitstätigkeiten, die mit der weiteren Entwicklung der materiell-technischen Produktivkräfte gekoppelt sind und daher expandieren werden, und solchen, die im Zuge der weiteren Technikentwicklung überflüssig werden. Folge dieser Herangehensweise ist ein verwirrend vielfältiges Bild von Polarisierungen (Qualifikationsspaltungen) und Vereinheitlichungen. In der Auseinandersetzung mit K/S hat PAQ das Konzept *Resttätigkeiten* (automationsspezifische Tätigkeiten, die mit Weiterentwicklung der Technologie selber wieder automatisiert werden, z.B. die Arbeit von Datatypistinnen) und *notwendige Automationsarbeit* entwickelt (zur Analyse der notwendigen menschlichen Interventionen in den automatisierten Prozeß vgl. PAQ 1983, 178ff.). Nach der *Entwicklungsperspektive* der verschiedenen Tätigkeiten und ihren *unterschiedlichen Reproduktionslogiken* zu fragen, ermöglicht eine *hohe Prognosekraft* der Aussagen und entsprechende Politiken (z.B. eine offensive Qualifizierungspolitik; bewußte Bündelung von Tätigkeiten mit ungleichen Reproduktionslogiken zu Arbeitsplätzen — in Gewerkschaften unter dem Stichwort »Mischarbeit« diskutiert).

2. Als empirische Forscher stoßen K/S auf die Erkenntnis, daß im Zuge der Automatisierung neuartige Qualifikationsanforderungen an einen Teil der Arbeitenden (z.B. in den Meßwarten) sich stellen. K/S haben Begriffsdimensionen entwickelt wie »Autonomie«, »Dispositionsspielraum«, um erfassen zu können, ob im Zuge der Technisierung die Arbeitstätigkeiten eher menschlicher werden oder inhumane Dimensionen sich verstärken. Ihre Begriffe sind so operationalisiert, daß den höchsten Grad an »Autonomie« und »Dispositionsspielraum« ein idealisierter Handwerker des Mittelalters erreichen kann. Diese *retrograde Utopie* strukturiert den Blick auf das Neue derart, daß es erfaßt wird als Verschlechterung, als Nicht-mehr-das-Alte. Der gewerkschaftliche *Verelendungsdiskurs* wie auch das Aussteigen in *Alternativproduktion* finden hier argumentative Fundierung. In Auseinandersetzung mit K/S hat PAQ ein Konzept entwickelt, das erlauben soll, die neuartigen Momente der Gesellschaftlichkeit der Arbeit zu erfassen, die sich in der automatisierten Produktion unter dem Kommando des Kapitals herausbilden und die unverträglich sind mit der privaten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel.

3. K/S' Verdienst ist, das Bewußtsein geschärft zu haben für technikbedingte Spaltungen von Belegschaften. Sie fragen nach den Möglichkeiten für kollektives Handeln der Arbeiter trotz Polarisierung. Ihre Antwort ist: Kollektive Handlungsfähigkeit kann hergestellt werden im Widerstand gegen den gemeinsamen Gegner, politikfähig ist das Bewußtsein als Ausgebeuteter, nicht das Bewußtsein als Produzent (vgl. PAQ 1983, 189). Wie die *Beziehung zwischen den polarisierten Arbeitern*, bezogen auf die Produktion strukturiert ist, darauf antworten K/S nicht. Wir haben in Antwort auf diese Frage einen neuen Gegenstand entdeckt: die *gegensätzlichen Arbeitsbeziehungen*. Arbeiter in der Produktion

müssen sich auseinandersetzen mit dem widersprüchlichen Bedingungsgefüge von Produktivkraftanforderungen, Unternehmeraufgaben, solidarischen Beziehungen zueinander und Widerstand, sie müssen in diesen Widersprüchen handlungsfähig sein. Unsere Untersuchungsfrage war also, *wie* Arbeiter das, was K/S Polarisiertheit nennen, *leben*.

Gewerkschaft, Staat und Alternativbewegung:

Von gespaltenen Diskursen zur offenen Automatisierungspolitik?

Die Umbrüche durch Automation, das Neue, wird von den Betroffenen zuerst einmal erfahren als drohend Unbekanntes, als in Frage stellen bisheriger Sicherheiten. Sie müssen diese Umbruchsituation leben. Es entsteht ein Bedarf nach Interpretationen

Daß die Untersuchung von K/S offenbar neuralgische Punkte verschiedener politischer Bewegungen und Interessen berührte, zeigte sich an der umformenden Energie, mit der sie rezipiert wurde und zur Entstehung von »Bewegungen« beitrug: a) spezifische gewerkschaftliche Politiken, b) staatlich gestützte Humanisierungsprojekte und c) alternative Ökonomien und Lebensweisen.

Die These über die technisch bedingte zunehmende Inhumanität von Arbeit und die Ausweitung solcher Arbeit beeinflusste und stützte *verschiedene* (z.T. *entgegengesetzte*) *Politiken*. Die Konzentration *gewerkschaftlicher* Automations-Politik auf Fragen der *Ergonomie*, des *Gesundheitsschutzes* wurde durch die Thesen von K/S ebenso gestützt wie *Besitzstandswahrungspolitik*. Wem das Neue als insgesamt Verschlechterung erscheint, dem ist es legitim, vor allem den Abwehrkampf zu führen: es soll alles so bleiben wie es ist. So bekommen auch jene Betriebs- und Tarifvereinbarungen die Weihe des Allgemeininteresses, die faktisch nur — über (zeitlich befristete) »Besetzungsregelungen« — Arbeitsteilungen zementieren wollen, die durch die neuen Produktivkräfte erst realistisch auflösbar und daher als Skandal aussprechbar werden, etwa daß die Frauen an den unteren Rändern der Qualifikationshierarchie festgehalten werden (vgl. die Auseinandersetzung um das Beispiel Setzen bei Haug 1982 und zu den Umbrüchen bei Textautomation Karl/Ohm 1982). Damit hängt zusammen die *Politikform*: die polarisierte und in das herrschende System integrierte Arbeiterklasse soll durch einen »Verelendungsdiskurs« zum handlungsfähigen Subjekt konstituiert werden — »Verelendungsdiskurs, damit meinen wir Anschauungen, Theorien, Politiken, die die Aufklärung der Arbeitenden über die beständige Verschlechterung ihrer Lage für ein besonders wirksames Mittel ansehen, das Handlungs-niveau der Betroffenen zu erhöhen« (PAQ 1981a, IX). Im Zusammenschluß gegen die Bedrohung Automation soll eine Anordnung geschaffen werden, die die Spaltungen innerhalb der Arbeiterschaft »überwindet« durch Ausrichtung der Energien nach außen, gegen Unternehmerhandeln, gegen die Bedrohung bei Einführung neuer Technologien.

Im *staatlichen* Bereich wurde mit dem Programm »*Humanisierung der Arbeit*« erstmals direkt eingegriffen in den Bereich der betrieblichen arbeitsorganisatorischen Umstrukturierung. Mit Bezug auf K/S' Thesen wird ein neuer Gegenstand konstituiert und ein neues Subjekt: der Wissenschaftler als Aktivist der Erneuerung in der direkten Produktion. Und eine dritte Bewegung kann mit den Thesen von K/S inhaltlich in Zusammenhang gebracht werden: die praktische *Entwicklung alternativer Produktion* und ihre Theorisierung als »grüne« *Technikkritik*. Wenn spezifisch menschliche Entwicklung in der Arbeit für so wenige möglich ist, wie K/S behaupten, bietet sich als mögliche Strategie an, auszusteigen aus der industriellen Produktion, alternative Produktionseinheiten aufzubauen, die sich am Handwerksideal K/S' orientieren: kleine Produktionseinheiten, Re-Integration von Kopf- und Handarbeit, sinnvolle gebrauchswertorientierte Arbeit in Selbst-

bestimmung. — Worin konvergieren diese doch sehr verschiedenen, wenn nicht gar gegensätzlichen Praxen und Politiken? Ich denke, in der *Politisierung von Technikdiskussion*, die zu *gespaltenen Diskursen* führt und zu *verschwiegenen Automationspolitiken*, in Verarbeitungsweisen der Umbrüche durch Automation, die strukturiert sind durch den Blick auf (oft erst sich herausbildendes) Neues als bloße Destabilisierung von Strukturen, in denen Momente der Geborgenheit und der Fesselung ineinander verschränkt sind (vgl. Haug 1983). Die verschiedenen Diskurse richten zugleich Bewegungen gegeneinander. Humanisierungspolitik verknüpft staatliches Handeln von oben, Klassenversöhnung und Stellvertreterpolitik mit positiven Perspektiven in der Arbeit. Der gewerkschaftliche Verelendungsdiskurs spricht die Arbeiter als Leidensgemeinschaft an, ist gegen Produktivkraftentwicklung gerichtet und über die Frage der Arbeitsplatzsicherung gegen die Ökologiebewegung. Über die Frage der Arbeitsplatzsicherung (Modernisierung — Exportorientierung — Sicherung von Arbeitsplätzen) wiederum ist gewerkschaftliche Politik positiv gekoppelt mit der Produktivkraftentwicklung: mit dem Verelendungsdiskurs koexistierte bisher ein Pro-Automationsdiskurs von Spitzenvertretern der Gewerkschaften wie auch von jenen Betriebsräten, deren Praxis — auf den Betriebsstandpunkt und den Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses sich einlassend — einer offensiven Automationspolitik entspricht.

Die Alternativbewegung bezieht sich auf die Arbeitenden als selbstbestimmende Produzenten, auf Entwicklung in der Arbeit und Schonung der Natur — aber gegen Staat, gegen die vergesellschaftete Produktion im industriellen Bereich, gegen die Produktivkraftentwicklung, gegen das Kapital und gegen die real existierende Arbeiterbewegung.

Staatliche Humanisierungspolitik muß sich heute damit auseinandersetzen, daß die — durchaus notwendige — Umstrukturierung von besonders gesundheitsschädlichen, gefährlichen und/oder monotonen Arbeitsplätzen am radikalsten vorwärtsgetrieben wird durch die schnelle technologische Entwicklung, durch Abschaffung dieser inhumanen Arbeitstätigkeiten. Auf die Frage jedoch, wie vor der Automatisierung von *Restfunktionen* (PAQ 1983, 192) diese so auf Personengruppen umverteilt werden können, daß nicht *Resttätigkeiten* entstehen und so mit Wegfall der Restfunktionen zugleich Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß herausfallen (als »Mischerbeitsdiskussion« in den Gewerkschaften geführt) — auch mit der Begründung »mangelnder Qualifikation« — hat das staatliche Programm zur Humanisierung der Arbeit wenig Antworten. Im *alternativen Produktionssektor* wurde inzwischen die *praktische* Erfahrung gemacht, daß moderne Technologie durchaus hilfreich ist, um Arbeitsplätze human zu gestalten; auf der *Ebene der Theorie* ist es möglich, Vorstellungen (empirisch) begründet zurückzuweisen, daß Produktivkraftentwicklung zu »ökologischen Katastrophen«, zur »zentralmachtorientierten Vergesellschaftung« und zu »unbefriedigender Arbeit« führe (vgl. die Thesen von Otto Ullrich und deren Kritik durch Rolf Nemitz; Ullrich 1985, Nemitz 1985).

Offenbar unterminiert die Produktivkraftentwicklung inzwischen die alten Entgegensetzungen. Die bisherige Sichtweise, die Umwälzung der Produktionsweise in einer konservierenden Perspektive als Störung und Gefährdung von Bewährtem/Abgesichertem abzubilden und darauf eine Abwehr- und Rückzugspolitik zu bauen, gerät durch die *Beschleunigung* der Produktivkraftentwicklung in die Krise. Es entsteht ein Druck, von einer »verschwiegenen« zu einer *offenen* Automatisierungspolitik überzugehen, die das *Neue* benennt und dafür Politiken entwickelt — für die Instanzen staatlicher Humanisierungspolitik ebenso wie für die Alternativbewegung und die Gewerkschaften. Die Frage, die nun gestellt werden muß, ist die nach dem »Wie« und »in wessen Interesse«.

Gewerkschaftspolitik: Vom Verelendungsdiskurs zur Gestaltungsbewegung

»Wir halten dieses Konzept [Verelendungsdiskurs] für gescheitert. Dagegen setzen wir auf das, was man den *Selbsttätigkeits-Diskurs* nennen könnte: das Studium der neuen Handlungsbedingungen und wie sie bereits jetzt ergriffen werden.« (PAQ 1981a, IX) Diese Einschätzung, Resultat unserer Forschungen, stieß gerade bei aktiven Gewerkschafter/inne/n lange Zeit auf Unverständnis bis zur Ablehnung. Jahre später, auf der strategisch wichtigen *Technologiepolitischen Konferenz des DGB* (September 1985; vgl. meinen Kongreßbericht in: *Das Argument* 155), zog Siegfried Bleicher in seinem Grundsatzreferat folgendes Resumee:

»Wir haben sehr oft auf unseren Tagungen und Seminaren und in unseren Broschüren unseren Mitgliedern und Arbeitnehmern bis ins letzte Detail und bis ins Jahr 2000 nachgewiesen, daß eine katastrophale Entwicklung auf sie zukommt, die ihnen ihre Arbeitsplätze wegnimmt, sie ihrer Qualifikationen beraubt und die ihre Gesundheit ruiniert. Wir haben die Arbeitnehmer über düstere Szenarien aufgeklärt und sie dann nach Hause geschickt. (...) Ich befürchte (auch), daß dieser Weg des 'schonungslosen Aufklärens' in seiner Perspektivlosigkeit auf einem pädagogischen Irrtum beruht. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir damit nicht mehr zur Resignation unserer Mitglieder beigetragen haben als zu einer tatsächlichen Politisierung und Mobilisierung.« (Bleicher 1985)

Auf diesem DGB-Kongreß wurde der Umbruch markiert in der Politikkonzeption, vom alten Verelendungsdiskurs (der sich wissenschaftlich legitimieren konnte durch Bezug auf die »gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse« von K/S) zu einer *politischen Gestaltungsbewegung* — mit Bezug auf die neuen Thesen von K/S. Was sind die Gründe?

Die alte Politik der Besitzstandswahrung ist an Grenzen geraten: wo ganze Industrien umstrukturiert werden, wo es möglich ist, sich moderne Maschinerie in die Wohnung zu stellen (etwa Satzmaschinen), greifen Rationalisierungsschutzabkommen immer weniger, die reaktiv nur Umwälzungen nachvollziehen und sich auf das Terrain eines Bereiches (Betrieb oder Branche) beziehen. Wo Betriebsvereinbarungen über Automatisierungsprozesse »angemessene« Qualifizierungsmaßnahmen für die Arbeitenden garantieren, bleibt die Frage der *Inhalte* — welche Fortbildung für welche zukünftige Arbeit — merkwürdig unterbestimmt. Mühsam erkämpfte Arbeitsschutzregelungen — etwa Pausengestaltung bei Bildschirmarbeit — werden von den Arbeitenden ad absurdum geführt, die freiwillig, weil im Sog der Faszination der Arbeit, auf die Pausen verzichten. Da Automationsarbeit Kopfarbeit ist, Problemlösungsarbeit, wird sie auch »nach Hause« getragen: die Grenze Arbeitszeit/Freizeit kann nicht mehr räumlich durch das Betriebsstor gezogen, die Grenzüberschreitung nicht durch tarifvertragliche Vereinbarungen (allein) verhindert werden. Die Umstrukturierung von Arbeitsplätzen, Abteilungen, Betrieben ist kein einmaliger Vorgang mehr, sie wird zum Prozeß — und die konkrete Ausgestaltung der Technologie entscheidet wesentlich über Arbeitsinhalte und Arbeitsorganisation. Bisher beschränkten sich in westlichen kapitalistischen Ländern die Gewerkschaften weitgehend auf *Arbeiterorganisation*, die Unternehmensleitungen auf die *Arbeitsorganisation*. Automation *zwingt* die Gewerkschaften nun, planend einzugreifen in die Entwicklung alternativer Technologie, in die gesellschaftliche Neuverteilung von Arbeit, in die betriebliche und überbetriebliche Bildungsplanung, in die Bündelung von Arbeitsfunktionen zu Arbeitsplätzen und in die Besetzung dieser Arbeitsplätze. Damit stellt sich die Frage 1. nach der Erweiterung von institutionalisierten Mitbestimmungsrechten; 2. nach deren Ausfüllung mit Inhalten, d.h., der Bestimmung perspektivischer Automationsarbeit und daraus abzuleitender Anforderungen an Technikgestaltung, Konstruktion von Arbeitsteilungen, Bil-

dungsprozessen. 3. Daß Gestaltungsalternativen möglich sind, bedeutet für die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital, daß beide Seiten (mehr oder weniger) gezwungen sind, ihre *Gestaltungskriterien explizit* zu machen. Automation entselbstverständlich alte Arbeitsteilungsgrenzen. Eine Gestaltungsbewegung, wie sie von Gewerkschaftsseite angezielt wird, erzwingt so auch »nach innen« eine Offenlegung der Gestaltungskriterien, d.h., eine Thematisierung von Unterschieden und Gegensätzen auch innerhalb der Arbeiterklasse und ein bewußtes Verhalten dazu. 4. Techniker, Systemanalytiker, Organisatoren sind nicht nur eine zahlenmäßig zunehmende Gruppe, sie entscheiden praktisch mit über die Gestaltung von Arbeitsinhalten und Arbeitsbedingungen der Masse der Arbeitenden. Sie organisieren die Arbeit und damit — potentiell — auch die Arbeiter. Sie für ein Automatisationsprojekt der Arbeitenden zu gewinnen, ist insofern von strategischer Bedeutung. 5. Die Umbrüche in der Arbeit sind so tiefgreifend, die Zumutungen an Umdenken, Umlernen und auch die Gefährdungen (z.B. Arbeitslosigkeit) für die Arbeitenden so groß, daß es eine extra Politik braucht, um diese Existenz- und Identitäts-Krise lebbar zu machen für die einzelnen. Insofern ist Automationspolitik auch eine Frage der *Arbeiterbeziehungen* und der *Arbeitskultur*, kommt Automationsforschung nicht aus ohne Subjektivitätsforschung.

Antagonistische Kooperation - Kern/Schumanns Linienvorschlag für die Gewerkschaften.

Etwa zwanzig Jahre nach Beginn ihrer empirischen Untersuchung über den Einfluß der technischen Entwicklung auf industrielle Arbeit und Arbeiterbewußtsein legten K/S kürzlich eine Folgestudie vor: »Das Ende der Arbeitsteilung?« (K/S 1984). Bereits der Titel des Buches verspricht Neuorientierung. Wie antworten K/S in ihrer neuen Studie auf ihre alten Fragen vor dem Hintergrund aktueller praktischer Problemstellungen?

Ihre empirischen Ergebnisse bestätigen die Prognose unseres Projektes (PAQ): Automation bedeutet 1. Maschinisierung vieler vorautomatischer Tätigkeiten, unter unseren Produktionsverhältnissen im Effekt sich als Arbeitslosigkeit auswirkend. 2. Die neuen automationspezifischen Rest-Funktionen, meist zusammengefaßt zu Rest-Tätigkeiten, sind transitorischer Natur, verschwinden. 3. Automationsarbeit ist relativ komplexe qualifizierte Tätigkeit (vgl. PAQ 1983, 168ff., Skizze der notwendigen Automationsarbeit 178-189).

Verbal halten K/S an ihrer alten Polarisierungsthese fest: sie reformulieren sie als *Segmentierungsthese*. Bezugspunkt ist jetzt nicht mehr der Produktionsgesamtarbeiter, sondern die Arbeiterklasse insgesamt, die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung verschiedener Branchen und Sektoren (Kernsektor, Krisensektor, Arbeitslosigkeit) und die so entstehenden »Gräben zwischen verschiedenen Segmenten«, die Gefahr der Segmentierung von Lebensmöglichkeiten (vgl. Kern 1985a, 196).

Die arbeitspolitische Neuorientierung des Managements: Neue Produktionskonzepte

K/S wollen in ihrer neuen Studie das Rationalisierungspotential erfassen und die wahrscheinliche zukünftige Entwicklung, es geht ihnen um »Rekonstruktion der Rationalisierungsentwicklung ..., um die *historischen* Verlaufsformen der Rationalisierung« (K/S 1984, 1) herauszufinden. Sie sehen die technische Entwicklung als ursächlich an für die konstatierte Höherqualifizierung im Bereich notwendiger Automationsarbeit. Vor diesem Hintergrund unterscheiden K/S zwei gegensätzliche Managementlinien: a) die »Traditionalisten« mit ihrem »technokratisch-bornierten« Konzept — sie stehen für eine Fortführung bisheriger an Arbeitserlegung orientierter Rationalisierungsformen und b) die »Modernisten« mit ihrem »empirisch-unideologischen« Konzept — ihr historisch neuartiges Ratio-

nalierungsverständnis ist gekennzeichnet durch »ganzheitlicheren Zugriff, systematische Planung«, einen »veränderten Umgang mit den Arbeitskräften im Betrieb«:

»Statt einer Verfestigung von Arbeitsteilung sahen wir vielerorts ernsthafte Versuche, Arbeitsplätze wieder breiter anzulegen. Statt Qualifikationen verkommen zu lassen, stach vielfach das Bemühen um die umfassende Nutzung der Kompetenz der Arbeiter ins Auge. Statt Ausbildungsmaßnahmen abzubauen, wurden sie oft intensiviert und inhaltlich reformiert. Schließlich: Statt des entmündigenden Umgangs mit Arbeitern trafen wir jetzt häufiger Situationen, in denen unbeschadet der Interessengegensätze der Arbeiter als Person stärker respektiert wurde.« (K/S 1984, 18)

Die zentrale Hypothese von K/S ist, daß sich derzeit ein »grundlegender Wandel der Produktionskonzepte« vollzieht. Die *Neuen Produktionskonzepte* (NPK) setzen auf die Entwicklung der lebendigen Arbeit und die Einbeziehung der Arbeitenden in einen Prozeß der Modernisierung der Produktionsapparate. »In einem ganzheitlichen Aufgabenschnitt liegen keine Gefahren, sondern Chancen: Das Know-how und die Erfahrung der Arbeiter müssen als produktive Potenz genutzt werden.« (K/S 1985a, 198)

Die Strategie der NPK zielt darauf ab, die »produktionsnotwendige Intelligenz« wieder in der Produktion zu verankern, d.h., die Trennung zwischen Planung, Disposition und Fertigung teilweise aufzuheben. »Ein neuer Produktions*facharbeiter* steht auf dem Programm.« (K/S 1985a, 198)

Neu an K/S ist, daß sie unseren Blick lenken auf Differenzierungen, Linien im Management wie auch auf Interessengegensätze in der Arbeiterschaft. Effekt der Dynamiken der Modernisierung der Produktionsapparate seien folgende vier Arbeitergruppen:

»a) Innerhalb der industriellen Kernsektoren die Rationalisierungsgewinner (Produktionsfacharbeiter, Instandhaltungsspezialisten), die das personelle Fundament der NPK bilden und diese mittragen werden. b) Die Rationalisierungsdulder: Sie haben einen traditionellen Arbeitsplatz im Kernsektor, sind aber aufgrund ihrer Merkmale — insbesondere fortgeschrittenes Alter, keine breiten Qualifikationen, oft Ausländer und Frauen — für die NPK kaum brauchbar. Auf Dauer sind sie deswegen in Gefahr, ausgefiltert zu werden. Dies kann Widerstandsaktionen provozieren. c) die Arbeiter der krisenbestimmten Branchen ... d) die Arbeitslosen ... Stachel im Fleisch der Rationalisierungsgewinner. Unbeantwortet muß bleiben, wie angesichts dieser wachsenden Unterschiede innerhalb der Arbeiterschaft auf Dauer noch gesellschaftliche Integration gewährleistet ist.« (K/S 1985a, 199)

Es gibt für Arbeitende positive Momente in der Automationsarbeit, auf die sich eine Fraktion des Managements stützt. Im Management selber gibt es darum »erhebliche Liniensauseinandersetzungen«. Die Gewerkschaften müssen in »antagonistischer Kooperation« mit dem Management den NPK zum Durchbruch verhelfen. Die Bedingungen für die Durchsetzung allerdings seien günstig, da der Umbruch der Industriestruktur (K/S nennen diesen Prozeß »Neoindustrialisierung«) derart gewaltig und riskant ist, daß das Management wenig Interesse hat an harten Konflikten mit Arbeiterschaft und Gewerkschaft. Allerdings bringt auch die Durchsetzung der NPKs nur begrenzten gesellschaftlichen Fortschritt, da die Neoindustrialisierung »die gesellschaftlichen Disparitäten (verschärft), wenn die Umwandlung der Produktionsstrukturen allein den Linien einzelwirtschaftlich gefaßter Produktionskonzepte folgt« (K/S 1984, 321). Es gelte, die NPKs aus ihrer »privatistischen Verengung« zu treiben.

K/S' Orientierung für die Gewerkschaften ist also die Kooperation mit dem modernen Managementflügel, ihre Botschaft: es gibt keine Alternative *zum* herrschenden gesellschaftlichen System, aber Alternativen *innerhalb* des Systems, oder wie Schumann es in der Diskussion formulierte:

»Wir sehen zwar auch ... die Gesamtrationalität des Systems und würden uns gerne auf eine konzeptionelle Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft verständigen. Wenn wir versuchen, hier und heute etwas politisch zu formulieren und zu bewegen, dann fällt uns in einer Reformperspektive schon noch einiges ein. Verzichten wir darauf, so begäben wir uns, wie viele andere auch, in die Gefahr, uns mit nur schön klingenden 'revolutionären' Sprechblasen zu begnügen.« (Schumann 1985b, 207)

Ich will hier nur unter bestimmten, begrenzten Aspekten mich mit der Studie K/S' auseinandersetzen (eine ausführliche Kritik findet sich bei Haug 1985). Ein wichtiger Unterschied zur ersten Studie besteht darin: K/S stellen sich jetzt explizit den Anspruch, *prognostische Aussagen* zu machen über die Entwicklung der Industriearbeit und Veränderungspotentiale. Dieser Anspruch hat Folgen für ihre *methodische* Herangehensweise. Sie versuchen, sowohl die vorwärtstreibende Rolle der technischen Entwicklung zu erfassen als auch systematisch die Handlungslogiken aller am Produktionsprozeß beteiligten Akteure in ihrer wechselseitigen Verflechtung. Sich auf den Standpunkt der Branche, des Betriebs bzw. der Produktion stellend, rekonstruieren sie »verstehend« Interessen und Handlungszwänge des Managements wie der Arbeitervertreter (Betriebsräte). In den Blick geraten so 1. die positiven Entwicklungen in der Arbeit als Chance (Höherqualifizierung, Reprofessionalisierung), 2. die Auseinandersetzungen im Management um neue Strategien darum (Beharrer versus Erneuerer), 3. die Segmentierung der Arbeiterschaft als »spontaner« Effekt der Umbrüche in der Produktion auf Basis kapitalistischer Verwertungslogik und 4. die Auseinandersetzungen um die Politik in diesem Feld in den Organen der Arbeitervertretungen.

K/S verdoppeln damit einfach die *unmittelbar sinnliche Wahrnehmung* der in den herrschenden Produktionsverhältnissen Agierenden. Sie verfassen sich selber verstehend in den *Handlungszwängen* vom Standpunkt einer kapitaldominierten Automatisierungspolitik von oben, weil sie die Agierenden abbilden (müssen) mit den Dominanzen, wie sie in der Realität des Produktionsprozesses gegeben sind. Sie verstärken damit die spontan-integrativen Effekte von Automationsarbeit, nämlich daß Arbeitende den einzelbetrieblichen Standpunkt einnehmen — weil Automationsarbeit sie auf strategische Posten vorrücken läßt, sie in ihrer alltäglichen Arbeit verwickelt sind in Optimierungs-, Entscheidungs-, Planungsprozesse, in bisherige Unternehmeraufgaben. Der *Widerspruch*, daß Automationsarbeit so eine Haltung erfordert, als ob die Produktionsmittel gesellschaftliche seien, genau dies aber spontan zur Integration der Arbeiter ins privatwirtschaftliche System beiträgt, kann von K/S auf der Ebene ihrer Theorie nicht gedacht werden ebenso wenig wie die Überlegung, daß in *anderer Anordnung* dieses »Element« zum Stützpunkt werden kann für eine systemtranszendierende Strategie. Es ist also keineswegs »subjektiver Klassenverrat«, wenn K/S den Gewerkschaften als Strategie »nur« vorschlagen, eine bestimmte Fraktion im Management zu stützen, die auf die NPK, die Entwicklung der lebendigen Arbeit setzt — also auf die Ausarbeitung einer autonomen Strategie zu verzichten. Es ist eine Folge ihrer methodischen Herangehensweise.

Insofern sind auch die Schwächen des Konzepts Polarisierung als Form von Arbeiterbeziehungen mit der Reformulierung als Segmentierungsthese nicht überwunden: die Spaltung zwischen dem »Bewußtsein als Produzent« und dem »Bewußtsein als Ausgebeuteter« bleibt im Konzept der Segmentierung erhalten, es kann von K/S auf der Theorieebene nichts beigetragen werden zu der Frage, wie denn die Handlungsfähigkeit der so gespaltenen Arbeiter *beim Produzieren* (nicht nur gegen Unternehmerhandeln) hergestellt wird — dies in einer historischen Situation, in der bereits die Gewerkschaften erkennen,

daß die Arbeiterkompetenzen zusammengefügt werden müssen zu einer alternativen Gestaltung der Produktion (Alternativen der Technikgestaltung, der Arbeitsorganisation usw.).

Bei K/S, die ausgehen von der Frage nach kollektiven Handlungsmöglichkeiten der Arbeitenden, geraten diese Arbeitenden systematisch aus dem Blick als Folge ihrer Forschungsanordnung. Nicht nur können sie die *informellen Aktivitäten* beim Produzieren nicht erkennen in ihrer Bedeutung für eine alternative Organisation der Produktion, sie haben auch keinen Blick für die ungeheuren *Krisen*, in die Automation *alle* Arbeiter stürzt. Identitätskrisen etwa für Facharbeiter, wenn die Produktionsarbeit intellektualisiert wird. Bei K/S ist die Herausbildung des neuen Produktionsfacharbeiters in der Automobilindustrie als relativ konfliktarmer Vorgang dargestellt. Wir dagegen fanden zerreißende Widersprüche, in die die Arbeitenden sich zwangsläufig wechselseitig verwickeln, wenn die horizontalen Grenzen fallen (zwischen den Fachabteilungen) und die vertikalen durchlässig werden, wenn Einrichter in Facharbeitergebiete vordringen, Produktionsarbeiter sich gegenüber Facharbeitern positionieren als die Subjekte der Modernisierung der Produktion — gegensätzliche Arbeitsbeziehungen (vgl. PAQ 1983, 73-124). Die alte Struktur von kollektiver Handlungsfähigkeit der Arbeitenden beruht auf weitgehender Ausklammerung der Unterschiede und Gegensätze zwischen den Arbeitenden. Wenn nun die alten Positionierungen der Arbeiter zueinander selber in Bewegung geraten, wird diese alte Handlungsfähigkeit, basierend auf der Gemeinsamkeit als Lohnarbeiter, auch noch untergraben. Bildet man das Zerbrechen alter Solidarstrukturen nur als Polarisierung ab, ist keine Perspektive angebar. *Wie* es unter diesen Bedingungen praktisch möglich sein soll, die NPK aus ihrer privatistischen Verengung zu reißen (wie K/S es fordern), dazu können K/S mit den Mitteln ihrer wissenschaftlichen Analyse keine Vorschläge ausarbeiten. Sie überlassen diese entscheidende Frage der Kompetenz der Politik.

Für ein Automatisierungsprojekt-von-unten

Die neue K/S-Studie wurde nicht zufällig schnell und positiv aufgegriffen von Teilen der Gewerkschaften und vor allem der SPD(-Spitze). Daß ausgerechnet K/S die positiven Möglichkeiten für die Arbeitenden in der automatisierten Produktion herausarbeiten, erleichtert es vielen, vom Verelendungsdiskurs und der bloßen Abwehrhaltung gegenüber neuen Technologien Abschied zu nehmen. Ein Diskurs wird gestützt, der sich positiv auf Humanität in der Arbeit *und* Modernisierung bezieht, damit ermöglicht, daß Gewerkschaften sich zum Vorkämpfer einer offensiven Technologiepolitik machen. Allerdings bleibt die Frage, wie denn zu verhindern ist, daß auf praktisch-politischer Ebene sich wiederholt, was wir bei K/S auf der Theorieebene feststellten: daß es mit Zwangsläufigkeit endet beim Pakt mit dem Kapital. Bei K/S fehlte der *theoretische* Standpunkt einer alternativen Organisation der Arbeit und der gesellschaftlichen Reproduktion als Fluchtpunkt, um dem Gehäuse der Logiken der herrschenden Produktionsweise zu entkommen (vgl. Haug 1985). Politisch wird der *praktische* Aufbau eines alternativen Modernisierungsprojektes mit sozialistisch-solidarischer Zielsetzung unter Einbeziehung der Aktivität der Massen der Arbeitenden notwendig. Denn ohne entsprechende *massenhafte Praxen* ist eine sozialistische Orientierung nicht stabilisierbar bzw. sie wird zum abgespaltenen »Überbau« oder verbleibt in selbstfesselnder bloßer Abwehr des Neuen.

Können die NPK aus ihrer privatistischen Verengung befreit, eine reformkapitalistische Strategie in eine sozialistische transformiert werden? Meine These ist, daß die NPK zu einer spontanen Entfesselung von Konkurrenz und Betriebsgeismen führen, zu männlichen Praxen, die nicht nur bestimmte Arbeitergruppen abspalten, sondern — quer dazu

— vor allem die Frauen. Wie ist die These begründet? Kennzeichnend für die Umbruchzeit, in der wir leben, ist die »schnelle Zeit«. Sie kommt zustande durch die Beschleunigung der Produktivkraftentwicklung, die Altes mit solcher Geschwindigkeit verändert, daß von den Individuen permanentes Umlernen gefordert wird zu einer Zeit, in der durch diese Umwälzungen die alten Solidarnetze zerbrechen und die Strukturen, die (wenngleich begrenzte) materielle Absicherung garantierten (vgl. Nemitz 1985b). In dieser ungeschützten Lage sind die einzelnen eingespannt in Praxen der Modernisierung der Produktionsapparate, angerufen als *Aktivisten der Erneuerung*. Das Arrangement ist eines, in dem Betriebe gegeneinander ums Überleben kämpfen, Abteilung gegen Abteilung — die Produktion als Schlacht. Daß zugleich um Arbeitsplätze gekämpft wird und darüber um die Reproduktionsgrundlage für die Familie, daß die neue Arbeit qualifizierte Arbeit ist, daß in dieser Bewegung neue Kollektive entstehen und materielle Sicherheit (etwa des Arbeitsplatzes), ermöglicht es den einzelnen, als Teil einer massenhaften Erneuerungsbewegung die Veränderungsdynamik nach »innen« zu übernehmen, fähig zu werden, »das, was man tun muß, von innen heraus zu wollen« (W.F. Haug 1984, 252). Es entsteht eine *Diskursformation*, die ein neues Subjekt konstituiert — den »Erneuerer« gegen den »Beharren-den«. Das Konzept der NPK konstituiert, so könnte man es formulieren, Arbeiter-Kollektive und Arbeiter-Individuen, die in der Lage sind, die Innovationsbewegung selbsttätig, von-unten zu übernehmen — um den Preis einer Entfesselung von Gruppen- und Betriebsgeismen. Vor dem Hintergrund dieser Dynamik bleibt der bloße Appell an die Solidarität mit ausgegrenzten Arbeitergruppen hilflos. Wir brauchen eine Anordnung, die als Effekt NSA konstituiert, *Neue solidarische Arbeiterbeziehungen*.

Literaturverzeichnis

- Bleicher, Siegfried, 1985: Die soziale Bewältigung der technischen Herausforderung Arbeit, Zukunftsperspektiven von Arbeit, Gesellschaft und Politik. Referat auf der Technologiepolitischen Konferenz des DGB, 12.-14.9.1985, Bonn.
- Gotschalch, Holm, und Christof Ohm, 1978: Zur Polarisierungsthese bei Kern und Schumann. In: PAQ, Theorien über Automationsarbeit, Argument-Sonderband (AS) 31 (überarb. u. erw. Fassung eines Aufsatzes, der zuerst erschien in: Soziale Welt, 1977, H.3)
- Haug, Frigga, und Kornelia Hauser (Hrsg.), 1985: Subjekt Frau. AS 117, Berlin/W.
- Haug, Frigga, 1985: Automationsarbeit und Politik bei Kern/Schumann. In: *Das Argument* 154, Berlin/W.
- dies., 1983: Verelendungsdiskurs oder Logik der Krisen und Brüche? In: *Aktualisierung Marx'*. AS 100, Berlin/W.
- dies., 1982: Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik — Das Beispiel: Setzen. In: *Das Argument* 135, Berlin/W.
- Haug, Wolfgang Fritz, 1985: Pluraler Marxismus, Bd.1, Berlin/W.
- dies., 1984: Antisemitismus in marxistischer Sicht. In: H.A. Strauss und Na. Kampe (Hrsg.): *Antisemitismus*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (ersch.1986 in: W.F. Haug, *Pluraler Marxismus*, Band 2).
- Karl, Helga, 1985: Arbeiter — Intellektuelle — Politik. In: *Intelligenz, Intellektuelle Arbeiterbewegung in Westeuropa*. Frankfurt/M.
- Karl, Helga, und Christof Ohm, 1982: Textautomation: Männersache? Frauensache! In: *Das Argument* 135, Berlin/W.
- Kern, Horst, und Michael Schumann, 1970: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Bd. I und II, Frankfurt/M.
- dies., 1984: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München.
- dies., 1985a: Diskussionsbeitrag in: *Verlierer und Gewinner. Neue Technologien, Arbeitnehmer und Gewerkschaften*. Streitgespräch mit Hauchler, Kern, Rappe und Schumann, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, H.3.
- dies., 1985b: Thesen zu »Ende der Arbeitsteilung?«. In: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, H.3.
- Nemitz, Rolf, 1985a: Grüne Technikkritik: Fortschrittsdenken, umgestülpt. Eine Antwort auf Otto Ullrich. In: K.-E. Lohmann (Hrsg.): *Sozialismus passé?* AS 135, Berlin/W.
- dies., 1985: Der neue Spiritualismus. In: T
- PAQ (Projektgruppe Automation und Qualifikation), 1986: *Widersprüche der Automationsarbeit*, Berlin/W.
- dass., 1983: *Zerreißproben. Automation im Arbeiterleben*. AS 79 Berlin/W.
- PAQ 1980a und b, 1981: *Automationsarbeit: Empirische Untersuchungen Teil 1-3*. AS 43, 55 und 67, Berlin/W.
- Ullrich, Otto, 1985: Grüne Technikkritik und Sozialismus. In: *Sozialismus passé*, hrsg. von K.-Lohmann, Argument-Sonderband 135, S.9ff.

Rainer Engelmann

Die KP Italiens

Veränderungen einer Strategie und politische Perspektiven

Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) vollzog auf dem letzten (16.) Parteitag 1983 eine strategische Umorientierung. Der »historische Kompromiß«, von *Enrico Berlinguer* 1973 nach dem Militärputsch in Chile in die politische Debatte eingeführt¹ und von der KPI auf dem 14. Parteitag als offizielle Parteilinie beschlossen, wird nicht mehr weiterverfolgt. Das Konzept der »demokratischen Alternative« bildet die Linie, die ausdrücklich gegen die Christdemokratische Partei (DC) gerichtet ist. Diese Entscheidung wurde nicht abrupt getroffen; sie wurde von einem Vorstandsbeschuß vom 27. November 1980 eingeleitet, in dem die »demokratische Alternative« als neue politische Leitlinie der KPI vorgeschlagen wurde. Nach dem Vorstandsbeschuß folgte eine innerparteiliche Diskussion über die strategische Neuorientierung, die in den Parteitagsbeschuß mündete.

Um die Faktoren, die zu der Formulierung der »demokratischen Alternative« führten, analysieren zu können, ist es von Bedeutung, die Bedingungen für die Ausarbeitung des »historischen Kompromisses« zu verstehen und seine Umsetzungsschwierigkeiten in die Praxis zu beleuchten.

Die Formulierung des »historischen Kompromisses«

Der Begriff des »historischen Kompromisses« wurde nach dem Militärputsch in Chile 1973 zum Schlüsselbegriff in der politischen Auseinandersetzung. *Berlinguers* Ausgangspunkt für die Formulierung des »historischen Kompromisses« war die Frage, wie der in Italien notwendig demokratische Weg zum Sozialismus gegen einen Putsch zu sichern sei. Dabei bekam die chilenische Erfahrung den Rang einer fast universellen Lektion, denn die chilenische Linke wollte ebenfalls einen demokratischen Weg zum Sozialismus beschreiten. *Berlinguer* sah zwei Gründe für den Erfolg des Putschs. Der erste Grund war der Wirtschaftskrieg, der von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond und den amerikanischen Multis gegen Chile geführt wurde. Er hatte zur Folge, daß die ökonomische Lage Chiles destabilisiert wurde. Der zweite Grund war die innenpolitische Situation, in der sich zwei Blöcke gegenüberstanden: die Linke, vereinigt in der *Unidad Popular*, und die Rechte unter der Führung der Christdemokraten. Diese tiefe Spaltung des Landes war nach *Berlinguer* ein Geschenk für die Putschisten, weil sie ihnen die Chance bot, sich auf eine gewisse Massenbasis zu stützen. Eine Einbeziehung der Christdemokraten in den Transformationsprozeß hätte diese Entwicklung verhindern können.

Aus den chilenischen Erfahrungen zog *Berlinguer* die Konsequenz, daß es nicht ausreichte, wenn die Linke in Italien 51 % der Stimmen auf sich vereinigen könne. Zwar seien die Entschlossenheit und die Stärke der Linken entscheidend für die Einleitung eines Transformationsprozesses. Was aber viel wichtiger werde, als 51 % der Stimmen für die Linke zu erreichen, sei die Verhinderung eines klerikal-faschistischen Blocks, der mit der politischen Mitte verbunden ist. Diese Gefahr warf für *Berlinguer* die Frage danach auf, welche Position die Mittelschichten im Prozeß der sozialen Umwälzung einnehmen. *Berlinguer* war der Ansicht, daß die Arbeiterklasse die Mittelschichten für eine Absicherung der demokratischen Entwicklung brauche. Da die DC einen gewichtigen Teil der Mittelschichten repräsentiere, sei sie in den Transformationsprozeß miteinzubeziehen. Der »historische

Kompromiß« bedeutete dennoch kein privilegiertes Verhältnis zwischen KPI und DC, sondern sollte eine Übereinkunft zwischen den kommunistisch und sozialistisch eingestellten Kräften mit der katholisch orientierten Strömung ermöglichen. Berlinguer hatte immer deutlich gemacht, daß der »historische Kompromiß« zum Scheitern verurteilt sei, wenn die DC sich nicht von Grund auf erneuere.

Es wäre m.E. zu kurz gegriffen, die Formulierung des »historischen Kompromiß« allein auf die chilenische Erfahrung zurückzuführen. Eine ebenso wichtige Rolle spielte die pessimistische Analyse der innenpolitischen Situation Italiens nach dem »heißen Herbst« von 1969, der einen Bruch bedeutete mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, wie sie sich nach 1948 herausgebildet hatten. Die Auswirkungen waren nicht zu übersehen. Es entstand eine Situation der Spannung mit Bombenanschlägen, Putschvorbereitungen und faschistischen Übergriffen. Der Aufschwung der faschistischen Partei (MSI) auf Kosten der DC in Sizilien und Rom bei Kommunalwahlen 1971 wurde unübersehbar. Die Wahl des Christdemokraten Giovanni Leone zum Präsidenten der Republik erfolgte mit den Stimmen des MSI. Diese Entwicklung wurde von der KPI als Beweis dafür interpretiert, daß die Demokratie in Italien noch nicht fest verankert sei und größeren Erschütterungen nicht standhielte.² Im Mittelpunkt der pessimistischen Analyse stand die Beurteilung der Entwicklung der DC, wo die Gefahr gesehen wurde, daß sie nach rechts ausbrechen würde. Deswegen wurde von Berlinguer sogar die Notwendigkeit einer »zweiten Etappe der demokratischen und antifaschistischen Revolution« propagiert.³

Diese pessimistische Einschätzung hatte zur Folge, daß von der KPI alles unternommen wurde, um die gesellschaftlichen Konflikte zu entschärfen. Daraus resultierte auch die anfängliche Opposition der KPI gegen die Durchführung der Volksabstimmung über das Scheidungsgesetz. Die KPI strebte zunächst eine Übereinkunft mit der DC an, die eine Volksabstimmung überflüssig gemacht hätte, da sie eine Niederlage befürchtete, die die DC genutzt hätte, um die Linke zu isolieren.

Die pessimistische Analyse entsprach dennoch nicht den realen politischen Entwicklungen Italiens. Dieses wurde bereits bei den Parlamentswahlen 1972 deutlich, als die DC durchaus in der Lage war, die konservativen Wähler zurückzugewinnen, ohne dabei den linken Flügel zu verlieren. Die DC erwies sich gegenüber den faschistischen Pressionen stabiler, als die KPI eingeschätzt hatte. Obwohl die DC nach den Parlamentswahlen eine Mitte-Rechts-Regierung bildete, mußte sie nach einem Jahr feststellen, daß es nach rechts keine stabilen Bündnisse gab. Der Parteitag der DC 1973 faßte daher den Beschluß, den Dialog mit der sozialistischen Partei (PSI) wieder aufzunehmen.

Der Sieg bei der Volksabstimmung über das Scheidungsgesetz zeigte schließlich, daß die italienische Gesellschaft säkularisierter war, als die Kommunisten angenommen hatten. Der Sieg bewirkte eine Linkswende der italienischen Gesellschaft, und die KPI konnte bei den Regional- und Gemeindewahlen 1975 und bei den Parlamentswahlen 1976 zum ersten Mal nach 1945 die 30%-Hürde überwinden.

Die Reaktion auf die Formulierung des »historischen Kompromiß«

Die Reaktionen von DC und PSI auf das Konzept des »historischen Kompromiß« waren negativ. In der DC hatte der rechte Flügel um *Fanfani* die Mehrheit, der an einer Zusammenarbeit mit der KPI nicht interessiert war. Es war gerade *Fanfani*'s Idee, die Volksabstimmung über das Scheidungsgesetz als Kampfmittel gegen die KPI einzusetzen.

Die Sozialisten befürworteten zwar eine Regierungsbeteiligung der KPI, lehnten aber den »historischen Kompromiß« ab. Die schärfste Kritik an der Konzeption des »histori-

schen Kompromiß« übe der Exponent des linken PSI-Flügels, *Riccardo Lombardi*. Seine Kritik⁴ läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Es ist eine Illusion anzunehmen, die DC könne sich verändern. Sie würde niemals eine sozialistische Transformation der Gesellschaft tolerieren; mit ihr ließe sich allenfalls eine reformistische Politik durchführen. — Diese Einschätzung der DC resultiert aus den Erfahrungen des PSI aus der Zeit der Mitte-Links-Koalition, als die DC die Reformvorschläge der PSI blockierte.

2. Es ist ein Fehler, die Katholiken über die DC ansprechen zu wollen. Die DC repräsentiert nicht mehr die Katholiken, da diese sich immer mehr von der DC emanzipieren. Die politische Aufgabe der Linken ist es, diesen Emanzipationsprozeß zu fördern, statt ihn zu behindern, wie es der »historische Kompromiß« zur Folge hätte.

3. Es ist eine Illusion zu glauben, daß durch die Zusammenarbeit mit der DC eine ausländische Intervention abgewendet werden könnte. Die USA würden eine sozialistische Transformation nicht hinnehmen, ob dabei die DC mit einbezogen ist oder nicht.

In der KPI löste Berlinguers Initiative eine große Debatte aus. Es gab Auffassungen, die eine andere Version vom »historischen Kompromiß« vertraten, aber auch die totale Ablehnung dieser Strategie. Die unterschiedlichen Einschätzungen kamen auf dem 14. Parteitag 1975 zum Ausdruck. *Umberto Terracini*, Gründungsmitglied der Partei, lehnte einen Kompromiß ab, da die DC die Partei des kapitalistischen Großbürgertums sei. *Pietro Ingrao* vertrat die Auffassung, daß die DC zunächst einmal aus ihrer korrupten Verbindung mit den Instrumenten des Staates herausgelöst werden müsse. *Giorgio Amendola*, der inzwischen verstorbene Führer des rechten Parteiflügels, hingegen wollte den »historischen Kompromiß« sofort vollziehen.

Berlinguer vertrat die Position, daß der »historische Kompromiß« noch nicht durchführbar sei. Erst müßten noch tiefgreifende Veränderungen vollzogen werden. Er behielt es sich aber vor, auf die Christdemokraten zuzugehen, um den Wandel zu beschleunigen. *Berlinguer* konnte sich mit seiner Formel des »historischen Kompromisses« auf dem Parteitag zwar durchsetzen, dies bedeutete jedoch nicht, daß die Diskussion um den »historischen Kompromiß« damit beendet war. Er blieb umstritten, und die unterschiedlichen Positionen in der Partei dazu wurden auch weiterhin sichtbar.

Der Versuch, den »historischen Kompromiß« in der Praxis durchzusetzen

Bei den Parlamentswahlen von 1976 erhielt die KPI über 34% der Stimmen. Das Wahlergebnis bedeutete einen Stimmenzuwachs von 7%. Somit war eine Situation entstanden, die eine Ausgrenzung der KPI unmöglich machte. Die DC war gezwungen, ihre Politik zu ändern, und die Gruppe um *Zaccagnini* und *Aldo Moro* errang die Mehrheit in der Partei. Sie traten für eine begrenzte Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein, lehnten aber den »historischen Kompromiß« ab. *Berlinguer* versuchte, die Gesprächsbereitschaft der DC zu nutzen, um den »historischen Kompromiß« mit der Forderung nach »nationaler Solidarität« vorzubereiten.

Die Phase der »nationalen Solidarität« wurde unmittelbar nach den Wahlen 1976 eingeleitet, als die KPI mit den Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen der christdemokratischen Minderheitsregierung ihr »Nicht-Mißtrauen« aussprach und sich der Stimme enthielt. Es war das Ziel der KPI, den Zustand des »Nicht-Mißtrauens« so schnell wie möglich zu überwinden. 1977 wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, und 1978 war die KPI Teil der Programmmehrheit. Diesen Schritt wollten die Liberalen nicht mitvollziehen, da sie die Aufnahme der Kommunisten in die Nähe der di-

rekten Regierungsverantwortung nicht mittragen wollten. Sie gingen in die Opposition. Die Abgeordneten des rechten Flügels der DC verweigerten ebenfalls dem Regierungsprogramm die Zustimmung. Erst nach langen Diskussionen konnte *Aldo Moro* den Widerstand des rechten Flügels brechen. Die Reaktion des kapitalistischen Auslandes auf die Aufnahme der KPI in die Programmehrheit war ebenfalls kritisch, wobei aber Zurückhaltung geübt wurde. Von der DC versprach man sich doch eine gewisse Schutzfunktion nach außen hin.

Das Regierungsprogramm enthielt ein Austeritätsprogramm, aber gleichzeitig waren Strukturreformen vorgesehen, die eine Lösung der strukturellen Probleme der italienischen Wirtschaft einleiten sollten. Dafür sollte der staatliche Sektor genutzt werden, der in Italien 50% der Gesamtwirtschaft umfaßt. Besondere Maßnahmen wurden für Süditalien und die Landwirtschaft vereinbart. Erreicht werden sollte eine Ausweitung der produktiven Basis, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die KPI machte immer wieder deutlich, daß es ein untrennbares Verhältnis und Gleichgewicht zwischen Austerität und Strukturreformen geben müsse.⁵ Eine Politik, die nur den ersten Teil umsetzt, könne sie nicht mittragen. Diese Position der KPI wurde von dem Gewerkschaftsverband CGIL-CISL-UIL unterstützt.

In der Praxis zeigte sich jedoch, daß die DC kein Interesse an der Verwirklichung der Strukturreformen hatte. Sie wiederholte damit eine Politik, die sich schon während der Mitte-Links-Koalition mit der PSI bewährt hatte: Auf dem Papier wurden Reformen akzeptiert, in der Praxis aber wirksam blockiert. Das Verhalten der DC ist dadurch zu erklären, daß die Verwirklichung der Strukturreformen ihre Einheit gefährdet hätte. Diese Einheit beruht weniger auf gemeinsamen politischen Zielen — es gibt in der DC sehr unterschiedliche politische Vorstellungen —, sondern auf dem Mechanismus, durch den die Pfründe in Verwaltungen und staatlichen Betrieben verteilt werden. So hat jede Fraktion in der DC sich ihr eigenes Klientelsystem aufbauen können. Um dieses System zu erhalten, braucht die DC einen ungestörten Zugriff auf den Staatsapparat, der aber durch die Verwirklichung der Strukturreformen erschwert worden wäre. Dieser Umstand zwang die KPI, die Programmehrheit Anfang 1979 zu verlassen und in die Opposition zurückzukehren, denn der Druck auf die Partei nahm zu.

Auf dem 15. Parteitag der KPI zwei Monate später versuchte *Berlinguer*, der innerparteilichen Kritik am Konzept des »historischen Kompromisses« mit der Forderung zu begegnen: »Entweder in die Regierung oder in die Opposition«. Der Versuch gelang und der »historische Kompromiß« blieb weiterhin das strategische Konzept der Partei, wobei nun die direkte Regierungsbeteiligung gefordert wurde. Die Stimmenverluste der KPI bei den darauffolgenden Parlamentswahlen bildeten allerdings den Ausgangspunkt einer Entwicklung, die zum Abschied vom »historischen Kompromiß« führte.

In DC und PSI veränderten sich zudem die Kräfteverhältnisse. Während der rechte DC-Flügel nach der Ermordung *Aldo Moros* die Mehrheit in der Partei zurückgewann und jede Absprache mit den Kommunisten ablehnte, setzte sich in der PSI ebenfalls der Flügel um *Bettino Craxi* durch, der die Regierungsbeteiligung der Kommunisten fürchtete. Craxis Ziel war frühzeitig, in der Koalition mit der DC und den laizistischen Parteien (Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale) selber Ministerpräsident zu werden. Die Regionalwahlen 1980 brachten erneute Verluste für die KPI, während die PSI Stimmengewinne erzielen konnte. Eine Umfrage unter den Ortsvereinsvorsitzenden der KPI machte deutlich, daß eine Regierung mit der DC in der Parteibasis wenig populär war, während eine Regierung ohne die DC wesentlich mehr Unterstützung fand. Als auch noch im Ver-

lauf des Jahres 1980 etliche Skandale aufgedeckt wurden, in die christdemokratische Politiker verstrickt waren, und sich das totale Versagen der DC angesichts der Erdbebenkatastrophe in Süditalien herausstellte, war der »historische Kompromiß« endgültig unmöglich geworden. Außerdem wurde die Krise des Gewerkschaftsdachverbandes immer deutlicher. Das Ausbleiben der Strukturreformen hatte die sozialen Spannungen erhöht, die aber den ständisch orientierten Gewerkschaften zugutekamen. Der Gewerkschaftsdachverband hatte die Kombination aus Austerität und Strukturreformen mitgetragen. Das Scheitern der Strukturreformen beeinträchtigte nachhaltig die Glaubwürdigkeit des Gewerkschaftsdachverbandes bei den Arbeitern.

Als erster äußerte *Pietro Ingrao* seine Zweifel an der weiteren Gültigkeit des Konzeptes einer »Regierung der demokratischen Einheit von der DC bis zur KPI«. Berlinguer widersprach ihm und bekräftigte den von Ingrao kritisierten Kurs als die offizielle Linie der Partei. Doch nur drei Wochen später beschloß der Vorstand der KPI unter der Führung Berlinguers die »demokratische Alternative« als neues strategisches Konzept der Partei.

Die »demokratische Alternative«

Die »demokratische Alternative« ist als Übereinkunft gegen die DC und ihr Machtssystem konzipiert. An ihrem Ende soll eine Regierung stehen, aus der die DC ausgeschlossen ist. Diese Regierung soll einen sozialistischen Transformationsprozeß Italiens einleiten, an dem die KPI als Regierungspartei beteiligt sein will. Der DC wird bereits auf Grund ihres korrupten Zustandes die Beteiligung an einer solchen Regierung verwehrt. In einem Zeitungsinterview im Juli 1981 gab Berlinguer selbstkritisch zu, daß er die Veränderungsfähigkeit der DC stark überschätzt habe. Der Bruch mit dem »historischen Kompromiß« ist also deutlich. Diese Entscheidung entspricht aber auch den Erfahrungen, die die KPI mit der DC während der Phase der »nationalen Solidarität« gemacht hatte.

Die »demokratische Alternative« ist demnach nicht mit der »Linksalternative« identisch. Im Gegensatz zur »Linksalternative« will die KPI mit der »demokratischen Alternative« nicht nur die Sozialisten ansprechen, sondern auch die laizistischen Parteien und die kritischen Strömungen innerhalb des Katholizismus, damit sie sich aus der Abhängigkeit von der DC befreien. Die Überlegung, daß der Konsens über eine sozialistische Transformation über die beiden klassischen Linksparteien hinausreichen muß, liegt auch der neuen Strategie zugrunde.

Die Reaktion der Sozialisten auf die »demokratische Alternative« war sehr zurückhaltend. Die Strategie von *Craxi* war nicht auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten gerichtet, im Gegenteil: Die ersehnte Unterstützung einer sozialistischen Ministerpräsidentenkandidatur setzte eine Konfliktstrategie gegen die KPI voraus. Nach den Parlamentswahlen von 1983 wurde *Craxi* Ministerpräsident, weil die DC 5% ihrer Stimmen verlor. Ihr Gewicht in der Koalition war geschwächt: Der Erfolg schien den Sozialisten recht zu geben, sie verstärkten ihre Konfliktstrategie gegenüber den Kommunisten noch, um die KPI zu isolieren.

Auch wenn die »demokratische Alternative« nicht kurzfristig realisiert werden kann, hat sie in wichtigen Punkten eine Erneuerung der Politik der KPI bewirkt:

1. Die Trennung von »katholischer Frage« und christdemokratischer Partei. In der Konzeption des »historischen Kompromisses« wurde die Lösung der »katholischen Frage« in der Kooperation mit der DC gesehen.

2. Die positivere Beurteilung der sozialen Bewegungen und ihrer Autonomie. Die Respektierung der Autonomie der sozialen Bewegungen wird als Voraussetzung dafür be-

trachtet, daß sie einen aktiven Beitrag zur Erneuerung der Gesellschaft und der Politik und damit der Parteien leisten können.⁶ In der Phase der »nationalen Solidarität« wurden die sozialen Bewegungen mit Mißtrauen beobachtet, weil sie das Primat der Partei in Frage stellten und sich nicht diesem Primat unterordnen wollten. Dieses führte dazu, daß z.B. die Jugendbewegung von 1977 von der KPI falsch eingeschätzt wurde.⁷ Die zunehmende Entfremdung zwischen KPI und sozialen Bewegungen bewirkte auch ein Nachlassen ihrer Verankerung in der Gesellschaft.

3. *Die Debatte über die Ausgestaltung des »dritten Weges«.* Die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen des sozialdemokratischen Sozialstaats und der sozialistischen Staaten wurde intensiviert. Dabei waren die Endphase der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in Bonn und die Ereignisse in Polen von entscheidender Bedeutung.

Die aktuelle Lage der KPI

Der negative Ausgang der Gemeinde- und Regionalwahlen im Mai und die Niederlage bei der Volksabstimmung im Juni 1985 über die Rücknahme der Beseitigung des automatischen Inflationsausgleichs bei den Löhnen (*scala mobile*) lösten innerhalb der KPI eine heftige Debatte und Kritik über die politische Linie der Partei aus. Auf die massive Kritik reagierte die Parteiführung unter *Alessandro Natta* mit der Einberufung des Parteitages im nächsten Frühjahr. Außerdem wurde eine Kommission mit 77 Mitgliedern gebildet, die zur Aufgabe hat, die parteiinterne Diskussion zu strukturieren und den Parteitag vorzubereiten.

Da die Diskussion voll im Gange ist, liegen noch keine festen Ergebnisse vor. Folgende kontroverse Punkte lassen sich in der parteiinternen Diskussion benennen: das Verhältnis der KPI zur sozialistischen Partei (PSI) und der Regierung Craxi, die innerparteiliche Demokratie (demokratischer Zentralismus), die Konzeption der »demokratischen Alternative«, die Strategie des »dritten Weges« und das kulturelle Erbe der KPI.

Die Debatte wurde von *Luciano Lama*, dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes CGIL, bereits nach der Wahl Niederlage der KPI in den Regional- und Gemeindevahlen im Mai eröffnet, als er in einem Interview in der Zeitung *Repubblica* eine harte Kritik gegenüber der Politik der vergangenen Jahre formulierte. Lama war der Meinung, daß die Haltung der KPI gegenüber der sozialistischen Partei zu wenig flexibel gewesen sei, was eine unnötige Verschärfung der Spannungen zwischen KPI und PSI zur Folge gehabt hätte. Die Konzeption der »demokratischen Alternative« und die Strategie des »dritten Weges« stellte er als abstrakte Formeln dar, deren praktische Umsetzung gefehlt habe. Außerdem wurde eine offenere innerparteiliche Diskussion gefordert. In diesem Zusammenhang kritisierte er *Berlinguer*, der manchmal wichtige Entscheidungen ohne vorherige Konsultation getroffen habe.

Die Reaktion auf diese Kritik war zunächst sehr verhalten; sowohl die Gegner als auch die Befürworter der Kritik hielten sich zurück, die Volksabstimmung stand noch bevor. Es wurde von allen für richtig gehalten, in die allgemeine Diskussion über die Perspektiven kommunistischer Politik erst nach der Volksabstimmung einzutreten.

Nach der Niederlage bei der Volksabstimmung setzte die Diskussion dann voll ein, es meldeten sich vor allem die Kritiker zu Wort. Deutlich wurde, daß sich innerhalb der Partei erheblicher Unmut über die Politik der KPI angesammelt hatte. Dabei bildete die Kritik von Lama einen wichtigen Anknüpfungspunkt. Daß die Parteistrategie ohne ein konkretes Aktionsprogramm abstrakt und formalistisch bliebe, fürchtet *Achille Occhetto*, einer der möglichen Nachfolger Nattas. *Giorgio Napolitano*, Fraktionsvorsitzender der KPI

im Abgeordnetenhaus, kritisierte vor allem die Haltung der Partei gegenüber den Sozialisten. Er vertrat in einem Interview in der Zeitschrift *Espresso* die Meinung, daß die Politik der Sozialisten ein Ausdruck der Veränderung ist, die sich innerhalb der italienischen Gesellschaft in den letzten fünfzehn Jahren vollzogen habe. Aus diesem Grund habe es keinen Sinn, einen Frontalangriff gegen die PSI zu machen.

Eine viel weitergehende Kritik formulierte *Napoleone Colajanni*, der Vorsitzende der KPI der Region Sizilien. Er hält die Politik der KPI gegenüber dem PSI ebenfalls für falsch und plädiert ferner für die Abschaffung des »demokratischen Zentralismus«. ⁸ Die Diskussion der Frage, wie und auf welche Weise sich der Übergang zum Sozialismus vollziehen soll, sei abstrakt. Sie habe nur die Konsequenz, von den wirklichen Problemen abzulenken. ⁹

Es gibt Positionen, die noch ein paar Schritte weitergehen, so von *Aldo Sciaivone*, der in seinem Buch unter dem Titel »Per il nuovo PCI« (Für die neue KPI) das ganze kulturelle Erbe der Partei für verfehlt hält und ihr deshalb rät, vom Nullpunkt neu zu beginnen. In dieselbe Richtung geht die Kritik von *Guido Carandini*, einem ehemaligen Parlamentsabgeordneten der KPI. Er übernimmt die Kritik von Schiavone und fordert eine Änderung des Parteinamens. ¹⁰

Diese Positionen werden von der Parteileitung, auch vom Ingrao-Flügel abgelehnt. *Pietro Ingrao* vertritt die Meinung, daß eine Namensänderung keine Klarheit schaffen würde. Die KPI müsse sich vielmehr den sozialen Bewegungen öffnen, damit es zu einer Kopplung zwischen dem Kampf innerhalb und außerhalb der Institutionen kommen kann. ¹¹ Nur so könne die KPI ihre Basis innerhalb der Gesellschaft vergrößern. Die Frage des Übergangs zum Sozialismus sei das wichtigste Identitätsmerkmal der Partei. Im Grundsatze verteidigt er die Konzeption der »demokratischen Alternative« und die Strategie des »dritten Weges«.

Die Parteileitung befürwortet gleichwohl eine Erneuerung der Partei. Diese werde allerdings nicht dadurch erreicht, daß der Name geändert wird und das kulturelle Erbe und die Diskussionen über den Übergang zum Sozialismus begraben werden. Der »demokratische Zentralismus« wird als taugliches Mittel zur Wahrung der innerparteilichen Demokratie angesehen. Die Konzeption der »demokratischen Alternative« und die Strategie des »dritten Weges« sollen beibehalten werden. Die Parteileitung tritt auch dafür ein, daß sich das Verhältnis zu den Sozialisten verbessert. Die Voraussetzung dafür sei aber, daß die Sozialisten die Konfliktstrategie gegenüber der KPI einstellen. Dazu könnte eine bessere Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien in den Regionen und Gemeinden der erste Schritt sein. Das Problem dabei ist aber gerade, daß die PSI nach den letzten Regional- und Gemeindewahlen in vielen Städten das Bündnis mit der KPI beendet hat.

Der Ausgang der Diskussion ist noch nicht absehbar. Es ist jedoch positiv zu werten, daß diese Diskussion überhaupt geführt wird und unterschiedliche Meinungen offen geäußert werden, die vorher nur hinter vorgehaltener Hand vertreten würden. Dies ermöglicht nun eine offene Auseinandersetzung über die künftig einzuschlagende Politik. Sie ist zumindest eine Voraussetzung dafür, daß es zu tragfähigen Beschlüssen auf dem nächsten Parteitag kommen kann.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Enrico Berlinguer: Gedanken zu Italien nach den Ereignissen in Chile. In: Detlev Albers: Demokratie und Sozialismus in Italien. Frankfurt/M. 1978, S.126-145.

- 2 Vgl. Paolo Franchi: Per una storia del compromesso. In: Laboratorio Politico, März/Juni 1982, S.46-47.
- 3 Vgl. Enrico Berlinguer: La seconda tappa della rivoluzione democratica e antifascista. In: Rinascita-II Contemporaneo vom 25.4.1975.
- 4 Vgl. Riccardo Lombardi: Die sozialistische Alternative. In: Detlev Albers: a.a.O., S.164-171.
- 5 Vgl. Der Kommunistische Vorschlag. Hamburg 1977, S.23-25, und Enrico Berlinguer: Austerität — Gelegenheit zur revolutionären Erneuerung Italiens. In: Sozialismus für Italien. Hamburg 1977, S.211-212.
- 6 Vgl. Enrico Berlinguer: Erneuerung der Politik und der PCI. In: Sozialismus Nr. 3/1982, Hamburg, S.80-84.
- 7 Vgl. Giorgio Inglese und Maurizio Stanzani: Maledetto sia marzo! Il 77 del PCI. In: Laboratorio Politico, März/Juni 1982, S.301-319.
- 8 Vgl. Napoleone Colajanni: Il PCI al bivio. In: La Repubblica vom 5.7.1985, S.6.
- 9 Vgl. Napoleone Colajanni: Dobbiamo salvare il capitalismo? In: La Repubblica vom 25.7.1985, S.6.
- 10 Vgl. Guido Carandini: Quella grande illusione. In: La Repubblica vom 22.8.1985, S.5.
- 11 Vgl. Pietro Ingrao: Strukturelle Bündnisse. In: Sozialismus Nr. 7-8/1985, Hamburg, S.68-69.



**OTTO BAUER-
THEORIE
UND POLITIK**

Otto Bauer: Theorie und Politik hrsg. von D. Albers, H. Helmann, R. Saage

Überwindung der ideologischen Spaltungen der Arbeiterbewegung, Widerstand gegen die Offensive des Neokonservatismus von rechts, gegen den modischen »Abschied« von Proletariat und Sozialismus von links: vor diesem Hintergrund entdeckt nicht nur die marxistische Linke, sondern auch z.B. Peter Glotz eine neue Aktualität von Otto Bauer und dem Austromarxismus. In diesem Band geht es um die kritische Aufarbeitung einer noch unausgeschöpften, zukunftsträchtigen Traditionslinie in der Arbeiterbewegung. Er enthält Beiträge einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf der sich gezeigt hat, — so die Herausgeber des Bandes — daß die Arbeiten Bauers eine Plattform darstellen, auf der »Marxisten, Revisionisten und Reormisten, innerhalb und außerhalb der SPD, trotz inhaltlich scharfer Kontroversen solidarisch zu diskutieren vermögen.«

Neben den Herausgebern befassen sich W. Euchner, W.F. Haug, F. Heidenreich, T. Meyer, Susanne Miller, P. Pelinka, U. Schöler, mit Politik und Programmatik Bauers in ihrem historischen Kontext, mit seinem Verhältnis zur Sowjetunion und mit der aktuellen Bedeutung austromarxistischer Positionen für den »demokratischen Sozialismus«.

AS 129, ca. 160 S., 17,60 DM (f.Stud. 14,60).

ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Straße 6
1000 Berlin 65

Uli Schöler

»Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf ...«

Abendroth, SPD und Presse in der Nachkriegsära

»Wolfgang Abendroth ist tot. Nichts ist schlimmer, als wenn bei Nachrufen die Konflikte unter Kränzen und Blumen versteckt werden ...«, so beginnt Peter Glotz die Ankündigung eines Nachrufes auf Wolfgang Abendroth durch Richard Löwenthal für das Novemberheft der *Neuen Gesellschaft / Frankfurter Hefte*.¹ Gegen diese nichts verwischende Herangehensweise ist sicher nichts einzuwenden, auch wenn man mehr als gespannt sein darf, was der frühere Weggefährte Abendroths und heutige SPD-Rechtsaußen Löwenthal da zu Papier bringt, auch wenn es mehr als peinlich anmutet, daß der heutige Bundesgeschäftsführer der SPD noch nicht einmal das Ausschlußdatum Abendroths aus der SPD richtig wiederzugeben weiß (sei es auch nur ein Tippfehler gewesen). Nun, die real existierende Sozialdemokratie hat sich schon immer schwer getan mit diesem kritischen Marxisten. Nach seinem Ausschluß 1961 ließ der Parteivorstand noch eine Dokumentation von mehreren hundert Seiten erstellen, mit aufwendigem Personen- und Stichwortregister, um Abendroths grundsätzliche Einwände gegen das Godesberger Programm zu dokumentieren, zur »Programmatik des freiheitlich-demokratischen Sozialismus in Deutschland«, wie es im Vorwort über das Programm heißt.² Danach hat man jahrzehntelang gemeint, ihn ignorieren zu können.

Und nun, 1985, springt einem aus dem ersten Nachruf in einem sozialdemokratischen Organ blankes Unverständnis entgegen. Da deklariert ihn der Bundestagsabgeordnete Michael Müller im *Sozialdemokratischen Pressedienst* — neben all der üblichen Laudatio — zum politisch Heimatlosen mit abweisender persönlicher Ausstrahlung.³ Wer dies schreibt, kann Wolfgang Abendroth nicht gekannt haben. Und er hat nichts davon begriffen, daß man ein politisches Zuhause haben kann, ohne Mitglied einer Partei zu sein. Wem dies fremd erscheint, der sollte sich einmal die Lektüre des Buches »Ein Leben in der Arbeiterbewegung« gönnen.⁴ Geradezu unverfroren wird Müller allerdings in seinem Versuch, Konflikte nicht zu verstecken, wenn er schreibt, Abendroth »war immer mit einem Namen für Aktionen zu haben, was Zweifel an seinem politischen Differenzierungsvermögen erregte.« Unverfroren aus zwei Gründen: zum einen gibt es nur wenige marxistische (geschweige denn andere) Politikwissenschaftler, Staatsrechtler oder Historiker in der Nachkriegsära, deren Arbeiten in ähnlich bestechender Weise in der Lage waren, historische, gesellschaftliche Zusammenhänge in ihrem dialektischen Entwicklungsprozeß, oder eben »differenziert«, einzuordnen und darzustellen, wie Abendroth in seinen Arbeiten. Zum anderen schreibt Müller hier nur das ab und um, was rechtskonservative Blätter wenige Tage zuvor zum Tode Abendroths verlautbarten. So schreibt die *FAZ* vom 16. September 1985 aufgrund einer dpa-Meldung: »Viele Jahre lang gab es wohl keine Unterschriftenaktion links von der SPD, die er mit seinem Namen nicht unterstützte.«⁵ Und in der *Stuttgarter Zeitung* vom 17. September 1985 weiß ein Herr Bernd Rudolph zu vermelden, daß es Abendroth »bei seiner Kritik an den politischen Zuständen zunehmend an Augenmaß« fehlte.⁶ Aber abgesehen von solcher eher »kleinlicher« Kritik verhielt man sich in der bürgerlichen Presse durchaus vornehm, lobte allenthalben den »Partisanenprofessor« (*Die Rheinpfalz*), den engagierten »Querdenker« (*Stuttgarter Nachrichten*), das Vorbild der Linken (*Süddeutsche Zeitung*), seine aufrechte Haltung (*Der Spiegel*), seinen

flexiblen Geist und seine unkorruptible Moralität (*Die Zeit*).⁷ Nur, eine solch positive Medienöffentlichkeit für Wolfgang Abendroth hat es zu seinen Lebzeiten nie gegeben. Sie verbirgt all das, was jahrzehntelang seinen politischen Alltag ausgemacht hat, womit er zu kämpfen hatte, wie er — gerade auch in den Medien — bekämpft wurde. Wenn dies im folgenden schlaglichtartig (und keineswegs vollständig) beleuchtet wird, so soll damit weniger ein biographischer Beitrag geleistet, als gezeigt werden, was es politisch und menschlich bedeutet hat, als Linksozialist und Marxist in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik zu wirken, was es dabei auszuhalten galt, welche in ihrer Schärfe ganz anderen Herausforderungen anzunehmen waren, als wir sie etwa heute kennen. Zugleich wird damit auch ein Stück politischer Kultur der Nachkriegsära sichtbar.

Thesen zur Wiedervereinigung als Anstoßerreger

1955 veröffentlichte Abendroth Thesen zur Wiedervereinigung Deutschlands⁸, die er als Diskussionsvorschlag in Kreisen von Jugendfunktionären des DGB und der Jungsozialisten kursieren ließ. Hierin schlug er u. a. vor, die Vergesellschaftung der Grundproduktion und der Industrie im Bereich der DDR (damals hieß das im Sprachgebrauch noch Sowjetzone) beizubehalten, allerdings die schon weitgehend erfolgte Enteignung von Handwerks- und Kleinbetrieben wieder rückgängig zu machen. Eine Entschädigung bereits enteigneter Unternehmen sollte nur im Ausnahmefall stattfinden. Für die bürgerliche Presse war dies schlicht sowjetzonale Propaganda. Als Beispiel sei nur die Reaktion des *Volkswirt* genannt. Dort hieß es: »Der Raub wird hier zum 'Recht'.«⁹ Das deutsche Volk in der Sowjetzone und mit ihm die dortige deutsche Arbeiterschaft habe diesen Thesen am 17. Juni 1953 eine Antwort erteilt, die Abendroth offenbar nicht erreicht habe. Die persönliche Verunglimpfung in dem Artikel gipfelte in der Bemerkung, Abendroth habe nach »einer politisch-wissenschaftlichen Rundreise 'Sowjetzone-Wilhelmshaven'« Marburg erreicht. Was hier als Sightseeing-Tour geschildert wird und fast Ahnungen von Agententätigkeit aufkommen läßt, hatte allerdings ernstere, diesem Blatt sicherlich nicht unbekannt, Hintergründe. Abendroth war Anfang 1947 der SPD beigetreten und hatte diese Mitgliedschaft auch nach dem SPD-Parteiverbot in der damaligen Sowjetzone beibehalten. Ende 1948 konnte er sich nur durch Flucht einem geheimdienstlichen Zugriff entziehen.

Die Affäre war damit allerdings nicht beendet. Nach weiteren Presseberichten über seine Thesen richtete die hessische Landtagsfraktion der FDP an die Landesregierung eine große Anfrage, in der sie nach Abendroths vermeintlich einseitiger politischer Lehrtätigkeit vor juristischen Referendaren fragte (wem hier die gedankliche Parallele zu den späteren Berufsverboten kommt, der dürfte nicht auf dem Holzweg sein). Nachdem die Landesregierung die Einseitigkeit verneint hatte, kam es bei der Aussprache zu tumultartigen Szenen im Landtag. Die FDP-Parlamentarier Mischnik(!) und Dr. Dörinkel beschuldigten Abendroth, der kommunistischen Propaganda Vorschub zu leisten. SPD-Abgeordnete nahmen Abendroth in Schutz und warfen ihrerseits den FDP'ern nazistische Methoden vor. In der *Zeit* wurden seine Thesen anschließend erneut als falsch, schädlich und skandalös bezeichnet.¹⁰ Was in der Aufnahme der Thesen in der Presse völlig ignoriert wurde, mußte Abendroth erst in einem Leserbrief kenntlich machen:

»Wer diese Thesen im Original liest, wird feststellen, daß eben in der gleichen Entschiedenheit, in der die einfache Übertragung der gegenwärtigen restaurativen Situation der Bundesrepublik nach Osten darin abgelehnt wurde, die Übertragung der Herrschaftsformen der DDR nach Westen, die gleichzeitig als Produkt des terroristischen Druckes der sowjetischen Besatzungs-

macht bezeichnet wurden, bekämpft worden ist. Gegenüber beiden Systemen wird unter Hinweis auf Artikel 146 des Grundgesetzes in diesen Thesen die souveräne Entscheidungsbefugnis einer in freien, international kontrollierten Wahlen gebildeten Nationalversammlung verlangt ... Selbstverständlich wird dabei ebenso verlangt, daß die gegenwärtigen Rechtsformen der Vergesellschaftung verändert und demokratisiert werden.«¹¹

Schon im gleichen Jahr regen sich in der SPD Kräfte, denen Abendroth zu unbequem wird. In einem antibolschewistischen Rundumschlag setzt sich der damalige Schriftleiter der *Neuen Gesellschaft* und spätere SPD-MdB Ulrich Lohmar von Abendroth ab, dem er vorwirft, in einem Artikel gegen die deutsche Wiederbewaffnung eine angebliche sicherheitspolitische Bedrohung der Sowjetunion zu konstruieren, statt vom »Sicherheitsbedürfnis des Westens« auszugehen.¹² Gleichzeitig wird Abendroths Position in fragwürdiger Weise als mit der des bereits verstorbenen Kurt Schumacher unvereinbar hingestellt, was ihn bereits ein ganzes Stück außerhalb des tolerierbaren Parteiramens stellt. Die Rechtspresse freute sich, sog diese Abgrenzung begierig auf. In ihrer Wiedergabe der Kontroverse kennzeichneten die Hannoverschen *Deutschen Stimmen* Abendroth als fanatischen Gegner der Bundesregierung, der während der letzten Monate des öfteren durch seine »hemmungslosen Brandreden« in der Öffentlichkeit aufgefallen sei.¹³

Abendroths antimilitaristisches Engagement beginnt auch im DGB allmählich Anstoß zu erregen. Er ist zwar weiterhin Referent auf vielen gewerkschaftlichen Veranstaltungen, aber es mehren sich die Versuche von oben, dies zu verhindern. Dennoch spricht er Ende März 1956 auf drei Gewerkschaftsveranstaltungen in Bayern gegen die Wiederbewaffnung, u.a. in München vor 1.500 Zuhörern. Es werden von ihm vorbereitete Entschlüsse verabschiedet. Dies bleibt natürlich nicht ohne Presseecho. Daraufhin sieht sich die Bundespressestelle des DGB am 6. April 1956 zu einer Erklärung veranlaßt, in der es u.a. heißt: »Wenn jetzt die Zeitungen bemüht sind, das Licht des Marburger Professors als Abendröte erstrahlen zu lassen, dann erweisen sie damit der Gewerkschaftsbewegung gewiß keinen Dienst. Sie geben nur Hilfestellung für Professor Abendroth und darüber hinaus der Propaganda aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands.«¹⁵ Theo Pirker unternimmt es in der kleinen *Die Andere Zeitung*, die ganze Verlogenheit dieses Vorgehens aufzudecken. Er zeigt, wie man Abendroth seitens des DGB einerseits zu juristischen Gutachten zur Behauptung demokratischer Rechtspositionen der Arbeiterbewegung heranzieht, ihn grundsätzliche Abhandlungen über die Rolle der Gewerkschaften in der BRD zu ihrem zehnjährigen Bestehen in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* schreiben läßt, ihn aber andererseits in der Wiederbewaffnungsfrage politisch denunziert.

Im gleichen Jahr wird im Versuch, Abendroth zu einem sowjetzonalen ideologischen Helfershelfer abzustempeln, noch eins draufgelegt. In einem Artikel mit dem auch Abendroth selbst eher amüsierenden Titel »Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf ...« wirft man ihm vor, das Justizunrecht in der sowjetisch besetzten Zone trotz seiner dortigen Tätigkeit in diesem Bereich nicht richtig erkannt zu haben, statt dessen aber in der Bundesrepublik unaufhörlich die Rechtsprechung heftigster Kritik zu unterziehen. Und weil es gerade so gut paßt, macht der Autor gleich aus ihm das ehemalige »SED-Mitglied Abendroth«.¹⁴ In einem Leserbrief stellt Abendroth richtig:

»Mit dieser Behauptung hat er ausgesprochen Pech gehabt. Sie stimmt nicht. Ich habe, als ich aus der Kriegsgefangenschaft in die sowjetische Zone zurückkam, stets abgelehnt, Mitglied einer stalinistischen Partei zu werden. Als ich im Januar 1947 dort eintraf, war es aber schon völlig klar, wohin politisch in der SED die Gewichte fallen würden. Infolgedessen bin ich dieser Partei nie beigetreten und habe auch in der Zone aus meiner Gegnerschaft gegen sie niemals ein Hehl gemacht.«¹⁵

Leber gegen Abendroth

Nicht allzu lange vor seinem Ausschluß aus der SPD wegen der Zugehörigkeit zum SDS-Fördererkreis, deren Unvereinbarkeit mit der SPD-Mitgliedschaft auf intensives Betreiben von Herbert Wehner beschlossen wurde, verschärfen sich auch die öffentlichen Angriffe gegen Abendroth aus den Reihen von SPD und Gewerkschaften. Es wird heute angesichts seines politischen Werdegangs niemanden verwundern, daß Georg Leber dabei in vorderster Reihe stand. Leber hatte sich vom entschiedenen Gegner der Atomrüstung zu einem (zunächst noch vorsichtigen) Befürworter innerer Aufüstungsmaßnahmen z.B. durch Notstandsgesetze gemausert. Noch am 1. Mai 1958 marschierte er an der Spitze von 70.000 Menschen in München — flankiert von roten Fahnen — vor Transparenten mit den Aufschriften »Generalstreik verhindert Atomrüstung — Mehr Moneten statt Raketen — Freie Betätigung für das Komitee gegen Atomtod«. ¹⁷ In einer Polemik mit Abendroth über die Frage des Notstandsgesetzentwurfs im Jahre 1961 legt Leber ein Bekenntnis zu diesem Staat »ohne Wenn und Aber« ab und äußert Zweifel, ob Abendroth ebenfalls zu diesem Staat stehe. Der *Industrie-Kurier* tönt daraufhin schon in der Überschrift: »Leber wird deutlich. Bekennt sich Prof. Abendroth zu unserem Staat?« ¹⁸ Abendroths Antwort fiel nicht nur klar und deutlich aus, sie ist zugleich eine kluge Abrechnung mit einem traditionellen unkritischen Staatsverständnis in der Sozialdemokratie, wie es auch Leber zum Ausdruck brachte:

»Zweifellos müssen alle Demokraten und die Gewerkschaften eindeutig — also erst recht in jeder Notlage — zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung Ja sagen und sie schützen. Aber gerade diese Überlegung sollte sie davor bewahren, sich dazu verleiten zu lassen, dem Staatsapparat rechtliche Handhaben zu liefern, das Grundrechtssystem — auf dem diese freiheitlich-demokratische Grundordnung beruht — einzuschränken oder aufzuheben. Wird das Ja zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Wille zur Verteidigung des demokratischen Staates, durch das abstrakte Ja zum jeweiligen Staat, in dem wir leben, ersetzt, so ist die schiefe Ebene erneut betreten, auf der das deutsche Volk schon einmal von der Demokratie zum Unrechtsstaat abgeglitten ist.« ¹⁹

Die Auseinandersetzungen mit und um Wolfgang Abendroth in diesen Tagen nahmen dabei zum Teil außerordentlich kuriose Formen an. In einem Leserbrief an die *FAZ* versucht ein ehemaliger Mithäftling im englischen Kriegsgefangenenlager, Abendroths demokratisches Renommée durch folgende »Beweise« zu untergraben: Abendroth habe in einem Zelt gelegen, in dem die Gefangenen des kommunistischen Führungskollektivs untergebracht gewesen seien. Die demokratischen Mitgefangenen hätten sich stets gesträubt, dort miteinzuziehen. Über diesem Zelt habe einige Zeit eine selbstgefertigte rote Fahne mit Hammer und Sichel gehangen, bis sie von der englischen Lagerkommandantur heruntergeholt worden sei. Zudem sei Abendroth einmal zusammen mit »kommunistischen Krachmachern« von der englischen Militärpolizei wegen politischer Umtriebe mit Waffengewalt den Lagerkommandanten zur Aburteilung vorgeführt worden. ²⁰ Welch grausame Zustände! Den Lesern der *FAZ* dürften die Augen über diesen Linksprofessor endlich aufgegangen sein. Doch schon gut zwei Wochen später meldet sich mit einem weiteren Leserbrief der Präsident des Berliner Landessozialgerichts und »gesteht«, mit Abendroth ein Jahr lang das Lagerzelt geteilt zu haben. Das Zelt sei politisch gemischt besetzt gewesen (Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose). Er selbst sei niemals Kommunist gewesen, aber der einzige mit Abendroth Abgeurteilte. Beide hätten sich geweigert, ihre Konzepte für Vorlesungen von Gefangenen zur Genehmigung vorzulegen. Die selbstge-

nährte rote Fahne entpuppte sich schließlich als die sowjetische, die offiziell neben der britischen gehißt worden war.²¹

Ende des Jahres 1961 war von solch kuriosen Aspekten der Auseinandersetzung um die Position Wolfgang Abendroths nichts mehr zu spüren. Die SPD hatte mittlerweile die »Hochschulfront« begradigt, den aufmüpfigen SDS abgenabelt. Zugleich bestand die willkommene Gelegenheit, sich damit einer Reihe unliebsamer Intellektueller zu entledigen, die Mitglied des SDS-Fördererkreises waren. Neben Abendroth gehörten ihm u.a. der Schriftsteller Zwerenz sowie die Professoren Maus, Dücker, Flechtheim und Heydorn an, letzterer gleichzeitig als Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Süd. Die bürgerliche Presse frohlockte. Endlich hatte sich die SPD von diesen »orthodoxen Marxisten«, ein Begriff, der damals in weit größerem Maße stigmatisiert war als heute, und »linken Schwärmern« getrennt. Die jahrelangen Warnungen an die SPD hatten gefruchtet: »Verschwommenheiten in der Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus kann sich die SPD am allerwenigsten erlauben.«²² Heute kann man wohl kaum noch richtig ermessen, was eine solche Entscheidung politisch und persönlich bedeutete. Abendroth und seine Mitstreiter hatten ja schließlich die »Wahl«, sich vom SDS-Fördererkreis loszusagen oder eben sich aus der SPD ausschließen zu lassen. Sie entschieden sich dafür, die Verbindung zur kritischen Intelligenz an den Hochschulen nicht abreißen zu lassen. Aber es war gerade erst fünf Jahre her, daß das Bundesverfassungsgericht mit dem KPD-Verbot nicht nur jegliche kommunistische Partei illegalisiert, sondern auch weite Teile des Marxismus als verfassungswidrig deklariert hatte. Und Marburg, wo Abendroth mit seiner Familie lebte und wo er lehrte, war eine biedere Kleinstadt. Lisa Abendroth berichtet heute noch davon, daß es Probleme für ihre Kinder gab, auf der Schule bleiben zu dürfen.

Die Welt: »Professor Abendroth verteidigt Zonenregime«

So verwundert es nicht, wenn die Angriffe auf Wolfgang Abendroth in der bürgerlichen Presse noch einmal an Schärfe zulegten. »Professor Abendroth verteidigt Zonenregime« hieß der Aufmacher der *Welt* am 7. September 1963, in der über sein Referat vor der SDS-Delegiertenkonferenz berichtet wurde.²³ Er hatte es »gewagt«, auf die schlechteren ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR im Vergleich zur BRD aufmerksam zu machen sowie auf deren Zusammenhang mit dem Widerstand in der Bevölkerung und der Durchsetzung der staatlichen Ziele mit stalinistischen Methoden. Für die *FAZ* vom gleichen Tage ist die Tatsache, daß er die Bundesrepublik weiterhin als Klassengesellschaft sieht, der schlagende Beweis für seine »extrem links gerichteten sozialistischen Thesen«.²⁴ Doch noch ist der Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Studentenbewegung nicht erreicht, bleibt Platz für »bürgerliche Anständigkeit« in den renommierten Blättern des deutschen aufgeklärten Konservatismus. Zum 60. Geburtstag Abendroths bringt die *FAZ* eine sachliche, honorable Würdigung seiner Person.²⁵ Man schildert seinen Werdegang, unterstreicht seine große Toleranz, auch als akademischer Lehrer, sowie seine Anständigkeit. In der *Zeit* darf Jürgen Habermas, der bei Abendroth habilitierte, diesen unter dem bekanntgewordenen Titel »Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer« den Lesern näherbringen.²⁶ Er vergleicht ihn mit den Hochschullehrern, die er in Frankreich, in Belgrad oder Zagreb kennengelernt habe, und von deren Typus es in der BRD eben nur diesen einen gebe. Er schreibt: »Diese Leute haben als Partisanen in den Bergen gesessen und waren einmal darauf angewiesen, solidarisch zu handeln. Darum können sie es, ohne ein Verdienst daraus zu machen, in Situationen der Gefahr auch heute noch.«

Dieser Solidarität bedurfte Abendroth sehr bald selbst. Als die ersten Steine flogen, schlug die bürgerliche Presse erbarmungslos zurück. Und Abendroth stand einmal mehr im Mittelpunkt der Angriffe. Die »vornehme« *FAZ* stempelte ihn im April 1968 in einem Bericht über eine Rede auf einer Demonstration gegen Springer zum Anstifter von Gewalttätigkeiten. Zwei Tage später wurden er und Ernst Bloch im gleichen Blatt als »versagende Wegweiser« physischer Gewalttätigkeit bezeichnet.²⁶ Abendroth wehrte sich in einem Leserbrief. Er wiederholte, was er schon in der Rede ausgeführt und was man so griffig zurechtgestutzt hatte. Er habe Auslieferungsbehinderungen gegenüber dem Springer-Konzern als demonstrative Akte für zulässig und sinnvoll erklärt, um dem Ziel der Demonstranten, diesen monopolistischen Konzern, dessen meinungsbeherrschende Position mit politischer Demokratie unvereinbar sei, durch Enteignung »in die Luft zu sprengen«, Ausdruck zu verleihen. Daß dies nur als Metapher gemeint gewesen sein könne, ergebe sich schon aus dem unterschlagenen weiteren Teil seiner Rede. Er habe erklärt, daß man sich auch nicht auf den kleinsten Konflikt mit der Polizei einlassen dürfe, um das Demonstrationsziel nicht zu gefährden. Man müsse deshalb nicht nur Gewalttätigkeit, sondern auch jeden Anschein dazu vermeiden und vor dem leisesten polizeilichen Druck unbedingt zurückweichen.²⁸ Doch dabei blieb es nicht. Meldungen über angebliche Aufforderungen Abendroths zur Gewalt auf weiteren SDS-Kundgebungen im Mai 1968 führten schließlich zu Anfragen im Deutschen Bundestag. Der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Köppler (CDU) mußte aber eingestehen: »Nach meinen Erkundigungen ist eine solche oder sinngemäße Äußerung am 11. Mai seitens des Professors Abendroth weder auf der Kundgebung selbst noch auf dem vom SDS veranstalteten anschließenden Teach-in gefallen.«²⁹ Ungeachtet dessen wiederholte die *Süddeutsche Zeitung* in ihrem entsprechenden Bericht die aufgestellten Behauptungen.

»Schreibtischtäter« und »Verfassungsfeind«

Es kam noch dicker. Bei den Osterdemonstrationen 1968 war ein Pressefotograf von einem Stein getroffen worden und zwei Tage später gestorben. Darauf bezog sich eine Kreidezeichnung an der Marburger Mensa, in der Abendroth von einem Unbekannten als »Schreibtischmörder« bezeichnet wurde. In der in der *Oberhessischen Presse* stattfindenden Leserdiskussion darüber ergriff auch der Marburger Volkswirt und Kollege Abendroths Ernst Heuß das Wort und verglich ihn mit den in Nürnberg verurteilten Schreibtischmördern wie Goebbels und Alfred Rosenberg, die den Massenmörder Eichmann erst möglich gemacht hätten. Abendroth sei mitschuldig am Tode des Pressefotografen Frings.³⁰ Während sich die Studentenschaft und viele Professoren mit Abendroth solidarisierten, lehnte der Kleine Senat der Universität einen Strafantrag gegen Heuß ab. Abendroth mußte ihn selber stellen. Der Ausgang des Verfahrens ist zugleich ein Lehrstück über politische Justiz. Nicht nur heute, auch damals gelangte so ziemlich jedes Strafverfahren gegen aufmüpfige Studenten zur Verurteilung. Anders in der Sache Heuß. Zunächst wurde bei der Staatsanwaltschaft schlicht »vergessen«, den bei Pressesachen üblichen roten Aufkleber »Achtung, Pressesache, Verjährung droht« auf der Akte aufzubringen. Dem Verteidiger von Heuß wurde noch zwei Tage vor Ablauf der Verjährungsfrist eine Verlängerung der Einlassungsfrist bis fünf Tage über den Verjährungstermin hinaus gewährt. So trat die Verjährung ein. Einen Monat danach wurde Abendroth von der Staatsanwaltschaft über die bedauerliche »Panne« unterrichtet.³¹

Selbst im Bundestagswahlkampf 1969 dauerten die Diffamierungskampagnen an. Der

Marburger CDU-Abgeordnete Dr. Ludwig Preiß veröffentlichte eine CDU-Wahlanzeige in der *Oberhessischen Presse*, in der er der SPD vorwarf, sie habe die geistigen Väter des Terrors in die Hochschulen gerufen, SPD-Personalpolitik habe »uns die Abendroths an unseren Universitäten beschert. Sie haben die Jugend aufgehetzt!« Abendroth wird als Verfassungsfeind bezeichnet (die Berufsverbote kündigen sich an), von »roten Terror-Trupps« ist die Rede.³² Aus der Uni hagelt es empörte Proteste. Daraufhin schaltet sich Walter Wallmann, damals noch stellvertretender hessischer Landesvorsitzender der CDU, mit einem offenen Brief an den Rektor der Uni ein. Nun wird die Angelegenheit quasi CDU-offiziell. Er erklärt, alles, was Preiß über Abendroth gesagt habe, treffe zu.³³

Die Reihe der Kampagnen gegen Wolfgang Abendroth ließe sich beliebig fortsetzen. Erinnerung sei nur an die Auseinandersetzung mit Peter von Oertzen anlässlich der Verurteilung und Ausweisung Rudolf Bahros in bzw. aus der DDR. Sie gipfelte in der Aussage, die Auffassungen Abendroths dazu »seien unvereinbar mit dem Programm des DGB und unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie, den Zielen des Sozialismus und den Traditionen der freiheitlichen Arbeiterbewegung.«³⁴ Erinnerung sei an das Papier von Hinrich Oetjen, dem damaligen Leiter der Bundesjugendschule des DGB in Oberursel, in dem vor den »Unterwanderungsversuchen« des DGB durch DKP-Organisationen gewarnt wurde, wobei auch die Gruppe der Abendroth-Schüler nicht unerwähnt bleiben durfte.³⁵ Und schließlich sollte man die antikommunistischen Kreuzzüge des Fritz Vilmar nicht unerwähnt lassen, der ein ganzes Dossier über die linkslastige Uni Marburg erstellte, der das Oetjen-Papier zu einem kompletten Buch auswalzte³⁶, und der Wolfgang Abendroth ausgerechnet in der *FAZ* Ende 1981 erneut als »ehemaligen SED-Professor« zu diffamieren versuchte.³⁷

Wolfgang Abendroth ist nicht müde geworden, vor der Schädlichkeit des Antikommunismus zu warnen, obwohl er ja selbst schon 1928 die KPD verlassen mußte und (abgesehen von den wenigen Jahren in der KPO zum Ende der Weimarer Republik) seitdem keiner kommunistischen Partei mehr angehört hat. Er hat immer wieder aufgezeigt, daß das Angriffs-Ziel dieses Antikommunismus, der in der Bundesrepublik zeitweilig geradezu zur Staatsdoktrin aufgestiegen war, jede sozialistische, jede marxistische Politik ist. Sein eigener Lebensweg in der politischen Entwicklung der BRD ist gleichzeitig ein Lehrstück in der Funktionsweise dieses Antikommunismus. Ob in bürgerlichen Blättern oder Parteien, ob in der Beurteilung durch die herrschenden SPD-Kreise — es hat wenig interessiert, daß er zugleich ein fundierter Kritiker des Entwicklungsgangs der Länder des realen Sozialismus war, der dies allerdings auf dem Boden einer kritischen Solidarität vollzog. Und so wird er uns Vorbild bleiben: in der Ablehnung des Antikommunismus wie einer unkritischen Apologie des realen Sozialismus.

Anmerkungen

- 1 Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 10/1985 (Zum Inhalt), o.S.
- 2 Vgl. Professor Abendroth und das Godesberger Programm, o.O., o.J. (Bonn 1961). Wer fühlt sich da nicht an die »freiheitlich-demokratische« Grundordnung, ebenfalls mit Geltungsbereich für ganz Deutschland erinnert!
- 3 Michael Müller, MdB: Lehrmeister der Aufbegehrenden. Zum Tod von Wolfgang Abendroth. In: Sozialdemokratischer Pressedienst Nr.177, 17.9.1985, S.6.
- 4 Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1976.
- 6 Bernd Rudolph: Zeitlebens kämpferischer Außenseiter. Ein Linkssozialist im Konflikt mit allen herrschenden Systemen. In: Stuttgarter Zeitung 17.9.1985.

- 7 Vgl. Die Rheinpfalz v. 17.9.1985; Stuttgarter Nachrichten v. 17.9.1985; Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 17.9.1985; Der Spiegel v. 23.9.1985; Die Zeit v. 20.9.1985.
- 5 Wolfgang Abendroth gestorben. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 17.9.1985.
- 8 Abgedruckt in: Die Andere Zeitung v. 14.7.1955.
- 9 Volkswirt v. 30.7.1955.
- 10 Vgl. Heinrich David: Was macht man gegen Abendroth? Tumult ist kein Argument. In: Die Zeit v. 13.10.1955.
- 11 Leserbrief Abendroth. In: Die Zeit v. 3.11.1955.
- 12 Ulrich Lohmar: Klarheit nach beiden Seiten. In: Vorwärts v. 5.9.1955. Es ist interessant, zu lesen, was Lohmar heute noch zu sagen hat. In einem Kommentar für die Zeitschrift der reaktionären Union der Leitenden Angestellten schreibt er zum Fragenkatalog der SPD-Programmkommission: »Marktwirtschaft wird mit 'Kapitalismus' gleichgesetzt und also verteuert. Die Selbstverwirklichung von Menschen in freien Märkten ist für die SPD des Jahres 1985 offenbar nicht einmal mehr eine Denkmöglichkeit.« Herrschaft der Oberlehrer. In: Der Leitende Angestellte 3/1985, S.6. (Eppler ist hier der Vorgänger des Oberlehrers Vogel!)
- 13 Olaf Mumm: Politische Schaustellerei. In: Deutsche Stimmen, Hannover, v. 18.9.1955.
- 14 R. Schlebusch: Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf ... Professor Abendroth und seine geistige Heimat. In: Rheinischer Merkur Nr.15, Januar 1956.
- 15 Leserbrief Abendroth. In: Rheinischer Merkur v. 27.4.1956.
- 16 Theo Pirker: DGB-Bundesvorstand verleumdet Professor Abendroth. In: Die Andere Zeitung v. 26.4.1956.
- 17 Vgl. Vorstand der Kölner Jungsozialisten (Hrsg.): Juso Materialien zu Frieden und Abrüstung, Köln o.J. (1978), Titelfoto und S.2.
- 18 Industrie-Kurier v. 13.4.1961.
- 19 Zit. nach Deutsche Volkszeitung v. 29.4.1966.
- 20 Max Bestler: Unter der roten Fahne. Leserbrief in der FAZ v. 14.4.1961.
- 21 Herbert Komm: Im Zelt mit Professor Abendroth. In: FAZ 3.5.1961.
- 22 Christ und Welt, Stuttgart, v. 15.12.1961.
- 23 Die Welt, Essen, 7.9.1963.
- 24 Abendroth vor dem SDS. In: FAZ v. 7.9.1963.
- 25 Professor Abendroth 60. In: FAZ v. 2.5.1966.
- 26 Die Zeit v. 29.4.1966.
- 27 Vgl. FAZ v. 17. und 19.5.1968.
- 28 Nur eine Metapher. Leserbrief in der FAZ v. 4.5.1968.
- 29 Vgl. Bonn weiß nichts von Abendroth-Spruch. In: SZ v. 30.5.1968.
- 30 Vgl. Professoren-Streit. Schreibtschmörder — ein erlaubter Titel? In: Die Zeit v. 10.5.1968.
- 31 Vgl. Der Spiegel v. 24.2.1969.
- 32 Vgl. Marburger Professoren gegen Verunglimpfung. In: Frankfurter Rundschau (FR) v. 16.9.1969.
- 33 Vgl. Auch Wallmann gegen Abendroth. In: FR 24.9.1969.
- 34 Zit. nach der Dokumentation: Am Fall Bahro scheiden sich die Geister. Von Oertzen gegen Abendroth. In: avanti, August 1979.
- 35 Vgl. Hinrich Oetjen u.a. in FR v. 5. und 7.5.1979.
- 36 Ossip K. Flechtheim/Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred Wilke: Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Frankfurt/M. 1980. Von Flechtheim, immerhin mit Abendroth 1961 gemeinsam aus der SPD geflogen, war später eine vorsichtige Distanzierung zu lesen.
- 37 Vgl. FAZ v. 30.12.1981 und die Gegendarstellung von Abendroth in der Ausgabe vom 12.1.1982.

Wolfgang Abendroth

MARX AKTUELL

Gedenkveranstaltung des SPD-Kreisverbandes Zehlendorf
zum 100. Todestag von Karl Marx

Der Band dokumentiert die Diskussion mit Wolfgang Abendroth
unter Beteiligung des Marxistischen Arbeitskreises in der SPD
und der Jungsozialisten Berlin

Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, Kreis Zehlendorf

ISBN 3-88107-036-2

9,80 DM

DVK-VERLAG GmbH · Gielower Straße 32 · Postfach 470552 · 1000 Berlin 47

Jürgen Seifert

Wolfgang Abendroth und die SPD*

Abendroths politische Theorie, insbesondere auch seine Verfassungstheorie, bleibt bezogen auf die SPD. Im vorgefundenen politischen Kräftefeld in Deutschland rechnet Abendroth mit der SPD. Er kämpft um die Politik und Struktur dieser Partei, die die Mehrheit der Lohnabhängigen als ihre politische Interessenvertretung betrachtet, von außen, von innen und nach seinem Ausschluß 1961 wieder von draußen.

Daß die politische Theorie von Wolfgang Abendroth auf die SPD bezogen ist, wird ebenso wie seine politische Praxis in der SPD heute verdrängt. Viele Sozialdemokraten tun so, als habe Abendroth, der von 1947 bis zu seinem Ausschluß nach dem Unvereinbarkeitsbeschuß des SPD-Parteivorstandes im Herbst 1961 gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und die SDS-Förderergesellschaft der SPD angehörte, mit dieser Partei nichts zu tun. Dabei war er für den Parteivorstand jahrelang eine Feindfigur: Hilfskräfte des Vorstandes fertigten Anfang der sechziger Jahre eine umfangreiche Dokumentation *Prof. Abendroth und das Godesberger Programm* an¹; nach Abendroths Ausschluß aus der Partei durften Parteiorgane keine Anzeigen aufnehmen, die auf Publikationen von Abendroth aufmerksam machten; die Europäische Verlagsanstalt blieb nach 1969 auf der von Horst Ehmke, Carlo Schmid und Hans Scharoun herausgegebenen *Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag* sitzen, weil der Parteivorstand die Abnahme eines größeren Postens unter Hinweis auf einen in der Festschrift enthaltenen Beitrag Abendroths verweigerte.

Die DKP, die den heute nicht parteigebundenen Wolfgang Abendroth zu ihren Sympathisanten rechnet, ignoriert dessen politische Tätigkeit in der SPD ebenso wie die Tatsache, daß er in der DDR lange Zeit hindurch nicht als Sozialist, sondern als westdeutscher Demokrat eingeordnet wurde. In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, daß weder die der DKP nahestehenden Verlage noch ein DDR-Verlag eine Sammlung der Schriften Abendroths publiziert haben.

Andererseits verstehen auch viele parteiungebundene Linke nicht, warum ein Mann wie Wolfgang Abendroth nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft noch zu der Zeit, in der er in der damaligen sowjetischen Besatzungszone wohnte, 1947 Mitglied der Berliner SPD geworden ist. Für Abendroth, der am Ende der Weimarer Republik als Student aus der KPD ausgeschlossen worden war, waren SEW und KPD nach 1945 stalinistische Parteien und daher für ihn als Widerstandskämpfer (der eine Zuchthausstrafe verbüßen mußte und Mitglied im berühmten Strafbattalion 999 war) wie für viele Linke keine Alternative.

Auf die Darstellung der subjektiven Faktoren, die Abendroth damals zum Eintritt in die SPD bestimmten, und auf die Darstellung seiner politischen Praxis in der SPD soll hier verzichtet werden. Über diese Fragen gibt die Selbstdarstellung, die er im Gespräch mit Barbara Dietrich und Joachim Perels gegeben hat, wichtige Hinweise.² Abendroth war nie Mandatsträger seiner Partei, wollte es auch nicht werden. Er war im Beirat der seit 1954

* Wir drucken diesen bereits 1976 geschriebenen Artikel mit freundlicher Genehmigung des Westdeutschen Verlags nach. Er ist dem von Wolf-Dieter Narr herausgegebenen Sammelband »Auf dem Weg zum Einparteienstaat«, Opladen 1977 (S.242ff.), entnommen.

publizierten theoretischen Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* und — aber nur zeitweise und ohne Einfluß — Mitglied der Programm-Kommission des Parteivorstandes.

Abendroth hat in der SPD gewirkt durch Vorträge, durch Schulungen und vor allem durch politisch-theoretische Beiträge. Dabei geht es ihm nicht um Theoriebildung als solche. Was er sagt, sind *Gegenpositionen* im Kampf. Wer nicht bereit ist, sich auf die jeweilige historische Situation einzulassen, in der ein Beitrag von Abendroth entstand, und wer darauf verzichtet, den Gegner im Kampfe und den Adressaten auszumachen, kann Abendroth nicht oder nur unzulänglich verstehen. Die SPD war und ist Adressat.

Für die SPD war Abendroth vor allem wichtig als Jurist, speziell als Verfassungsjurist. Er gehörte zu den wenigen progressiven Juristen, auf die die SPD in den fünfziger Jahren zurückgreifen konnte. So wurde Abendroth Verfassungsrichter in Bremen und Hessen. Er wurde in Niedersachsen als Verfassungsexperte zu Rat gezogen. Er war im Gespräch als Kandidat für das Bundesverfassungsgericht (seine Kandidatur scheiterte am Widerstand der CDU, die keinen »Zuchthäusler« zum Bundesverfassungsrichter machen wollte). Die konservative Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer wählte Abendroth als sozialdemokratisches Aushängeschild in den Vorstand. Noch im Prozeß gegen Viktor Agartz 1957 wurde Wolfgang Abendroth von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als »eindrucksvollster Zeuge« der Verteidigung bezeichnet.³ Abendroth war auch Berater der IG Metall in verfassungsrechtlichen Fragen. In der Hochschulpolitik verdanken viele Sozialdemokraten, von denen viele das heute nicht mehr wahrhaben wollen, ihre Professur seiner Förderung oder seinem immer wieder bewährten taktischen Gespür gerade auf diesem Felde (wer zum Beispiel weiß heute, daß Jürgen Habermas dank der Betreuung von Abendroth in Marburg habilitiert wurde, weil Max Horkheimer in Frankfurt Schwierigkeiten machte?).⁴ Die Aufarbeitung der Tätigkeit Abendroths als linker Hochschullehrer wäre ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der ersten Restaurationsphase der Bundesrepublik.

Wolfgang Abendroth entwickelte gegenüber der ersten Restauration in der Bundesrepublik Rechts-, insbesondere Verfassungspositionen. In diesem Kampf stand er — wenn man von Fritz Bauer, Richard Schmid und dem aus der Gesamtdeutschen Volkspartei kommenden, damals noch unbekanntem Diether Posser einmal absieht, die sich jedoch nur selten zu verfassungsrechtlichen Fragen äußerten — so gut wie allein. Sicher, Adolf Arndt war wichtig als Rechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion; aber gerade das setzte ihm Schranken. Arndt hat nur selten so wie Abendroth die Frontstellungen erkannt, auf die es ankam. So gehörte Arndt zu den Mitverfassern der 1. Strafrechtsnovelle zum politischen Strafrecht von 1951. Angesichts der Konsequenzen, zu denen diese Novelle im politischen Strafrecht führte, blieb Arndt nur das Argument, daß die Auslegung »nicht nur den gesetzgeberischen Willen verkennt, sondern auch in bedauerlichem Maße pervertiert.«⁵ Martin Drath fehlte für das Entwickeln von Gegenpositionen der politische Blick. Es ist nicht zufällig, daß Drath — der kurze Zeit später zum Richter am Bundesverfassungsgericht gewählt wurde — auf der Tagung der deutschen Staatsrechtslehrer 1950 sagte: »Verfassungsgerichtsbarkeit ist durch spezielle Normen wenig gebunden und angesichts ihrer Aufgaben auch wenig bindbar«, und daß er alles auf die Bindung auf einen imaginären »Verfassungszustand« abstellte, zu dessen Schutz die Verfassungsgerichtsbarkeit errichtet sei.⁶ Dagegen warnte Abendroth schon damals vor den Gefahren einer solchen Verfassungsgerichtsbarkeit: Das Verfassungsgericht darf »den Gesetzgeber nur dann zur Ordnung rufen ..., wenn völlig eindeutige Verletzungen der durch das Grundgesetz gezogenen Schranken vorliegen«, denn nur das Einhalten solcher Grenzen könne »davor be-

wahren, daß der demokratische Bundesstaat in einen Staat der verfassungsgerichtlichen Diktatur umschlägt.«⁷

Die Sonderstellung, die Abendroth unter den deutschen Verfassungsrechtlern einnahm, machte ihn gewissermaßen zu einer Institution. Es ist sein Verdienst, daß er alles getan hat, um diese Sonderrolle aufzuheben, sich als Institution überflüssig zu machen.

Wir finden keine systematische Darstellung der Abendrothschen Verfassungstheorie, weder bei ihm selbst noch bei seinen Schülern oder Gegnern. Er schrieb Positionen im Kampf. Joachim Perels nennt eine Sammlung von Beiträgen Abendroths daher zutreffend »Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie«.⁸

Wichtig für Abendroths Ansatz ist die *Unterscheidung zwischen Staat und Verfassung*. »Staatsapparat und die demokratische Ordnung« dürfen, so Abendroth, nicht »unkritisch« gleichgesetzt werden.⁹ Verfassung ist für Abendroth *Kompromiß von Klassenkräften* in einer spezifischen geschichtlichen Situation über einen institutionellen Rahmen, innerhalb dessen von nun an Klassenkämpfe ausgetragen werden. In diesem Ansatz ist Abendroth stark bestimmt durch die 1926 erschienene Schrift von Max Adler *Politische oder soziale Demokratie*¹⁰ und durch die von Otto Bauer nach der Revolution in Österreich entwickelte Theorie vom Gleichgewicht der Klassenkräfte.¹¹ »Die Lebensfähigkeit der formal-demokratischen Verfassungsnormen hängt« — schreibt Abendroth 1960 — »vom *Gleichgewicht der Klassenkräfte* (ab), das durch die demokratische Reaktionsfähigkeit und das demokratische Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer gegenüber dem konzentrierten Kapital und dem Staatsapparat bestimmt wird.«¹² Das Zitat macht zugleich deutlich, welches Gewicht Abendroth dem *politischen Kampffeld* zumißt und daß er ferner alles auf die *Kampfkraft* der Lohnabhängigen abstellt. Deshalb ist für ihn die Kritik der Theorie vom Gleichgewicht der Klassenkräfte nicht relevant, die betont, daß ein solches Gleichgewicht kein Gegenüber von proletarischer und kapitalistischer Produktionsweise, sondern ein Patt der politischen Funktionsträger bedeutet, das in der Regel zu keinen Strukturveränderungen in der Produktionsweise führt, sondern nur zu Veränderungen im Abstraktionsbereich des Politischen.¹³ Abendroth weiß das. Für ihn aber, geprägt durch konkrete Erfahrungen mit einer Arbeiterbewegung, die gegenüber dem Faschismus gelähmt war und sich gegenseitig entschieden bekämpfte, ist die Verteidigung der demokratischen Republik gegen die *Bedrohung durch ein neues faschistisches oder autoritäres System der »Ernstfalk«*¹⁴, von dem aus er denkt. Demokratie besteht nicht von allein. Sie beruht »auf der ständigen Bereitschaft der demokratischen Kräfte des Volkes, sie zu schützen«.¹⁵ Daher ist dieser Kampf um die Verteidigung des politischen Ausgangspunktes für eine soziale Umwälzung der Gesellschaft für Abendroth primär ein *politischer Kampf*.

Aufgrund dieser Einschätzung ist für Abendroth kritische *Verfassungstheorie identisch mit der Interpretation der Verfassung als Kompromiß politisch-sozialer Kräfte* und als fiixiertes Produkt von Klassenkämpfen oder Kräftekonstellationen. Der Konzentrationsprozeß des Kapitals kann — das wird von ihm immer wieder betont — dazu führen, daß die politischen Funktionsträger des Kapitals die Demokratie aushöhlen oder aufheben. Darüber hinaus werden die konkrete Entwicklung der Produktivkräfte, die Veränderungen im Produktionsprozeß und ihre Auswirkungen auf das Verfassungsgefüge nicht oder allenfalls im Anspruch untersucht.

Der eigentliche *Kern* der Abendrothschen Verfassungstheorie ist die *Interpretation der demokratischen Staatsbürgerrechte als Teilhaberechte*. Die Interpretation von Grundrechten als demokratischen Teilhaberechten beruht auf der alten Unterscheidung zwischen Menschenrechten einerseits — die jedermann Sphären der Freiheit zubilligen — und den

politischen Staatsbürgerrechten, die dem Staatsbürger Gleichheit vor dem Gesetz und die Mitwirkung am politischen Prozeß in einem Gemeinwesen garantieren und damit seine öffentliche Betätigung schützen. So wie Abendroth die Verfassung insgesamt als Kompromiß interpretiert, der der Arbeiterklasse und ihren Organisationen bestimmte Aktionsmöglichkeiten sichert, so sind für ihn demokratische Staatsbürgerrechte nicht nur Abwehrrechte gegen die Staatsgewalt, sondern Garantien demokratischer und sozialer Teilhabe; mit anderen Worten: Bestandssicherungen dafür, daß die Arbeiterklasse mit ihren Organisationen politisch aktiv werden kann, mit dem Ziel einer sozialen Umwälzung der Gesellschaft. Deshalb ist für ihn die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes von grundlegender Bedeutung: hier ist »das Einfallstor zur Umdeutung dieser Grundrechte in Teilhaberechte einer neu zu gliedernden Gesellschaft geöffnet worden«. ¹⁶ Doch Abendroth träumt nicht von einer Realisation des Sozialstaates oder einer Einlösung des durch die Teilhaberechte gesetzten Anspruchs mittels einer alternativen Verfassungsauslegung durch eine progressiv denkende Juristenkaste. Solche Interpretationen sind für ihn nicht unwichtig. Sie sind jedoch nichts ohne die »demokratische Reaktionsfähigkeit und das demokratische Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer gegenüber dem konzentrierten Kapital und dem Staatsapparat«. ¹⁷

Abendroths *Verfassungstheorie ist nicht statisch*. Jeder Verfassungskompromiß ist bedroht. Er hat nur Bestand, solange politische Kräfte zu seiner Behauptung bereit sind. Wenn die andere Seite den Waffenstillstand aushöhlt oder verändert, bedarf es exakter juristischer Auslegung. So beherrscht Abendroth das Rüstzeug der klassischen, wenn man so will positivistischen Rechtsauslegung. Er schließt jedoch auch die andere Möglichkeit nicht aus, daß der institutionelle Rahmen zu Gunsten der Arbeiterklasse verändert wird. Doch solche Veränderungen sind nur im politischen Feld möglich. Angesichts der Restauration in der Bundesrepublik hat es Abendroth unterlassen, sich an solchen Sandkastenspielen zu beteiligen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß für ihn der Verfassungskompromiß, der in der Hessischen Verfassung von 1946 fixiert wurde, einen anderen Stellenwert hat als der Verfassungskompromiß des Grundgesetzes.

Der Einwand, daß seine Verfassungstheorie auch von Liberalen einerseits oder von Konservativen — mit veränderter Frontstellung — andererseits übernommen werden könnte, würde Abendroth nicht treffen. Für ihn ging es nie darum, eine materialistische Verfassungstheorie zu kreieren. Es kann hier offen bleiben, ob er ein solches Unterfangen nicht als Suche nach einem hölzernen Eisen abtun würde. *Verfassungstheorie ist für Abendroth kein Selbstzweck*. Verfassungstheorie und Verfassungsauslegung tragen dazu bei, der Arbeiterklasse und ihren Organisationen Bewegungsfreiheit zu sichern. *Kampffähige und ihrer Situation bewußte Organisationen der Arbeiterklasse sind der Angelpunkt seiner politischen Theorie, auch seiner Verfassungstheorie*.

Abendroth appelliert an die Gewerkschaften, an »die Arbeitnehmer und ihre Kerntrupps aus der alten Arbeiterbewegung« ¹⁸, an die demokratischen Kräfte des Volkes, die öffentliche Meinung, an demokratische Juristen; der eigentliche Adressat jedoch ist für ihn die SPD. Weil Abendroth vom Gleichgewicht der Klassenkräfte ausgeht, ist für ihn in der Bundesrepublik die *SPD die Basis seiner Verfassungstheorie*. Abendroth war nie ein genuiner Sozialdemokrat. Aber er war Mitglied dieser Partei, weil sie ihm als ein Faktor galt gegen den Feind von rechts: Verliert die SPD »die Fähigkeit, als politisches Gegengewicht gegenüber der CDU zu wirken, so ist das Gleichgewichtsverhältnis endgültig beseitigt, auf dem die westdeutsche Demokratie beruht, und der Weg zum autoritären, bei der geringsten sozialen Erschütterung zum totalitären Staat erneut beschritten«. ¹⁹

In diesem Sinn kämpft Abendroth um die SPD. »Eine starke und politisch bewußte Oppositionspartei« — schrieb er 1960 — »kann besser dem Schutz der Demokratie dienen als eine politisch farblose, im Wahlkampf nur dem Scheine nach stärkere Koalitionspartei, die die demokratische Kampfbereitschaft und Energie der Arbeitnehmer nicht stärkt, sondern — sicherlich wider Willen — objektiv auflösen hilft.«²⁰ Ein wichtiger Teil der Publikationen und der politischen Tätigkeit Abendroths dient daher der *Mobilisierung der SPD zum Kampf um die Demokratie*. Verfassungsrechtliche, historische und politische Analysen sollen innerhalb der SPD den Blick schärfen für die zentrale Aufgabe. Parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen werden daran gemessen, ob sie die »Bevölkerung mit dem Ziel der Bewahrung der Demokratie ... mobilisieren«.²¹ Streik und Demonstration sind wichtige Kampfmittel. Es kommt nicht nur darauf an, das Recht, solche Kampfformen anzuwenden und auszuweiten, zu verteidigen, sondern zugleich alles dafür zu tun, daß es wirklich zu solchen Aktionen kommt.

Abendroth geht es darum, die Massen zu »mobilisieren«. Die politische Aufgabe, die Demokratie zu verteidigen, muß den Massen bewußt gemacht werden. So schließen fast alle seine Beiträge mit einem Appell. »Nur die Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit« — schrieb er 1958 unter dem Titel »Von der bürgerlichen Demokratie zur autoritären Diktatur« —, »nur außerparlamentarische Kampagnen der Arbeiterorganisationen, der Sozialdemokratie und der Industriegewerkschaften, können die politischen Machtverhältnisse und das soziale Klima in der Bundesrepublik so stark verändern, daß die demokratischen Institutionen und Normen des Grundgesetzes gegen diesen Angriff gesichert bleiben.«²² So spricht Abendroth von der »Pflicht der Arbeiterbewegung«, von der »Pflicht der demokratischen Kräfte des Volkes«, von der »Verantwortung« der Gewerkschaften, vom »geschichtlichen Auftrag der Arbeiterklasse«, von der Notwendigkeit, »daß das deutsche Volk wachsam bleibt«, von der »Aufgabe der öffentlichen Meinung«; er fordert, »endlich zu den Fragen die Stimme zu erheben«, ein »Problem in seiner ganzen Bedeutung zu erkennen«, das »Schweigen« und die »Untätigkeit« zu durchbrechen, »Zusammenhänge immer wieder aufzudecken und dadurch die Aktivität der demokratischen Kräfte in Deutschland und der öffentlichen Meinung wachzurufen«.²³ Dieser aufklärerische Charakter seiner Beiträge entspricht der politischen Aufgabe, die Abendroth immer wieder betont. Es ist — wenn man diesen Ausgangspunkt erkennt — nicht zufällig, daß er Karl Kautsky und Lenin zustimmt in der Auffassung, daß die Arbeiter nur ein gewerkschaftliches Bewußtsein haben und daß das politische Bewußtsein von außen an sie herangetragen werden muß.

Nicht zufällig nahm Abendroth seinen Ausschluß aus der SPD in Kauf, als der Parteivorstand die Konfrontation mit der CDU zu vermeiden suchte und den Weg zu einer großen Koalition bahnte. Nach seinem Ausschluß versuchte Abendroth, von außen Druck auf die SPD auszuüben. Das gelang ihm in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung mit Hilfe einzelner Gewerkschaften; es mißlang ihm mit dem »Sozialistischen Bund«, zu dem sich die Förderergesellschaft des SDS verselbständigte. Nach dem Scheitern dieses Versuches setzt Abendroth auf einen von der DKP auf die SPD ausgehenden Druck und hofft, die SPD werde ähnlich wie die Sozialisten in Frankreich den Weg zu einer gemeinsamen Front mit den Kommunisten finden.

Schließt sich hier ein Ring? Abendroth wurde in seiner Jugend geprägt durch August Thalheimer und die von Thalheimer und Heinrich Brandler in der KPD entwickelte Politik der Einheitsfront mit den Sozialdemokraten.²⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte Abendroth auf die SPD. Er mußte aus der DDR fliehen, aber er hat nie die Hoffnung

aufgegeben, daß die kommunistischen Parteien die Phase des Stalinismus überwinden. Wenn er vom Gleichgewicht der Klassenkräfte sprach, rechnete er, auch als es für ihn unmöglich war, in der SPD eine Einheitsfront mit den Kommunisten zu fordern, Kommunisten und kommunistische Stimmen zur einen Seite dieser Klassenfront. Während Thalheimer und Brandler in der Weimarer Republik von der KPD aus die Politik der Einheitsfront betrieben²⁵, hat Abendroth von der SPD aus — und später als parteiungebundener Linker — zwar vorsichtig, aber doch konsequent für eine Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gearbeitet. Das ist für ihn möglich, weil er — trotz aller Kritik am Stalinismus und an einem »Stadium 'einstimmig' gefaßter Beschlüsse«, in dem es kein Streikrecht gibt etc. — auf »immanente Tendenzen« im Kommunismus setzt, die dazu führen, daß Stalinismus und die diesem folgenden Formen politischer Unterdrückung überwunden werden. Der verhängnisvollen Zwangsläufigkeit gegenüber, die im Kapitalismus für Abendroth ohne den Widerstand der Arbeiterklasse zum Faschismus führt, braucht er die als zwangsläufig ausgegebene Hoffnung: »Aus Kemalismus und Bolschewismus führt kraft deren immanenten Tendenzen ein Weg zur Verbreiterung der Freiheit für große Schichten des Volkes, sobald die Aufgabe der Modernisierung der Gesellschaft gelöst ist.«²⁶ — Solche Verdinglichungen sind typische Verhärtungen in einer Phase der Konterrevolution und der Restauration. Sie berührten kaum die Kritik, auf die Abendroth gestoßen ist. Was aber bleibt — so muß man fragen — von der Abendroth'schen Theorie, wenn die SPD die ihr zugemessene Funktion als Gegenmacht nicht mehr erfüllt? Die Vehemenz, mit der Abendroth um die SPD kämpft und das verdammte Urteil über jedes Versagen und jeden Abfall zeigen, daß es bei dieser Frage um mehr geht als um das Schicksal einer politischen Theorie.

Anmerkungen

- 1 Parteivorstand der SPD: Prof. Abendroth und das Godesberger Programm. Manuskript 1961, Fotokopie am Seminar Wissenschaft von der Politik der Technischen Universität Hannover.
- 2 Wolfgang Abendroth: Leben in der Arbeiterbewegung. Hrsg. v. Barbara Dietrich u. Joachim Perels. Frankfurt/M. 1976.
- 3 »Abendroth spricht als Zeuge für Agartz«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 7.12.1957, S.4.
- 4 Vgl. dazu auch Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied 1962; dort wird dokumentiert, daß die Abschnitte über Kant und Marx im Habilitationsverfahren nicht vorgelegt wurden.
- 5 Adolf Arndt: Die geistige Freiheit als politische Gegenwartsaufgabe. In: Vorstand der SPD (Hrsg.): Die Neuordnung Deutschlands. Kongreß in Köln am 14./15.1.1956. Protokoll, o.J., Hannover, S.123.
- 6 Martin Drath: Die Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit. In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, H.9., Berlin/W. 1952, S.114ff.
- 7 Wolfgang Abendroth: Diskussionbeitrag. Ebd., S.127.
- 8 Wolfgang Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik. Hrsg. v. Joachim Perels, Frankfurt/M., Köln 1975.
- 9 Ebd., S.165.
- 10 Max Adler: Politische oder soziale Demokratie? Berlin 1926; in welchem Maß Abendroth durch Adler bestimmt ist, zeigen die Titel, die Abendroth den von ihm hrsg. Sammlungen von eigenen Beiträgen gab: Herbert Sultan, Wolfgang Abendroth: Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie. Hannover, Frankfurt/M., o.J.; Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Neuwied, Berlin/W. 1967.
- 11 Otto Bauer: Die österreichische Revolution. Wien 1923, S.242; ders.: Das Gleichgewicht der Klassenkräfte. In: *Der Kampf*, Jg.17, H.2 (Febr.1924), S.57ff. (wieder abgedruckt in: Hans-Jörg Sandkühler u. Rafael de la Vega [Hrsg.]: Austromarxismus. Frankfurt/M., Wien 1970, S.79ff.); s. dazu auch Max Adler, a.a.O., S.112.
- 13 Vgl. dazu Arkadij (R.L.) Gurland: Marxismus und Diktatur. Leipzig 1930, S.95; u. Jürgen Seifert: Kampf um Verfassungspositionen. Frankfurt/M., Köln 1974, S.38f.
- 14 Wolfgang Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, a.a.O., S.82.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd., S.67.
- 17 Wolfgang Abendroth: Nach dem Parteitag ..., a.a.O., S.1.
- 18 Ebd., S.2.
- 19 Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft ..., a.a.O., S.81 (geschrieben 1957).
- 20 Wolfgang Abendroth: Nach dem Parteitag ..., a.a.O., S.1f.
- 21 Wolfgang Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, a.a.O., S.129.
- 22 Ebd., S.138.
- 23 Ebd., S.124, 129, 161, 82, 73, 115, 92, 165, 92 und 158.
- 24 S. dazu Wolfgang Abendroth: Ein Leben im Dienste der Arbeiterbewegung. Heinrich Brandler gestorben. In: *neue kritik*, Nr.44 (September/Oktober 1967), S.3-6.
- 25 S. dazu K.H. Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO), Meisenheim / Glan 1964.
- 26 Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft ..., a.a.O., S.65f. (geschrieben 1956).

Frieder Otto Wolf

Ohne Zukunft der Grünen keine Zukunft der Linken

Replik auf Detlev Albers

Vor Jahren, auf einem der Selbstfindungs-Seminare der westdeutschen intellektuellen Linken in dem »kalten Herbst« 1977 hat *Detlev Albers* einmal eine ebenso schockierende wie treffende Bemerkung gemacht: »Die Organisationsfrage ist für mich beantwortet, ich bin Mitglied der SPD!« Heute würde eine derartige Selbstauskunft sicherlich nicht mehr besonders aufregend wirken, so viele der alten »neuen Linken« haben inzwischen ihren Weg zurück zur »alten Tante« gefunden. Dafür hat er jetzt erneut eine nicht minder spannende Feststellung getroffen: Es gibt ein spezifisches Verhältnis zwischen den »Fundis« in der SPD und in den Grünen. Treffend ist daran nicht nur die Abstraktion von DKP und »parteiloser Linker«, die fälschlich immer noch sonst für das Hauptproblem gehalten werden. Albers' Feststellung trifft auch den Kern eines perspektivischen Problems unserer Politik, indem sie innerhalb der SPD *nicht* die Repräsentanten eines »ökomodernistischen Gedankens«, wie Eppler oder Lafontaine, anspricht, sondern direkt diejenigen ins Visier nimmt, die sich im Ausgang von Marx immer noch die Einsicht in die Notwendigkeit eines emanzipatorischen Bruchs mit den herrschenden Verhältnissen bewahrt haben.

Problematisch bleibt allerdings, ob — wie Albers annimmt — dieses Verhältnis unter einer »Bündnisperspektive« steht bzw. stehen kann: Das setzte zumindest voraus, daß es *beiden* Elementen dieses Verhältnisses gelingt, *sowohl* innerhalb des eigenen politischen Zusammenhangs eine politisch relevante Kraft zu werden bzw. zu bleiben, *als auch* eine ausdrückliche Bündnisartikulation zum jeweils anderen Element aufzubauen. Beides ist gegenwärtig zumindest sehr unsicher. Allerdings ist Albers insoweit Recht zu geben, daß dieses Verhältnis als eines oder offenen und solidarischen theoretischen und politischen Auseinandersetzung, der wechselseitigen Kritik und Weiterentwicklung wesentlicher Thesen entwickelt werden muß. Albers' Kritik und diese Replik sind erste, kleine Schritte in diese Richtung.

Albers' Lektüre

Wohlthuend fällt auf, daß Albers nicht mit dem »Katastrophismus«-Vorwurf operiert, der in den Reaktionen auf das Buch »Die Zukunft der Grünen« immer wieder als Schlagetot-Argument benutzt wurde. Statt die These einer globalen ökologischen Krise als »apokalyptische Prophetie« abzutun, läßt er sich auf die vorgetragenen rationalen Analysen ein, die zu der Diagnose einer weltweiten und tiefgreifenden ökologischen Krise führen.

Dennoch ist auch bei Albers eine gewisse Verharmlosung dieser gegenwärtigen ökologischen Krise zu beobachten, wenn er etwa nahelegt, sie sei durch Marx' Hausvater-Maxime des pfleglichen Umgangs mit der Natur im Hinblick auf die uns nachfolgenden Generationen zu beheben (vgl. 159). In Wirklichkeit geschieht, wie Ebermann/Trampert in »Die Zukunft der Grünen« zeigten, bereits heute zweierlei, was diese Hausvater-Maxime in Zukunft unanwendbar zu machen droht: (a) Wir hinterlassen bereits jetzt *irreversible* Schä-

* Bezugspunkt dieser Antwort ist die Auseinandersetzung von *Detlev Albers* mit dem Buch von Ebermann/Trampert, »Die Zukunft der Grünen« (1984), die wir in *spw* 27, 8.Jg., 1985, S.158-162, druckten. Seitenzahlen in Klammern beziehen sich darauf.

den (z.B. Radioaktivität, Ultragifte, Bodenzerstörung), und (b) die bereits heute laufenden Zerstörungsprozesse haben einen *kumulativen*, sich dadurch der Möglichkeit nach potenzierenden Charakter, so daß es in absehbarer Zukunft zu ökologischen Großkatastrophen kommen muß, wenn nichts wirklich Einschneidendes geschieht. Das bedeutet insbesondere, daß die vor allem von der Manifesto-Gruppe propagierte Einsicht in den Doppelcharakter der *kapitalistischen Krise* (als »Lösungskrise« bzw. als »Überwindungskrise«) und in den notwendigen Prozeßcharakter jedes daraus hinausführenden politischen Bruchs, im Lichte der materiellen Zwänge und des Zeitfaktors der *ökologischen Krise* zu modifizieren ist: Es gibt nicht nur ein immer neues Gleichgewicht aus »Kräfteverhältnissen«, es gibt auch ganz harte, objektive Anforderungen, denen wir tatsächlich, bei Strafe des Untergangs oder doch zumindest des Verlustes wesentlicher Bedingungen eines »guten Lebens«, durch unsere politische Praxis werden genügen müssen.

Albers hakt dagegen nicht ein, wo er von seinen Positionen aus hätte einhaken können: Das nicht vollständig gelöste Problem, die Bestimmung der Subjekte einer Politik der radikalen Transformation, greift er nicht auf. Dabei ließe sich etwa einwenden, daß die in »Die Zukunft der Grünen« an dieser Stelle herangezogenen »radikalen Bedürfnisse« nicht einfach »vorhanden« und »an sich« inhaltlich bestimmt sind. Das Konzept verweist vielmehr auf einen widersprüchlichen Prozeßzusammenhang — von »korporativistischer« Zustimmung und »fordistischer« Unterwerfung einerseits und den von ihnen sowohl mitgeschleppten als auch aufgelösten Differenzen, Widerständen und Revolten andererseits —, der erst in konkreten gesellschaftlichen Kämpfen, in deren Zentrum zunächst nicht die »Arbeiterklassen der Metropolen« stehen werden, in Richtung auf die Konstitution radikaloppositioneller historischer Subjekte aufgelöst werden kann. Dies gilt auch dann, wenn faktisch die »unmittelbaren Produzenten«, die Produktionsarbeiter, die Hausfrauen, die Bauern, insofern eine Schlüsselstellung innehaben, daß ohne ihre Einbeziehung in diese neuen sozialen Subjekte »innerhalb der Geschichte« keine wirkliche Umwälzung auch der materiellen Struktur des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durchgesetzt werden kann, wie sie die ökologische Krise immer dringlicher auf die Tagesordnung setzt. Auf die vielleicht noch zu »breitflächig« angelegte »Rationalitätskritik« der »Zukunft der Grünen«, die mit einem historischen Zivilisationsmodell und seinen inhaltlichen »Selbstverständlichkeiten« gleich die rechnende, quantifizierende und zergliedernde wissenschaftliche Vernunft *als solche* auf die Anklagebank zu setzen tendiert, was doch zu einer kritischen Überprüfung einlädt, thematisiert Albers nicht.

Albers' Einwände

Albers' wichtigster Einwand besteht darin, daß er einen »Verzicht auf Rückübersetzung allgemeiner Widersprüche auf die Ebene realer historischer Kräfte« (161) konstatiert. Gegen wir zunächst durch, auf welche realen historischen Kräfte er sich selbst bezieht:

(a) Die »sozialistischen Länder«: Die Vertreter der Position Ebermanns und Tramperts vergeben sich nichts, wenn sie zugeben, daß der von Ebermann und Trampert auf sie angewandte Begriff der »kapitalistischen Industrieproduktion« die zu verhandelnde Sache gewissermaßen »überstürzt« behandelt. Wir müssen aber darauf bestehen, daß dieser »Behelfsbegriff« eine *strategische Theorie-Lücke* der gesamten »Linken« bezeichnet, die noch weiter geht als das ebenfalls weit mehr verdrängte als bearbeitete Problem des Stalinismus. Die Frage der *konkreten Erklärung des Charakters*, der vergangenen/gegenwärtigen »Deformation« (?) der »realsozialistischen« Gesellschaftsformationen ist bisher noch

nicht befriedigend gelöst. Und war es nicht Lenin, der bei Einführung der NEP die These aufstellte, wenn es gelänge, einen »Staatskapitalismus« zu etablieren, so sei das schon viel? Aber im Zusammenhang unserer Problemstellung genügt eigentlich schon die Feststellung, daß es in den realsozialistischen Ländern keine Ansätze gibt, die verhängnisvolle materielle Struktur ernsthaft anzugehen, die von der industriellen Struktur der kapitalistischen Produktivkräfte übernommen bzw. ererbt wurden. In dieser Hinsicht sind doch selbst auf der Ebene der reinen Theorie die Fragen erst noch zu stellen.

(b) Die *Befreiungsbewegungen*: Wir nehmen in nichts die notwendige aktive Solidarität zurück, wenn wir von einer Haltung Abschied nehmen, die »aus der Dritten Welt das Licht erwartet«. Auch Nicaragua etwa zeigt — am zentralen Beispiel seiner Agrarreform —, daß aus den schwachen, ökonomisch und technologisch abhängigen Ländern der Dritten Welt *keine* neuen Ansätze einer Politik der ökologischen Primärproduktion zu erwarten sind — jedenfalls solange wir selbst keine Entwicklungsmodelle begründen und erproben, die Alternativen zur technologisch gestützten Industrialisierung aller Zweige der gesellschaftlichen Produktion aufweisen. Das schließt allerdings ein, daß sich die Experten unserer Länder der Mühe werden unterziehen müssen, wirklich von den vielfältigen Traditionen und Wissensbeständen der Subsistenzproduzenten in aller Welt zu lernen.

(c) Die *»Arbeiterbewegung in den Zentren«*: Es ist mit starken Gründen zu bestreiten, daß etwa die SPD oder auch der PCI schlechterdings als Exempel einer historisch »erfolgreichen« politischen Organisierung der Arbeiterklasse zu betrachten sind: Nicht nur wenn wir die vielleicht allzu überschwenglichen Revolutionserwartungen von Marx und Engels als Maßstab anlegen, sondern auch, wenn wir den Maßstab anlegen, ob sie Kräfte sein bzw. werden können, die in der Lage sind, den heute um die Erfordernisse der ökologischen Krise verschärften »Bruchprozeß« zu organisieren, ist das Ergebnis negativ. Der französische Intellektuelle *Edelmann* hat in einer scharfsinnigen Analyse der Entwicklung des Arbeitsrechtes die These begründet, daß »die Arbeiterklasse niemals existiert hat« — als gesellschaftlich konstituierte, anerkannte Kategorie. Dasselbe ist m.E. auf der Ebene des »politischen Rechts«, der »institutionalisierten Politik« festzustellen — auch wenn die großen Arbeiterparteien in ihrem Spannungsverhältnis zwischen einer subversiven Logik und der Logik der herrschenden Verhältnisse sich historisch schon weit »kentaureischer«, doppelgestaltiger dargestellt haben, als sie dies heute tun.

Gerade die SPD ist heute der Hauptseite nach ein integrierter Bestandteil der »ideologischen Staatsapparates Politik«, und dies in der historischen Prägung durch eine bürgerliche Republik und Gesellschaft, die im Zeichen von Kaltem Krieg und fordistischem »Wiederaufbau« groß geworden ist. »Bad Godesberg« war nicht nur der Abschied von einem längst dysfunktional gewordenen Gepäck an kautskyjanischer Orthodoxie; es bedeutete auch die Errichtung einer Frontlinie gegen alle Versuche, die Frage struktureller Gesellschaftsveränderung wieder praktisch zu stellen — von der Ausgrenzung des SDS über den Parteiratsbeschuß des Verbotes der Zusammenarbeit mit Kommunisten bis zu den Berufsverboten. Heute steht diese Partei als Gesamtapparat in einem Vernichtungsfeldzug gegen die Grünen, denen es gelungen ist, neben ihr ein deutlich nach links verschobenes politisches Feld zu besetzen. Die Grünen sollen sich aufreiben, indem sie an der falschen Alternative zerbrechen, entweder zu harmlosen Reformpragmatikern zu werden, die einem Horst Ehmke etwas zusätzliche Konkurrenz zu machen in der Lage sind, oder aber — mit aller Macht des parlamentarischen Mechanismus von Regierung und Opposition — zu weltfremden »Verweigerern« und »verantwortungslosen Ideologen« abgestempelt zu werden, die einer Politik frecherweise ihre Zustimmung verweigert, die — wie schon Bis-

marck, der, nachdem er gegen *alle* denkbaren politischen Legitimationsinstanzen seiner Zeit verstoßen hatte, sich nur noch auf die unbestreitbare »Realität« seiner Politik zu berufen wußte — zynisch ihre angebliche Alternativlosigkeit als einzige Rechtfertigung anführt.

Wie man inzwischen sehen kann, entkommen auch die Grünen nicht der repressiven Dialektik der Form der modernen parlamentarischen Partei als Bestandteil des »ideologischen Staatsapparates Politik«. Wie die gegenwärtige Offensive der »Realos« anzeigt, produziert auch die grüne Partei spontan allerlei »Evidenzen« der Anpassung und Unterwerfung.

Das ist für uns jedoch nicht etwa das »Ende der Geschichte«, sondern erst der eigentliche Beginn der zu führenden Auseinandersetzung. Nachdem sich in dem historischen Erfahrungsraum unserer Generation erneut gezeigt hat, daß der *reine Movimentismus* ebenso zur politischen Unwirksamkeit verurteilt ist (egal, ob als Kult einer »neuen Arbeiterbewegung« — Lotta continnen, oder als Kult der »neuen sozialen Bewegungen« — so Teile des Sozialistisches Büro) wie der *reine Syndikalismus*, der die DGB-Gewerkschaften als politisch überdeterminierten Apparat des herrschenden Systems — »Einheitsgewerkschaft« aus SPD/DKP + CDA — als mögliche, unmittelbar politische Organisationsstruktur eines imaginären Gesamtarbeiters begreift, und nachdem sich ebenfalls gezeigt hat, daß die »Anti-Parteien-Partei« der Grünen auch nicht den Problemen der Parteiform entkommen kann, stehen wir vor dem wirklichen Problem: Wie ist radikal oppositionelle Politik in und mit der Parteiform, unter der Dominanz der Mechanismen der »ideologischen Staatsapparates Politik«, insbesondere unter der fast die gesamte Gesellschaft ergreifenden Herrschaft des Mechanismus von Regierung und Opposition, konkret als möglich zu denken und in entsprechende, *mehrheitsfähige* politische Initiativen umzusetzen? (Vgl. Wolf 1985) — Hier stehen wir sicherlich an einem Punkt, an dem eine Diskussion auch über die Erfahrungen der Marxisten in der SPD, die sich historisch (z.B. Peter v. Oertzen) dieses Problem gestellt haben, durchaus fruchtbar zu werden verspricht.

Peter v. Oertzen hat in seinen gesammelten Plädoyers für einen neuen Reformismus, eine inhaltlich — mit Defiziten hinsichtlich der ökologischen Krise — durchaus weiterführende Diagnose der gegenwärtigen Krisenlage vorgelegt und auch im einzelnen weiter zu diskutierende Vorschläge für mögliche Konsensfelder skizziert. Ich will hier nur meinerseits unterstreichen, daß er natürlich recht hat, wenn er darauf hinweist, daß es gegenwärtig weder in den von der SPD als Partei noch in den von den Grünen als Partei beackerten sozialen Feldern eine Basis für »revolutionäre Politik« gibt, einmal unterstellt, wir wüßten, was das heute so bedeuten könnte. Aber der point scheint mir zu sein, daß es nicht einmal für den von ihm erneut skizzierten »systemtranszendierenden Reformismus« (wie ich das formulieren würde) gegenwärtig in der BRD-Gesellschaft einen auch nur ansatzweise mehrheitsfähigen Träger gibt. Und daß wir uns *strategisch* vor allem fragen müssen, wenn wir denn in der Analyse einig sind, daß es der Sache nach zu wirklichen Strukturbrüchen keine Alternative gibt und daß es politisch keinen anderen Weg zu solchen Strukturbrüchen gibt als durch eine neue Entwicklung des Verhältnisses von sozialen Bewegungen und politischen Parteien, wie wir *hier und heute*, als Leute, die zumindest diese Einsicht haben, so eingreifen können. Und hier hält Peter v. Oertzen mit etwas Entscheidendem hinter dem Berg: Mit der Explikation einer Strategie der »neuen Reformisten« in der SPD, mit der sie — ohne zuvor sich durch Selbstunterwerfung zu kastrieren — innerhalb der SPD politisch relevant zu werden gedenken. Dabei kann mensch doch wohl davon ausgehen, daß gerade Peter v. Oertzen, dessen Scharfblick in seiner Beängstigung ange-

sichts der Haltung mancher grüner »Realpolitiker« aufblitzt, dazu einiges zu sagen hätte ... Die richtige Feststellung: »Auch eine Chance von eins zu zehn ist eine Chance! Und — eine Alternative gibt es nicht!« (S.170), ersetzt Aussagen über eine solche Strategie (und deren taktische Umsetzung) eben nicht. (Sofort zugestanden, daß auch die grünen Ökosozialisten in ihrem spezifischen innergrünen Kampf in dieser Hinsicht mehr bringen« müssen: Aber immerhin haben sie bisher jeweils auch in dieser Hinsicht ihre Positionen offen ausgesprochen — und nicht etwa als taktische Eingreifreserve unter Verschuß gehalten.)

Die eigentliche Differenz

Wie aus Albers' Argumentation erkennbar wird, liegt die in der Tat strategische Differenz zwischen unserem und seinen Überlegungen darin, daß er sich im wesentlichen darauf beschränkt, auf historisch bereits vorfindliche Kräfte zu rekurrieren (über deren *Modifikation* er allerdings durchaus nachzudenken bereit ist), während wir, aufgrund der von uns beanspruchten Einsicht in die unabdingbare Notwendigkeit eines radikal neuen Ansatzes zur Sammlung politischer Kräfte, zentral darauf setzen müssen, daß sich solche Kräfte noch (weiter) entwickeln werden — und daß eine Politik möglich ist, die den notwendigen Entwicklungsprozeß erleichtern und »beschleunigen« kann. (*Darin* — und nicht in der abgeschmackten Frage, ob man überhaupt für konkrete Reformen eintritt — dürfte m.E. heute die Differenz zwischen einer »reformistischen« und einer auf radikale Transformation angelegten, wenn das Wort nicht verwirrt, »revolutionären« Position liegen.)

Unsere Position läßt sich konkretisieren und sie *wird* in der gegenwärtigen Debatte konkretisiert. Hier nur ein beispielhafter Strang von Überlegungen: Wenn es auch richtig ist, daß keine Lösung für die Frage der politischen Organisierung radikal oppositioneller Politik ohne eine Verteidigung eigenständiger gesellschaftlicher Oppositionsbewegungen und, damit eng verbunden, eine für autonome Lohnabhängigenpositionen öffnende »Pluralisierung« der DGB-Gewerkschaften geben kann, so gilt doch andererseits auch folgendes: Diese Aufgaben sind auf lange Sicht *nicht* lösbar ohne eine gegenüber der SPD eigenständige parlamentarisch-politische Partei, die sich dieser Aufgaben annimmt und die durch entsprechende »Interferenz«- und »Verstärkungs«-Effekte die staatlich definierten Randbedingungen der entsprechenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nachhaltig beeinflussen kann. Die Existenz dieser Partei, in der gegenwärtigen historischen Situation in der BRD unbestreitbar der *Grünen*, ist aber, ebenfalls auf lange Sicht, daran gebunden, daß es ihr nicht nur gelingt, den Vernichtungsfeldzug der SPD durch ein *taktisch* geschicktes »Spiel« mit dem dominanten Mechanismus von Regierung und Opposition zu durchkreuzen, sondern darüber hinaus dazu in der Lage ist, diesen zentralen, mehr als 80 % der Wahlberechtigten mobilisierenden Mechanismus der Politik *strategisch* zu nutzen, um die Eigenständigkeit der sozialen Bewegungen zu stärken und die SPD-CDU-Bindung der DGB-Gewerkschaften nachhaltig zu nutzen. Als eine Strategie, die mit sachlich präzise begründeten, in die Bewegungen vermittelbaren bzw. aus ihnen heraus entwickelten »Knackpunkten« *innerhalb* des Spiels von Regierung und Opposition (und in dessen »heißer Phase«!) an den zentralen Inhalten der Bewegung so arbeitet, daß deutlich wird, daß die Betroffenen selbst alles durchsetzen müssen, was sie wirklich voranbringt — Großdemos während der Verhandlungsphase mit eingeschlossen —, bleibt die Hamburger »Tolerierungslinie« in ihren Grundgedanken für eine solche, notwendige Strategie und Taktik verbindlich.

Diskussionsschwerpunkt: »Europäisierung Europas«

Klaus Peter Kisker und Andreas Westphal

Die SPD zwischen Illusion und Selbstaufgabe

Anmerkungen zu einigen außenwirtschaftlichen Aspekten der aktuellen Wirtschaftsprogrammdiskussion

1. Vorbemerkung

Die Rede von der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit der BRD, dem Verlust der nationalstaatlichen wirtschaftspolitischen Souveränität und der Notwendigkeit der Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Beiträge zum neuen SPD-Wirtschaftsprogramm. Dies erscheint angemessen, wenn wir den Grad der Internationalisierung der bundesrepublikanischen Wirtschaft betrachten. Zahlreiche Versuche alternativer wirtschaftspolitischer Strategien, zuletzt das Experiment der französischen Sozialisten, sind an einer mangelhaften außenwirtschaftlichen Absicherung gescheitert. Die von der SPD in den siebziger Jahre praktizierte Form des Keynesianismus, die sich weitgehend auf staatliche Eingriffe in die kaufkräftige Nachfrage beschränkte, ist in ihrer Wirksamkeit besonders hart von den Internationalisierungsprozessen betroffen. Der damit verbundene Verlust einer, wenn auch noch so vagen wirtschaftspolitischen Identität ist von der SPD bis auf den heutigen Tag nicht überwunden worden.

Die sozialdemokratische Linke steht vor dem Problem, sowohl eine theoretische Einschätzung der Internationalisierungsprozesse und ihrer Konsequenzen für nationalstaatliche Wirtschaftspolitiken als auch praktisch-politische Konzeptionen eines Weges aus dem immer düsteren weltwirtschaftlichen Szenario entwickeln zu müssen. Dabei muß von einer präzisen Bestimmung der Stellung der bundesdeutschen Ökonomie innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgegangen werden, denn der nationalstaatliche Souveränitätsverlust hat bei weitem nicht in allen Staaten die gleichen Konsequenzen. Die Verflechtung der kapitalistischen Ökonomien hat keineswegs zu einer Angleichung der nationalen Entwicklungsniveaus geführt, wie es die neoklassische Theorie behauptet, sondern im Gegenteil verstärkte intra- und internationale Ungleichgewichte nach sich gezogen. So gehört die bundesdeutsche Wirtschaft durchaus zu den »Gewinnern« der Internationalisierung. Im vorliegenden Rahmen ist es weder möglich, eine umfassende Analyse der Internationalisierungsprozesse darzustellen, noch ist es beabsichtigt, eine Auseinandersetzung mit allen in der SPD-Wirtschaftsprogrammdebatte vertretenen Positionen zu führen. Wir beschränken uns auf drei Ansätze:

1. das »Manifest für eine neue europäische Linke« von Peter Glotz, der ein Votum für den Aufbau eines sozialen und industriellen Europas abgibt,
2. den Entwurf der »Wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission des Parteivorstandes der SPD« (im folgenden WFK abgekürzt), die ebenfalls versucht, das verlorengegangene nationalstaatliche Regulierungspotential durch eine Europäisierung auszugleichen,
3. mit der Position von Fritz W. Scharpf, der sowohl eine nationalstaatlich keynesianische als auch eine europäische Krisenlösung für unmöglich hält und für eine Anpassung der

bundesdeutschen Wirtschaft an die weltwirtschaftlichen Zwänge, sozusagen ein Überwintern in der Krise für unumgänglich hält.

Ausgangspunkt der drei analysierten Positionen ist der »Machtverlust der Einzelstaaten, das heißt, ihrer politischen Bürokratien gegenüber den Zentralbanken, den international operierenden Geschäftsbanken, den transnationalen Finanzmärkten und den multinationalen Konzernen« (Glötz 1985, 30).

Die WFK legt den Schwerpunkt auf den »Gegensatz zwischen der Zunahme der internationalen Verflechtungen, der Zunahme der Ungleichgewichte und dem Verfall der internationalen Ordnung« (WFK, 160). Darin schimmert noch stärker die Hoffnung auf die Machbarkeit einer institutionalisierten Koordination der westlichen Industrieländer durch.

Scharpf betont den durch die Internationalisierung der Finanzmärkte entstandenen Verlust der Zinssouveränität der einzelnen Nationalstaaten. Bei einem hohen internationalen Zinsniveau wird verhindert, daß die nationalen Zinssätze soweit unter die Profitraten des produktiv anzulegenden Kapitals fallen können, wie es notwendig wäre, um die Summe produktiver Investitionen zu erhöhen. Unter der Bedingung, daß die Erträge aus Geldkapitalanlage die Erträge aus produktiv angelegtem Kapital übersteigen, könne eine keynesianische Politik nichts mehr ausrichten (vgl. Scharpf 1985, 781).

2. Zur Internationalisierung der bundesdeutschen Ökonomie

Bevor wir uns mit einzelnen Elementen der behandelten Konzepte beschäftigen, wollen wir einen kurzen Blick auf den Stand der Internationalisierung der bundesdeutschen Wirtschaft auf den drei Ebenen Internationalisierung des Warenkapitals, Internationalisierung des produktiven Kapitals und Internationalisierung des zinstragenden Kapitals werfen. Heute werden etwa 32% der bundesdeutschen industriellen Produktion auf ausländischen Märkten realisiert (diese und die folgenden Angaben beruhen, sofern nichts anderes vermerkt ist, auf: UN, Yearbook of International Trade Statistics, 1984, und UN, Monthly Bulletin of Statistics, February/May 1983). Die anhaltend hohen Exportüberschüsse erreichen 1985 ca. 50 Mrd. DM. Bei Industriegütern, auf die ca. 85% der bundesdeutschen Exporte entfallen, ist der Handelsbilanzüberschuß mit ca. 160 Mrd. DM noch höher. Wertmäßig exportiert die BRD nahezu doppelt so viele Industriegüter wie sie einführt. Der Anteil der BRD am gesamten Weltexport liegt mit ca. 13% auf dem gleichen Niveau wie die Anteile der USA und Japans. Die regionale Struktur der Exporte läßt einen eindeutigen Schwerpunkt auf den EG-Ländern erkennen. Im Jahre 1984 lagen die Exporte nach Frankreich mit 61,3 Mrd. DM auf Platz Eins, die Exporte in die Niederlande mit 42,1 Mrd. DM auf Platz Drei und die Exporte nach Großbritannien mit 40,6 Mrd. DM auf Platz Vier. Von großer und in den letzten Jahren stark gewachsener Bedeutung sind allerdings auch die Exporte in die USA, die mit 46,8 Mrd. DM auf Platz Zwei liegen (1983 nahmen sie mit 32,9 Mrd. DM noch Platz Vier der Rangliste ein; Angaben für das Jahr 1984 nach: Süddeutsche Zeitung vom 9./10.3.1985, 33; für das Jahr 1983 nach: ebd., 8.3.1984, 29).

Eine wachsende Bedeutung kommt auch den Direktinvestitionen bundesdeutscher multinationaler Konzerne (MNK) zu. Diese tätigen heute 30% ihrer Investitionen im Ausland und beschäftigen in rund 5000 Beteiligungsgesellschaften rund 3,5 Millionen Menschen, das sind 33% ihrer gesamten Beschäftigtenzahl (siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr.3, März 1985). Die Auslandsproduktion der bundesdeutschen MNK beträgt nahezu 40% des Gesamtumsatzes und steigt deutlich schneller als die inländische Produk-

tion und stärker als der Warenexport. Unterdessen hat die Auslandsproduktion bundesdeutscher MNK 85 % ihres Warenexportes erreicht (siehe ebd., vgl. Kisker u.a. 1982, 59ff.).

Mit der sich seit 1972 stark beschleunigenden Bedeutung der internationalen Finanzmärkte sind auch die Geldkapitalexporte aus der BRD stark gestiegen. Die Ursache dafür liegt in den verschlechterten Verwertungsbedingungen in den westlichen Industrieländern. Statt die Profite dort, wo sie entstanden sind, zu investieren, werden sie als kurz- oder mittelfristige Guthaben bei internationalen, zumeist amerikanischen Geschäftsbanken angelegt, von wo aus sie als Kredite, vor allem an die kapitalistischen Schwellenländer weitergeleitet wurden. Die jährlichen Zuwächse der Finanzinvestitionen bundesdeutscher Unternehmen in den USA betragen durchschnittlich in den letzten Jahren 2 bis 2,5 Mrd. DM und entsprachen damit in etwa der Höhe der Direktinvestitionen. 1982 beliefen sie sich auf ca. 4,8 Mrd. DM, das ist etwa das Doppelte der Direktinvestitionen. Allein das Unternehmen Siemens hat heute 21 Mrd. DM an liquiden Mitteln auf dem US-Kapitalmarkt angelegt.

Kommen wir nun zur Bedeutung der hier nur kurz skizzierten Entwicklung für die Programmdebatte zurück. Aufgrund der hohen Exportquote ist die Entwicklung der Auslandsnachfrage nach bundesdeutschen Produkten von hoher Bedeutung; ein Rückgang würde die krisenhafte Entwicklung der BRD stark beschleunigen. Vor diesem Hintergrund muß auch die Frage der Konkurrenzfähigkeit bundesdeutscher Produkte analysiert werden. Von neoklassischer Seite wird argumentiert, daß im internationalen Vergleich zu hohe Lohnkosten sowie übertriebene Umweltauflagen die Wettbewerbsposition der BRD verschlechtern würden. Dies läßt sich durch die empirische Entwicklung der Weltmarktposition der BRD keineswegs belegen — im Gegenteil stellen die wachsenden Exportüberschüsse gegenüber fast allen westlichen Industrieländern einschließlich der USA (mit Ausnahme Japans) einen Indikator für das hohe Niveau an internationaler Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Industrie dar.

Anzumerken ist allerdings, daß Handelsbilanzüberschüsse vom gesellschaftlichen Standpunkt aus nichts an sich positives darstellen. Sie bedeuten, daß im Inland mehr Waren produziert als konsumiert werden. Das schafft in der BRD mehr Arbeitsplätze auf Kosten von Arbeitsplätzen in anderen Ländern, d.h. aber auch, daß hier zusätzliche Gewinne zu Lasten von ausländischen Kapitalen anfallen. Es ist klar, daß die Handelspartner, insbesondere in lange andauernden Krisenperioden, nicht bereit sind, diese hohen Exportüberschüsse hinzunehmen. Die wachsenden protektionistischen Tendenzen sind insofern nicht nur eine Antwort auf die japanische Exportoffensive, sondern insbesondere auf die bundesdeutschen Handelsbilanzüberschüsse, die sich auf das Dreifache der japanischen belaufen. Anhaltende Exportüberschüsse haben darüber hinaus negative Auswirkungen auf die inländische Versorgung der Bevölkerung. In Höhe der Exportüberschüsse wird Arbeit geleistet, für die dem Inland kein Äquivalent an Waren oder Dienstleistungen zur Verfügung steht. Das bedeutet aus der Sicht der abhängig Beschäftigten, daß volkswirtschaftliche Ressourcen verschenkt werden, d.h., daß die Versorgung der Bevölkerung schlechter ist, als es dem Arbeitsvermögen der Gesellschaft entspricht.

Bei der Analyse der Position einer Nation in der Weltmarktkonkurrenz muß neben der Preiskonkurrenz auch das technologische Niveau der Produkte berücksichtigt werden. So kann sicherlich ein Teil der trotz verschiedener DM-Aufwertungen gewachsenen Exportüberschüsse der BRD gegenüber Ländern der EG z.B. in den Branchen Maschinenbau und Werkzeugmaschinenbau nur durch die technologische Überlegenheit der BRD-Produkte gegenüber den vergleichbaren einheimischen Produkten erklärt werden.

Es ist generell davon auszugehen, daß die meisten Reformvorschläge — wie z.B. Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Sicherung oder Umweltschutzmaßnahmen direkt oder indirekt über Steuererhöhungen — die Kosten der Produktion erhöhen. Betrachten wir ausschließlich die Konkurrenzfähigkeit der BRD auf den Exportmärkten, können wir davon ausgehen, daß ein gewisser Spielraum zur Einführung derartiger Maßnahmen besteht. Die Analyse der internationalen Verflechtung in Form der Direktinvestitionen läßt allerdings diesen Spielraum sehr viel geringer erscheinen. Die MNK haben mehr als nur national operierende Unternehmen die Möglichkeit, Maßnahmen, die ihre Profite beschneiden oder die unternehmerische Souveränität begrenzen, zu konterkarieren. Der Welthandel ist heute zu fast 50% Intrakonzernhandel. Diese Warenströme werden über konzerninterne Verrechnungspreise abgewickelt, deren Angemessenheit in den meisten Fällen nicht von außen kontrollierbar ist. Hierdurch können Gewinne praktisch nach Belieben innerhalb des Konzerns verschoben oder sogar die Substanz eines Tochterunternehmens ausgehöhlt und in ein anderes Land verlagert werden. So können auch Steuern und Auflagen umgangen werden. Die stärkste Waffe der MNK gegen alle Arten von Auflagen besteht in der Möglichkeit, die Produktion ganz oder teilweise von einem Konzernteil in den eines anderen Landes zu verlagern. Derartige Möglichkeiten bestehen zwar theoretisch auch für das nur national operierende Kapital, hier sind aber Informations-, Erschließungs- und Anlaufkosten in der Regel so hoch, daß eine kurzfristige Verlagerung ausgeschlossen erscheint.

Die dadurch gegebene Einengung der Gestaltungsmöglichkeiten einer alternativen wirtschaftspolitischen Strategie wird drastisch durch Stellungnahmen der bundesdeutschen Unternehmerverbände zu Gesetzesvorlagen zur Verschärfung des Umweltschutzes verdeutlicht. Bei deren Realisierung wurde genauso mit Produktionsverlagerungen gedroht wie im nunmehr eingetretenen Fall des Zustandekommens einer rot-grünen Koalition in Hessen.

Glutz und Scharpf sind sich nun vor dem Hintergrund der oben dargestellten Internationalisierungsprozesse in einem Punkt einig:

»Die Mindestrendite, die dem anlagesuchenden Kapital geboten werden muß, damit produktive Investitionen — also die Schaffung von Arbeitsplätzen — überhaupt in Erwägung gezogen werden, wird heutzutage noch weniger als je in der Wirtschaftsgeschichte durch die Politik der einzelnen nationalen Staaten bestimmt.« (Glutz 1985, 31f.)

Scharpf betont eindeutiger als Glutz, daß die nationalstaatlichen Regierungen die Kostenbelastungen der Unternehmen so reduzieren müssen, daß die Rentabilität von produktiven Investitionen im Inland höher ist als die internationalen Zinssätze und die Rentabilität von Realinvestitionen in vergleichbaren Anlageländern. Glutz geht aber implizit von den gleichen Überlegungen aus. Beide ziehen allerdings keine Konsequenzen aus der Tatsache, daß keine notwendige Verbindung mehr zwischen Investitionen und Beschäftigungsausweitung gegeben ist, seitdem der Anteil der Ersatz- und vor allem der Rationalisierungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen stark gestiegen ist. In der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus können positive Beschäftigungseffekte von Investitionen, die dem privatwirtschaftlichen Rentabilitätskalkül unterworfen sind, kaum erwartet werden. Desweiteren muß gefragt werden, welche Konsequenzen daraus folgen, die nationale Wirtschaftspolitik vollständig dem Diktat der internationalen Zinssätze auszuliefern. Bei jedem weiteren Steigen der internationalen Zinssätze müßten, nach Scharpf, neue Maßnahmen zur Erhöhung der Rentabilität des produktiv angelegten Kapitals durchgeführt werden, also z.B. gerade eingeführte, für die Einzelkapitale kostensteigernde Umwelt-

schutzaufgaben wieder rückgängig gemacht werden. So wenig die Rolle der internationalen Zinssätze ignoriert werden kann, kann eine Strategie *aus der Krise* nicht in einer ständigen Anpassung an krisenhafte weltwirtschaftliche Prozesse bestehen.

Während Glotz einen Ausweg aus diesem Dilemma nur in der Europäisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sieht, worauf wir in Abschnitt 4 eingehen, sind Scharpfs politische Schlußfolgerungen ebenso einfach wie rigoros: Aufgrund der Mindestrenditekondition gebe es in der Bundesrepublik keine Umverteilungsspielräume hinsichtlich der Unternehmenserträge. Die von ihm für besonders wichtig gehaltene Arbeitszeitverkürzung sowie alle anderen kostenverursachenden Reformen müssen durch eine Umverteilung innerhalb der abhängig Beschäftigten, durch ein Solidaropfer, finanziert werden. Horst Ehmke schätzte dies folgendermaßen ein:

»Die von Fritz Scharpf empfohlene Strategie der Anpassung nach dem Motto: Das Kapital streicheln und den Sozialismus auf die Klasse der abhängig Beschäftigten reduzieren, käme der praktischen Selbstaufgabe der SPD gleich.« (Frankfurter Rundschau vom 26.10.1985)

3. Zur Krise der internationalen Finanzmärkte

Bisher wurde untersucht, welche Einschränkungen für eine alternative Wirtschaftspolitik von einer Internationalisierung des Warenkapitals und des produktiven Kapitals ausgehen. Eine weitere wesentliche Grenze für eine nationalstaatliche Wirtschaftspolitik stellt die wachsende Internationalisierung der Finanzmärkte dar. Die Verschuldungskrise ist eine Folge der weltweiten Verwertungskrise des Kapitals und gleichzeitig Ursache für eine Beschleunigung der krisenhaften Entwicklung. Die WFK bemerkt dazu:

»Weitere und schwere Unruhen in den Währungsbeziehungen und damit auch Gefahren für die Handelsbeziehungen sind deshalb wahrscheinlich, wenn die USA ihre unverantwortliche Verschuldungspolitik fortsetzen und die übrige Welt ihnen die Fortsetzung ermöglicht. Um diese Risiken zu begrenzen und Gefahren abzuwehren, ist eine gemeinsame europäische Politik nach außen unverzichtbar.« (WFK, 164)

Gefordert wird nun folgendes:

»... der Abbau des Haushaltsdefizits der USA; die Rückführung des Dollar auf ein realistisches Niveau; stärkeres binnenwirtschaftliches Wachstum in Europa und Japan und die zügige Öffnung der Märkte für ausländische Waren und Dienstleistungen vor allem in Japan.« (WFK, 165)

Längerfristig soll ein auf drei Säulen, dem Dollar, der ECU (European Currency Unit, EWS-interne Verrechnungseinheit) und dem Yen, basierendes neues Weltwährungssystem aufgebaut werden. Kurzfristig muß verhindert werden, daß die hochverschuldeten Länder durch den Schuldendienst jede mittel- bis längerfristige Entwicklungschance verlieren.

»Die Industrieländer müssen Zugeständnisse machen: Ihre Banken haben an dem hohen Kreditvolumen und den hohen Zinsen gut verdient. (...) Sie müssen jetzt auch bereit sein, einen Teil ihrer Kreditforderungen abzuschreiben und an Umschuldungen mitzuwirken, die den Schuldendienst für längere Zeiträume in einer sinnvollen Weise strecken.« (WFK, 168).

Die Expansion der internationalen Kreditbeziehungen, die sich seit 1972 entwickelt hat, beruht auf den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des produktiven Kapitals. Die Internationalisierung der Geschäftsbanken der westlichen Industrieländer, besonders der US-amerikanischen Geschäftsbanken, war die notwendige Bedingung für die Ausweitung von kurzfristigen Dollarguthaben ausländischer Anleger in den USA. Mit dem wachsenden Geldkapitalangebot entwickelt sich die internationale Kreditnachfrage vor allem aus

den kapitalistischen Schwellenländern, die durch ihre Zinszahlungen für die Verwertung des in den USA angelegten Geldkapitals aufzukommen haben.

Der Fluß von Geldkapital in die USA ist solange gewährleistet, wie die Gewinnerwartung internationaler Anleger aus kurzfristigen Dollarguthaben sich auf einem hohen Niveau befindet. Dieses Niveau hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab: von einem konstant hohen Dollarwechselkurs und einem Verweilen der amerikanischen Zinssätze auf einem über den jeweiligen einheimischen Zinssätzen liegenden Niveau. Ein Zusammenbruch des Bankensystems in den USA kann folglich durch zwei Entwicklungen verursacht werden: Zum einen durch einen Abbruch der Geldkapitalzuflüsse in die USA oder zum anderen durch einen spekulativen Verfall des Dollarwechselkurses. Die amerikanische Hochzinspolitik ist so zu einer funktionalen Notwendigkeit des existierenden internationalen Kreditsystems geworden.

Wie müssen nun vor diesem Hintergrund die Vorschläge der WFK eingeschätzt werden? Die »Rückführung des Dollar auf ein realistisches Niveau« (WFK, 1965) würde zum einen die infolge der Überbewertung des Dollar stark angegriffene amerikanische Handelsbilanz verbessern. Die wichtigsten westlichen Industrieländer sind aber unterdessen so stark von ihren Exporten in die USA abhängig geworden (vgl. die Daten über die bundesdeutschen Exporte in die USA in Abschnitt 2), daß von einer derartigen Maßnahme stark rezessive Tendenzen in der gesamten Weltwirtschaft ausgehen würden. Zum anderen müßte ein starker Verfall des Dollarwechselkurses zu einem Abzug von Geldkapitaleinlagen aus den USA führen, der das amerikanische Bankensystem in eine Krise stürzen würde. Bei der Forderung des »Abbaus des Haushaltsdefizits der USA« (ebd.) wird offensichtlich davon ausgegangen, daß die staatliche Kreditnachfrage, die zu der existierenden privaten dazukommt, die Zinsen in die Höhe treibt. Eine Reduzierung des Staatshaushaltsdefizites der USA würde demzufolge auch die hohen amerikanischen Zinsen senken und so, vermittelt über ein Sinken der internationalen Zinssätze, eine Vermehrung produktiver Investitionen herbeiführen. Diese Annahme ist naiv, da sie davon ausgeht, daß das amerikanische Zinsniveau ohne drastische Konsequenzen für die amerikanische Wirtschaft gesenkt werden könnte. Es wird unterschlagen, daß ohne dieses in starkem Maße politisch determinierte Zinsniveau das gesamte internationale Kreditsystem in der bestehenden Form mit den US-Geschäftsbanken im Zentrum nicht fortbestehen könnte.

Prinzipiell ist es zu begrüßen, wenn die WFK die Notwendigkeit der Schaffung von Entwicklungschancen der hochverschuldeten Nationen betont und von den Banken der Industrieländer fordert, sie müßten »bereit sein, einen Teil ihrer Kreditforderungen abzuschreiben« (WFK, 168). Diese Forderung ist jedoch in keinerlei ökonomische Analyse der Effekte eingebettet, die aus einer Abschreibung der an Entwicklungs- oder Schwellenländer vergebenen Kredite resultieren. Die Auslandsforderungen der US-Banken haben 1983 die Höhe von 430 Mrd. US-Dollar erreicht, zusammen mit den Forderungen der Auslandsniederlassungen von US-Banken gegenüber Ausländern in Höhe von 350 Mrd. US-Dollar entspricht dieses Kreditvolumen mehr als einem Fünftel des US-Bruttosozialprodukts (vgl. Schubert 1985, 69). Sollten die geforderten Abschreibungen erheblich sein, ist eine Krise des US-Bankensystems und damit auch eine Krise des internationalen Bankensystems wahrscheinlich. Oder meint die WFK vielleicht, wie es bereits von einigen sozialdemokratischen Finanzexperten vorgeschlagen wurde, daß der Staat in den jeweiligen betroffenen Industrieländern die notleidenden Forderungen aufkaufen sollte? Dann müßte aber ehrlicherweise gesagt werden, daß eine solche Form der »Entwicklungshilfe«, die die Rentabilität der Banken unangetastet läßt, auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten

in den westlichen Industrieländern ausgetragen wird. Wir sprechen uns an dieser Stelle nicht generell gegen eine Abschreibung von Forderungen gegen die am meisten verschuldeten Länder aus, sondern fordern als ersten Schritt eine präzise Analyse der Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte und der durch sie konstituierten Interessengegensätze. Es nützt nichts, sich in moralisch-appellhafter Weise an die Banken oder die US-Regierung zu wenden, um sie von etwas abzubringen, was sie von ihrem Standpunkt aus tun müssen.

4. Die Europäisierung Europas

Die weltwirtschaftlichen Probleme werden von der WFK mit der Forderung nach einer Europäisierung der Wirtschaftspolitik beantwortet. Damit soll das verlorengegangene nationalstaatliche Regulierungspotential auf einer höheren Ebene wiederhergestellt werden. In diesem Sinne fordert auch Glotz von der Europäischen Linken:

»Kann sie die eingewurzelten Vorurteile gegen die als gefährlich empfundene Phantasie des Unternehmers und den Prozeß der schöpferischen Zerstörung, den er durch neue Ideen und Produkte auslöst, abbauen und gleichzeitig den keineswegs an sein Ende gekommenen Kapitalismus auf ein neues *Leitbild der Investitionen*, eine *Strategie des qualitativen Wachstums*, eine *ökologische Buchhaltung* verpflichten? Kann sie die alte Lagermentalität überwinden und bündnisfähig werden für neue soziale Bewegungen wie für Kernschichten des produzierenden, arbeitenden europäischen Kapitals? Kann sie eine neue Prosperitätskonstellation erzeugen, ein neues Zielsystem, ein neues Ordnungsmuster, das die lange Welle wirtschaftlicher Stockung und Unterbeschäftigung der produktiven Kräfte, in der wir treiben, wieder bricht?« (Glotz 1985, 25)

Glotz' Leitbild ist also eine kapitalistische Gesellschaft mit qualitativem Wachstum und ökologischer Buchhaltung, also die Integration von Steuerung der Produktion durch Profitmaximierung mit der Steuerung durch gesellschaftliche Bedürfnisse. Diese Integration ist nach Glotz nicht mehr auf nationaler, sondern nur noch auf europäischer Ebene möglich. Europa soll das Feld sein, auf dem eine höhere Kapitalrentabilität als Ergebnis der neuen »Prosperitätskonstellation« (ebd.) entsteht, die durch die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes, einer europäischen Industriepolitik und das Konzept der »sozialen Demokratie« (ebd., 53) getragen wird, hinter dem sich nichts anderes als der aus der »Arbeit der Zuspitzung« (Glotz 1984) bekannte Begriff der antagonistischen Kooperation verbirgt (vgl. Blume/Westphal 1984, 396ff.). Als notwendige Schritte betrachtet Glotz ein forciertes Vorantreiben des Integrationsprozesses der EG u.a. durch folgende Maßnahmen: Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in den europäischen Gremien, Möglichkeit der Erhebung von eigenen Steuern durch die EG, Angleichung der Befugnisse des Europäischen Parlaments gegenüber den Exekutivorganen an die entsprechenden Befugnisse nationaler Parlamente, Ausbau der Rechte der EG-Kommission bei der Ausführung von Gemeinschaftsentscheidungen (vgl. Glotz 1985, 81). Industriepolitisch sollten staatlich finanzierte Gemeinschaftsprojekte und staatliche Risikoübernahmen in Forschung und Entwicklung in den spitzentechnologischen Bereichen schnellstmöglich eingeführt werden. Währungspolitisch sollte die zweite Stufe des EWS vorbereitet werden: »Der Europäische Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit sollte zu einem voll funktionsfähigen Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden« (ebd., 86). Die ECU »sollte von einer Verrechnungseinheit zu einem offiziellen gleichberechtigten Zahlungsmittel in Europa entwickelt werden« (ebd.). Langfristig soll die ECU gemeinsames voll konvertierbares Zahlungsmittel werden.

Auch die WFK setzt auf die europäische Karte. Ein »europäischer Beschäftigungspakt« (WFK, 176) soll durch auf europäischer Ebene geplante öffentliche und private Investitionen Arbeitsplätze schaffen. Unterstützt wird ausdrücklich das Ziel der Europäischen Kommission, nach einem festen Zeitplan bis 1992 einen europäischen Binnenmarkt durch Abschaffung aller offenen und versteckten Handelshemmnisse zu schaffen. Währungspolitisch formuliert die WFK folgende Ziele:

»Unser Ziel ist eine gemeinsame Europäische Währung. Notwendige Schritte für einen Ausbau des bestehenden Währungssystems sind: die Einbeziehung aller europäischer Währungen in das EWS; der Abbau noch bestehender Kapitalverkehrskontrollen in wichtigen europäischen Ländern; die Verringerung der noch bestehenden Stabilitätsunterschiede in den europäischen Ländern und die breitere private und offizielle Verwendung der ECU sowie eine problemlosere periodische Abwertung der Währungen im System, die das gemeinsame Stabilitätsziel noch nicht erreicht haben.« (ebd., 180)

Scharpf bezieht in diesem Zusammenhang eine dezidierte Gegenposition, die auf eine fundamentale Schwäche der skizzierten Europäisierungsvarianten hinweist:

»Wenn man tatsächlich die Einheit der europäischen Geldpolitik hergestellt und damit die Autonomie der nationalen Währungen beseitigt hätte, wenn aber trotzdem die Kostenentwicklungen in den verschiedenen europäischen Regionen — wie bisher auch schon — unterschiedlich ausfallen, dann hat die gemeinsame Geldpolitik eigentlich die Funktion einer enormen Subventionierung der deutschen Exporte auf Kosten aller anderen Partner.« (Scharpf 1985, 789)

Dem Europapessimismus von Scharpf steht der unreflektierte Europaoptimismus von Glotz und der WFK gegenüber. Letzterer ist nur auf dem Hintergrund einer fehlenden Analyse der bisherigen europäischen Integrationsprozesse und -vorschläge sowie ihrer Widersprüche zu erklären. Denn grundlegend neu sind die hier vorgebrachten Vorschläge keineswegs. Wir wollen daher, bevor wir uns der Kritik einzelner Punkte widmen, kurz auf einige dieser im historischen Prozeß der europäischen Integration sichtbar gewordenen Widersprüche eingehen.

1972 beschloß die EG-Ministerkonferenz die Einrichtung einer Währungsschlange, d.h. eines Währungssystems, in dem die Schwankungen der Wechselkurse zwischen den beteiligten Währungen auf ein bestimmtes Maximum festgeschrieben sind. Doch bereits kurz nach dem Inkrafttreten der neuen Regelungen zeigten sich schwerwiegende Probleme (vgl. Busch 1978, 84f.). Nacheinander mußten Großbritannien (1972), Italien (1973) und Schweden (1977) die Schlange verlassen, da der Abwertungsdruck auf ihre Währungen zu stark geworden war. Frankreich verließ den Währungsverbund im Januar 1974 bis zum August 1975, kehrte dann bis zum März 1976 in ihn zurück, um dann den Block endgültig bis zur Gründung des EWS zu verlassen. Übrig blieb nur noch eine erweiterte DM-Zone, d.h., neben der Bundesrepublik verblieben nur noch die stark von ihr abhängigen Benelux-Länder und Dänemark in der Schlange. Die zwischen der in Europa dominanten BRD-Ökonomie und den übrigen beteiligten Ländern bestehenden Disparitäten haben allerdings auch kaum einen anderen Verlauf erwarten lassen:

»Wenn die jährlichen Zuwachsraten des Sozialprodukts und die jährlichen Inflationsraten zwischen den EG-Ländern erheblich divergieren, verschiebt sich die Konkurrenzposition der einzelnen nationalen Kapitale im EG-Raum permanent, kommt es von daher zu krassen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten.« (Busch 1979, 280)

Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, warum 1978/79 ein erneuter Versuch in Form des EWS gemacht worden ist, einen auf fixen Paritäten basierenden Währungsverbund einzurichten. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte sein, daß mit der in den

siebziger Jahren enorm angewachsenen ökonomischen Verflechtung zwischen den westeuropäischen Staaten auch das Interesse an einer Stabilisierung der Währungsbeziehungen gewachsen ist, da hierdurch eine Reduzierung des Wechselkursrisikos der Ex- und Importindustrien möglich ist. Hinzu kommt, daß eine Reihe von Staaten, die sich wegen des hohen Abwertungsdrucks auf ihre Währungen aus der Schlange zurückgezogen haben, die Erfahrung machen mußten, daß auch eine erhebliche Abwertung ihrer Währungen nicht den Erwartungen entsprechende Resultate gezeitigt hat. So wurde z.B. der Franc von 1973 bis 1979 gegenüber der DM um fast 30% abgewertet. Dies ist mehr, als es zum reinen Ausgleich des Inflationsratengefalles notwendig gewesen wäre. Der daraus resultierende Wettbewerbsvorteil für die französischen Exporte (sinkende Preise, ausgedrückt in ausländischen Währungen bei konstanten Franc-Preisen) und für die französischen Produkte auf dem französischen Binnenmarkt (steigende Franc-Preise der importierten Güter bei konstanten Preisen, ausgedrückt in ausländischen Währungen) haben nicht zu einer strukturellen Verbesserung der französischen Handelsbeziehungen geführt. Der wesentliche Grund hierfür war, daß sich ein Großteil der französischen Importe als preisunelastisch erwiesen hatte, d.h., trotz steigender Preise der Importgüter das Importvolumen gleich geblieben ist (besonders in den Bereichen der Energie- und Ausrüstungsgüterimporte, wobei Frankreich bei Produktion der letzteren erhebliche strukturelle Schwächen besitzt). Hierdurch wird der Schluß nahegelegt, »daß auch ein System flexibler Wechselkurse kaum dazu in der Lage ist, die aus den strukturellen Disparitäten der westeuropäischen Ökonomien resultierenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu beseitigen« (Steinacker/Westphal 1985, 154). Daraus folgt jedoch keineswegs, daß es für ein in bedeutendem Maße ex- und importabhängiges Land mit einer hohen Preisunelastizität der Importe gleichgültig wäre, ob es in einem Währungsverbund mit festgelegten Schwankungsbreiten Mitglied ist oder nicht.

Eine Mitgliedschaft in einem derartigen System verhindert selbst den Ausgleich des Inflationsratengefalles und trägt damit zu einem schleichenden Verfall der Konkurrenzfähigkeit der Exporte des entsprechenden strukturell schwächeren Landes bei. Ebenso verbessert die tendenzielle Überbewertung der Währung des strukturell schwächeren Landes die Wettbewerbsposition der Importe auf dem Binnenmarkt. Solange also die ökonomischen Disparitäten zwischen verschiedenen EG-Ländern fortbestehen, trägt das EWS zur Verschärfung des außenwirtschaftlichen Drucks auf die strukturell schwächeren Länder bei. Dieses Ergebnis stellt keinen Widerspruch zu der oben gemachten Aussage dar, daß auch ein System flexibler Wechselkurse allein nicht die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte beseitigen kann. Dies ist nur durch grundlegende Veränderungen in der industriellen Struktur eines Landes, durch die Beseitigung der strukturellen Mängel des nationalen Produktionsapparates möglich, wobei ein derartiger Prozeß in bestimmten Phasen durch merkliche Abwertungen der entsprechenden Währungen gefördert werden kann.

Scharpf gibt folgenden Kommentar zu den vorliegenden Europäisierungsvorschlägen ab:

»Aber ich rechne nicht damit, daß die anderen europäischen Länder eine solche Lösung mitmachen würden, ohne ganz massive Kompensationsleistungen der Bundesrepublik zum Ausgleich der Wettbewerbsnachteile, die sie in Kauf nehmen, von uns zu fordern.« (Scharpf 1985, 789)

Eine Ahnung der dargestellten Probleme muß wohl auch der WFK gekommen sein, denn sie bemerkt immerhin in bezug auf die Forderung nach einem europäischen Binnenmarkt:

»Der Wegfall der Handelshemmnisse begünstigt die wirtschaftlich starken Staaten in Europa. Deshalb muß ein Ausgleich für die schwächeren Länder geschaffen werden. Insbesondere wird es darauf ankommen, die europäische Regionalpolitik durch den verbundenen Einsatz von europäischen Regional-, Sozial- und Agrarstrukturfonds zu verstärken, um die ländliche und industrielle Entwicklung der strukturschwachen Staaten und Regionen zu fördern.« (WFK, 177)

Hierbei wird verschwiegen, daß es primär die Bundesrepublik Deutschland sein müßte, die den Ausgleich für die für sie entstehenden Verbesserungen ihrer Exportpositionen zu zahlen hätte. Hier sind allerdings erhebliche Zweifel angebracht, ob es einer politischen Formation in der BRD gelingt, den umfangreichen bundesdeutschen Anteil an den genannten europäischen Fonds durch die bundesdeutsche Exportindustrie finanzieren zu lassen. Eine andere, bezüglich der politischen Durchsetzung in der BRD auch recht schwierige Lösung wäre eine Finanzierung durch Steuerzahlungen der abhängig Beschäftigten, die dann dafür zahlen müßten, daß »ihre« Exportindustrie mehr im Ausland verdient. Auf der anderen Seite werden ohne beträchtliche Leistungen besonders der Bundesrepublik die Regierungen der ökonomisch schwächeren europäischen Länder auch mittelfristig nicht zur Verwirklichung der oben vorgestellten Konzepte bereit sein.

Als intelligenter Strategie, der die Hinderlichkeit der Dominanz der BRD-Ökonomie für einen die gesamte EG erfassenden Integrationsprozeß sicherlich im Hinterkopf hat, hält Glotz sofort einen weiteren Vorschlag parat:

»Der erste Schritt in eine überstaatliche Organisation für ein wissenschaftliches und industrielles Europa muß in der Europäischen Gemeinschaft versucht werden; wenn er mißlingt, ist nahezu jede andere Konfiguration, die zu übernationalen Institutionen, Strukturentscheidungen und Außenzolltarifen führt, besser als das demagogische Theater und die würdige Hilflosigkeit handlungsunfähiger Gipfelkonferenzen.« (Glotz 1985, 23)

Hierunter kann viel verstanden werden. Zunächst ist hierin die Herausbildung eines »Europas der zwei Geschwindigkeiten« impliziert, d.h., eines »ersten« Europas, bestehend im wesentlichen aus der BRD, Frankreich und vielleicht den Niederlanden, das unter sich gegenseitig die Forschungs- und Entwicklungspotentiale staatlicher Institutionen und der großen multinationalen Konzerne nutzbar macht, und eines »zweiten« Europas, das dominiert vom »ersten« Europa sowie von amerikanischen und japanischen multinationalen Konzernen, wenig eigene technologische Entwicklungspotentiale und nur eine geringe Kohärenz der nationalen Produktionsapparate besitzt. Mit diesem »Europa der zwei Geschwindigkeiten« wäre sicherlich das oben beschriebene Dilemma gelöst, daß die am weitesten fortgeschrittenen europäischen Staaten für die Entwicklung der weniger weit entwickelten aufzukommen hätten. Es würde allerdings zur Vergrößerung der bestehenden ökonomischen Ungleichgewichte beitragen und damit die Grundlage eines alle europäischen Staaten umfassenden Integrationsprozesses mittelfristig zerstören.

Eine weitere Deutungsmöglichkeit des Glotz'schen Zitats ist die Förderung der direkten Kooperation von multinationalen Konzernen verschiedener europäischer Länder. Diese kann zwar ein Element sein, der Übermacht amerikanischer oder japanischer Konzerne auf bestimmten Märkten ein Gegengewicht gegenüberzustellen. Man sollte sich jedoch klarmachen, daß die Konstruktion einer direkten Firmenzusammenarbeit eine durchaus labile Form ist. Glotz selbst spricht davon, daß »solch ein selbständiges Europa den Interessen jenes international verflochtenen Kapitals ganz und gar nicht entspricht« (Glotz 1985, 43). Machen wir erneut einen Rückgriff in die Geschichte: Im Jahre 1973 setzte sich bei den drei bedeutendsten europäischen Computerherstellern die Erkenntnis durch, daß eine je nationale Verteidigung gegen die amerikanische Überlegenheit in dieser Branche

unmöglich sei. Philips (Niederlande), Siemens (BRD) und CII (Frankreich) gründeten das gemeinsame Tochterunternehmen UNIDATA, das zum größten europäischen Computerhersteller wurde. Geplant war der Aufbau gemeinsamer Vertriebsgesellschaften in Drittländern und die Schaffung einer voll aufeinander abgestimmten Produktlinie. Von Anfang an war die Kooperation jedoch konfliktreich: Jedes Unternehmen versuchte, die gemeinsame Tochtergesellschaft möglichst gut in die eigene Unternehmenspolitik einzupassen. Die diesbezüglichen Chancen waren jedoch ungleich verteilt: So war der Umsatz im Computerbau im Zeitraum von 1972 bis 1973 bei Siemens 1 100 Millionen DM, bei Philips 650 Millionen DM und bei CII nur 500 Millionen DM (vgl. Axt 1978, 272). Vor diesem Hintergrund kaufte Siemens die Telefunken Computer GmbH auf, die vorrangig Großrechner herstellte, und verstieß damit offen gegen die UNIDATA-Vereinbarungen, wonach der Markt für Großrechner ausschließlich CII vorbehalten war. Im Sommer 1975 wurde durch den Rückzug von CII aus der UNIDATA das Ende dieses Projektes besiegelt. CII begann die Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Computerunternehmen Honeywell-Bull. Aus dieser Episode des »industriellen Europa« sollte zumindest folgendes gelernt werden: Eine direkte europäische Unternehmenskooperation wird nur solange durchgehalten, wie es dem Profitmaximierungskalkül der beteiligten Unternehmen entspricht. Ohne Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungssouveränität, sei es durch erweiterte Rechte des Betriebsrates, sei es durch Interventionsrechte europäischer Behörden, kann das Umschwenken auf nicht-europäische Optionen, also die Zusammenarbeit oder Fusion mit in vielen Fällen technologisch überlegenen amerikanischen oder japanischen Unternehmen, nicht verhindert werden.

5. Ein Weg jenseits von Illusionismus und Selbstaufgabe?

Sieht man sich nach den hier angestellten Überlegungen die Programmdebatte noch einmal an, scheint die SPD vor einem Dilemma zu stehen. Sie kann wählen zwischen unrealistischen, insbesondere die ökonomische Dominanz der BRD in Europa nicht berücksichtigenden Politikvorschlägen à la Glotz oder WFK und einer Selbstaufgabe à la Scharpf. Aber dieses Dilemma ist nicht unverschuldet, es ist die Folge des Verzichts auf eine Analyse der Internationalisierungsprozesse und der spezifischen Position der BRD in der Weltarbeitsteilung.

Das Grundproblem der außenwirtschaftlichen Absicherung einer alternativen wirtschaftspolitischen Strategie ist die Frage, wie verhindert werden kann, daß die Unternehmen infolge der durch Reformmaßnahmen erhöhten Kostenbelastung oder Einschränkungen der unternehmerischen Souveränität Realinvestitionen ins Ausland verlagern oder überhaupt auf produktive Investitionen verzichten und ihr Kapital auf Finanzmärkten anlegen. Angesichts des Grades der Internationalisierung des Kapitals muß sich unserer Auffassung nach der Versuch der Verhinderung der verschiedenen Formen der Kapitalabwanderung allein durch nationalstaatliche Politik als illusorisch erweisen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint in der Tat Europa als der einzig mögliche Raum für ein sozialistisches Entwicklungsmodell. Die *innereuropäischen* Handels- sowie Direktinvestitionsverflechtungen sind so umfassend, daß ein Abzug des Kapitals aus Europa im Falle von im europäischen Maßstab eingeführten Veränderungen der Steuerung der Produktion auch vom Standpunkt des Kapitals weitaus weniger möglich erscheint.

So notwendig der europäische Rahmen für das Projekt einer sozialistischen Transformation ist, so sehr bleibt doch die Frage offen, wie dieses Europa beschaffen sein muß.

Glötz verlagert die alte Illusion des Godesberger Programms, daß Profitsteuerung und Steuerung nach gesellschaftlichen Bedürfnissen integrierbar seien, einfach nach Europa. Es spricht viel dafür, daß damit von der Frage abgelenkt werden soll, wer eigentlich über Umfang und Art der Investitionen bestimmt. Jochen Steffen hat es einmal als den verhängnisvollsten Fehler der Sozialdemokraten bezeichnet, daß sie die Mehrheit im Parlament mit der Macht im Staat verwechselt habe. Dies gilt um so mehr angesichts der immensen Internationalisierung. Die Europäisierung muß ein fester Bestandteil des SPD-Wirtschaftsprogramms sein. Dabei muß aber offengelegt werden, welche Probleme eine Europäisierung löst und welche nur durch grundsätzliche Eingriffe in die unternehmerische Souveränität über Investitionsentscheidungen bewältigt werden können. Deshalb sollte die Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten, der schrittweise Aufbau von Institutionen zur Investitionskontrolle und (gegebenenfalls) eine europäische Kapitalverkehrskontrolle immer im Kontext der Europäisierung mitdiskutiert werden, wenn es um den Aufbau »unseres Europas« geht.

Literaturverzeichnis

- Axt, Heinz-Jürgen, 1978: Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa. Köln
- Blume, Jürgen, und Andreas Westphal, 1984: Die Beweglichkeit des Tankwarts — Zu Peter Glötz' »Arbeit der Zuspitzung«. In: *spw* 25
- Busch, Klaus, 1978: Die Krise der Europäischen Gemeinschaft. Köln, Frankfurt/M.
- Busch, Klaus, 1979: Ursachen und Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion in der EG. In: *WSI-Mitteilungen* 5
- Glötz, Peter, 1984: Die Arbeit der Zuspitzung. Berlin/West
- Glötz, Peter, 1985: Manifest für eine neue europäische Linke, Berlin/W.
- Kisker, Klaus Peter, Rainer Heinrich, Hans-Erich Müller, Rudolf Richter und Petra Struve, 1982: Multinationale Konzerne. Ihr Einfluß auf die Lage der Beschäftigten. Köln
- Scharpf, Fritz W., 1985: Mehr als Skepsis ist angebracht. NG/FH-Gespräch über Möglichkeiten und Grenzen nationaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik mit Elmar Altvater und Fritz Scharpf. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 9
- Schubert, Alexander, 1985: Untergräbt die Stärke der USA die Fundamente der Weltwirtschaft? In: *Prokla* 59
- Steinacker, Max, und Andreas Westphal, 1985: Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich — *projet socialiste* und sozialdemokratische Modernisierung der Volkswirtschaft. Berlin/W.
- WFK (= Wirtschafts- und Finanzpolitische Kommission des Parteivorstandes der SPD): Wege in die industrielle Gesellschaft von morgen. Vorgelegt am 10.9.1985 in Bonn.

Mit Europa die Welt verändern?

Ein Streitgespräch zwischen Detlev Albers und Peter Glotz

Vorbemerkung

Pershing II, Denver und US-Finanzpolitik stellen europäische Identitäten in Frage. Im Zusammenhang der intensivierten Diskussion über die Zukunft Europas steht auch die jüngste Veröffentlichung des SPD-Bundesgeschäftsführers *Peter Glotz* unter dem Titel »Manifest für eine neue europäische Linke« (erschieden im Siedler-Verlag, Berlin/West 1985). Zwischen ihm und *Detlev Albers* fand Anfang Oktober 1985 ein Streitgespräch über Fragen der Konstitution einer politisch handlungsfähigen Eurolinken statt, das vom Bayerischen Rundfunk am 27. Oktober ausgestrahlt wurde. Mit freundlicher Genehmigung des Bayerischen Rundfunks drucken wir für die schriftliche Veröffentlichung redigierte Auszüge ab. Die Redaktion

Glotz: Soziale Demokratie oder demokratischer Sozialismus sind heutzutage nicht mehr in einem Land zu verwirklichen, sondern nur noch auf europäischer Ebene. Ich gehe dabei aus von folgender Analyse: Es hat schon verschiedene Europabewegungen gegeben, die PANEUROPA-Bewegung von Coudenhove-Kalergi nach dem Ersten Weltkrieg und dann die von Jean Monet und de Gasperi und anderen nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie waren jedesmal außenpolitisch motiviert; die Leute haben einfach gesagt, jetzt haben wir uns totgeschlagen, wir wollen uns nie wieder totschlagen und deswegen Europa.

Heute kommen zu diesem — natürlich nach wie vor berechtigten — außenpolitischen Grund zwei weitere Elemente dazu, ein ökonomisches und ein kulturelles. Ökonomisch sind wir zur Zeit in einer Situation, wo die Souveränität, die ökonomische Souveränität von Nationalstaaten immer mehr abbröckelt. Wir haben, seitdem das System von Bretton Woods zusammengebrochen ist, seitdem es flexible Wechselkurse gibt, eine Situation, in der riesige transnationale Finanzmärkte entstanden sind. Es ist nicht mehr so leicht, mit einem keynesianischen Beschäftigungsprogramm einfach gegenzusteuern, weil die Zins-souveränität des eigenen Landes verloren ist, weil die US-Amerikaner die Zinshöhe bestimmen mit den Schulden, die sie in ihrem Budget machen, und weil das alles dazu führt, daß der Realzins höher ist als das reale Wachstum und so kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme gar nicht mehr funktionieren. Ein anderes Beispiel ist die Tatsache, daß eben viele Unternehmen keine Realinvestitionen im Lande tätigen, sondern viel mehr Geld dabei verdienen, wenn sie ihr Geld in Treasury Bonds in New York anlegen. Ein Land allein kann sich dagegen nicht wehren, beispielsweise gegen die starke Stellung des ökonomisch mächtigsten Landes der Welt, der USA. Ganz Europa, ein Markt mit 300 Millionen Menschen, könnte sich dagegen wehren. Kulturell kann die Entwicklung der neuen Medien dazu führen, daß die alte europäische Kultur im Grunde überflutet wird durch Denver, Dallas und andere amerikanische Produkte — gerade über die neuen Medien. Wir müssen uns auf unsere eigene Kultur und unsere eigene Geschichte besinnen.

Dies alles sagt mir: Wenn die Europäer überhaupt noch eine politische Rolle spielen wollen, müssen sie sich zusammentun. Es muß bald eine Währungsunion geben, dann müssen die wirtschaftlichen Restriktionen, die es noch gibt, fallen, dann müssen wir eine europäische Industriepolitik machen und auch die europäische Kultur bewahren und schützen, auch übrigens die europäische Sozialkultur. Ich will keine Amerikanisierung unseres Sozialstaates oder ein Zusammenschlagen dieses Sozialstaats; ich will das, was die europäische Arbeiterbewegung erkämpft hat, bewahren.

Albers: Obwohl wir an Meinungsverschiedenheiten sicher keinen Mangel haben werden, möchte ich zunächst positiv den von Dir genannten Momenten noch einen weiteren hinzufügen: Die westliche Linke steckt im Moment in einer schwierigen Situation. Wir registrieren in England, daß Frau Thatcher die Sache immer noch in der Hand hat und Labour nicht so recht die Gegenposition zustandebringt. Wir sind Zeugen, daß es in Frankreich vor den Parlamentswahlen nicht zum Besten steht, was vor allem die Sozialisten betrifft. Auch in Italien ist heute die Situation innerhalb der Linken zwischen Kommunisten, die dort die bei weitem stärkste Partei bilden, und Sozialisten auch in der Gewerkschaftsbewegung gespannter, schwieriger als früher; und wir Sozialdemokraten in der Bundesrepublik haben nun den Verlust der Regierungsmacht auch gerade eben erst verdaut, so daß mir scheint, der Zeitpunkt ist da, einen neuen Anlauf zu nehmen: Was heißt es eigentlich, diese europäische Identität der Linken herzustellen? Sie ist überfällig, ihr Anlaß ist neben den ökonomischen Krisenmomenten die durch die neuen Technologien bedingte Veränderung der Lebensgewohnheiten der Menschen.

Glotz: Man darf sich nicht darüber täuschen, wie desolat im Grunde der Zustand dieser europäischen Linken ist, wenn ich ihn vergleiche mit der Kooperationsfähigkeit des europäischen Kapitals. Es gibt das Nebeneinander von sozialdemokratischen, sozialistischen, linksliberalen und kommunistischen Parteien einerseits. Aber selbst der Bund der sozialdemokratischen Parteien in Europa ist eher eine Koordinationsstelle und überhaupt keine Organisation, und auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ist nicht besonders wirksam. Demgegenüber steht eine ganz reelle, über europäische Grenzen hinausgehende Kooperation multinationaler oder transnationaler Unternehmen, sehr stark bestimmt, oft auch dominiert von amerikanischem Kapital. Die Linke dagegen stoppelt. Wenn uns aber ein Europa der sozialen Demokratie nicht gelingt, dann geht's bergab mit Europa. Und ich füge hinzu, die Rechte kann Europa nicht einigen, weil, wenn Thatcherismus überall kommt in Europa, das dann den Kampf bis auf's Messer bedeutet, und dann wird das die Staaten eher nach hinten treiben.

Albers: Kommen wir doch mal auf die Trennungslinien innerhalb der westlichen Linken zu sprechen. Wenn man bis in die jüngste Zeit hin beobachtet, wie die französische Linke zur Frage der Atomstreitmacht steht, dann geraten wir als Sozialdemokraten natürlich ins Gedränge mit der nun vom Bülow-Papier und zuvor durch den Essener Parteitagsschluß bekräftigten Absicht, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit als mittelfristige Zielsetzung für das verteidigungspolitische Konzept der SPD zu entwickeln. Ein »Ja« zu Initiativen, atomwaffenfreie Zonen in Europa zu installieren — das alles sind Argumentationen, die bisweilen jenseits der Elbe-Grenze besser verstanden werden als jenseits des Rheins.

Glotz: ... was ja auch kein Wunder ist, weil wir am nächsten an der Grenze und auch am gefährdetesten sind und die meisten Atomsprengköpfe auf unserem Boden liegen. Aber ich bin ganz zuversichtlich über die Kontakte zwischen den französischen Sozialisten und uns. Daß flexible response auf Dauer als Strategie nicht mehr wirksam ist, ist die Meinung wohl aller, nur: Wie die neue Antwort aussehen soll, darüber ist man sich noch nicht einig.

Im übrigen glaube ich, daß die verteidigungspolitischen Fragen eher als letzte kommen, weil die Souveränität eines jeden Landes auf diesem Feld am stärksten empfunden wird, gerade auch bei den Franzosen. Zu allererst wichtig ist Kooperation auf wirtschaftlichem Feld, und deswegen sollten wir auch nicht mit der Europäisierung der Verteidigungspolitik anfangen. Es ist sowieso notwendig, innerhalb der NATO miteinander zu reden, um zu einem gemeinsamen Konzept zu kommen. Vorrangiger ist die ökonomische Kooperation,

und da sehe ich, gerade was die Franzosen betrifft, sehr gute Ansatzpunkte. Sie wollen eine europäische Industriepolitik, sie machen ständig Angebote, die die Bundesregierung ablehnt. Sie erkennen, daß man mit den US-Amerikanern und den Japanern nur in Konkurrenz treten kann, wenn ein europäisches Land das nicht allein tut und wenn der Staat gemeinsam mit Gewerkschaften und Kapital sich entschiedener auch zu einer Förderung von Basisinnovationen entschließt.

Albers: Das ist aber vielleicht eine der Grunderfahrungen, die wir bei diesen europäischen Diskussionen machen, daß sich die gewohnten Fronten, die man aus dem eigenen Land kennt, alle verschieben, manchmal geradezu auf dem Kopf stehen. Wenn wir also mit den französischen Sozialisten — mit den Kommunisten kaum weniger — in der Frage der Atomwaffenstrategie sicher schwierige Differenzen haben, könnte es gleichwohl sein, daß Deine Position sich mit der des früheren Industrieministers Chevènement vom Linken Flügel der Sozialisten hinsichtlich des Ansatzes einer Modernisierung über weite Strecken deckt. Wenn wir dann nach Italien schauen, werden wir dort in der KPI beispielsweise bei allem Interesse an dem Dialog mit bundesdeutschen Sozialdemokraten nicht überhören können, daß dieses dann doch in eine sehr viel weitergehende Zielsetzung der gesellschaftlichen Veränderung einmündet, als sie an vielen Punkten auch in Deinem Manifest angelegt ist. Wir erhalten also ganz vielgestaltige Frontverläufe, das macht eben die Notwendigkeit der vertieften Fragestellungen aus.

Glötz: Das wird auch niemanden wundern. Ich will ja auch nicht übermorgen ein politisches Europa haben, wo es keine Nationalstaaten mehr gibt und wir eine europäische Regierung haben, sondern ich will zuerst einmal eine Kooperation der autonomen, unabhängigen Länder, dann aber auch eine stärkere Verflechtung. Klassisches Beispiel wäre die Währungsunion, und da kann ich mir vorstellen, daß mit den Italienern, die selbst beim jetzigen europäischen Währungssystem noch eine größere Bandbreite in Anspruch nehmen, große Differenzen auftauchen. Dennoch: Die Vorteile eines großen Marktes und die Vorteile einer europäischen Industriepolitik überwiegen, und das kann man nicht nur den Linken, sondern auch Teilen der Konservativen klarmachen. Und es gibt durchaus Teile des europäischen Kapitals, die in ihren Konkurrenzkämpfen mit dem Nationalstaat allein nicht mehr weiterkommen.

Albers: Lassen wir noch einmal diesen modernen Flügel der deutschen Unternehmer und ihre Verbündeten außer acht zu Gunsten der Betrachtung etwa, wie die Franzosen seit 1981 versucht haben, der Krise in ihrem Land zu begegnen. Eindeutig ist doch, daß bei aller Bereitschaft zur Modernisierung unter technischem Aspekt ein Grundargument lautete: Dieses bleibt auf Sand gebaut, solange man nicht dazu übergeht, die Kernbereiche der Wirtschaft in öffentliche Regie zu übernehmen, und zwar nicht nur die in der Verlustzone operierenden Konzerne bestimmter Branchen, sondern auch prosperierendes Großkapital, um so einen Zusammenhang zu gewinnen, der nun in der Tat erlaubt, bestimmte Grundwidersprüche z.B. der Ökologiefragen und des Kampfes um die Sicherung der Arbeitsplätze anders anzupacken.

Glötz: Hier ist sicherlich eine unterschiedliche Ausgangslage, vielleicht aber auch ein grundsätzlicher Dissens, über den man diskutieren muß. Natürlich ist ein funktionierender öffentlicher Sektor sinnvoll und notwendig. Ich bin nicht in einem prinzipiellen Gegensatz etwa zu den Franzosen, wenn sie sagen, was auch die Österreicher sagen und andere, daß es in einer Marktwirtschaft einen wirksamen öffentlichen Sektor geben muß, also Unternehmen, die vom Staat sozusagen eingeplant werden können bei ihrer Arbeitsmarktpolitik und bei ihrer Industriepolitik usw. Ich sage allerdings, in der Bundesrepublik ist ein An-

satz, der sagt, das wichtigste ist jetzt, irgendwelche Unternehmen zu verstaatlichen oder zu vergesellschaften, weil wir nur so die Probleme lösen könnten, nicht überzeugend.

Albers: Den Franzosen ging's ja nicht um irgendwelche, sondern um neun der wichtigsten Industriegruppen, die verschmolzen werden sollten mit einem in Frankreich aus historischen Gründen im Banksystem usw. ohnehin breiteren öffentlichen Sektor.

Ob Sozialdemokraten in der Bundesrepublik 1981/82 alles taten, um einen Teilerfolg der französischen Wirtschaftspolitik zu fördern, kann nur verneint werden. Helmut Schmidt hat damals höchst skeptisch beurteilt, was an der Seine passierte. 40 Prozent gesteigerte Pkw-Ausfuhr von der Bundesrepublik nach Frankreich in den ersten 12 Monaten der französischen Linksregierung wurden gerne in Kauf genommen, was dann wieder bewirkte, daß die gesteigerte Massenkaukraft und wirtschaftliches Wachstum der Franzosen eben nicht zu neuen Arbeitsplätzen im eigenen Land genutzt werden konnten!

Glotz: Erstens halte ich die These, daß die französische Wirtschaftspolitik vor allem daran gescheitert ist, daß Helmut Schmidt sie nicht genügend unterstützt hat, für eine falsche. Zweitens halte ich es auch für fraglich, ob man sich und in welcher Weise man sich etwa durch Vergesellschaftungen eine Stärkung der eigenen Position erhoffen kann. Wie gut vergesellschaftete Unternehmen sich am Weltmarkt behaupten und ob sie sich besser behaupten als private, versehe ich mit einem dicken Fragezeichen. Die Linke muß, um eine Mehrheit in Europa zu gewinnen, Schlüsselschichten, Kernschichten der Manager, der Ingenieure, der technischen Intelligenz, der disponierenden Intelligenz an sich binden; sie ist bisher in vielen Ländern eine politische Bewegung, die im produktivistischen Kern der kapitalistischen Gesellschaft eben nur die Betriebsräte hat, nicht aber diese ganze Manager-Intelligenz, technische Intelligenz. Sie muß sie dazugewinnen, sonst hat sie keine Chance, mehrheitsfähig zu werden, und mit Nationalisierungsprogrammen ist das nicht zu schaffen. Im übrigen hat Österreich einen großen öffentlichen Sektor und verstaatlichte Banken und ist trotzdem selbstverständlich eine kapitalistische Wirtschaft und auch eine ganz gut funktionierende.

Albers: Hier liegt vielleicht doch eine sehr weitreichende Differenz zwischen unseren Sichtweisen. Du würdest eine Vergrößerung des öffentlichen Sektors als Geschenk der Herren Späth oder Strauß gerne mitnehmen. Da sie das nicht beabsichtigen, stellt sich für Dich die Frage dann überhaupt nicht mehr. Dagegen meine ich, daß wir aus ganz anderen Zusammenhängen genötigt sind, der Frage, wie wir denn die Grundfragen unseres Wirtschaftsablaufs an gesellschaftliche demokratische Mehrheitsentscheidungen binden können, gerade wenn wir langfristige Manifeste der europäischen Linken im Auge haben, einen zentralen Stellenwert einzuräumen. Der öffentliche Wirtschaftssektor ist in Frankreich ausgeweitet worden, aber dennoch besteht kein Zweifel — das macht schließlich auch die Krise der heutigen französischen Linken mit aus —, daß der Weltmarktzusammenhang auch den vergrößerten öffentlichen Sektor Frankreichs in gewisser Hinsicht zur Anpassung gezwungen hat. Hier liegen Punkte, die in Deinem Manifest nurmehr gestreift werden. Zu überlegen ist ferner, was die Grundprobleme des Umgangs mit der Natur, des sich Bewußtmachens und Gestaltens einer Industriegesellschaft sind, um das hehre Wort des »Friedens mit der Natur« zu füllen, mit dem wir in den letzten Wahlkampf gezogen sind. Wie aber kann uns eine Form des Wirtschaftens, die in langfristigem Maßstab naturverträglich ist, gelingen, ohne daß wir zu einer sehr bewußten gesellschaftlichen Gestaltung der Abläufe kommen? Und wenn wir dieses als eine gemeinsame Zielsetzung bejahen, wie verträgt sich das mit der fortgeschriebenen Marktwirtschaft, die auch in Deinem Manifest dann doch den Bezugspunkt bildet? Die Situation der Dritten Welt, diese großen

Zusammenhänge der Krise der heutigen kapitalistischen Industriegesellschaft verlangen weitreichende Umstellungen des Produktionsapparates selbst, sie verlangen die gesellschaftlichen Zusammenhänge dessen, wofür wir eigentlich arbeiten, so stark umzudenken, damit wir so auch einen andersgearteten Zugriff in den Grundelementen der Ökonomie erhalten.

Glötz: Ich bin eben nun mal für qualifizierte Mitbestimmung und nicht für Verstaatlichung, weil ich auch den Unterschied nicht sehe. Ein großer Betrieb, der weitgehend im Besitz der Bundes ist, nehmen wir die VEBA, verfährt im konkreten täglichen Handeln nicht anders wie beispielsweise ein montanbestimmter oder ansonsten ...

Albers: ... weil wir ihn bisher binden an die Auflage, nach einzelwirtschaftlicher Rentabilität zu ackern.

Glötz: Ja, er soll auch nicht pleite gehen, er soll möglichst viele Menschen beschäftigen. So eindrucksvoll sind weder die planwirtschaftlichen Elemente in kapitalistischen Gesellschaften wie in Frankreich noch erst recht die vollen Planwirtschaften im Osten, als daß sie mich sehr überzeugen könnten. Aber jetzt reden wir mal über den konkreten Punkt Umwelt. Ich bin der festen Überzeugung, daß eine konkrete Umweltpolitik, in der der Staat deutliche langfristige Auflagen gibt, die von der privaten Industrie abgearbeitet werden müssen und abgearbeitet werden können, durchaus wirksam sein kann ...

Albers: ... was aber die Grundfrage, wie wir eigentlich gegenüber der Natur in ein verträgliches Wirtschaftsverhältnis kommen, gar nicht erst erreicht.

Glötz: Ja, Ihr konsequenten Sozialisten seid ungeheuer konsequent! Also, wir redeten gerade über die Konstruktion von Unternehmen. Wir haben intelligente Ingenieure, wir haben ein gutes Management; und wenn denen rechtzeitig gesagt worden wäre, ihr müßt einen Katalysator entwickeln und dieser Katalysator muß die und die Abgaswerte haben oder wenn wir nur einfach Abgaswerte und Sanktionsfristen vorgegeben hätten, dann hätten sich die Ingenieure und das Management bei BMW und bei VW und überall sonst, wenn man ihnen fünf Jahre Zeit gelassen hätte, daran auch gehalten und heute intelligente Lösungen gefunden.

Es gibt andere — kapitalistische — Länder, die solche Auflagen gemacht haben. Beispiel: Luftreinhaltung in Japan — nicht Boden und nicht Wasser, aber Luft. Die Industrie hat es gebracht. Genau so würde das auch hier funktionieren. Staatliche Vorgaben genügen vollkommen, dazu muß kein Betrieb verstaatlicht werden.

Albers: Und genau da ist die prinzipielle Frage zu vertiefen: Genügt das langfristig, reicht es, sich die ökologische Krise dadurch gelöst zu denken, daß wir eine nachträgliche Reparaturaufgabe nach der anderen innerhalb unserer Wirtschaft bei unverändert gelassener Grundsituation verhängen?

Glötz: Nein, aber es geht überhaupt nicht um Reparaturaufgabe, sondern es geht um Auflage!

Albers: Aber der Katalysator ist nichts anderes als eine Reparaturaufgabe eines für sich problematischen Ausweges aus der Widersprüchlichkeit des Vernutzens von Grundressourcen der Natur, von den Rohstoffen begonnen bis zu den Umweltschäden, die wir durch einen ins Gigantische gesteigerten Privatverkehr in unserem Land erzielen.

Glötz: Moment, ich bin nicht festgelegt auf den Katalysator. Als Beispiel habe ich das genannt. Ich bin durchaus der Meinung, daß wir die Kreisläufe verändern müssen. Aber auch dieses läßt sich mit staatlichen Auflagen selbstverständlich tun. Man kann so dafür sorgen, daß Energie gespart wird, wir haben auch ganz gute Erfolge in den letzten Jahren.

Albers: Wobei wir übrigens in der Energiewirtschaft auch manchen direkten Einfluß durch öffentliche Unternehmen haben ...

Glotz: An dem liegt es nicht, sondern es liegt daran, daß wir lange Zeit trotz unseres Einflusses, ein klassisches Beispiel gegen Deine These ...

Albers: .. diesen zu wenig genutzt haben.

Glotz: Ja, es gibt auch wunderschöne, weitgehend staatlich bestimmte Energieunternehmen, in denen sozialdemokratische und sonstige Kommunalpolitiker sitzen — also alles das, was Du Dir wünschst. Die selben Leute würden auch in verstaatlichten Unternehmen sitzen. Und was haben sie gemacht? Eine Energiepolitik, die Deinen idealen Zielen ganz entgegengesetzt ist ...

Albers: Aber warum — weil wir als politische Partei die Notwendigkeit eines doch radikal zu verändernden Verhältnisses zwischen Nutzung der natürlichen Bedingungen und Vorsorge für deren Ersatz bis vor kurzem weitgehend ignoriert hatten. Unsere großen Umweltmodernisierungen sind von gestern, wir sind aber seit Jahrzehnten bei einer entgegengesetzten Logik geblieben.

Glotz: Nein, ökologisch orientiertes Wirtschaften ist durch langfristige vernünftige staatliche Auflagen, beispielsweise in der Energiepolitik, möglich. Nicht bloß nachträgliche Reparatur, sondern eine Politik, die Auflagen macht für marktwirtschaftliche Prozesse — das ist meine Vision einer europäischen Linken, die einer mit staatlich gelenkten Betrieben und jedenfalls mit zentralisierter Wirtschaft entgegengesetzt ist.

Der andere Gesichtspunkt, den Du anspricht, die Millionen Menschen, die mit den Automobilen fahren wollen, ist nun sehr viel grundsätzlicher. Da geht es nicht um Unternehmen und um Unternehmensmacht, um wirtschaftliche Macht, da geht es darum, daß es gelingen muß, das Bewußtsein von uns allen, von uns selbst so zu verändern und so zu formen, daß jeder in seinem persönlichen Verhalten anders entscheidet. Laß uns erst mal ansetzen, eine konsequente staatliche Politik zu machen; wenn wir diese Politik gemacht haben, dann bin ich bereit, zu den Menschen zu gehen und zu sagen, fahrt mit der Straßenbahn und fahrt auch langsamer Auto. Aber so, wie die Dinge jetzt liegen, ist der Vorwurf an die Menschen eher unberechtigt.

Albers: Wir reden etwas aneinander vorbei. Kürzlich hat Achille Occhetto, einer der führenden Kommunisten Italiens, einen Artikel geschrieben (den übrigens auch die *Neue Gesellschaft* in Heft 8/85 veröffentlicht hat), in dem er sagt: Wir müssen eine andere Form des Wirtschaftens errichten, in der der Gebrauchswert dessen, was wir tun, was wir verbrauchen, was wir vernutzen, an Schäden in Kauf nehmen, über dem Tauschwert steht, in der wir also eine Logik anderer Art in die Ökonomie hineinpflanzen. Dieses nimmt er als Ausgangspunkt der Neuorientierung, auch wenn man feststellt, daß die Nationalisierung allein dies noch nicht bewerkstelligt. Aber Occhetto scheint mir so zutreffend die Frage der Wirtschaftslenkung und — darin einbegriffen — ihrer Instrumente neu aufzuwerfen.

Glotz: Hier liegt ein anderer geistiger Ansatz vor, dem ich nicht zustimme. Das Stichwort »Profitlogik brechen« verkennt die ungeheure Rolle, die das Profitmotiv bei der Konstruktion der ganzen rationalistischen Gesellschaften überhaupt gespielt hat. Der Kapitalismus ist ein Produkt des Rationalismus, und für die letzten 400 Jahre, für die Entwicklung und Weiterentwicklung dieses Kapitalismus, spielt das Profitmotiv eine ungeheure Rolle. Wenn man es verbannen wollte, an die Stelle andere vernunftgesteuerte und andere Steuerungselemente der Vernunft setzen wollte, würde man sehr schnell scheitern. Ich bezweifle nicht, daß es Korrekturnotwendigkeiten gibt, und ich setze beispielsweise auf Mitbestimmungsprozesse. Ich setze auf Veränderung des Bewußtseins der Menschen über Kultur und Bildung, das Profitmotiv darf nicht blind walten. Daß das zentrale Motiv

unserer Politik das Brechen der Profitlogik werden sollte, halte ich für einen falschen Grundgedanken. Seit 60 Jahren gibt es riesige soziale Experimente in ganz unterschiedlichen Ausprägungen, von Ungarn mit seiner riesigen Schattenwirtschaft und seiner heute relativ humanen politischen Kultur bis hin zur großen Sowjetunion — alles dies beeindruckt mich überhaupt nicht. Das willst Du auch nicht; aber wenn ich vom Brechen der Profitlogik höre, dann bin ich sehr, sehr unsicher, ob das ein zentraler und sinnvoller geistiger Ansatz zur Veränderung Europas sein kann.

Albers: Wie klingt das in den Ohren der Lateinamerikaner von heute? Oskar Lafontaine schreibt im ersten Satz seines neuen Buches, daß jährlich 45 Millionen Menschen den Hungertod sterben — soviel wie der gesamte Zweite Weltkrieg an Opfern kostete. Dieses sind Ungeheuerlichkeiten, die wir dann auch in Bezug setzen müssen zu diesen mehrhundertjährigen europäischen Wirtschaften innerhalb der Logik des Profits, innerhalb der Logik der Industrialisierung um jeden Preis, orientiert am Gewinn des einzelnen Unternehmers.

Glotz: Ich will den Lateinamerikanern nicht predigen, sie sollten ihre Wirtschaft so konzipieren, wie ich die europäische konzipieren will. Aber reden wir doch mal von den exakten Zahlen. Es ist ja richtig, daß viele Menschen den Hungertod sterben. Wo aber sterben sie ihn denn auf Grund der Interessen des europäischen Kapitals? Der Export der Bundesrepublik geht zu 80 Prozent in die Europäische Gemeinschaft. Die Behauptung, daß die Prosperität in der Bundesrepublik vor allem einem aggressiven Welthandel gedankt ist, ist von Zahlen her überhaupt nicht zu belegen. Ein ganz hoher Anteil unseres Exports bleibt in Europa, geht in die Industrieländer und nicht in Entwicklungsländer. Ich behaupte ja nicht, daß der Kapitalismus unschuldig ist an bestimmten Entwicklungen in der ganzen Welt, aber ich behaupte sehr wohl, daß mich das nicht motivieren kann, das Profitmotiv in Europa abzuschaffen.

Albers: Aber ein gewisser Taschenspielertrick ist immer dabei. Nehmen wir alle westeuropäischen Länder, werden wir feststellen, daß sie zusammen für die Länder der Dritten Welt nun in der Tat einen Schlüsselmarkt bilden. Tatsache bleibt eine Konstellation, in der inzwischen oberhalb der einzelnen westeuropäischen Länder ein Geflecht von international agierenden Konzernen die Strukturen der Weltwirtschaft bestimmt. Das scheint mir nun an sehr vielen Einzelheiten belegbar und mündet nicht zuletzt in die Grundsatzforderung der neuen Weltwirtschaftsordnung, aus der Dritten Welt erhoben, aber auch von Willy Brandt in seinen Berichten und von Organisationen der Vereinten Nationen befürwortet. Diese Realität der Weltwirtschaft oberhalb der einzelnen europäischen Länder muß mit zu einem Zielpunkt der Veränderung, der Schaffung demokratischer Gegenmacht und gesellschaftlicher Kontrolle gemacht werden.

Glotz: Natürlich bin ich für die Idee der neuen Weltwirtschaftsordnung, wie sie Willy Brandt konzipiert. Ich bin kein Vertreter der gegenwärtigen Politik des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank und habe selbstverständlich viel Kritik an den etwa von den US-Amerikanern jetzt diktierten »terms of trade«. Deswegen bin ich für ein Europa, das sich wehren und auch eigene Bedingungen setzen kann, und einer der Punkte in meinem Zehn-Punkte-Programm in meinem Manifest für eine neue europäische Linke ist eine vernünftige neue Beziehung zur Dritten Welt, und zwar eben nicht aus philanthropischen Gründen, weil wir so ein gutes Herz haben, sondern auch aus eigenem Interesse. Nur bin ich sehr dagegen, daß die 45 Millionen verhungender Menschen als Argument für eine Verstaatlichungs- oder sonstige Wirtschaftspolitik angeführt werden, die noch nirgends bewiesen hat, daß sie das Verhungern von Menschen verhindert. Im übrigen gibt es

inzwischen ausreichende Literatur, die nachweist, wie beispielsweise die Strukturen in den Ländern der Dritten Welt selbst zu diesem Verhungern beitragen, wo Geld, das auch durchaus in sinnvoller Weise gegeben wird, versickert, weil ein hoher Anteil der Kredite, die in die Dritte Welt gehen, als Fluchtgelder wieder in unseren Banken auftauchen. Ein Teil der Oberschichten in diesen Ländern, die das Geld bekommen, lassen diese Gelder von vornherein wieder abfließen.

Albers: Unbestritten sind hier Zusammenhänge, die die gesellschaftlichen Strukturen in den Kontinenten des Südens für sich selbst in höchstem Maße umwälzungsbedürftig erscheinen lassen. Und ich selbst bestreite überhaupt nicht, daß die großen revolutionären Experimente des 20. Jahrhunderts, begonnen mit der Russischen Revolution, fortgesetzt mit der Chinesischen Revolution, heute an vielen Punkten vor gewaltigen Widersprüchen, auch vor undemokratischen Situationen stehen, die in stärkster Weise auch im Westen kritisch erörtert werden müssen. Das ändert nichts daran, daß der Hunger in China heute eine im wesentlichen besiegte Wirklichkeit ist und in Indien in größtem Maße stattfindet. Es ändert nichts daran, daß, wenn Du das Profitmotiv als europäische Errungenschaft der letzten 400 Jahre seit der Renaissance skizziert hast, wir einen »Ausbruch nach Europa« unter die selbstkritische Frage stellen müssen: Wie weit hält die Welt noch weitere Generationen herrschendes Profitprinzip aus? Sowohl der ökologische Zusammenhang, der ja in der Dritten Welt nicht etwa weniger aktuell, nicht weniger brennend ist als bei uns, als auch der gesellschaftliche Zusammenhang des Hungers, der Verelendung, bestimmen die Unfähigkeit in den Massen der Dritten Welt, eine eigene produktive Perspektive zu entwickeln.

Glotz: Hier sind wir durchaus nicht unterschiedlicher Meinung. Ich will den gezähmten oder zu zähmenden europäischen Kapitalismus nicht als Exportartikel. Wenn ich mir überlegen müßte, wie konzipiere ich Politik in einem Agrarland, das sich langsam entwickelt wie China, dann würde ich nicht die marktwirtschaftlichen Prinzipien der Bundesrepublik empfehlen. Und das Motto, wir haben diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen nur mit Ländern, die sich zur Marktwirtschaft bekennen, ist natürlich absolut unsinnig.

Aber ich rede von Europa. Wir haben hier Demokratie. Das heißt, ich muß Mehrheiten gewinnen, ich muß Menschen überzeugen; schon von diesem praktischen Gesichtspunkt muß ich ausgehen. Dazu kommt, daß in Europa und im europäischen Kontext in der Tat ein hohes Maß an Privatinitiative im Bereich der Wirtschaft, soweit es kontrolliert und balanciert ist durch Sozialstaat und durch Mitbestimmung, sich bewährt hat und besser wirkt als manche anderen Wirtschaftsformen. Das stelle ich für Europa fest, und ich debattiere nicht die Frage, ob die Inder einen indischen und die Chinesen einen chinesischen Weg gehen sollen oder dürfen.

Albers: Ich glaube, so sehr ich Dir in vielen Einzelbeobachtungen zustimme, daß wir es uns insgesamt auf Deinem Weg in Europa zu gemütlich einrichten. Es ist heute nicht mehr so, daß allein der US-Kapitalismus die Dritte Welt in jenem Würgegriff der Verschuldungskrise, von Ausbeutung und Ausplünderung hat. Es sind schon auch die listigen Westeuropäer, die an der Seite von Uncle Sam das gleiche Geschäft betreiben. In Brasilien oder Südafrika sind es nicht nur Zwerge, die da aus Europa wirtschaften neben Giganten aus den USA. Solange wir den Weg der großen Umordnung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht wirklich in sozialistischer Perspektive aufgreifen, uns also bewußtmachen, daß Europa den Europäern zu verlangen, eben auch einschließt, sich mit jener Wirklichkeit der multinationalen Konzerne und ihrer Beherrschung durch die Arbeiterbe-

wegung in der Ersten wie in der Dritten Welt herumzuschlagen, laufen wir Gefahr, ver-
harmlosend am Symptom zu kleben.

Glitz: Ich will nicht am Symptom kleben; treiben wir die Probleme voran, beispiels-
weise im Sinne des Nord-Süd-Berichts der Brandt-Kommission. Aber Sozialismus ist et-
was anderes als der Staatsdiskurs der sozialistischen Parteien in der ersten Hälfte dieses
Jahrhunderts. Zum Beispiel: Wir brauchen eine neue Friedenskultur im Alltag; wir brau-
chen kommunikative Vorbild-Figuren, die die auseinanderdriftenden Kulturen unserer In-
dustriegesellschaften zusammenbringen. Wir brauchen eine Revitalisierung der Genossen-
schaftsideoen und ein neues Modell des Mitbesitzes an Unternehmen durch ihre Mitarbei-
ter. All die Fragen reichen weit über die Fragen der alten Linken hinaus.

Schirmherrschaft haben Jürgen Egert (Vorsitzender der SPD Berlin) und Ilse Reichel-Koß (Senatorin a.D.)

FOTOWETTBEWERB

Für Frauen und Männer

Die Wirklichkeit der Werbefotografen
ist nicht die unsere! Wir machen
uns selbst ein Bild! Jetzt!

Die
weibliche
Wirklichkeit
ist anders!



Eine Jury von 12 Frauen wird die Fotos bewerten.

1. Preis: Fotoreise nach Wahl
im Wert von DM 1000,-
- 2.-5. Preis: Kamera-Zubehör
sowie weitere 25 Preise.

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Berlin
in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen

Informationen und Teilnahmebedingungen

JUSOS
CHRISTINA HAUSBERG
MÜLLERSTRASSE 163
1000 BERLIN 65
TEL.: 030-4692 133/132

EINSENDESCHLUSS: 17.2.86

Wolfgang Fritz Haug

Ohne Antwort auf die Krisen- und Herrschaftsdynamik des transnationalen Kapitals bleibt es bei illusionärem Reformismus

Zwei Wortmeldungen zum Entwurf von Peter Glotz

Grundlage des folgenden Textes ist die Tonbandabschrift zweier Diskussionsbeiträge zum IV. Otto-Bauer-Symposium, das vom 26. bis 29. September 1985 zum Thema »Friedensbewegung, Europäische Identität und Sozialistische Perspektiven« in Wien stattfand (vgl. auch den Bericht in diesem Heft). Beide bezogen sich vor allem auf *Peter Glotz*, der ebenso zu den Teilnehmern gehörte wie *Bruno Kreisky* und *Didier Motchane* (PSF/CERES). Glotz bestimmte im Rahmen einer Podiumsdiskussion über den künftigen Weg der Sozialdemokratie die Verhinderung der Zwei-Drittel-Gesellschaft als zentrale wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe und stellte in einem anderen Konferenzabschnitt der Gefahr der wachsenden US-Abhängigkeit die emphatische Losung der »Europäisierung unserer Politik« entgegen. Hieran knüpfte *Haug* die Frage nach der Rolle des transnationalen Kapitals und eine Kritik der — gerade aus der Sicht von Ländern der Dritten Welt — negativen Wirkungen der europäischen Zivilisation in der Welt.

Die Redaktion

Mit vielem, was Peter Glotz hier gesagt hat im Positiven, habe ich weniger Probleme als mit dem, worüber er schweigt. Ich wünschte mir, daß etwas mehr von den realen Kräfteverhältnissen auf den Tisch der Diskussion kommt. Ich nehme ein historisches Beispiel: 1918/19 wandte sich *Otto Bauer* in Österreich mit einem etwas verkürzten, fast vulgär-ökonomischen Argument gegen diejenigen, die sofort die sozialistische Revolution machen wollten. Er beschied sie mit der kurzen Auskunft: Für Österreich diktiert der Außenhandel die Produktionsweise. Österreich allein ist zu schwach, zu klein, zu abhängig von ökonomischen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland. In dieser Isolation könne es bestimmte Veränderungsstrategien nicht riskieren. Ob das Argument historisch anfechtbar ist, möchte ich hier nicht diskutieren; aber es spricht sicher einiges dafür.

Ein entsprechender Gedanke in der Glotzschen Argumentation bleibt unausgesprochen, obwohl er entscheidend zu sein scheint. Ich verspüre am Grunde dessen, was er sagt, ein Resignieren vor wirksameren Eingriffen, ein Resignieren vor dem bloßen Aussprechen der Gefahr, erst recht vor dem Vorschlagen von Auswegen. Kurz, ich vermute bei Peter Glotz eine bestimmte Einschätzung der Kräfteverhältnisse. An dieser Stelle gilt es, das Schweigen zu brechen: Kann z.B. wirklich eine Diskussion über Perspektiven einer neuen europäischen Linken geführt werden, ohne über die Macht der transnationalen Konzerne zu sprechen? Und wenn wir über sie sprechen, können wir das tun, ohne über die Hegemonialmacht der USA zu sprechen, in denen sich nicht zufällig die große Mehrzahl der wirklich das Rennen machenden transnationalen Konzerne konzentrieren? Es handelt sich in erster Linie um US-Konzerne; es gibt noch drei, vier bundesdeutsche, die mitspielen, drei, vier oder fünf englische, französische, einen australischen, einige Japaner, aber es sind nicht mehr allzu viele. (Der Begriff »multinationale Konzerne« muß daher abgelehnt werden, weil er ideologisch illusionär ist; die sind nicht multinational. Die große Mehrheit ist ein-national, ist US-Kapital. Es hilft nichts, sich da etwas vorzumachen. Deswegen spreche ich, mit dem Begriff der UNO, von *transnationalen Konzernen*. Sie sind zwar national, aber sie transzendieren die Grenzen. Sie haben ihre Saugnapfe in allen Ländern, die ihnen zugänglich sind. Wer in der Welt ein bißchen herumkommt und findet in so und so viel Ländern immer wieder dieselben zwanzig Großkonzerne, deren Hochhäuser das

Stadtbild der Citys bestimmen und die den Markt kontrollieren, der weiß, was das real auf diesem Globus bedeutet.) Also: Ich möchte gerne, daß geprüft wird, ob und wie das Projekt von Glotz diese Mächte berücksichtigt und ihnen standhalten könnte.

Ich sehe wohl, daß eine sozialistische Politik in Österreich, die hinausginge über sozialstaatliches Paktieren und entscheidend mehr würde als ein paktierter Kapitalismus, außerordentliche Schwierigkeiten bekäme in der internationalen Verflechtung. Noch viel schwieriger könnte es mit einem bundesdeutschen Experiment sein. Es würde wenige Tage benötigen, und durch bestimmte Flüsse jederzeit vorhandener liquider Mittel in Milliardenhöhe würde die Währung ruiniert u.a.m. Ich führe das Szenarium nicht aus. Wir haben einiges erlebt gegen Italien, wir haben einiges erlebt gegen Frankreich. Das In-die-Knie-Zwingen der französischen Sozialisten mit ihren anfänglichen Hoffnungen sollte uns zu denken geben. Wir brauchen gar nicht nur an Chile zu denken, wir haben Destabilisierungspolitik auch in Europa gehabt. Langer Rede kurzer Sinn: Die Kräfteverhältnisse, die diesen Anlysen doch wohl zugrundeliegen, sollten mit diskutiert werden. Tut man das, dann kommt der harte Kern der europäischen Orientierung des Projekts von Peter Glotz in die Diskussion, nämlich: wenn es nicht isoliert geht, dann geht es doch wohl nur koordiniert. Und das ginge wirklich. Rein denkmäßig ist das möglich. Die Europäer könnten koordiniert in der Tat etwas machen. Unkoordiniert werden sie alle wie die Franzosen nacheinander einzeln in die Knie gehen. Was sind die Bedingungen, was wären die Möglichkeiten zu einem koordinierten Agieren der Europäer — und das würde auch bedeuten: für einen europäischen Sozialismus?

Zunächst: mir scheint, wir sollten den Begriff »Marktwirtschaft« als ideologisch verschleiernd zurückweisen. Wir sollten ruhig Kapitalismus dazu sagen. Der Markt als Mechanismus ist gut und schön, ihn kann man auch in eine gesellschaftliche Ordnung der Produktion einbauen. Der vom transnationalen Kapital kontrollierte Markt ist etwas ganz anderes. Nur das Wort Markt klingt in beiden Fällen gleich, aber es bezeichnet jeweils ein anderes reales Phänomen. Ich kann mir derzeit auch keine sozialistische Organisation der Gesellschaft vorstellen, die auf Marktelemente, sogar auf eine sehr starke Rolle des Marktes verzichtet. Aber ich kann mir ziemlich genau ein Szenario ausdenken, wie eine vorher noch so schön klingende Reformpolitik sozialdemokratischer Machart durch die Dynamik des Weltkapitalismus innerhalb weniger Monate so in Zugzwang gebracht wird, daß die Illusionen vergehen und der Katzenjammer nachfolgt. Heute habe ich zum erstenmal von einem führenden Sozialdemokraten ein Eingeständnis gehört über die Fragwürdigkeit der Reformillusionen der 50er und 60er Jahre. Popper hat damals mit etwas anderen Worten gesagt, nur Idioten glaubten, man könnte das Problem der Arbeitslosigkeit heute nicht finanztechnisch lösen. Was damals idiotisch war, kann man heute beurteilen. Die Krise ist und bleibt — und da hatte doch Karl Marx ebenso wie noch Otto Bauer unverrückbar Recht — ein unwegdenkbares, unüberwundenes, und, soweit ich die Dinge verstehe, unüberwindbares Wesenselement des Kapitalismus. Jede Politik muß mit der kapitalistischen Krise rechnen. Es ist zu kurz, wie Peter Glotz nur mit der nächsten Prosperitätsphase zu rechnen und das dicke Ende *danach* schon wieder auszuklammern. Im übrigen lautet die GATT-Prognose im Moment: Unerwartet starkes Abschwächen der Wachstumskräfte, kein Ende der Krise. Das gilt in den hauptsächlich westlichen Ländern, vor allem den USA. Die Indikatoren deuten wieder nach unten, also wir kriegen eine längere, sich hinschleppende Krise, von der wir noch nicht genau wissen, wie sie sich entwickelt. Also: Kräfteverhältnisse und Krisencharakter des Kapitalismus — das sind Punkte, an denen die Frage nach dem ökonomischen System gestellt werden muß, wenn man eine Re-

formpolitik länger als auch nur zwei Jahre durchhalten will. Wenn eine Verteidigung sozialer Demokratie Erfolg haben soll, dann kommt man nicht darum herum, sich zur Krisenproblematik und zur Macht des internationalen Kapitals zu verhalten.

Ich möchte nur noch ganz kurz zwei weitere Aspekte andeuten: Schwarzer Peter ist bekanntlich das Spiel, eine bestimmte Karte, mit der man verliert, dem anderen zuzuspielen. Ökologische Modernisierung, Mithalten mit den Japanern etc. droht zur simplen Devise zu werden — gewinnen um jeden Preis. Das Kalkül ist: Wir sind dann eben die Schlawen, wir exportieren die im gesamten System vorhandene Arbeitslosigkeit einfach in die schwächeren Länder. Wir machen Ökologie, aber das bedeutet, daß die, denen wir nun die Marktbedingungen diktieren, weil wir stärker sind, sich die Ökologie nicht leisten können. Wir verbieten das DDT bei uns, aber exportieren es in die Dritte Welt (leider reimportieren wir es dann im Tee usw.). Schwarzer-Peter-Spiel also — ein dritter Aspekt im Kapitalismus. Das ist nicht die Marktwirtschaft als solche, das ist Kapitalismus, der übergeht in zwischenstaatliche Machtbeziehungen, die imperialistischen und neokolonialistischen Verhältnissen zum Verwechseln ähnlich sehen. Jede Politik, die sich diesen Dynamiken nicht stellt, schaukelt die Effekte nur weiter hoch.

Schließlich noch ein Gesichtspunkt zu der sehr interessanten Überlegung, einen linken Individualismus, verbunden mit einem neuen Begriff von Fortschritt und Aufklärung, zu formulieren, statt das alles preiszugeben. Ich halte das für sinnvolle Überlegungen, aber auch hier muß man zuerst einmal die Gefahren und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse aussprechen. Statt Individualismus haben wir Privatismus. Und Privatismus bedeutet etwas, was schon Adorno und Marcuse schneidend analysiert haben. Man stelle sich vor: Auf der Autobahn drei Reihen Autos, 40, 100 km langer Stau, im Abgas langsam vor sich hinfahrend, links und rechts eingequetscht, und in allen Autos dieselbe Gesprächslosigkeit oder dasselbe Massenprogramm übers Radio laufend, überall die gleiche Öde, der innere Tod. Und das ist nicht Individualismus, sondern das ist Privatismus. Das ist Konsumismus, und das ist das, was tatsächlich weitgehend herrscht und was einer Zerstörung des Politischen, der Fähigkeit, gemeinsam zu handeln, gleichkommt. Das ist der andere Aspekt der Zwei-Drittel-Gesellschaft. Die zwei Drittel, das sind zunächst einmal vorgesehenermaßen die privatisierten Konsumisten, die inkommunikativ Gestellten, die in ihre kleine Schale Eingesperrten. Auch dieses Problem muß man aufnehmen, muß etwas an dieser Stelle entwickeln.

Die große Bedeutung von politischen Kulturen (wie z.B. zwischen den beiden Kriegen der politischen Kultur des Austromarxismus) ist eben, daß sie Millionen auf sinnvolle Weise aufeinander beziehen und zugleich in die Politik verwickeln können und sie in gewissem Umfang immunisieren gegen diesen Privatismus. Ich will nicht sagen, daß etwas wie der Austromarxismus heute wieder auflegbar wäre, und die Kultur des Roten Wien gehört der Vergangenheit an. Wir müssen *neue Formen* finden, aber wir *müssen* welche finden, und wir können vor allem nicht schweigen über die Kräfteverhältnisse, die uns auf diesen Gebieten doch wohl mehr oder weniger alle fast zur Verzweiflung bringen und zur Resignation. Nur wer wirklich resigniert hat, wird über sie schweigen und nicht mehr versuchen, sich ausdrücklich darüber zu verständigen, was man hier — und ob man noch etwas — tun kann. Auch ein »progressiver Reformismus«, der über Kapitaldynamik und ökonomisch-politische Machtverhältnisse schwiege, schließe um in *illusionären Reformismus* und würde endlich zum Komplizen der Märkte und Interessen, über die er schweigt.

Was kann man nun mit marxistischen Konzepten präzise und vielleicht auch praxisdienlicher fassen? Ich denke, daß es vor allem nötig ist, über die Dynamik des internationalen

Wirtschaftssystems klarer zu denken, als dies bisher in der Diskussion ist. Wir haben doch schon eine ganze Reihe von Punkten, wo Konsens besteht, z.B.: Jede nationale Rechnung ist ohne den Wirt gemacht. Alle national bornierten Projekte gesellschaftlicher Befriedung oder Transformation sind zum Scheitern verurteilt. Der Wirt, ohne den die Rechnung hier gemacht ist, ist zunächst einmal die Wirtschaft, weil alle Wirtschaft transnational durchdrungene Wirtschaft ist. Es gibt in unseren Bereichen keine Selbstversorgungswirtschaft mehr auf irgendwelcher lokalen Ebene. Wenn das aber so ist, dann behält die Wirtschaft — das geht aus den Worten eines *Peter Glotz* ebenso hervor wie aus den Worten eines *Bruno Kreisky* — ihre Basisposition, und jede Politik wird scheitern, die die Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie nicht einberechnet. Ich hoffe, daß diese Quintessenz erkannt und akzeptiert wird. Meine Kritik gilt nicht diesem Generalnenner — den halte ich für richtig, der ist marxistisch —, aber das ist nicht marxistisch genug, denn jetzt muß man diese Wirtschaft näher untersuchen, muß sie genauer bestimmen. (Zu Bruno Kreisky und Peter Glotz gewandt:) Ich denke, Ihr hängt immer noch in den Illusionen, weil Ihr die Rechnung noch einmal ohne den Wirt macht. Bei aller scheinbaren Skepsis wird dieser Wirt, die »Wirtschaft«, noch immer zu harmlos vorgestellt. Ich wünschte, die Dynamik der wirtschaftlichen Beziehungen würde in Eure Projekte stärker einbezogen und mit ausdrücklichen Auskünften gewürdigt. Es lassen sich viele Eurer Thesen im einzelnen sonst nur unbefriedigend lesen. Peter Glotz z.B. verweist auf das Scheitern der französischen Sozialisten, das nun dazu herhalten muß, um einen Vorbehalt gegen öffentliche Sektoren in der Wirtschaft zu stärken. Dieser Verweis bleibt für mich ganz unbefriedigend, solange er nicht auf jenen Generalnenner gebracht wird: Die französischen Sozialisten sind gescheitert als national bornierte Sozialisten. Und zu ihrem Scheitern hat wesentlich beigetragen die deutsche, sozialdemokratisch geführte Regierung. Sie hat in fast allem das Gegenteil dessen gemacht, was der französischen Linken geholfen hätte. Sie hat die Stützungen nicht gewährt; es gab keine konzertierte Aktion zwischen den sozialdemokratischen Regierungen. Jede fiel der anderen in den Rücken, die Deutschen den Franzosen auf dem wirtschaftspolitischen Sektor, die Franzosen den Deutschen auf dem friedenspolitischen Sektor. Das muß doch diskutiert werden, daraus müssen doch Lehren gezogen werden, bevor man irgendwie zur Tagesordnung übergeht. Der Hinweis auf das Scheitern der Franzosen überzeugt nicht, solange nicht die Selbstkritik der deutschen Sozialdemokratie, ihr Anteil am Scheitern der Franzosen mitdiskutiert wird.

Man muß noch einige unerfreuliche Wahrheiten mit in die Verhandlung bringen. Ich werde das nicht im Detail ausbreiten, gebe aber wenigstens ein Stichwort. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* veröffentlicht regelmäßig Leitartikel, die in Abwandlungen darüber philosophieren, daß die Technik, die eigentlich gedacht ist, das menschliche Leben zu erleichtern, uns Arbeit abzunehmen, merkwürdigerweise wie ein Fluch wirkt. Wir alle fürchten uns vor ihr, sie vernichtet Arbeitsplätze, sie destabilisiert ganze Kulturen; ja, womit hängt denn das nur zusammen? Es versteht sich, daß das Geheimnis in der FAZ sorgsam gewahrt bleibt. Wer aber wenigstens ABC sagen kann auf marxistisch, der weiß, womit das zusammenhängt. Für uns ist das nichts Überraschendes. Die technologische Innovation wird unter sehr präzise diskutierbaren Bedingungen zum Verhängnis, zum Destabilisierungs- und Vernichtungsfaktor für bestimmte sozialdemokratische Wirtschaftspolitiken. Es ist so, wie das Karl Marx in der »Deutschen Ideologie« formulierte: Produktivkräfte werden zu »Destruktionskräften« (MEW 3, 69). Die technische Entwicklung ist heute einer der Faktoren, die zum Krieg treiben. Walter Benjamin hatte nicht so unrecht. Er sagte, innerhalb der Eigentumsverhältnisse, die wir haben, lassen sich die modernen

Technologien nur im Krieg voll entfalten. Es ist logisch, daß das SDI-Programm als ein Traumprogramm der endlichen Entwicklung der Produktivkräfte auf US-amerikanisch erscheint. Es gibt kein friedliches Konzept, welches, ohne die Krise immer schlimmer zu machen, mit den modernen Produktivkräften uns *kapitalistisch* umgehen läßt. Deshalb wünschte ich mir mehr von der unerfreulichen, ungemütlichen Dynamik des Wirts, mit dem wir die Rechnung zu machen haben, in diese Überlegungen aufgenommen.

Noch eine Bemerkung zu Europa, zur europäischen Identität. Ich habe vermißt, daß man etwas dazu sagt, was in der Sprache der Graffiti heute so ausgedrückt wird: *Cogito ergo bum*. Der Weg von Descartes zum atomaren Holocaust ist ein europäischer Weg. Alles das, was die Welt heute zu zerstören droht — die außermenschliche ebenso wie die menschlichen Naturgrundlage und Kulturen —, kommt aus Europa, ist die europäische Vernunft, die in allen Erdteilen heute mindestens in einer bestimmten Form gesiegt hat, in der Form nämlich, das, was technisch machbar ist, für Zwecke von Macht und Herrschaft auch zu machen. Das ist die Form, in der es angekommen ist auf allen Kontinenten und in allen Kulturen. Und wer herumgereist ist in der Welt und die Koexistenz europäischer Rationalität dieses Zuschnitts mit anderen Kulturtypen auf allen Kontinenten sieht — unter allen Herrschaftsformen, unter kommunistischen Regierungen genauso wie unter bürgerlichen —, der weiß, wovon ich spreche. Wir sollten in unsere Überlegungen über europäische Identität daher auch diese Seite aufnehmen. Wir müssen damit fertig werden, mit dem, was aus Europa in der Welt geworden ist. Es sind sehr viele unerfreuliche Dynamiken und Dinge daraus geworden.

Die Richtung, in der ich fragen möchte, in der ich auch vorschlagen möchte, daß wir uns bewegen, ist die Richtung, die *Didier Motchane* angedeutet hat: Europa aufzufassen als ein unfertiges Projekt, das — und da stimme ich durchaus *Peter Glotz* zu — mit seinem spezifischen Weg der Aufklärung, der Entzauberung der Natur, des rationalen Zugriffs auf die praktisch relevanten Bereiche unseres Lebens, sicher nicht preisgegeben werden darf. Aber diese europäische Rationalität ist eben ein unfertiges Projekt. Es ist wie mit einem Riesenbaby, einem ungeheuren Giganten an Kraft, vielleicht sogar mit einem überentwickelten Verstand, aber wie Pascal gesagt hat: »La science sans la conscience, c'est la mort dans l'âme.« Wissen ohne Gewissen ist der Tod der Seele. Das europäische Projekt ist wie Wissen ohne Gewissen. Das ist ein losgelassenes Machenkönnen, was überall aufgegriffen wird, in Afrika, in Asien, Lateinamerika, in der Hand irgendwelcher Diktatoren, mit den modernsten Telekommunikationsmitteln, verbunden mit Folter und den unglaublichsten Archaismen. Wir haben die tollsten Kombinationen auf dem heutigen Globus. Daß man das wieder einkriegt, daß das unfertige Projekt Europa zu einem gemeinverträglichen, zu einem sinnvollen Abschluß gebracht wird, zu einer Lebensfähigkeit im Sinne der *convivencia*, von der *Illich* gesprochen hat — dieser Brückenschlag steht noch aus. Und er kann nur erfolgen als eine Form sozialer Demokratie oder wie immer wir das nun nennen — er ist nicht anders denkbar als so, daß jenes Machenkönnen verbunden wird mit dem Gemeinwesen, daß *das menschliche Gemeinwesen lernt, sich selber zu machen*. Das wäre die Fertigstellung des europäischen Gedankens. Für mich ist das verbunden mit dem Konzept des Sozialismus; etwas anderes kann ich darunter nicht verstehen, und ich denke, daß nicht nur die europäische Identität einzig auf diesem Weg bewahrt werden kann, sondern daß auch das furchtbare Geschenk, das Europa der Welt, ohne daß sie es zunächst wollte, gemacht hat — und wonach diese jetzt gierig schreit —, daß dieses Danaer-Geschenk, das wir der Welt gemacht haben, diese unfertige europäische Identität im Machenkönnen, endlich unter gemeinnützliche Kontrolle kommt.

Pietro Ingrao

Europa, Dritte Welt und Friedensbewegung unter Bedingungen des potentiellen Atomkonflikts*

Friedenssicherung durch Ausschluß der Völker?

Die Welt hat aufgeatmet, als sie erfuhr, daß sich die USA und die UdSSR von neuem über die Frage der Atomwaffen an den Verhandlungstisch setzen würden. Der Bann ist gebrochen; vielleicht öffnet sich auch nur eine kleine Bresche. Die beiden Supermächte verhandeln in Genf über die Aufstellung, über das Gleichgewicht, über einen eventuellen, vielleicht sogar völligen Abbau der Atomwaffen — von den strategischen Raketenwaffen bis zu den sogenannten »Sternenwaffen« der Zukunft. Mehrere Systeme von Strukturen der atomaren Vernichtung sind inzwischen auf den gesamten Globus verteilt: auf dem Boden, im Meer und im Himmel. Aber zu sagen, »im Himmel«, reicht bereits nicht mehr aus. Es gibt bereits ein neues Kapitel, in dem die Militarisierung des Weltraums in Angriff genommen wird. Die USA und Reagan haben, gerade in diesen Wochen, den Startschuß für die Anti-Satelliten-Experimente gegeben, die — so wird es allgemein eingeschätzt — den ersten Schritt zur Entwicklung und Erprobung der »Sternenkriege« bilden.

Wir leben unter diesen Bedingungen auf diesem Planeten. Und diese Atomkondition ist uns so fatal, scheint uns so unveränderbar, daß uns die Möglichkeit von Verhandlungen eine große Hoffnung ist. Wer aber verhandelt? In Genf sitzen nur zwei Verhandlungspartner am Tisch, die Repräsentanten der USA und der UdSSR, obwohl über das Schicksal der ganzen Welt diskutiert und entschieden wird.

Was für seltsame Zustände! Die Atomwaffen sind bei uns dicht gesät; in den Meeren um unsere Länder, unsere Inseln. Sie befinden sich ganz in der Nähe der Städte, Flüsse, Kathedralen, Universitäten und Rathäuser, die die Wiege der modernen Zivilisation gewesen sind. Dennoch sind wir nicht überrascht, daß es zwei Großmächte sind, die über das Atomschicksal dieser Schätze, unserer Heimat, entscheiden; Mächte, die aus anderen Welten stammen. Worum handelt es sich, wenn nicht um wachsende *Ungleichheit*, die sogar die Kräfte der Vernichtung einschließt? Reicht der Begriff »begrenzte Souveränität« aus, um diese Situation, diesen Prozeß der Enteignung/Aneignung, auf dem die Atomherrschaft der Großmächte beruht, zu erfassen? Können wir über die Voraussetzungen und Formen von Demokratie nachdenken, ohne diese neue Akkumulation von Macht zu berücksichtigen?

Es heißt, jede der beiden Großmächte würde die Bündnispartner informieren. Es gab mehrere Zusammenkünfte und wird sie weiterhin geben. Ich will sie nicht unterbewerten. Aber genügt das, um zu akzeptieren, daß die Verhandlungen über Vernichtungswaffen, die derartige Folgen für Dutzende von *anderen* Ländern haben können, praktisch allein in den Händen der beiden Großmächte liegen? Niemand rebelliert oder fordert mehr Einfluß; wir protestieren, wenn uns der Nachbar oder ein Dieb oder ein »Ellbogenmensch« einen Krümel unseres Brotes nimmt oder wenn uns der Staat eine Leistung verweigert oder uns eine Steuer auferlegt! Woher kommt also diese Haltung des Akzeptierens, dieses Schweigen über eine so absorbierende und gefährliche Beschlagnahme von Rechten?

* Es handelt sich um Auszüge eines Manuskriptes, das als Grundlage eines Referats auf dem IV. Otto-Bauer-Symposium in Wien am 29. September d.J. diente.

Und weiter: Wenn wir von den Rechten der atlantischen *Partner* sprechen (oder von denen der Warschauer Pakt-Länder), sprechen wir von Völkern, die Verpflichtungen und enge Bündnisse mit einer der beiden Großmächte eingegangen sind. Nun existieren aber andere Länder und sogar weite Gebiete der Welt — man kann sagen, ganze Kontinente —, die keine solchen Bündnisse eingegangen sind. Und doch wissen wir, daß die Entscheidungen der USA und der UdSSR — über die Formen, das Niveau, die Kontrollen der Atombewaffnung auf dem heutigen Stand — auf Existenzbedingungen Einfluß nehmen können, die über das Gebiet der NATO und des Warschauer Paktes hinausgehen. Völker und Länder, die keinem der beiden Blöcke angehören, sind nicht nur von der Kontrolle und den Verhandlungen, sondern auch von den Kenntnissen über die Wege, Bedingungen und Formen der atomaren Präsenz ausgeschlossen. Einige dieser Länder werden Kontinente des Hungers genannt. So schwach, beinah »blutleer« auch bisher die Reaktion auf dieses Problem bisher gewesen sein mag, die Erkenntnis und das Bewußtsein dieser Vorenthaltung, dieses Diebstahls auf Kosten von Milliarden von Menschen in der Dritten und Vierten Welt haben heute ihr Gewicht.

Es gibt also eine Enteignung, die über die des Hungers hinausgeht; sie betrifft den Sinn und das Schicksal von Milliarden von Männern und Frauen, die auf *Objekte* der Entscheidungen über die Atomwaffen reduziert werden, obwohl wir wissen, daß ein eventueller atomarer Konflikt aller Wahrscheinlichkeit nach, vielleicht sogar sicher über Grenzen und Ozeane hinausgehen würde. Er würde nicht nur über das Heute, sondern auch über das Morgen entscheiden — über die Luft, das Wasser und das Klima der zukünftigen Generationen in jedem Winkel der Erde. Die Frage, die sich stellt, ist: Welche Legitimation und Legitimität haben Entscheidungen, die solche Dimensionen annehmen, vor allem, wenn sie eine Welt betreffen, die weder irgendeine Art von Verpflichtung übernommen hat, noch die entferntesten, elementarsten Kanäle besitzt, um wenigstens von außen Einfluß auf die Entscheidungen nehmen zu können, die die Großmächte am Verhandlungstisch treffen? Und welchen Sinn und Inhalt hat in diesem Rahmen die Kategorie *Demokratie*, die uns so teuer ist?

Gegen den Kolonialismus wurde eine Schlacht geschlagen. Heute gibt es eine neue Hierarchie, viel versteckter und verfeinerter, auf deren unterster Stufe sich Länder und Kontinente befinden, die von der Entwicklung einer undurchsichtigen Macht, die keine Vorgänger in der Geschichte hat, betroffen sind, aber gleichzeitig von der kleinsten Möglichkeit ausgeschlossen werden, die Quellen, Mechanismen und Phasen dieser vernichtenden Gewalt kennenzulernen. Sicher ist die Diskussion um die politischen Strategien, die taktischen Initiativen und die konkret möglichen Regierungsaktionen noch offen. Aber wichtig ist die *Perspektive*, der Horizont, in dem sich die Debatte um die Suche nach diesen Strategien bewegt, und wie sie offengehalten werden kann. Es gibt eine erste Ausgrenzung, die in uns selbst geschieht; sie verengt die Perspektive, wenn der Ausschluß von enormen Teilen der Welt aus einer so wichtigen und delikaten Verhandlung als plausibel und akzeptabel angesehen wird. Sich nicht damit abzufinden, die Frage offen und lebendig zu halten, als erstes sie sich selbst und sie anderen zu stellen, Gerechtigkeit zu fordern: das ist die erste Entscheidung, aus der sich ein Weg, mag er auch hart sein, hervorgehen kann, diese radikale Verletzung der Demokratie und dieses extreme Ungleichgewicht zu bekämpfen.

Wir können uns dieser harten Probe nicht entziehen, auf die von der Atommacht Regeln und Werte gestellt werden, die wir mit den Begriffen Demokratie, Gleichheit und Frieden verbinden. Wir können die Augen nicht davor verschließen, daß das Niveau der Atommacht das Konzept des Fortschritts und die Idee des menschlichen Zusammenlebens

in Frage gestellt hat, also die Werte um die sich die — oft auch konfliktreichen — ideellen und politischen Auseinandersetzungen der letzten zwei Jahrhunderte bewegt haben. Wir können schließlich nicht verkennen, daß die demokratischen Errungenschaften der entwickelten Welt heute bereits explizit unter die Bedingungen eines potentiellen Atomkonfliktes gestellt sind.

Neue Anforderungen — neue Ziele

Die Atomexplosionen in Alamagordo und Hiroshima symbolisieren also eine Zeitenwende. Die Friedensbewegung im Atomzeitalter muß deshalb ihre Ziele und organisatorischen Formen verändern. Ihr Ziel ist nicht mehr nur der Kampf gegen die Greuel und Zerstörungen des Krieges, gegen Herrschaft und Unterdrückung; ihr Ziel heute ist viel wichtiger: Die Friedensbewegung muß gegen die Gefahr kämpfen, daß die Voraussetzungen des menschlichen Lebens zerstört werden. Niemals in der Geschichte bestand eine solche Gefahr. Außerdem wird jetzt in Frage gestellt, was in der neuesten Zeit als »klassische« Ziele galten, nämlich »Neutralismus« und »Unilateralismus« (einseitige Abrüstung).

Jahrzehntelang hatten die Pazifisten den »Neutralismus« als etwas außerhalb der »Logik« des Krieges stehendes betrachtet; Neutralismus galt als ein pazifistisches Prinzip und als eine konkrete Lösung. Heute gilt das nicht mehr. Ich will nicht Neutralismus und unilaterale Abrüstung geringschätzen, es ist aber klar, daß solche Ziele heute nicht nur unwirksam sind im Kampf gegen die atomare Aufrüstung, sondern auch keine Sicherheit und keinen Schutz bieten.

Die Nachwirkungen eines Atomkrieges verbreiten sich über die nationalen Grenzen hinaus; sie belasten die Lebensbereiche der ganzen Erde. Die Vorherrschaft der Atomwaffen der Großmächte stellt das Souveränitätsprinzip aller Länder in Frage.

Das ist aber nicht alles. Es ist schwer zu glauben, daß diese Macht in Friedenszeiten keine Folgen habe. Die nukleare Vorherrschaft der Großmächte drängt die anderen Länder zur Proliferation. Je unkontrollierbarer der Atomwettbewerb wird, desto stärker wird die Versuchung der einzelnen Länder, dem »atomaren Club« beizutreten. Das heutige technologische Niveau schließt »Fehler« nicht aus. Die Notwendigkeit, in kurzer Zeit Entscheidungen zu treffen, die Unberechenbarkeit und der Automatismus der Entscheidungen und die Tatsache, daß so wenige Menschen über die Entscheidungsgewalt verfügen, die Kettenreaktionen, die aus einer Entscheidung folgen können — das alles stellt den Rahmen dar, in dem ein katastrophaler Fehler eintreten kann. So ändert sich auch der gesamte Rahmen: Der Krieg, als Mittel, ist nicht mehr »beherrschbar«.

Das alles macht die heutige Friedensbewegung anders, als sie in der Vergangenheit war. Sie muß heute der Zeit vorausgreifen, radikaler sein als gestern. Man hat diesen Radikalismus kritisiert; wir müssen aber die Gründe für diesen Radikalismus verstehen können. Damit müssen wir nicht auf die mittelfristigen Ziele verzichten, sondern wir müssen die Probleme begreifen. Wir werden nicht fähig, die Friedensbewegung zu verbessern, wenn wir nicht von diesen neuen Tatsachen ausgehen. Die Friedensbewegung im Atomzeitalter muß gegen den Spontaneismus kämpfen. Ein großes Selbstbewußtsein ist notwendig, nicht nur, weil die industrie-militärischen Apparate gut abgeschirmt und verborgen sind. Dafür gibt es vor allem einen Grund.

In dem politischen Kampf, den wir bisher gekannt haben, sind die Menschen von ihren direkten (sowohl sozialen als auch individuellen) Erfahrungen in der Fabrik wie in der gesellschaftlichen Reproduktion ausgegangen. Die tiefste Wurzel der Arbeiterbewegung be-

steht in solchen Erlebnissen. Das Streben nach Demokratie und Sozialismus war aus diesen Erfahrungen entstanden. Aus den Alltagserlebnissen stammt das politische Bewußtsein; daraus entwickeln die Bauern, Arbeiter, Spezialisten ihr Denken über Nation und internationale Zusammenhänge.

Ein Atomkrieg hingegen ist nicht nur nie von Menschen in ihrer Geschichte erlebt worden; er ist jenseits jeder Vergleichbarkeit, sogar unvorstellbar. Wie kann der »nukleare Winter« aussehen? Wie könnten die Menschen ein solches Ereignis überhaupt begreifen? Bereits die Entwicklungen des atomaren Wettlaufs sind von den Massen schwer wahrzunehmen. Inzwischen hat man eine neue Entwicklungsstufe erreicht, die ersten Waffenversuche im Weltraum. Wie kann aber diese allerletzte Neuheit in das allgemeine Bewußtsein gelangen? Diese ungeheuer wichtige Entwicklung bleibt bisher dem Einfluß der Menschen entzogen. Daran können wir erkennen, wie dramatisch die Lage der Demokratie in unserer Zeit ist.

Die Friedensbewegung kann deshalb nur Chancen haben, wenn sie gegen den Spontaneismus kämpft. Sie muß sich mit Erfahrungen und Kenntnissen ausstatten, damit sie die Kluft zwischen den Menschen und dem Atomapparat reduzieren kann. Es ist notwendig, daß Milliarden von Menschen eine Kultur, ein Bewußtsein der atomaren Frage entwickeln. Die Naturwissenschaften, die eine große Verantwortung tragen, sind in Frage gestellt. Die atomare Frage hat die Politik nicht besiegt, im Gegenteil: Sie verlangt eine große Ausbreitung des politischen Bewußtseins. In meinen Bemerkungen sind auch meine Meinungen einbegriffen über die Breite, die die heutige Friedensbewegung erreichen muß. Der Begriff »Neutralismus« stellt eine Schwäche heraus; er ist auf einen Kampf bezogen, der auf die nationalen Grenzen beschränkt bleibt. Wir haben hier eine komplizierte Frage zu beantworten. Sie betrifft die Verteidigung der nationalen Souveränität: Ist sie in unserer Zeit immer noch als ein Wert zu betrachten? Andererseits ist sie nicht zu erringen, wenn die Frage innerhalb der nationalen Grenzen gestellt wird.

Die »Staat-Nation«, ein typische Form der heutigen Industriegesellschaft, braucht, damit sie im Atomzeitalter überleben kann, einen neuen Internationalismus, denn das Problem selber sowie die Kräfteverhältnisse, in die wir eingreifen müssen, dehnen sich über die ganze Erde aus. Wir können der Frage nach einer neuen internationalen Ordnung nicht entgehen, nachdem das bipolare Gleichgewicht nicht mehr gültig und wünschenswert zu sein scheint. Die sogenannte Dritte und Vierte Welt werden an der Friedensbewegung teilnehmen müssen. Die Friedensbewegung der siebziger und achtziger Jahre hat bisher das Gepräge der Meropolen gehabt; sie hat das höchste Niveau erreicht, als sie die europäische Zivilisation, den europäischen Geist, die europäische Kunst, Wissenschaft, Industrie in Frage gestellt hat.

Diese sogenannte Dritte und die Vierte Welt, vom Hunger gequält, manchmal Opfer der inneren Zwistigkeiten, sind im wesentlichen von der Möglichkeit, die Entscheidungen der Großmächte zu beeinflussen, ausgeschlossen. Der Neutralismus, die Organisation der blockfreien Staaten, war die große Idee der Bewegung von Bandung. Diese Bewegung aber darf sich nicht auf die Kritik eines Teiles der Welt beschränken; sie hätte die Blockpolitik kritisieren sollen. Weil das nicht geschah, folgte ihre Krise, die sie erst jetzt zu überwinden scheint. In gleicher Weise haben die Europäer keine Chance, wenn sie in ihren Staatsgrenzen eingeschlossen bleiben. Es ist nicht vorstellbar, daß Europa eine Friedensrolle spielen kann, wenn die Europäer es nicht schaffen, die Länder der Dritten und Vierten Welt in eine Neuordnung der Welt einzubeziehen.

Atomwaffenfreie Zonen können ein mittelfristiges Ziel sein und den Kurs des Atom-

wettlaufes ändern. Außerdem enthält dieses Ziel ein Prinzip, das sich der Blockpolitik widersetzt, ein Prinzip, mit dem die Länder der Dritten und Vierten Welt einverstanden sein könnten. Aus diesem Prinzip könnte die »Ostpolitik« einen neuen Antrieb erhalten und sich der »Logik« des Bipolarismus, in die sie gefallen ist, entziehen. Die Errichtung und Erweiterung atomwaffenfreier Zonen können die Antwort sein auf den Bedarf an gegenseitiger Sicherheit. Sie können den Weg zeigen, der zu einem Abbau der Atomwaffen führt und dem Osten die Chance geben, sich einem erstickenden Atomwettlauf zu entziehen.

Die Krise der heutigen Friedensbewegung hat mit der Schwierigkeit zu tun, mittelfristige Ziele zu erreichen. Diese Bewegung hat an dem Widerspruch zwischen der hohen Bedeutung der Fragen, die sie gestellt hat, und der Zersplitterung ihres Kampfes und ihrer Basis gelitten. Sie hat über eine neue internationale Ordnung gesprochen, aber es gelang ihr nicht, eine internationale Front zu ordnen, die eine Richtungsänderung erzielen könnte. Es ist notwendig, daß die Friedensbewegung solche mittelfristigen Ziele fassen und eine breite Front ordnen kann. Die Vielfältigkeit der Initiativen, der Pluralismus der Bewegung, worin ihre Kraft besteht, könnten zu weiterer Zersplitterung führen, wenn keine konkreten Vorschläge und Pläne entwickelt werden.

Mit solchen mittelfristigen Zielen könnte man die Politik der Großmächte beeinflussen; außerdem können sie zur Auflösung der Blöcke führen und damit eine neue Weltordnung entstehen lassen. Ich vertraue daher der Perspektive einer europäischen Atomstreitmacht nicht; sie würde als neuer Antrieb zum nuklearen Wettlauf, zum »Gleichgewicht des Schreckens« wirken. Deshalb scheint mir die »atomwaffenfreie Zone« ein Ziel zu sein, das neuen Gesprächspartnern die Chance geben kann, die Weltpolitik zu beeinflussen.

Subjekte der Veränderung: Friedens- und Arbeiterbewegung

Ist Europa fähig, einen solchen Vorschlag zu machen, so daß die wichtigsten Entscheidungen einem engen »Club« entzogen werden können? Ich beziehe mich auf Europa, weil in Europa eine konkrete historische Basis dafür besteht: die organisierte Arbeiterbewegung. Obwohl diese Bewegung in ihre einzelnen nationalen Rahmen getrennt ist, hat sie einen gemeinsamen Erfahrungsschatz. Die Hauptfrage lautet: Besteht die Möglichkeit eines dauerhaften Bundes zwischen Arbeiterbewegung und Friedensbewegung? Gewöhnlich, wenn man versucht, die Basis eines solchen Bundes zu formulieren, bezieht man sich auf die Notwendigkeit, die militär-industriellen Apparate zu bekämpfen, weil diese eine ungeheure Expansion der Militärausgaben verlangen, weil sie den Atomwettlauf antreiben. So begreift man etwas historisch Konkretes, identifiziert man einen gemeinsamen Gegner, den man bekämpfen muß. Die wichtigsten politischen und sozialen Interessengruppen, die an der militärischen Expansion interessiert sind, finden wir heute in den USA.

Ich meine aber, daß dies nicht genug ist. Es gibt weitere Gründe, die dafür sprechen, daß heute die Arbeiter- und Friedensbewegung einen Bund schließen. Jenseits seiner wirtschaftlichen Aspekte (Lohnkürzungen, Abbau des Sozialstaates, industrielle Strukturveränderungen, Rationalisierungspolitik) strebt die neoliberalistische Ideologie und Strategie nach einer ungeheuren Machtumverteilung, die die Entscheidungsgewalt den großen multinationalen Firmen — den Firmen, die den technologischen Fortschritt, die Finanzkonzentrationsprozesse und die Weltwirtschaft heute kontrollieren — übergibt. Es handelt sich um den großangelegten Versuch, den öffentlichen und sozialen Bereich wieder zu privatisieren und die wirtschaftlichen Ressourcen neu zu verteilen.

Auf dem Spiel stehen wichtige soziale Entscheidungen. Die Arbeiterbewegung hat hier Schwierigkeiten; sie muß dieses Thema aufgreifen und darf nicht bei der Politik der Einkommensverteilung und Dienste stehenbleiben. Die Entstehung der »Informationsgesellschaft«, wo die Einführung von Wissen und Kultur so wichtig ist, stellt die Frage nach der Macht über Produktionsentscheidungen und nach den Subjekten, die dazu berechtigt sind. Wenn die Industriegesellschaft zu einer »postindustriellen Gesellschaft« wird, stellt sich die Frage der Vergesellschaftung der politischen Macht.

Andererseits erleiden die heutigen demokratischen Regierungen einen Machtverlust, weil die formelle Demokratie von informeller Macht beseitigt wird. Deshalb muß die Arbeiterbewegung, damit sie die Demokratie schützen kann, ein neues Prinzip der sozialen Regelung anstreben, das die politisch-ökonomischen internationalen Verhältnisse einbeziehen kann.

Ein »Dritter Weg« zum Sozialismus scheint so wertvoll zu sein; er verlangt die Entdeckung der Institutionen und Hauptfiguren, aus denen das neue Prinzip der sozialen Regelung entstehen kann. Auch die Friedensbewegung braucht eine Vergesellschaftung der Macht, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Denn einerseits kann sie die Herrschaft der nationalen und internationalen industriell-militärischen Apparate nicht akzeptieren; auf der anderen Seite muß sie zahlreiche Hauptfiguren aus der ganzen Welt einbeziehen, vor allem aus den Ländern, die heute aus den internationalen Vorgängen ausgeschlossen sind.

Die Friedensbewegung braucht einen Qualitätssprung der Demokratie auf der Weltenebene. Hier kann sie sich mit der Arbeiterbewegung verbinden. Darin sehe ich eine historische Chance; hier wirkt die Demokratie nicht nur als Mittel der politischen Konsensprüfung, sondern als Beseitigung einer wesentlichen Ungleichheit, einer Gewalt, einer Unterdrückung. In der Arbeiterbewegung stellen sich Anforderungen, die sich den Freiheitsansprüchen anderer annähern können; so kann die Demokratie als vergesellschaftete, weit verbreitete Macht wirken. Dabei handelt es sich nicht einfach um ein Nebeneinanderstellen von Friedens-, Umweltschutz- und Beschäftigungsforderungen, sondern um ihre Zusammensetzung mit dem Ziel, gesellschaftliche Macht über die Produktion und über die größten militärisch-politischen Apparate, die die heutige Welt regieren, zu erzielen.

Jacques Huntzinger

Das Bündnis und die Entwicklung einer europäischen Position

Die hier vertretenen europäischen Länder haben nicht die Absicht, eine Position auf halbem Wege zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu beziehen. Wir sind Mitglieder des Atlantischen Bündnisses und Verbündete der Vereinigten Staaten, deren demokratische Werte auch unsere sind. Dies bedeutet jedoch nicht, daß wir immer mit ihnen einer Meinung sind. Es bedeutet auch nicht, daß wir nicht in gewissen Bereichen unterschiedliche Interessen haben. Auf jeden Fall bedeutet es auch nicht, daß die europäischen Länder ihre Interessen den Interessen ihrer amerikanischen Verbündeten unterordnen müssen.

Wir sind Verbündete, aber es ist nicht zu übersehen, daß wir uns in einer unterschiedlichen Situation befinden. Der geographische Unterschied: die europäischen Länder des Atlantischen Bündnisses sind in direktem Kontakt mit dem Warschauer Pakt. Der geopolitische Unterschied: die USA sind eine Supermacht, wir sind kleine und mittlere Mächte. Außerdem sind wir nur ein Teil Gesamteuropas, das eines Tages Wirklichkeit werden wird, wenn das Erbe von Jalta und Potsdam überwunden sein wird. Wir sind alle Mitglied des Atlantischen Bündnisses, jedoch nehmen Frankreich und Spanien darin eine Sonderposition ein. Zwei unter uns sind Nuklearmächte, andere haben vertraglich auf den Besitz von Kernwaffen verzichtet, andere halten die Option offen.

Ich möchte auch die besondere Lage der Bundesrepublik erwähnen. Einige sind Mitglieder der WEU, andere nicht. Unter diesen Umständen wäre es erstaunlich, wenn wir in allen Fragen übereinstimmen würden.

Dies sollte uns jedoch nicht davon abhalten, unsere Zusammenarbeit zu verstärken, um Europa größeres Gewicht zu verleihen. Dies jedoch unter Berücksichtigung gewisser Unterschiede.

Unter den sozialistischen Parteien Europas, deren Länder Mitglied im Bündnis sind, gibt es große Meinungsunterschiede über die militärischen Aspekte der Sicherheit Westeuropas und die Fragen der Verteidigung. Zwischen denen, die für einseitige Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung sind, und denen, die an der nuklearen Abschreckung festhalten, zwischen denen, die von einem Gleichgewicht der Kräfte in Europa ausgehen, und denen, die von einem Ungleichgewicht zugunsten des Warschauer Paktes ausgehen, zwischen denen, die den Ersteinsatz von Atomwaffen verurteilen, und denen, die eine solche Verurteilung ablehnen, ist die Diskussion seit einigen Jahren offen und wurde mit aller Schärfe anlässlich der Stationierung der amerikanischen Raketen aufgrund des Doppelbeschlusses der NATO vom Dezember 1979 und über dessen richtige Interpretation ausgetragen. Die Polemik ist seit der Unterbrechung der Genfer Verhandlungen und dem Beginn der Stationierung der amerikanischen Raketen in Italien, Deutschland und Großbritannien verstummt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Debatte endgültig abgeschlossen ist. Einerseits gibt es heute in Belgien und den Niederlanden eine lebhafte Debatte zu einem Moment, in dem es um die Durchführung des Doppelbeschlusses für diese Länder geht und sich diese in einer Vorwahlphase, in der die Raketenfrage eine wichtige Rolle spielt, befinden. Andererseits geht die Debatte in den anderen europäischen Ländern über die Frage

* Redebeitrag auf der Konferenz der Sozialdemokratischen/Sozialistischen Parteien der europäischen NATO-Länder vom 20.-22. März 1985 in Lissabon.

weiter. Die von Präsident Reagan angekündigte SDI bringt die Gefahr mit sich, die Debatte der europäischen Sozialisten noch komplexer zu gestalten, selbst wenn alle europäischen Regierungen und politischen Kräfte dieser wichtigen Initiative gegenüber, deren Auswirkungen noch ungewiß sind und in ferner Zukunft liegen, eine gewisse Zurückhaltung üben.

Die Meinungsunterschiede unter den europäischen Sozialisten sind zweierlei Natur: Erstens gibt es unterschiedliche Einschätzungen bezüglich der Bedrohungsanalyse, und zwar der Einschätzung der sowjetischen militärischen Gefahr in Europa, bezüglich des Gleichgewichts der konventionellen und nuklearen Fähigkeiten beider Bündnisse. Es wird jedoch möglich sein, über eine vertiefte Diskussion über die Daten diese Unstimmigkeiten zu verringern. Gesprochen werden sollte über das konventionelle Kräfteverhältnis, die Dislozierung der Streitkräfte, die Verteidigungseffizienz der NATO, über eine Einschätzung der Strategie der Vorverteidigung. Es sollte auch möglich sein, ernsthaft über die Auswirkungen der sowjetischen eurostrategischen Systeme im Hinblick auf eine Erstschlagkapazität zu diskutieren.

Dieses führt dann zu einer Debatte über die sowjetische Strategie und über die Strategie der NATO und damit natürlich über die jeweilige Rolle der nuklearen und konventionellen Streitkräfte.

Die europäischen Sozialisten sollten insbesondere auch über die Vorteile und die Risiken der Strategie der nuklearen Abschreckung und die Rolle der nuklearen Abschreckung innerhalb der Strategie der NATO im einzelnen diskutieren. Es ist etwas widersprüchlich, einerseits zu unterstreichen, daß man Mitglied im Atlantischen Bündnis bleiben will, und andererseits den Atomwaffen eine wesentliche Bedeutung in der Strategie zur Verteidigung Europas absprechen zu wollen, während diese doch weiterhin eine wesentliche Rolle spielen, trotz der inzwischen im Rahmen der Doktrin der Flexible Response eingetretenen Entwicklungen. Aber es ist normal, daß Fragen über die Zukunft der nuklearen Abschreckung aufkommen, da ja die Vereinigten Staaten selbst eine Debatte über die mögliche Ersetzung der Verteidigung durch die Abschreckung durch SDI provoziert haben.

Aber über diese zwei Fragen hinaus, die seit einiger Zeit im Mittelpunkt der Diskussionen stehen, nämlich dem Kräftegleichgewicht und der westlichen Strategie, gibt es bei den Parteien der Mitgliedsländer der NATO ein Wiedererwachen des nationalen Bewußtseins und der nationalen Interessen im Bereich der Sicherheit. Die Pershing-Debatte wirkte gewissermaßen wie ein Schock, der den Europäern den wachsenden Widerspruch zu Bewußtsein brachte, mit dem sie leben: Sie können ihre Sicherheit ohne die amerikanische Großmacht nicht garantieren, sie können sich jedoch damit auch nicht zufrieden geben angesichts der Interessenunterschiede zwischen der einen und der anderen Seite. Dieses Entstehen eines Gefühls der Reserviertheit und der Kritik gegenüber der NATO und der amerikanischen Politik hatte doppelte Folgen:

- Eine gewisse »Renationalisierung« der Sicherheitsdebatte, wobei jeder sich bemüht, eine Verteidigungspolitik unter stärkerer Berücksichtigung seiner eigenen politischen und nationalen Interessen zu definieren.
- Aber gleichzeitig auch eine gewisse »Europäisierung« der Diskussion, die auch auf dieser Konferenz in Lissabon zum Ausdruck kommt.

Im Atlantischen Bündnis gibt es heute eine neue Dialektik: nationale Interessen — europäische Identität. Sie ist gerade erst am Entstehen. Es ist von großer Wichtigkeit, daß die sozialistischen Parteien der europäischen Mitgliedsländer des Bündnisses untereinander über diese neue Dialektik diskutieren.

Ich möchte die Frage auf folgende Weise formulieren: Ist es möglich, daß sich die europäischen Sozialisten auf ein gemeinsames Herangehen an die Frage der Verteidigung Westeuropas einigen?

Ich möchte gleich hinzufügen, daß die Suche nach einem gemeinsamen Approach [Annäherung; d.Red.] im Bereich der Verteidigung nicht getrennt von der anderen Debatte über die politischen Aspekte der europäischen Sicherheit geführt werden kann. Welche Entspannung wollen wir? Welche Beziehungen zum anderen Teil Europas sollten wir haben? Welches europäische System ziehen wir vor? Welchen Zusammenhang wollen wir zwischen der Änderung des europäischen Systems, der Entspannung und der Abrüstung herstellen?

Diese einleitende Debatte über die Entwicklung des gesamteuropäischen politischen Systems muß uns auch zu einem Meinungs austausch über den Begriff der »gemeinsamen Sicherheit« und über das Konzept »der Überwindung von Jalta« führen. Dennoch behält die Frage der Verteidigung ihren spezifischen Charakter.

I. Warum ein europäischer Approach in Fragen der Verteidigung?

Die militärische Sicherheit der Länder Westeuropas hängt in hohem Maße von dem amerikanischen Engagement ab, d.h. von der Präsenz der amerikanischen Streitkräfte auf europäischem Boden und der amerikanischen Nukleargarantie. Die Länder Westeuropas waren nicht in der Lage, alleine für ihre Sicherheit zu sorgen und sind auch heute noch nicht dazu in der Lage, und zwar aus drei Gründen, die seit dem Kalten Krieg unverändert andauern: sie haben alleine auf sich gestellt nicht die Mittel und die Möglichkeiten, ein Gegengewicht zu der beträchtlichen Stärke der sowjetischen Truppen, die in der westlichen Sowjetunion und in Zentraleuropa disloziert und gegen sie gerichtet sind, zu bilden; kein Land Westeuropas kann allein eine nukleare Streitmacht aufbauen, die das Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung auf dem Kontinent herstellen würde; die Bundesrepublik Deutschland, das verwundbarste und an der Front Westeuropas liegende Land, sieht sich Nuklearwaffen untersagt, und dies verhindert die Realisierung einer wirklich europäischen nuklearen Abschreckung. Weil das Gleichgewicht in Europa nuklearer Natur ist, kann Westeuropa allein dieses nukleare Gleichgewicht nicht herstellen und muß folglich mit Amerika verbündet bleiben. Unter diesen Bedingungen, die noch lange andauern werden, wird die Sicherheit Westeuropas nur dann gewahrt sein, wenn das Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten aufrecht erhalten wird.

Aber die Frage der Euroraketen hat dazu geführt, daß sowohl in den USA als auch in Europa eine Diskussion über die Zukunft des Atlantischen Bündnisses aufbrach. Niemand hat das Atlantische Bündnis als solches, noch die Präsenz der amerikanischen Truppen auf europäischem Boden, noch die Notwendigkeit einer amerikanischen Nukleargarantie zugunsten Westeuropas in Frage gestellt. Aber es gibt jetzt eine Debatte über die Bedingungen, unter denen das Bündnis funktioniert, über die Militärdoktrin der NATO, über die jeweilige Rolle der taktischen Nuklearwaffen und der konventionellen Streitkräfte innerhalb der Verteidigungsstrategie der NATO, über die Entwicklung der amerikanischen Strategie, über die technologische Entwicklung und deren Folgen für die Strategie wie auch für die Rüstungsproduktion (Weltraum, neue konventionelle Waffen). »Ja zum Bündnis, aber nicht zu jedem Preis und nicht unter allen Bedingungen«, hörte man viele verantwortliche europäische Politiker während der Raketenkrise sagen. Der Appell Willy Brandts auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD im November 1983 zugunsten ei-

ner atlantischen Partnerschaft auf der Grundlage zweier Pfeiler, des amerikanischen Pfeilers und des europäischen Pfeilers, und zugunsten der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, ausgehend von der deutsch/französischen Zusammenarbeit, ist von großer Bedeutung und zeigt ein wachsendes Interesse für eine »Europäisierung« der Sicherheit und der Verteidigung Westeuropas, ohne jedoch in irgendeiner Weise das Atlantische Bündnis in Frage zu stellen.

Ein anderer Grund, warum es wichtig ist, ein europäisches Sicherheitskonzept für Europa zu definieren, ergibt sich aus den wachsenden Risiken, die aus dem Rüstungswettlauf der USA und der Sowjetunion für Europa erwachsen. Es liegt im Interesse der Gesamtheit der europäischen Völker, daß ihre Sicherheit weniger von den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen abhängt und daß sie wirksamer auf den Prozeß des Spannungsabbaus und den Rüstungswettlauf Einfluß nehmen können.

Sicherlich zwingen die Teilung Europas in zwei Blöcke und die im Herzen des Kontinents andauernde militärische Konfrontation dazu, das Gleichgewicht der Kräfte zu wahren und das Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung zu garantieren und veranlassen die Großmächte wie die europäischen Staaten, den Rüstungswettlauf ununterbrochen fortzusetzen. Aber wenn auch der Rüstungswettlauf sich teilweise aus der latenten Spannung, die ein Ergebnis dieser Konfrontation der Blöcke ist, erklärt, so trifft es doch zu, daß dieser Rüstungswettlauf in keiner Weise die wirkliche Sicherheit der europäischen Länder vergrößert. Und dies um so mehr, als sich jetzt die beiden Großmächte in einen neuen gefährlichen Rüstungswettlauf gestürzt haben, der durch technologische Fortschritte im Bereich der Präzision ermöglicht wurde. Daher ist den Europäern heute stärker bewußt, welche Risiken für sie aus dem Rüstungswettlauf der beiden Großmächte entstehen.

Für die europäischen Völker ist die Zeit gekommen, ihr Gewicht wirksamer in die Waagschale zu werfen und ihre Stimme zum Ausdruck zu bringen, um die negativsten und die gefährlichsten Aspekte der Sicherheitspolitik der Großmächte und insbesondere ihres Rüstungswettlaufes zu bremsen. Die größtmögliche Sicherheit wird aus der Sicht der europäischen Völker durch die Stabilisierung des Kräftegleichgewichts auf dem niedrigsten Niveau erreicht. Dies kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn die europäischen Länder den Willen und die Fähigkeit entwickeln, die zwei Großmächte dazu zu bringen, ihren Rüstungswettlauf zu verlangsamen. Dies setzt voraus, daß die Europäer ein wenig mehr für ihre Sicherheit selbst tun.

Aus allen diesen Gründen folgt, daß es im Interesse der Europäer liegt, aktiver als bisher sich um ihre Sicherheit selbst zu kümmern, die Probleme mit Verantwortungssinn, aber auch mit Kühnheit anzugehen, um wirksamer ihre eigenen Interessen zu vertreten.

Im Zusammenhang mit der Stationierung der ersten Pershing und Cruise Missiles auf dem Territorium Westeuropas, aber auch der Stationierung der neuen sowjetischen taktischen Nuklearsysteme SS21/SS22 in Osteuropa begannen die europäischen Sozialisten, sich Fragen über die Zukunft der Sicherheit ihrer Länder, über das Atlantische Bündnis, über die Entspannung und die Zukunft des europäischen Kontinentes zu stellen. Das Dokument der SPD über die neuen Strategien, die Dokumente der beiden sozialistischen Parteien Belgiens, die Debatte auf dem Parteitag der PSOE über die Beziehungen Spaniens zur NATO, die Diskussionen in der Arbeitsgruppe zwischen der SPD und der PS über Fragen der Sicherheit seit Herbst 1983, die Diskussionen während der Vorbereitung des Manifestes des Bundes der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der EG, die Diskussionen in Scandilux, die Bildung von Eurosud durch die sozialistischen Parteien

Südeuropas, das Projekt der Konferenz der sozialistischen Parteien Europas, über die europäische Sicherheit sind alles Anzeichen dafür.

II. Eine stärker europäisch orientierte Verteidigungspolitik wirft verschiedene Probleme auf

Wie kann europäisches Herangehen an die Probleme der Verteidigung entwickelt werden?

- Das Problem der Nuklearwaffen,
- das Problem der konventionellen Waffen,
- das Problem des Weltraums,
- das institutionelle Problem.

Das Problem der Nuklearwaffen

Kann es eine europäische nukleare Abschreckung geben und könnte sie eines Tages die Rolle der Nukleargarantie für Europa übernehmen? Darauf muß unzweideutig geantwortet werden, daß eine integrierte europäische Abschreckung, die einer zukünftigen Europäischen Union zugeordnet wäre, aus drei Gründen nicht vorstellbar ist:

Die Nuklearwaffe ist eine Waffe, bei der nur ein Finger auf den Knopf drücken kann; die Nuklearwaffe ist Deutschland seit den Pariser Verträgen untersagt; die Nuklearwaffe ist außerdem den anderen europäischen Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsvertrags untersagt. Es kann außerdem keine deutsch/französische nukleare Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, der Produktion oder des Erwerbs von Nuklearwaffen geben.

Es kann auch kein deutsch/französisches Nuklearwaffensharing geben, weder als Doppelschlüsselsystem für die französischen Nuklearköpfe noch als deutsches Vetorecht für deren Einsatz. Es gibt nur drei Perspektiven im Hinblick auf eine europäische nukleare Abschreckung, die sich gegenseitig ergänzen können:

- Die französisch/britische nukleare Zusammenarbeit,
- das Auftauchen einer neuen europäischen nuklearen Macht unter den Staaten, die den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet haben,
- die Weiterentwicklung der französischen Nuklearstreitmacht in Richtung auf eine erweiterte Abschreckung.

Was die erste Hypothese anbetrifft, so ist sie sehr wünschenswert, scheint aber nicht mit der britischen Politik übereinzustimmen, die zwischen der Beibehaltung der privilegierten Beziehungen mit den USA im Bereich der nuklearen Zusammenarbeit und dem Thema der einseitigen nuklearen Abrüstung hin und her schwankt. Die Debatte über die Ersetzung von Polaris durch die amerikanischen Trident erhellt die britische Haltung und niemand hat in diesem Zusammenhang auf der anderen Seite des Kanals eine technologische Zusammenarbeit mit Frankreich vorgeschlagen.

Dennoch könnte es eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien für die Forschung und die Produktion zukünftiger Sprengköpfe und alle begleitenden Technologien der Nuklearwaffen (Aufklärung, größere Durchdringungsfähigkeit oder auch die Technologie der Cruise Missiles) geben. Dieser Weg würde es verdienen, genauer erforscht zu werden, selbst wenn man sich der politischen und rechtlichen Hindernisse bewußt ist, die aus der britischen Politik der privilegierten Beziehungen mit den USA im Bereich der nuklearen Zusammenarbeit entstehen (Gesetz Macmahon, Abkommen von Nassau von 1962).

Die zweite Hypothese ist nur eine theoretische Möglichkeit, sie beruht auf keiner konkreten Realität.

Die naheliegendste und unseren Vorstellungen am ehesten entsprechende Perspektive ist mit der zukünftigen Entwicklung der französischen Abschreckung verbunden und mit der Frage, in welchem Verhältnis diese zur Verteidigung Westeuropas stehen soll.

In welcher Weise könnte Frankreich seine Politik der Abschreckung und Verteidigung in bezug auf Europa entwickeln und welche Entscheidungen könnten in diesem Bereich getroffen werden?

Wenn man einen Zeitraum von zwei bis drei Jahrzehnten ins Auge faßt, dann muß man davon ausgehen, daß die strategische Koppelung zwischen Europa und den USA ein wesentliches Element bleiben und mit großer Wahrscheinlichkeit beibehalten wird. Amerika hat ein wesentliches Interesse an der Beibehaltung des Gleichgewichts auf europäischer Ebene — und dies hat nichts mit Großherzigkeit zu tun —, man kann deshalb nicht ernsthaft in Betracht ziehen, daß Amerika gleichgültig bleiben würde, wenn Europa in den sowjetischen Machtbereich fallen würde. Amerika wird noch lange darauf Wert legen, die sowjetischen strategischen Streitkräfte zu neutralisieren, und der amerikanische Nuklearschirm wird trotz seiner Löcher noch nicht sobald verschwinden.

Aber diese amerikanische Nukleargarantie wird nicht auf ewige Zeiten mit gleicher Intensität andauern. Man muß die Entwicklung des französischen Abschreckungs- und Verteidigungspotentials ins Auge fassen unter Berücksichtigung einer möglichen europäischen Option.

Im Weißbuch von 1972, der Charta der französischen Verteidigungspolitik, wird Bezug genommen auf die »vitalen Interessen« und nicht auf den Begriff des »nationalen Sanktuariums« [Heiligtums; d.Red.]. Die vitalen Interessen Frankreichs decken sich mit der Sanktuarisierung des französischen Territoriums, sie können aber auch darüber hinaus gehen. Und sie gehen tatsächlich darüber hinaus.

Tatsächlich kann man sich nicht vorstellen, daß Frankreich normal weiterleben würde, von einem allgemeinen Konflikt im Herzen Europas verschont bliebe, während seine Nachbarn und insbesondere Deutschland zerstört oder besetzt wären. Die Sicherheit Frankreichs ist eng verbunden mit der Sicherheit Deutschlands und ganz Westeuropas. Es gibt keine voneinander völlig getrennte Kreise, den Kreis des französischen Territoriums und den äußeren Kreis Westeuropas. Das prioritäre Interesse Frankreichs im Bereich der Sicherheit ist die Verhinderung eines bewaffneten Konflikts in Westeuropa und, für den Fall, daß ein Konflikt unglücklicherweise ausbricht, die sofortige Beendigung des Konflikts durch eine *unmittelbare* Beteiligung an der Verteidigung des angegriffenen Territoriums auch außerhalb seiner Grenzen. Genauer gesagt, Frankreich hat ein vitales Interesse, das aus den vorgenannten Gründen sogar noch wachsen wird, daß seine Abschreckung und seine Verteidigung mit ihrer vollen Wirksamkeit zum Schutze Westeuropas eingesetzt werden und zu allererst zum Schutze der Sicherheit des Territoriums, das am weitesten vorgelagert und in Europa am verwundbarsten ist, aber gleichzeitig an Frankreich grenzt, d.h. das Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik ist sehr verwundbar, hat aber gleichzeitig nicht das Recht, ihre eigene Verteidigung zu gewährleisten. Frankreich muß sich also an der Last der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland beteiligen. Die Weiterentwicklung der französischen Verteidigungspolitik muß also unter Berücksichtigung des Konzepts der vitalen Interessen weiter entwickelt werden, was immer stärker das Konzept der gemeinsamen Sicherheit mit den westeuropäischen Nachbarn miteinschließt.

Der beste Beitrag, der von Frankreich in den nächsten Jahren und bis zum Jahr 2000 für die Sicherheit Westeuropas geleistet werden kann, ist die Instandhaltung und Modernisierung seiner strategischen Nuklearstreitmacht. Dazu ist es erforderlich, die volle Einsatzfähigkeit der nuklearen Streitmacht zu erhalten im Hinblick auf die von den Großmächten erreichten Fortschritte im Bereich der Aufklärung und Früherkennung, der Waffen zur U-Boot-Bekämpfung, der elektronischen Gegenmaßnahmen, der Raketenabwehr. Der jetzige Übergang von etwa 100 Sprengköpfen auf 500 Sprengköpfe wird der Abschreckung eine Zerstörungsfähigkeit und einen flexibleren Einsatz verleihen, durch die sie in ihrer Natur und Bedeutung etwas verändert wird; es wird von nun an eine konkrete Möglichkeit für eine etwas flexiblere Antwort geben, so daß Frankreich den Geltungsbereich seiner Abschreckung erweitern kann, wenn es dazu den Willen hat.

Das Problem der konventionellen Waffen

Auch wenn die Nuklearwaffen das wesentliche Element der Abschreckung in Westeuropa bleiben, so wird die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte dennoch zunehmen. Der erste Grund dafür liegt in den neuen Technologien im Bereich der Elektronik, Steuerung, Treffgenauigkeit, wodurch die konventionellen Streitkräfte in Zukunft Aufgaben übernehmen können, die bisher den taktischen Nuklearwaffen zudedacht waren, und die sie in Stand setzen, den feindlichen Streitkräften eine solche Zerstörungskapazität entgegenzustellen, daß dadurch ein neues Gleichgewicht zwischen Verteidigung und Angriff geschaffen wird.

Außerdem entwickelt sich die Doktrin der NATO zur Zeit in Richtung auf eine Anhebung der nuklearen Schwelle und räumt der konventionellen Abschreckung eine neue Bedeutung ein. Schließlich gibt es einen Druck zahlreicher politischer Parteien, Regierungen und der öffentlichen Meinungen in Westeuropa in Richtung auf die Annahme eines Konzeptes der konventionellen Abschreckung in Europa. Dieses Verhalten erklärt sich aus der Ablehnung und der Angst vor dem Einsatz nuklearer Waffen. Man muß dies einerseits kritisieren, andererseits in Rechnung stellen. Sie entsprechen zugegebenermaßen einer gewissen Logik, da im Falle eines Konflikts der Rückgriff auf Nuklearwaffen nur dann Sinn macht, wenn er das letzte Mittel ist. Die jetzige Lage ist gekennzeichnet durch einen Widerspruch zwischen einer Militärdoktrin und einem Kräfteverhältnis, die für die Verhinderung eines Krieges von einem immer früheren Einsatz von Nuklearwaffen ausgehen und andererseits einer immer stärkeren Ablehnung der öffentlichen Meinungen in bezug auf einen solchen Einsatz. Auch wenn die Notwendigkeit, den konventionellen Streitkräften der NATO mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, nicht neu ist, so ist dies doch heute dringlicher als je in einer Situation des nuklearen Gleichgewichts auf strategischer Ebene und gegnerischer Überlegenheit bei Gefechtsfeldwaffen, wobei gleichzeitig die konventionellen sowjetischen Streitkräfte unablässig weiter ausgebaut wurden. Die Dinge haben sich verändert, und man ist gezwungen, von sowjetischen Konzepten auszugehen, nicht nur, weil die Rote Armee der evtl. Aggressor wäre, sondern weil die Struktur ihrer Streitkräfte und die damit verbundenen Konzeptionen schon in den ersten Tagen eines Konflikts den entscheidenden Durchbruch erzielen könnten. Gerade auf dem Kriegsschauplatz Mitteleuropa sind die günstigsten Voraussetzungen gegeben für die Anwendung der Strategie und des Operationskonzeptes des Warschauer Pakts, die von dem größtmöglichen Überraschungseffekt zum Erzielen einer raschen Kampfentscheidung ausgehen.

Auf konventioneller Ebene bietet sich uns also wie für unsere Verbündeten und Nachbarn die Möglichkeit, die inneren Gewichte im Bündnis zu verändern. Wir sind absolut damit einverstanden, daß das Bündnis von jetzt an Maßnahmen ergreifen soll, um seine Abhängigkeit vom frühen Einsatz von Nuklearwaffen zu reduzieren. Die Notwendigkeit, die Nuklearschwelle zu erhöhen, ist ein gewichtiges Argument, damit die NATO die Gesamtheit der konventionellen Mittel stärker, wirksamer und phantasievoller weiterentwickelt. Wir sind nicht der Meinung, daß das Bündnis auf Nuklearwaffen verzichten könne, um einen Gegner von einem bewaffneten Angriff abzuhalten. Wir teilen jedoch das Bewußtsein, daß die übertriebene Stationierung von Nuklearwaffen die Gefahr in sich birgt, daß jeder bewaffnete Konflikt in Europa in einen Nuklearkrieg ausartet. Dieses Risiko an sich hat jedoch auch einen abschreckenden Effekt gegen die Auslösung eines Krieges. Aber es wird für die NATO eine Notwendigkeit, ihre jetzige Abhängigkeit vom frühen Einsatz der Nuklearwaffen, die dazu dienen sollen, die Sowjets von der Auslösung eines konventionellen Angriffs abzuhalten, zu reduzieren. Es gibt natürlich tausend unterschiedliche Möglichkeiten, wie die konventionellen Fähigkeiten der NATO in Mitteleuropa verbessert werden können. Es gibt neue Technologien und neue Methoden der Nutzung der konventionellen Streitkräfte der NATO, um ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern.

Dieses setzt die Existenz einer soliden konventionellen Verteidigungskapazität voraus, die eine ganze Serie von begrenzten Konflikten bewältigen könnte, die bisher durch Atomwaffen abgedeckt wurden. Es ist deshalb wichtig, daß die westeuropäischen Länder ihre Fähigkeit, selbst ihre konventionelle Verteidigung zu gewährleisten, vergrößern, da diese die erste Voraussetzung für ihre Sicherheit ist. In diesem Bereich hängen die Strategien und die Produktion eng zusammen. Wenn die Europäer sich dazu entschließen, sich zu organisieren für eine gemeinsame Planung, Produktion oder Beschaffung ihrer konventionellen Waffensysteme im Bereich des Heeres, der Marine und der Luftwaffe, dann müssen sie auch untereinander die spezifischen Eigenschaften, die sie erwarten, die Aufgaben und den Einsatz dieser Waffen diskutieren. Sie werden dann untereinander die Diskussion über eine konventionelle Strategie, die ihnen zusagt, eröffnen, anstatt sich allen Entwicklungen der amerikanischen Doktrin unterordnen zu müssen.

Aber es ist erforderlich, daß sich die Europäer einen institutionellen Rahmen geben, der es ihnen erleichtern würde, sich untereinander ständig abzustimmen und ihre gemeinsamen Produktionsentscheidungen zu treffen. Zur Zeit gibt es ein Organ, in dem die politische Diskussion über diese Themen stattfindet, die WEU, und eine Gruppe, wo konkrete Diskussionen geführt werden, die IEPG. Nach dem Treffen in Rom im Herbst 1984 wurde die WEU reaktiviert. Die Mitgliedsstaaten der IEPG trafen sich zum ersten Mal auf der Ebene der Verteidigungsminister und einigten sich auf das Prinzip der europäischen Präferenz für den Kauf zukünftiger Waffensysteme. Man könnte sich eine Verbindung zwischen einem politischen Forum für Diskussionen, der WEU oder der zukünftigen Europäischen Union, und einem technischen Forum über Koproduktionen, der IEPG, vorstellen.

Das Problem des Weltraums

Es gibt ein weiteres wesentliches Feld für Zusammenarbeit, und zwar das der militärischen Nutzung des Weltraums. Wenn die Europäer in ihrer Diplomatie eine gewisse Unabhängigkeit erlangen wollen, dann müssen sie damit beginnen, daß sie die Informationsquellen über militärische und strategische Daten selbst beherrschen, um zu vermeiden, wie jetzt,

völlig davon abhängig zu sein, was ihnen die Vereinigten Staaten mitteilen wollen. Daraus leitet sich die Bedeutung der Herstellung eines militärischen Beobachtungssatelliten ab, der den Europäern Daten über die Streitkräfte des Warschauer Paktes und deren Bewegungen liefern würde, was sowohl für die Verteidigung als auch für die Überprüfung von Rüstungskontrollabkommen unerlässlich ist. Das Projekt eines Beobachtungssatelliten liegt zwischen Bonn und Paris auf dem Tisch, dieses Projekt muß verwirklicht werden. Was einen evtl. europäischen Satelliten für militärische Kommunikationen betrifft, so könnte er gemeinsam von Frankreich, der BRD und Großbritannien hergestellt werden.

Während im Bereich der Nuklearwaffen unterschiedliche juristische Voraussetzungen bestehen und unsere Lage unterschiedlich ist, so sind wir in Fragen des Weltraums alle gleich. Im Bereich des Weltraums gibt es keinerlei juristische Zwänge, die uns untersagen würden, das zu tun, was die anderen auch tun.

Wir sollten diese neue Etappe nicht uneinig in Angriff nehmen, wenn wir nicht eine historische Gelegenheit verpassen wollen. Unsere Mittel sind begrenzt: wir müssen sie also zusammenlegen und rationell nutzen.

Sollen wir uns auch in ein Programm wie SDI stürzen, um einen Nuklearabwehrschirm aufzubauen? Unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit und aus politischen Gründen halte ich dies nicht für richtig.

Der Aufbau eines Nuklearabwehrschirms würde den Rüstungswettlauf anheizen. Es würde bedeuten, daß man den Wettlauf zwischen dem Schwert und dem Schild auf die Nuklearwaffen überträgt, was bisher nicht der Fall war. Dies würde einen unglaublichen Ausbau der offensiven Nuklearwaffen zur Durchdringung dieses Schildes nach sich ziehen.

Wir hätten außerdem auch nicht die Finanzmittel, um ein solches Programm zu realisieren. Die USA werden in fünf Jahren für Forschung und Entwicklung dieses Systems 26 Milliarden Dollar, d.h. eineinhalb Mal soviel wie der gesamte französische Militärhaushalt ausgeben. Die Kosten werden zweifellos im Falle der Stationierung im Weltraum weiter explodieren. Dies wäre eine Verschwendung angesichts der fragwürdigen Wirksamkeit des Systems. In dem Wettlauf zwischen dem Schwert und dem Schild gewann immer das Schwert. Die geplanten Technologien des nuklearen Abwehrschildes sind zukünftige Technologien, während sich mögliche Gegenmaßnahmen auf bereits existierende Technologien stützen können (Härtung der Sprengköpfe, Verkürzung der Beschleunigungsphase).

Der Abwehrschirm, so wie er jetzt geplant ist, ist außerdem unwirksam gegenüber Cruise Missiles, seegestützten Raketen, die in Küstennähe abgefeuert werden, und Atom-bomber.

Wir würden unsere Mittel wirksamer einsetzen, wenn wir gemeinsam eine europäische militärische Weltraumtechnologie entwickeln würden. Diese könnte, ohne uns bereits festzulegen, auf friedliche Zwecke begrenzt werden, z.B. für Beobachtung und Aufklärung. Dies würde uns von den amerikanischen Aufklärungsinstrumenten unabhängig machen und würde uns eine europäische Einschätzung der Kräftegleichgewichte, der militärischen Einrichtungen und der Truppenbewegungen ermöglichen.

Das institutionelle Problem

Welche Nuklearwaffen braucht Frankreich in Zukunft unter Berücksichtigung der europäischen Dimension seiner vitalen Interessen? Welche Rolle sollen die konventionellen und die nuklearen Waffen in Zukunft spielen, insbesondere die taktischen Nuklearwaf-

fen? Was wollen wir mit der Konferenz von Stockholm und MBFR erreichen? Was wollen wir mit dem Rahmen der Konferenz von Helsinki erreichen? Wollen wir eines Tages atomwaffenfreie Zonen in Europa? Alles Fragen, die heute in Europa eine Rolle spielen und die sicher noch in den nächsten Jahren diskutiert werden. Die Antworten darauf berühren unsere Sicherheit, die Frankreichs, die unserer europäischen Verbündeten, die aller europäischer Völker. Wir sollten uns daran gewöhnen, über diese Fragen gemeinsam und im Rahmen der Gemeinschaft zu diskutieren, selbst wenn die Entscheidungen in einem gewissen Bereich unter die souveräne Kompetenz eines jeden Staates fallen.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß Europa gemeinsame Überlegungen zur Strategie entwickelt, nicht um einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten aufzubauen, sondern damit die Einschätzungen und Interessen der europäischen Mitgliedsländer des Bündnisses besser zum Tragen kommen. Wir müssen uns dabei auf das Erreichte wie die deutsch/französische Zusammenarbeit stützen. Weitere Elemente sind die europäische Politik, die reaktivierte WEU mit ihrem Ministerrat und ihrem Sekretariat zur Europäisierung der Diskussionen über die Zukunft unserer Sicherheit und unserer Verteidigung und zur schrittweisen Erarbeitung von Konzeptionen, Vorschlägen und schließlich europäischen Entscheidungen. Zur Zeit beschäftigt sich die EPZ der Zehn nur gelegentlich mit den politischen Aspekten der europäischen Sicherheit, d.h. allen Aspekten, die nicht wirklich die Verteidigung betreffen, wie der Entspannung, der Abrüstung, Ost-West-Verhandlungen, der Akte von Helsinki. Die WEU ist das einzige Forum, auf dem über die europäischen Aspekte der Verteidigung gesprochen wird. Durch Initiativen der französischen Regierung im Jahre 1984 wurden zwei neue Orientierungen deutlich. Die erste ist die Reaktivierung der WEU in der Erklärung von Rom; die sieben Mitgliedsstaaten haben dort beschlossen, die WEU als Rahmen für vertiefte Diskussionen über Fragen der Verteidigung, Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost und West, über den Beitrag Europas zur Stärkung des Bündnisses und über den Ausbau der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung zu nutzen. Zu diesem Zweck haben sie beschlossen, den Ministerrat, das Herzstück der WEU, sowie das Sekretariat zu stärken. Die zweite Initiative ist der Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union, der von François Mitterrand in seiner Rede in Straßburg im Frühjahr 1984 vorgeschlagen wurde und der eine Institutionalisierung und Verstärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit, auch im Bereich der Verteidigung, beinhalten würde. Ohne den Entwicklungen im institutionellen Bereich vorgreifen zu wollen, so zeichnet sich doch schon heute eine Übereinstimmung in doppelter Hinsicht unter den Europäern ab: Ein Abkommen unter den zehn und morgen unter den zwölf Staaten mit Spanien und Portugal zur Stärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit über die politischen Aspekte der europäischen Sicherheit und ein Übereinkommen der Sieben zur Wiederbelebung der WEU und deren Einrichtungen. Es ist überhaupt nicht notwendig, die Entwicklung zu überstürzen. Es scheint mir sinnvoller, vorläufig innerhalb der beiden vorhandenen institutionellen Rahmen, der EPZ zu Zehn und dem Ministerrat der WEU zu Sieben, konkret und pragmatisch Fortschritte zu machen. Man könnte auch daran gehen, Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Institutionen herzustellen, nach dem Beispiel der Beziehungen zwischen der EWG und dem Europarat. Sicherlich ist die WEU für eine Diskussion über Fragen der Verteidigung der geeigneteren Rahmen als die EG. Die WEU beruht auf einem Verteidigungsabkommen, dem Vertrag von Brüssel, sie hat eine geeignete Zusammensetzung, sieben ziemlich vergleichbare Mitgliedsstaaten und angemessene Mittel, einen Rat, eine Versammlung, einen Rüstungsausschuß, ein Sekretariat. Die Ent-

schließungen der parlamentarischen Versammlung der WEU sind zu diesen Themen sachbezogener als die Entschließungen des Europäischen Parlaments. Aber ein Abkommen über die Europäische Union könnte eine neue Dynamik schaffen. Das Ziel ist auf jeden Fall die Koordinierung der Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik der Länder Westeuropas.

Die Europäer wissen das. Es wäre keine Lösung, zum Atlantischen System der 50er und 60er Jahre und der absoluten Garantie des amerikanischen Nuklearschirms zurückzukehren. Man kann auch nicht ohne weiteres ein System der europäischen Sicherheit, das auf der Atomwaffenfreiheit Europas beruhen würde, akzeptieren. Der einzige Weg, der in die Zukunft weist, ist die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, parallel zu dem, was noch von der amerikanischen Garantie verblieben ist. Noch ist die Zeit nicht gekommen, daß die Europäer ihre Sicherheit selbst gewährleisten; aber die Zeit ist gekommen, daß die Europäer untereinander über ihre Politik, ihre Interessen und ihre Bedürfnisse diskutieren. Der Weg muß geöffnet werden für ein Westeuropa unter dem Schutz des Atlantischen Bündnisses, das mehr und mehr sein Schicksal selbst in die Hand nimmt.



Bloch- Sonderheft der „links“

Aus dem Inhalt: J. Robert Bloch – Dreams of a Better Life
Peter Zudeick – Bloch ausbeuten! ● Alfred Cassebaum –
Ein Stonehenge des Marxismus ● Joachim Perels – Blochs Begriff
subversiver Überlieferung

Weitere Autoren: Brumlik, Trepl, Türcke, v. Gleich, Thaa u. a.

DM 6,- plus 1,40 Porto nur gegen

Voreinsendung bei SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.
Oder im linken Buchhandel.

Norbert Meisner

Europäisierung der NATO bedeutet Aufrüstung

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik und europäische Verteidigung

Das Ziel der Sicherheits- und Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eine europäische Friedensordnung, die die Teilung Europas in feindliche Militärböcke überwindet. In einer solchen Friedensordnung kann auch die Spaltung Deutschlands überwunden werden. Dies muß nicht die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates bedeuten, wohl aber die Überwindung einer Situation, in der die beiden deutschen Staaten zum Schaden ihrer Bewohner verfeindet sind.

Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik ist daher *nicht* die dauerhafte Einbeziehung des westdeutschen Teilstaates in ein exklusives Westeuropa. Weder das NATO-Bündnis noch die Europäische Gemeinschaft sind Staatsziele der Bundesrepublik Deutschland.

Für die SPD ist die vollständige Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges Basis ihrer Politik. Zur Ausgangslage gehören mithin:

- die territoriale Ordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg,
- die Existenz zweier auf Dauer angelegter deutscher Staaten,
- die Einbindung der beiden deutschen Staaten in zwei Militärböcke,
- ein starkes militärisches Übergewicht der Sowjetunion (der »sowjetische Hegemonialdruck«, den es auszubalancieren gilt),
- die Anwesenheit der USA in Westeuropa, ohne die sich der Druck der Sowjetunion militärisch entweder nicht oder nur unter großen militärischen Anstrengungen ausgleichen läßt,
- die dauerhafte Anwesenheit und vertragliche Verflechtung der beiden Supermächte an einen zentralen Punkt deutscher Politik, in Berlin.

In diesem Spannungsfeld ist auch die Diskussion über die »Europäisierung der NATO« zu sehen. — Europäisierung ist ein Schlagwort für eine NATO-interne Debatte. Europa heißt Westeuropa. »Europäisiert« — sit venia verbo — soll die NATO werden, um aus der totalen Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten von Entwicklungen in den USA und von Interessen der USA herauszugelangen.

Die militärische Präsenz der USA in West-Europa soll durch Europäer so weit abgelöst werden, daß die USA nicht mehr mit der Drohung, ihre Truppen zu vermindern oder gar aus Europa abzuziehen, jeweils ihre Interessen gegen die der europäischen Staaten durchsetzen können. Durch die Verminderung amerikanischer Präsenz soll die Einbeziehung Westeuropas in Konflikte der Supermächte außerhalb des NATO-Bereichs vermieden werden. Durch enge französisch-deutsche Zusammenarbeit soll Unabhängigkeit von der amerikanischen Rüstungsindustrie und zugleich Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Rüstungs- und Weltraumtechnologie erreicht werden. Der Wirtschaftskrieg der USA gegen die Sowjetunion soll nicht mehr auf dem Rücken der Westeuropäer ausgetragen werden können (Cocom-Liste u.a.).

Das Konzept der Europäisierung gibt also NATO-interne Antworten auf eine amerikanische Suprematie, die das Bündnis zum Instrument zur Durchsetzung amerikanischer Interessen degradiert. Ein solches Konzept stößt in einer Zeit, in der gegen den Willen der Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung die Stationierung besonders gefährlicher amerikanischer Waffen durchgesetzt wurde, auf einen Vorschub an Sympathie.

Unterstellt man also die lobenswerte Absicht, eine unabhängige eigene Entspannungspolitik gegenüber dem Osten auch dann zu ermöglichen, wenn die US-Administration auf Kalten Krieg schaltet, so drängen sich doch Fragen auf: Wie weit ist eine europäische Declaration of Independence überhaupt durchsetzbar? In welchem Maße sind für die USA Positionen in Deutschland aufzugeben? Und: Inwieweit liegt eine Europäisierung der NATO nicht auch im amerikanischen Interesse?

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Vereinigten Staaten als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges über Rechtspositionen verfügen, die unabhängig vom atlantischen Bündnis bestehen und aus denen sie auch nicht durch eine Kräfteverlagerung in der NATO herausgedrängt werden können:

- Die USA bleiben für Deutschland als Ganzes verantwortlich.
- Die USA bleiben in Berlin als Besatzungsmacht und als Signatarmacht des Vier-Mächte-Abkommens.

Damit behalten die USA weiterhin einen erheblichen Einfluß auf die deutsche Politik. Darüber hinaus sind Europäisierungsabsicht und US-Interesse hinsichtlich der militärischen, vor allem konventionellen Aufrüstung der westeuropäischen NATO-Länder indentsch. Durch eine Europäisierung würde die Disponibilität der US-Truppen erhöht werden. Im Sinne der »Arbeitsteilung im Bündnis« stünden dann mehr US-Soldaten für die Anwesenheit — und den Einsatz — außerhalb des NATO-Gebietes zur Verfügung. Dies würde nur dann nicht zutreffen, wenn die US-Streitkräfte auf eine Stärke vermindert würden, die die Bundesrepublik gegenüber amerikanischer Erpressung tatsächlich unempfindlich machen würde. Das ist eine Frage der Größenordnung: Bei einer Viertel Million Mann US-Truppen mit modernsten konventionellen, A- und C-Waffen in der Bundesrepublik Deutschland bleibt ein großer Spielraum für französisch-deutsche Aufrüstung im Interesse der USA. Selbst bei einer Halbierung der US-Truppen — bei gleicher Bewaffnung — auf deutschem Boden ist die amerikanische Regierung zu erheblicher Einflußnahme auf deutsche Politik in der Lage.

Wenn folglich erhebliche Zweifel daran bestehen, ob das Konzept der Europäisierung überhaupt in der Lage ist, Lösungen für die NATO-Innenprobleme anzubieten, so sind die Auswirkungen auf die *Ziele* sozialdemokratischer Politik im wahrsten Sinne des Wortes verheerend:

Europäisierung bedeutet Aufrüstung

Während sich immer mehr Menschen darüber klar werden, daß Mitteleuropa schon weit über das sinnvolle Maß hinaus militarisiert, angefüllt mit Waffen und Soldaten ist, und daß ökologische, ökonomische und soziale Probleme innerhalb der Bundesrepublik und im internationalen Verbund eine Reduzierung der Rüstungskosten erfordern, bringt die Europäisierung erhöhte Rüstungsausgaben und mehr Soldaten, wenn sie die US-Militärmacht in Europa auch nur im entferntesten ersetzen soll. So wird ja auch der französischen Seite die Sache schmackhaft gemacht: Aufstellung gemeinsamer 30 Divisionen konventioneller Truppen, Ausweitung des französischen Atomschirms auch für die Bundesrepublik und deutsche Finanzkraft für französisch-deutsche Rüstungsvorhaben.

Wer die Rüstungsausgaben zunächst stoppen und dann reduzieren will — und so hatte sich die SPD in Essen doch entschieden —, der darf nicht gleichzeitig ein regionales Rüstungsprogramm befürworten.

Europäisierung bedeutet Absage an das Konzept der Sicherheitspartnerschaft

Die Ersetzung amerikanischer Militärmacht durch Frankreich und Westdeutschland ist für niemanden verlockend, weder für die Völker, die die neue Rüstung zu bezahlen haben, noch für die anderen Westeuropäer, die sich dem Block anschließen müssen, noch für die Osteuropäer, mit denen wir eine Sicherheitspartnerschaft anstreben. Sicherheitspartnerschaft heißt doch, die eigenen Militäranstrengungen auch mit den Augen dessen zu sehen, gegen den sie gerichtet sind, und seine Reaktion mit einzubeziehen. Wie muß denn der sowjetische »Sicherheitspartner« die deutsch-französische Aufrüstung sehen? Wenn sich die anfängliche Freude im Kreml über die Reduzierung amerikanischen Einflusses auf Westeuropa gelegt haben wird, wird sich die neue Militärmacht in sowjetischen Augen wie eine Kombination von bonapartistischer und faschistischer Bedrohung Rußlands ausnehmen. Für die Sowjetunion wird keine Bedrohung reduziert, sondern eine neue wird hinzugefügt. Wer meint, auf diese Weise einen neuen Weg für Entspannungspolitik betreten zu können, der leugnet die Lehre der letzten Jahre, daß sich nämlich Entspannungspolitik auch auf das Gebiet von Rüstungen und Truppen erstrecken muß, wenn sie dauerhafte Erfolge zeitigen soll.

Die in Europa entbehrlichen amerikanischen Truppen werden wahrscheinlich nicht zur Behebung von Umweltschäden in Oklahoma oder als Sozialarbeiter in der Bronx, sondern zur Verstärkung des amerikanischen Engagements in der Welt eingesetzt. Die schon längst geforderte Arbeitsteilung im Bündnis könnte Platz greifen: Die europäische NATO-Front übernehmen die Westeuropäer selbst und die USA können verstärkt in Asien, Afrika und Lateinamerika auftreten. Auf jeden Fall steigt die Militärkraft des Westens und die konservative Militärmacht UdSSR wird genauso reagieren wie bisher immer: Sie wird aufrüsten.

Europäisierung bedeutet westeuropäischer Imperialismus

Frankreich ist zwar längst nicht an so vielen Punkten der Welt engagiert wie die Vereinigten Staaten, aber es gibt auch unter sozialistischen Präsidenten das ungebrochene Bewußtsein einer imperialistischen Macht, und man benimmt sich entsprechend: Mit Truppen im Libanon und im Tschad, mit Einflußpolitik in Mittelamerika und im Maghreb, mit Atombombenexplosionen im Stillen Ozean. Es spricht viel dafür, daß die Vereinigung mit westdeutscher Wirtschaftskraft keine Beschränkung auf Europa bewirkt, sondern im Gegenteil eine Ausweitung imperialer Entfaltung von Macht und Einfluß. Und vielleicht ist es genau das, was man sich auf deutscher Seite erhofft: Endlich nicht mehr als »politischer Zwerg« auftreten zu müssen, wo man doch wirtschaftlich ein Riese ist. Ein sozialdemokratisches Konzept für deutsches Auftreten in der Welt läßt sich mit diesen Gedanken schwerlich vereinbaren.

Europäisierung bedeutet Festschreiben der europäischen Teilung

Eine französisch-deutsche Allianz der geschilderten Art schließt jede Art von militärischen Disengagements in Mitteleuropa aus. Eine Bundesrepublik, die den Palme-Plan verwirklicht, deren östliche Hälfte demnach kernwaffenfrei und militärisch verdünnt ist, kann nicht gleichzeitig Teil einer von US-Truppen freien, militärisch starken europäischen NATO-Säule sein. Notwendig sind atomwaffenfreie Zonen quer durch Europa, militärisches Auseinanderrücken der Supermächte, militärische Verdünnung und defensive Um-

rüstung, Nichtangriffsverträge zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO. Ein Netz wechselseitiger ökonomischer Verflechtung und kulturellen und politischen Austausches sind Etappen auf dem Weg zu diesem Ziel, nicht jedoch die westeuropäische Neuauflage einer Politik der Stärke.

Die Gegenfrage mag gestellt werden: Und was ist mit den Amerikanern? Wie vermeidet es derjenige, der eine Ablösung amerikanischer Militärmacht durch verstärkte westeuropäische Anstrengungen ablehnt, daß weiterhin deutsche und europäische Sicherheitsinteressen amerikanischen Weltmachtinteressen untergeordnet werden?

Die Antwort wird lauten: Auch die Wege zu einer europäischen Friedensordnung sind nicht ohne die Amerikaner einzuschlagen, man kann sie weder wegdenken noch wegrüsten. Auch dies gehört zu einer Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Deutsche Sicherheitsinteressen müssen von deutschen Regierungen durchgesetzt werden. Die NATO bietet sich als die Organisation an, in der diese Konflikte auszutragen sind. Dazu müssen deutsche Regierungen erst einmal konfliktfähig werden. Die Stationierung der Pershings gegen deutsche Sicherheitsinteressen war nämlich kein solcher Konflikt, die USA haben sich nicht brutal über ein deutsches Veto hinweggesetzt, sondern deutsche Regierungen haben diese Waffen erst angefordert und dann ihre Stationierung gutgeheißen.

Wenn 1987 eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den Parteitagsbeschlüssen von Köln und Essen folgt und auf die Rücknahme der Stationierung drängt, wird aber der Abbau dieser Waffen solch ein Konflikt sein. Dies wäre ein erster Schritt. Weitere Schritte, was Bewaffnung, Strategien, Truppenstärken und vor allem die Rüstungsausgaben betrifft, müssen folgen. Man soll sich nicht irre machen lassen durch das Gerede von der eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik gegenüber einer Siegermacht des Zweiten Weltkrieges. Eine souverän auftretende, deutsche und europäische Sicherheitsinteressen vertretende Bundesregierung ist politisch stark genug, um über die Waffen auf bundesdeutschem Boden zu entscheiden.

Dieser Konflikt wird der augenfällige Test darauf sein, ob deutsche Interessen in der NATO auch dann gut aufgehoben sind, wenn sie nicht mit denen der Führungsmacht übereinstimmen. Denn das ist für uns der Zweck des Bündnisses: Sicherheit zu gewinnen und Krieg zu verhindern, nichts anderes! Auch in diesem Konflikt werden wir Partner in der NATO brauchen, aber das werden eher Dänen, Holländer und Belgier sein als die Franzosen, die, obwohl selbst aus der militärischen Integration der NATO ausgeschieden, aus durchsichtigen nationalen Gründen für die Aufstellung der Pershing II in der Bundesrepublik eingetreten sind.

Und die Amerikaner? Zbigniew Brzezinski schrieb schon 1966, es sei eine Aufgabe, würdig der Vereinigten Staaten von Amerika, die Teilung Europas zu überwinden. Die USA können auf diesem Wege wenig verlieren: Sie verlieren ein Drohpotential gegenüber der Sowjetunion; aber eben dies ist für unsere Sicherheit unerträglich. Sie verlieren auch einen Krisenherd, der nicht zuletzt ihre eigene Sicherheit bedroht. Sie gewinnen ein beruhigtes und befreundetes Europa.

Albert Statz

Das einzige Mittel gegen eine Westeuropäisierung der Militärpolitik ist eine politische Strategie einseitiger Abrüstung

Replik auf Norbert Meisner aus grün-alternativer Sicht

Die Arbeit der Zuspitzung

Ein bemerkenswerter Vorgang: der stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner SPD spricht sich im Ergebnis unmißverständlich gegen eine Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik aus. Die vier Argumente gegen eine Westeuropäisierung bestechen und wären höchstens noch zu gewichten oder zu ergänzen: so die drohende direkte Militarisierung der EG-Integration und der Wirtschaftsstrukturen durch einen Aufrüstungsschub; die Verschleierung amerikanischer Hegemonialpolitik durch ein Konzept transatlantischer Arbeitsteilung, in die Westeuropa eingebettet bleibt.¹ Notabene: Es ist schon fatal, den Etikettenschwindel mitzumachen und von »Europäisierung« zu reden, soll dies doch unterstellen, mit einer Westeuropäisierung der Militärpolitik sei bereits ein Schritt in Richtung auf eine *gesamteuropäische* Friedensordnung getan. *Meisner* argumentiert völlig zu recht, daß das Gegenteil der Fall ist. Nur sollte der gute Klang, den der Begriff »Europäisierung« in der Friedensbewegung hat, weil mit ihm die Überwindung der Konfrontation der Blöcke in Europa verbunden ist, nicht durch die Sprache der Herrschenden verfälscht werden. Denn diese haben »Europa« immer auf die ökonomische, politische und militärische Integration *Westeuropas* reduziert, und von diesem ideologischen Muster des »roll-back« sollten sich auch die Sozialdemokraten befreien. Eine »neue Ostpolitik« von einer Position der Stärke Westeuropas betreiben zu wollen², würde — trotz besserer Absichten — das gleiche Schicksal erleiden wie eine Entspannungspolitik ohne Abrüstung: sie gerät in das Fahrwasser eines neuen »Kalten Krieges«, wenn dies von den Konservativen auf beiden Seiten des Atlantiks angesagt ist.

Die deutliche Kritik an der Westeuropäisierung steht in Widerspruch zu einer breiten, bis in die Linke hineinreichenden Strömung in der SPD. Denn dort avanciert »Europa« gerade zur Achse und zum Fluchtpunkt einer neuen, umfassenden politischen Strategie.³ Nach Glotz stellt »Europa« die konkrete Utopie dar, um einen neuen historischen Block zu schmieden und die Hegemonie sozialdemokratischer Reformpolitik gegen die Rechte zurückzugewinnen unter gleichzeitiger Ausgrenzung der radikalen Kritik seitens der neuen sozialen Bewegungen und der grün-alternativen Partei. Westeuropa ist nah und fern zugleich. Über die internationale Wirtschaftsverflechtung und die politische Einbindung der BRD kann sich Politik nicht einfach hinwegsetzen; die westdeutsche Friedensbewegung sieht sich aber durch die Westeuropäisierung mit einer politischen Ebene konfrontiert, auf der eine politische Einflußnahme noch schwieriger ist als in nationalem Rahmen. Die westeuropäischen Friedensbewegungen haben erst in Ansätzen einen neuen Internationalismus entwickelt — um so stärker muß jede Westeuropäisierung als politische Enteignung wirken. Eine solche Strategie der Sozialdemokratie hat Tradition: Schon Anfang der fünfziger Jahre glaubte die SPD, den Kampf um Mitbestimmungsrechte und gesamtgesellschaftliche Planung, den sie auf nationaler Ebene bereits verloren hatte, auf westeuropäischer Ebene vielleicht doch gewinnen zu können. Heraus kam dabei nur die Zementierung des Status quo und die endgültige Absage an jede Form eines »dritten Weges«.

Die Arbeit der Zuspitzung kann für Friedensbewegte — welcher politischen Couleur auch immer — nicht darin bestehen, sozialdemokratische Hegemonie zum Maßstab dafür zu machen, was als realistisch und daher sinnvoll angesehen werden kann — wie es auch nicht ausreichen kann, diese der SPD in unserem politischen System naturgemäß eigene Absicht bloß zu denunzieren. Die Friedensbewegten müssen die politische Situation so zuspitzen, daß einerseits ihre Kritik und Forderungen, die auch in weiten Teilen der Bevölkerung Gehör gefunden haben, in eine Politik umgesetzt wird, die erste Schritte als sinnvoll und möglich erweist, um dadurch die Zustimmung in der Bevölkerung zu vergrößern. Andererseits haben sie den Widerspruch dieser konkreten Politik zu ihrer politischen Identität offenzulegen, zu diskutieren, ins politische Bewußtsein umzusetzen und auszuhalten. Das Problem des »kleineren Übels«, dem sich die Friedensbewegung nach dem Beginn der Raketenstationierung gegenübersteht, besteht ja nicht darin, daß statt weitergehender Forderungen nun noch kleinere Schritte angesagt seien. Vielmehr darf die Friedensbewegung — und dürfen die Grün-Alternativen — nicht selbst zu »realistischen Sozialdemokraten« werden, so wie die SPD Ende der siebziger Jahre in ihrer Politik von der FDP kaum mehr unterscheidbar war, weil sie glaubte, sie müsse diesen Preis zahlen, um an der Regierung zu bleiben. Für linke Sozialdemokraten stellt sich dieses Problem so dar: in eine »linkere« Partei eingesperrt, die die Identität sozialdemokratischer Reformansprüche aufrechterhalten soll, werden sie doch nur zum Alibi für rechtendere Regierungspolitik. In der gegenwärtigen friedenspolitischen Debatte in der SPD zeigt sich ganz deutlich diese »Arbeitsteilung« — die Bundestagsfraktion arbeitet im Verteidigungsausschuß bei der Haushaltsdebatte den Parteitagbeschuß zur »strukturellen Nichtangriffsfähigkeit« klein zu einer zögerlichen, aber deutlichen Zustimmung zur konventionellen Aufrüstung.

Von der Wirklichkeit des Wünschens

Das eigentliche Problem der Argumentation von Meisner besteht darin, daß nicht nur der Begriff einer politischen *Strategie* gegenüber der Westeuropäisierung fehlt, sondern dies durch seine Argumentation systematisch verbaut wird. Meisner mißt die Westeuropäisierung an den *Zielen* sozialdemokratischer Politik. Aber die Auswirkungen des realen Kapitalismus waren für die Ziele sozialdemokratischer Politik schon immer »im wahrsten Sinne des Wortes verheerend«. In der abstrakten Trennung und Gegenüberstellung von »Ausgangsbedingungen« und »Zielen« liegt die Wurzel sozialdemokratischer Hilflosigkeit. Solange die Ausgangsbedingungen nur beschrieben und nicht analysiert werden, weil man den Boden der Realität nicht unter den Füßen verlieren will, solange vermischen sich — in Meisners Artikel auf verwirrende Weise — die Ziele der kritisierten etablierten Politik mit den eigenen friedenspolitischen Absichten. Die »Selbstbehauptung« Europas, die durch Westeuropäisierung erreicht werden »soll«, erscheint dann als Ziel akzeptabel, verkehrt sich in der herrschenden Politik aber leider ins Gegenteil. Die »lobenswerte Absicht« sozialdemokratischer NATO-Reformer pervertiert sich aber gerade dadurch, daß die Ausgangslage, so, wie sie ist, akzeptiert und festgeschrieben wird. Da hilft dann nur, am hehren politischen Ziel festzuhalten, in dem wir — vielleicht — alle einig sind und das wir dann als Wirklichkeit ausgeben, weil es jeder vernünftige Mensch eigentlich anstreben muß.

So verschwimmt, wer eigentlich die politischen Subjekte sind, was sie wollen und *gegen wen* die Ziele durchgesetzt werden müssen. Eine Analyse der Ausgangsbedingungen — die Bedeutung der NATO für die Kriegsgefahr, die Absichten, die mit einer Westeuropäisie-

rung bei denjenigen verbunden sind, die sie betreiben, die Ausweglosigkeit militärischer Gleichgewichts- und Abschreckungspolitik — ist aber unerlässlich, wenn mit einer politischen Strategie die Veränderung der Verhältnisse erreicht werden soll. Denn nur dann ist überhaupt auszumachen, wo angesetzt werden soll und wo die Widerstände gegen eine alternative Politik liegen.

Es reicht dabei auch nicht aus, zu betonen, eine westdeutsche Regierung müsse überhaupt erst einmal »konfliktfähig« werden — die gegenwärtige sei es nicht. Dies kann ja lediglich die allererste Bedingung dafür sein, daß man die eigenen Ziele ernst nimmt. Um so befremdlicher ist es, wenn auf dem Essener Parteitag dem Parteivorstand und Erhard Eppler die Formulierung abgerungen werden muß, eigene Sicherheitsinteressen in der NATO nicht nur zu definieren und einzubringen, sondern auch *durchzusetzen*. Das Verhältnis zur NATO wird in weiten Kreisen der SPD tabuisiert, weil die NATO zum gesellschaftlichen Konsens in der BRD gehört. Hier rächt sich auch die voluntaristische Interpretation des Grundgesetzes bei Meisner: Der Hinweis, weder das NATO-Bündnis noch die EG seien »Staatsziele« der BRD, sondern eine gesamteuropäische Friedensordnung, ist naiv. Die NATO ist Teil der Staatsraison der BRD, sie ist »in uns«, weil sie für mehr steht als für eine westeuropäisch-amerikanische Militärstrategie.

Sie steht für eine Absage an einen »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die die SPD mitvollzogen und dadurch im Bewußtsein der Bevölkerung mit abgesichert hat. Sie steht für eine Bedrohungsanalyse, für die Vorstellung eines »sowjetischen Hegemonialdrucks«, die Meisner schamhaft unter seinen »Ausgangsbedingungen« versteckt und damit unhinterfragt läßt. Sie steht als Organisation für eine Hegemonialpolitik der USA mittels militärischer Integration, atomarer »Sicherheitsgarantie« und Truppenpräsenz; und sie steht für eine Aufrechterhaltung der Spaltung Europas, die durch die Gründung der Bundesrepublik und durch die Verabschiedung des Grundgesetzes besiegelt wurde. Dies ist die Realität der NATO, und man kann nicht einfach für eine Erneuerung der Politik plädieren und die Strukturen, die bislang die alte Politik festgeschrieben haben, unangetastet lassen. Alles aufrechte Wünschen, die Wirklichkeit solle anders sein und die Sozialdemokraten täten im Rahmen des Möglichen ihr Bestes, nützt da nichts. Wer die Fakten ignoriert, die der Realisierung der eigenen Ziele entgegenstehen, dessen politische Ziele geraten zu schlechten Utopien.

Die Politik der Naivität

Das alte Trauma der Sozialdemokratie, als vaterlandslose Gesellen abgestempelt zu werden, wirkt — »europäisiert« und im Rahmen der NATO —, weil nationale Lösungen nach dem Zweiten Weltkrieg desavouiert waren, ungebrochen fort. Die Anti-Amerikanismus-Schelte der CDU/CSU hat dies noch verstärkt. Für Glotz und die Mehrheits-SPD wird das Thema »Frieden« für die kommenden Bundestagswahlen kaltgestellt, eine grünrote Kooperation mit dem Hinweis auf die unüberbrückbaren Gegensätze in der Sicherheitspolitik abgelehnt.

Und die linke, friedensbewegte Sozialdemokratie reagiert darauf, indem sie ihre eigene Hilflosigkeit bloß auf die Grünen projiziert. Denn die simple Parole »Raus aus der NATO«, auf die Meisner sich bezieht, ist als konkrete Forderung an eine neue westdeutsche Außenpolitik immer nur von kleinen Teilen der Grün-Alternativen vertreten worden — die entsprechende Kampagne, die Friedensbewegung darauf zu orientieren, kam aus Teilen des unabhängigen, antiimperialistischen Lagers. Allerdings wird bei den Grün-Al-

ternativen an Blockauflösung und NATO-Austritt als langfristige Perspektive durchaus festgehalten. »Naiv« ist nicht, wer seine Einsicht ernstnimmt, daß nur radikale Änderungen eine Friedenspolitik ermöglichen und diese Erkenntnisse dann auf die konkreten Möglichkeiten der Politik anwendet, sondern wer sich an den »Ausgangsbedingungen« festklammert und keine Strategien zur Durchsetzung mehr entwickelt.

Meisner schreibt, die Wege zu einer europäischen Friedensordnung seien nicht ohne die Amerikaner einzuschlagen. Dies behauptet kaum jemand. Wichtiger ist, daß sie offensichtlich gegen die herrschende US-Politik — und nicht nur die der Reagan-Administration — durchzusetzen sind. Man muß das bessere Amerika, das nach Meisner ein Eigeninteresse an europäischer Friedenspolitik haben soll, wohl erst darauf stoßen. Eine USA, die den Ost-West-Konflikt auch deshalb gezielt verschärft, um mit dieser politischen Strategie den Verlust ihrer ökonomischen und politischen Vorherrschaft im westlichen Bündnis zu kompensieren, wird dies nicht freiwillig tun — dies anzunehmen ist nicht nur dann naiv, wenn man sich dabei, wie Meisner, auf den Kalten Krieger Brzezinski beruft.

Die Tatsache, daß gravierende weltpolitische Veränderungen nicht durch eine Ignorierung der USA zu erreichen sind, kann noch nicht als Begründung dafür herhalten, eine Lösung sei nur im Rahmen der NATO vorstellbar. »Die NATO bietet sich als Organisation an, in der diese Konflikte auszutragen sind« — diese Aussage beschreibt nicht allein die »Ausgangslage«. Sie schreibt den Rahmen fest, in dem sich sozialdemokratische Sicherheitspolitik letztlich bewegt. Das Mittel — die NATO — wird zur Schranke der Politik. Was passiert denn, wenn die USA den Konflikt zu ihren Gunsten entscheiden, eine Konsensbildung über sozialdemokratische Politik einfach ablehnen? Nichts deutet darauf hin, daß die SPD-Links sich Gedanken über eine Strategie in dieser Situation macht oder auch nur öffentlich Rechenschaft über dieses Problem ablegt.

Hier naiv zu bleiben, ist selbst Politik, wenn auch schlechte, weil sie sich in der eigenen Partei und gegenüber der Friedensbewegung selbst entmündigt. Inwieweit die (linke) SPD sich auf eine öffentliche Diskussion darüber einläßt, wird ein wichtiges Kriterium für die Ernsthaftigkeit ihrer friedenspolitischen Initiativen sein.

Die Grün-Alternativen haben in diesem Punkt Position bezogen: ein Prozeß einseitig-unabhängiger Abrüstungsschritte, für den wir eintreten, wird über kurz oder lang die »NATO-Frage« stellen. Das kann schon beim Abzug der Pershing II der Fall sein, aber eventuell erst bei der vollständigen Entnuklearisierung der BRD oder noch später. Wir verbreiten nicht die Illusion, daß sich substantielle friedenspolitische Schritte in der NATO, so wie sie heute ist, verwirklichen lassen. Daß unsere Forderungen Sprengstoff für den NATO-Zusammenhalt in sich bergen, ist für uns noch kein Grund, Abstriche davon zu machen. Im Gegenteil: wenn sich in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung unserer Forderungen die »NATO-Frage« stellt bzw. die NATO-Mitgliedschaft zur Diskussion steht oder die NATO in eine Zerreißprobe geführt wird, so ist es uns gerade recht. Denn wir sind der Meinung, daß es mit der NATO auf Dauer keinen Frieden geben kann.

Es ist müßig, über die zeitliche Dimension zu spekulieren, wann solche Entwicklungen eintreten. Wenn von Bülow den Abzug der Amerikaner auf das Jahr 2001 datiert, so hat dies etwas vom St.Nimmerleins-Tag, auf den das vertagt wird — was nichts an seinem Verdienst ändert, in der SPD ein Tabu gebrochen zu haben. Wir müssen durch eine andere Politik erst einmal die NATO in unseren Köpfen bekämpfen: sie darf kein Hindernis für eine richtige Politik sein, und wenn wir offensiv für unsere Politik eintreten, dann wird die NATO auch im Bewußtsein der Bevölkerung kein Fetisch mehr sein.

Einseitige Abrüstung als politische Strategie

Die Friedensbewegung entkommt dem Scheinrealismus, der mit dem Hinweis auf den NATO-Rahmen einer neuen Friedenspolitik gegeben ist, nur, wenn sie ein neues friedenspolitisches Prinzip in den Köpfen und Herzen verankert, das die Logik der gegenwärtigen Politik durchbricht und dennoch geeignet ist, konkrete Einzelschritte einzuleiten. Dies kann unseres Erachtens nur durch die Strategie unabhängiger, einseitiger Abrüstungsschritte erreicht werden.⁴

Peter Glotz macht es sich zu einfach, wenn er auf das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung verweist, das durch eine »Mobilisierung von rechts« gegen einseitige Abrüstungsschritte ausgenutzt werden könnte.⁵ Einseitige Abrüstungsschritte, das hat die Friedensbewegung gezeigt, sind gerade aus ethisch-christlicher Motivation heraus, den ersten Schritt zur Verständigung zu tun, durchaus der Bevölkerung zu vermitteln — nur erforderte dies eine eigene politische Offensive der Linken. Als politische Strategie soll einseitige Abrüstung zudem die Bedrohungsvorstellungen einem Lernprozeß unterwerfen und Sicherheitsbedürfnisse nicht nur einfach festschreiben.

Wenn es richtig ist, daß das Gleichgewichtsdenken eine der wesentlichen Ursachen für die Ineffektivität der bisherigen Rüstungskontrollpolitik ist, bietet nur eine Strategie, die sich grundsätzlich von dieser Logik abkoppelt, einen Ausweg aus der Aufrüstungsspirale. Das Bekenntnis zu einseitiger Abrüstung bedeutet damit den Einstieg in eine neue Außenpolitik, die auf internationale Verständigung und ein gemeinsames Bemühen um eine Verringerung der Kriegsgefahren gerichtet ist.

Einseitige Abrüstungsschritte, eingebettet in eine konsequente Politik militärischer Nichtbedrohung, sind die wirksamsten vertrauensbildenden Maßnahmen. Sie eröffnen neue Bewegungsspielräume für bilaterale Verhandlungen und ermöglichen auch der Gegenseite einen Verzicht auf eine offensive Militärstrategie.

Die Politik einseitiger Abrüstung von westlicher Seite stärkt die Position der autonomen Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa, weil sie wesentlichen Begründungsmustern für deren Unterdrückung (»Schwächung der Verteidigungsbereitschaft im Angesicht eines aggressiven Gegners«) die Glaubwürdigkeit entzieht.

Einseitige Abrüstungsschritte richten sich nicht nur an das gegnerische Militärbündnis, sondern auch an das eigene Lager. Denn auch hier herrschen tiefverwurzelte Bedrohungsängste. Diese Ängste beruhen nicht nur auf irrealen Feindbildern, sondern entsprechen der Realität furchterzeugender Vernichtungspotentiale, konträrer weltpolitischer Interessen der Supermächte und gegensätzlicher ökonomischer und politischer Systeme. Gelingt es, eine wechselseitige Abrüstungsdynamik in Gang zu setzen, so kann dies zum allmählichen Abbau von Feindbildern und Bedrohungsängsten führen. — Auf dieser Grundlage wird ein neues Verhältnis der europäischen Staaten zueinander möglich. Handlungsspielräume für eine eigenständige, blockunabhängige Politik eröffnen sich.

Für die verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung kann eine Strategie der einseitigen Abrüstung zur bündnispolitischen Klammer werden, da es möglich ist, sich von unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen aus und mit unterschiedlichen Begründungen auf dieses Prinzip zu beziehen. Das gilt sowohl für ein allgemein pazifistisches Bekenntnis wie für eine anti-imperialistische Position, die den westlichen Kapitalismus in der Offensive sieht. Aber auch wer von Gleichgewichtsdenken und Abschreckungslogik als herrschender Sicherheitsdoktrin loskommen will, kann und muß sich konsequenterweise auf eine Strategie einseitiger Abrüstung verständigen.

Einseitige Abrüstung heißt nicht, sofort alle Waffen zu verschrotten. Eine solche Methode ist wegen der tiefverwurzelten Bedrohungsängste weiter Teile der Bevölkerung auf Jahre hinaus unrealistisch. Einseitige Abrüstung ist ein friedenspolitisches Prinzip, ein schrittweiser Prozeß. Die Aufrüstungsdynamik soll in eine Abrüstungsdynamik umgekehrt werden und so eine ganz neue Art von Außenpolitik einleiten. Wir müssen aufhören, erst dann Abrüstungsschritte überhaupt in Erwägung zu ziehen, wenn der Gegner bereits entsprechende Vorleistungen erbracht hat, und dürfen nicht länger unsere Waffenarsenale mit den Waffenkammern unserer Gegner legitimieren. Diesem Denkschema, das der Nährboden für die scheinbar unaufhaltsame Rüstungsspirale war und ist, muß die Bereitschaft, ohne Vorbedingungen schrittweise anzufangen, entgegengesetzt werden.

Um eine Abrüstungsdynamik in Gang zu setzen, darf einseitige Abrüstung keine Eintagsfliege sein und sich nicht auf Einzelmaßnahmen beschränken. Notwendig ist vielmehr ein kontinuierlicher Prozeß aufeinander folgender Schritte — unabhängig davon, wie sich die Gegenseite verhält. Selbstverständlich erwartet und erhofft man sich positive Reaktionen, wie entspannungsfördernde Handlungen und natürlich ganz konkrete Abrüstungsschritte. Nur durch einen Verzicht auf's »Erbsenzählen« allerdings kann eine derartige Politik glaubwürdig wirken und so der Gefahr entgegen, als billiger Propagandatricks abqualifiziert zu werden. Man braucht sich also nicht zu wundern, daß in der Vergangenheit die vereinzelt einseitigen Maßnahmen der USA und der UdSSR wirkungslos verpufften. Und nur eine glaubwürdige Politik vermag mit Hilfe der Öffentlichkeit den notwendigen politisch-moralischen »Abrüstungsdruck« zu erzeugen, von dem der Erfolg der Strategie im wesentlichen abhängt. Eine Politik der Einseitigkeit setzt damit auch bewußt auf eine Friedenspolitik von unten, d.h., auf den Druck unabhängiger Basisbewegungen auf die Regierungen in West und Ost. Darüber hinaus besteht die »ungeahnte« Chance eines gesellschaftlichen Lernprozesses, der durch die Auseinandersetzung um eine neue Sicherheitspolitik initiiert werden soll.

Der Einstieg in den Ausstieg

Die Auseinandersetzung um einen Einstieg in eine neue Außen- und Friedenspolitik sollte sich daher nicht primär an Minimalplattformen à la Mechttersheimer und Alternativmodellen à la Defensivverteidigung entzünden.⁶ Sicherlich ist ein Katalog von ersten Schritten zur Abrüstung unerläßlich, ebenso wie in Richtung auf eine Politik der Vertrauensbildung und der sicherheitspolitischen Selbstbeschränkung, der Zurücknahme gesellschaftlicher Militarisierungstendenzen und der Ausweitung demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Außen- und Militärpolitik. Allzuleicht steht die Kontroverse um die konkrete Ausgestaltung dieser Forderungen für die grundsätzliche Auseinandersetzung bei den Grünen und der SPD, ob es eine Kooperation überhaupt geben soll oder nicht. Dabei geraten die Kontrahenten in die falsche Alternative: entweder die Höhe der Forderungen herunterzuschrauben, weil die Kooperation ungeachtet ihres Preises angestrebt wird; oder sie möglichst weitgehend zu formulieren, weil eine solche Kooperation per se als Verrat an den Positionen der Friedensbewegung begriffen wird.

Mit dem »Realismus« der SPD ist das so eine Sache: Basisorientierung und Radikalität der Friedensbewegung — in einer Perspektive »von oben« — wird in eine »Akzeptanzkrise« der Militärpolitik umgedeutet. Für sozialdemokratischen Pragmatismus ist die Friedensbewegung »Teil dieses Problems« — und nur deren radikale Identität zwingt dazu, auch real Politik zu verändern und nicht nur den gesellschaftlichen Konsens wiederherzu-

stellen. Da die Friedensbewegung in ihrem »Fundamentalismus« aber — à la Glotz — nicht einfach ausgegrenzt werden kann, muß sie eine *politische Strategie* entwickeln. Ihre *Forderungen* müssen in eine konkrete Regierungspolitik integriert werden, ohne daß sie dabei als außerparlamentarische *Bewegung* — etwa durch die Rolle der Grün-Alternativen — in die »Regierungsverantwortung« genommen wird. Eine solche »antagonistische Kooperation« ist aber nicht einfach nur eine Frage des »Politikmachens«, wenn sie nicht zu bloßer Taktik verkommen will — sie bedarf zuallererst anderer politischer Inhalte.

Die eigentliche Frage, an der sich entscheidet, ob eine Bundesregierung die Forderungen der Friedensbewegung aufnimmt oder nicht, und ob sich daher auch Kooperationsmöglichkeiten zwischen Grün-Alternativen und der SPD auf parlamentarischer Ebene ergeben, liegt jedoch in dem neuen *Prinzip* von Außenpolitik, das mit der Strategie der Einseitigkeit gegeben ist. Nur wenn eine radikale Absage an die Prinzipien von Abschreckung und Gleichgewicht erfolgt und eine westdeutsche Regierung selbstständig einseitige Schritte vollzieht, ist ein »Einstieg in den Ausstieg« aus Rüstungswahn und Kriegsgefahr gegeben.

Hier ist die SPD-Linke gefordert. Dies ist die einzige Alternative zu einer bloßen »Reform« der NATO durch eine Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik, die die bestehenden Strukturen nicht in Frage stellt. Die »fundamentalistischen« Positionen der Friedensbewegung sind das einzige Unterpfand dafür, daß substantielle Veränderungen auch von Dauer sind. Wenn die Friedensbewegung — und die Parteien, die sich auf sie berufen — aber keine politische Durchsetzungsstrategie entwickeln, bleibt die in ihrer Unbedingtheit liegende Stärke der Friedensbewegung hilflos. Mit der einseitigen Abrüstung ist eine solche Strategie anvisiert. Wenn die SPD glaubwürdig gegenüber der Friedensbewegung — und nicht gegenüber der NATO — sein will, muß sie sich zu einer solchen Strategie durchringen. Auf gemeinsame erste Schritte wird man sich dann schon einigen.

Ob die SPD einen solchen Bruch mit ihrem bisherigen Politikverständnis vollziehen wird, muß gegenwärtig sehr skeptisch beurteilt werden.

Anmerkungen

- 1 Zur Einschätzung der Tendenzen der Westeuropäisierung von grün-alternativer Seite vgl. Die Grünen (Hrsg.): *Euromilitarismus. Zur Bedeutung der »Europäisierung der Sicherheitspolitik«*, Köln/Bonn 1985; Die Grünen (Hrsg.): *Militärgrößmacht Westeuropa?*, Köln/Bonn 1985.
- 2 Vgl. etwa Karsten D. Voigt: *Motive und Ziele der ersten und zweiten Ostpolitik der SPD. Eine Antwort*. In: *Kommune* 3, 9 (September 1985), S.41-43.
- 3 Vgl. Peter Glotz: *Manifest für eine Neue Europäische Linke*, Berlin/W. 1985; ders.: *Die Arbeit der Zuspitzung*, Berlin/W. 1984, S.98ff.; Horst Ehmke: *Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas*. In: *SPD-Materialien. Reihe Politik* 1/1984 — die von der SPD-Bundestagsfraktion im April 1984 »zustimmend zur Kenntnis genommene« Fassung wurde allerdings hinsichtlich der Abgrenzung von den USA erheblich entschärft.
- 4 Die Strategie einseitiger Abrüstung ist näher beschrieben in: *Alternative Liste Berlin, Friedensbereich: Zum Thema Einseitige Abrüstung*, Berlin/W. März 1985. Eine theoretische Fundierung des Konzepts findet sich in: Volker Böge/Peter Wilke: *Sicherheitspolitische Alternativen. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Diskussion*. Baden-Baden 1984, S.19-56. Die folgenden Erläuterungen sind ein Auszug aus einer Kurzfassung des Konzepts in: Die Grünen: *Frieden und Freiheit durch einseitige Abrüstung — bei uns anfangen!* Diskussionsbeiträge zum Ratschlag der Friedensbewegung. Bonn, Juni 1985. Zur Bedeutung der Kooperation der blockunabhängigen Friedensbewegungen für eine Strategie einseitiger Abrüstung vgl. die Antwort des Friedensbereiches der AL Berlin auf den Prager Appell vom März 1985, die in der November-Ausgabe der »Stachligen Argumente« der AL Berlin erscheint.
- 5 Peter Glotz: *Die Arbeit der Zuspitzung*, a.a.O., S.75f.
- 6 Vgl. Günther Baechler/Albert Statz: *Statt alternativer Militärmodelle und Minimalplattformen — Einseitige Abrüstung als politische Strategie*. In: *Kommune* 3, 10 (Oktober 1985), S.23-26.

Berichte

Jürgen Blume und Frank Heidenreich

Friedensbewegung, Europäische Identität und sozialistische Perspektiven

4. Internationales Otto Bauer Symposium, Wien 26. bis 29. September 1985*

Wer bei den vorangegangenen Symposien dabei war, konnte über das spürbar veränderte politische Umfeld überrascht sein. Gab es beim letzten Treffen vor dreieinhalb Jahren noch starke Abgrenzungsbedürfnisse seitens der österreichischen Partei (öffentliche Stellungnahme Kreiskys im Fernsehen gegen die Diskussion mit Kommunisten), nahmen diesmal mit *Peter Glotz* und *Bruno Kreisky* für die Sozialdemokratie bestimmende Persönlichkeiten am Symposium teil. Schon die Begrüßung erfolgte »parteioffiziell« durch den SPÖ-Zentralsekretär *Peter Schieder*. Zur Debatte stand in den drei Tagen die »Europäisierung der Politik«, wobei die Politikfelder Frieden und Wirtschaft gleichermaßen den Schwerpunkt bildeten.

Die Eröffnungsdebatte fragte nach der Notwendigkeit des militärischen Gleichgewichts: Ist es als Vorbedingung für den Frieden zu begreifen? *Jean Elleinstein*, ehemaliges KPF-Mitglied und uns besonders durch seine Stalinismusforschung bekannt, trug den »französischen Standpunkt« vor, der dort zumindest in den Grundzügen von links bis rechts als unumstritten gelten kann. Für ihn sei das militärische und das heißt vor allem das atomare Gleichgewicht unabdingbare Voraussetzung für den Frieden. Nur durch die gegenseitige Abschreckung sei der Frieden in Europa solange erhalten geblieben. So sei zwar ein strategisches Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu begrüßen, eine weitergehende Entnuklearisierung würde aber die konventionelle Kriegsgefahr in Europa erhöhen. »Eine Verringerung oder gar Beseitigung der französischen Atomstreitmacht steht nicht zur Debatte, allenfalls ihre Modernisierung.« Abrüstung sei hier überhaupt nicht denkbar, da es sich bei den französischen Waffen lediglich um solche defensiven Charakters handle.

Christian Krause, Ex-Brigadegeneral, einer der führenden Sicherheitsexperten der SPD und Mitarbeiter der Friedrich Ebert Stiftung, sah hingegen die Ursachen für den Frieden in Europa eher in einem komplexen politischen Gleichgewicht, ein militärisches habe nie existiert. »Militärisches Gleichgewicht« sei lediglich ein NATO-Kampfbegriff aus der Zeit des Kalten Krieges, der die Funktion hatte, immer neue »Nachrüstungen« ideologisch zu begründen. Heute müsse es deshalb um ein »neues Gleichgewicht« mit verringerter Angriffsfähigkeit und militärischer Präsenz auf beiden Seiten, einem systemübergreifenden Krisenmanagement und dem Abzug von Atom- und chemischen Waffen aus Mitteleuropa gehen. Zusammen mit einer erneuerten Entspannungspolitik könnte Europa so zu einem »System des Friedens« werden.

Der internationale Sekretär der SPÖ, *Jankowitsch*, bestritt den friedenserhaltenden Wert der westöstlichen Aufrüstung. Das atomare Gleichgewicht hätte Kriege außerhalb Europas nicht verhindert, die zum Teil auch unter Beteiligung der Großmächte (Vietnam,

* Die Beiträge der Tagung werden im Frühjahr 1986 in einer Buchpublikation veröffentlicht werden, die im *spw*-Verlag erscheint.

Korea) stattfanden. In den friedenspolitischen Zielsetzungen, gerade auch in der Forderung nach Belebung der Entspannungspolitik, unterschied er sich kaum von Krause, wobei er die wachsende Kriegsgefahr in der Dritten Welt betonte: Die durch Waffenverkäufe gestützte zunehmende Konventionalisierung dort sei zu stoppen und Atomwaffen nicht weiterzuverbreiten.

In der folgenden Diskussion mußte sich *Elleinstein* scharfe Kritik gefallen lassen: Offensichtlich stehen die französischen Genossen mit ihrer unkritischen Haltung gegenüber Kernbegriffen traditioneller militärischer Logiken (z.B. »Gleichgewicht«, »Abschreckung«) und den damit verbundenen Politiken der Aufrüstung (Pershing II, Mururoa) in der europäischen Linken recht isoliert da. Die italienischen Kommunisten, die seit Jahren großes Interesse an der Entwicklung der europäischen Kooperation bewiesen haben, unterstützen, so *Pietro Ingrao* (Mitglied des ZK und der nationalen Leitung des PCI), Überlegungen, eine eigene (westeuropäische) Atomstreitmacht (auf Basis des französischen Potentials) zu etablieren, *nicht*. Lediglich in der Ablehnung der US-Pläne zur Militarisierung des Weltraums gibt es einen klaren Konsens, der zu gemeinsamen Aktionen und Friedensinitiativen genutzt werden sollte.

Ingrao versuchte in seinem Referat (siehe auch den Artikel in diesem Heft) die neuen Bedingungen für die Friedenspolitik zu analysieren, daraus Ziele abzuleiten und nach den Subjekten dieser Politik zu fragen. In Genf verhandeln zwei Supermächte und entscheiden nicht nur über das Schicksal Europas, sondern auch der Dritten und Vierten Welt. Angesichts dieser Voraussetzungen kann eine Friedenspolitik heute nicht mehr nationalen Charakter tragen. Forderungen wie *Neutralismus* und *einseitige Abrüstung* (hier unterschied er sich deutlich von Positionen, die zum Beispiel von der Labour Party vertreten werden) greifen unter diesen Verhältnissen zu kurz, da sie keine Sicherheit und keinen Schutz mehr bieten. Wir brauchen heute einen neuen Internationalismus, um eine neue internationale Ordnung anzustreben, die die Bipolarität überwindet und auch für die Dritte und Vierte Welt eine Perspektive bietet. Ein Schritt in diese Richtung könnten atomwaffenfreie Zonen sein. Wer kann der Motor einer solchen Veränderung sein? Die Friedensbewegung braucht den Zugang zur Macht und die Vergesellschaftung der Politik im Weltmaßstab, um ein neues Prinzip der sozialen Regulierung durchzusetzen. Hierbei könne sie sich mit der Arbeiterbewegung verbinden, deren soziale Anforderungen sich den Freiheitsansprüchen anderer (u.a. der Friedens- und Ökologiebewegung) umgekehrt annähern können.

Peter Glotz forderte in seinem Eingangsreferat zu der Diskussion über »Europäische Identität im Spannungsfeld zwischen Ost und West« eine Europäisierung der Politik. Diese sei durch die Abkühlung des Verhältnisses zwischen UdSSR und USA und zur Wiederherstellung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Volkswirtschaften, insbesondere im Bereich der Neuen Technologien notwendig. Im Vergleich zu früheren Europabewegungen seien heute zusätzliche Gründe für die notwendige Europäisierung unserer Politik gegeben: ökonomisch durch die »Entmachtung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die Entstehung der transnationalen Finanzmärkte« und kulturell aufgrund der Gefährdung europäischer Identitäten durch die Entwicklung international operierender 'neuer Medien'«. Nach der Zerstörung jedes nationalen Keynesianismus sei eine wirksame (sozialdemokratische) Wirtschaftspolitik gegen die heraufziehende Zweidrittel-Gesellschaft auf nur nationalem Weg ein illusionäres Unterfangen (Frankreich). *Glotz'* Schlußfolgerung: »Die Linke ist nur noch als *europäische Linke* handlungsfähig.« War man sich über die Notwendigkeit eines europäischen Weges im Grundsatz einig, so

traten die Differenzen bei der näheren Analyse sowie bei der Frage nach den konkreten Zielsetzungen und Realisierungsproblemen zutage.

Detlev Albers betonte nachdrücklich die Notwendigkeit, dem ganzen Ausmaß der sozialen Probleme, der Ökologie, der Dritten Welt und der Arbeiterbewegung in den Metropolen analytisch und strategisch Rechnung zu tragen. Ohne Bruch mit der Profitlogik der kapitalistischen Volkswirtschaften, nur mit modernisierenden Systemkorrekturen, ergäben sich nicht die erforderlichen neuen Lösungsperspektiven. In der Wirtschaftsprogrammatische in der SPD stünden jene Veränderungen noch aus, für die sicherheitspolitischen Positionen in letzter Zeit zu verzeichnen gewesen seien. Dagegen beschrieb *Glötz* die jüngsten Entwicklungen und Brüche der Partei (Abgang von Schmidt) kurioserweise nur unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität. *Josef Cap*, ehemaliger Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreichs und heute Nationalratsabgeordneter, gab Glötz in der Kritik zentralistischer Planwirtschaften teilweise recht; der Markt behalte wichtige Funktionen. Österreich verfüge bereits direkt oder indirekt durch das staatliche Bankensystem über einen großen öffentlichen Sektor, den es erst einmal koordiniert einzusetzen gälte. Allerdings könne letztlich keine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik auf Sozialisierungen verzichten.

Im Gegensatz zu Glötz hielt *Didier Motchane*, theoretischer Kopf des marxistischen Flügels in der PSF, die europäischen Institutionen für nicht ausreichend, um eine andere Politik zu betreiben. Am Beispiel der französischen Bankenverstaatlichung wurde eine Hauptdifferenz deutlich. Sah Glötz in dieser eine der Hauptursachen für das Scheitern des »projet socialiste«, betonte Motchane die Notwendigkeit dieser Maßnahmen als Mittel zum Zweck der Gewinnung von Kompetenz in der Währungs- und Finanzpolitik, um so erst eine andere Wirtschaftspolitik durchsetzen zu können. Das französische Projekt sei eher wegen der Unterschätzung des internationalen Drucks und der eigenen Möglichkeiten, diesen zu verringern, gescheitert.

Bruno Kreisky plädierte dafür, bei heutigen Politikvorschlägen zu berücksichtigen, daß die reformistische Strategie mit ihrer Verknüpfung von Wohlfahrtsstaat und Beschäftigungspolitik mit der Krise in die Sackgasse geraten sei; dennoch hielt er aber angesichts der »Anonymisierung« der Eigentumsverhältnisse die Vergesellschaftung nicht für die entscheidende Frage.

Dagegen verwies *Wolfgang Fritz Haug* (Herausgeber des *Argument*) auf die Macht der transnationalen Konzerne, der jedes ernstgemeinte Projekt der »sozialen Demokratie« wirksam begegnen müsse, d.h. auch mit einschneidender Vergesellschaftung zur Überwindung der kapitalistischen Marktlogik. Außerdem sei in unsere Überlegungen über eine europäische Identität die europäische Kulturverbreitung in der Dritten Welt miteinzubeziehen.

Insgesamt zeigten die Diskussionen, daß in der Wirtschaftspolitik eine gemeinsame Strategie noch schwerer zu finden sein wird als in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, wurden doch in der Vergesellschaftungsdiskussion Differenzen zwischen Glötz' Projekt »sozialer Demokratie« und einer Strategie des Dritten Weges (Ingrao, Albers, Motchane) recht deutlich. Beim Charakter der Beiträge zum diesjährigen Symposium war eine Verschiebung im Vergleich zu früheren Treffen zu beobachten: Weniger analytische und stärker programmatische Überlegungen bestimmten die Referate.

Die Absage der italienischen Sozialisten kurz vor der Konferenz war bedauerlich, aber vor dem Hintergrund der zugespitzten Gegensätze zwischen PSI und PCI sowie der wachsenden Kritik an Gesprächen zwischen europäischen Sozialdemokratien und italienischen Kommunisten nicht ganz überraschend. Die Teilnahme von Vertretern der britischen

Labour-Party und der schwedischen Sozialdemokratie auf künftigen Konferenzen wird allgemein für wünschenswert erachtet und (im Falle der Briten erneut) angestrebt.

Die Otto-Bauer-Symposien, gemeinsam veranstaltet von IUSY (Sozialistische Jugendinternationale) und dem Otto-Bauer-Kreis österreichischer Sozialisten, haben als Diskussionszusammenhang westeuropäischer Linker an Bedeutung gewonnen. Mit *Bruno Kreisky*, dem Ehrenvorsitzenden der SPÖ, *Michel Suchod*, dem Vize-Präsidenten der französischen Nationalversammlung, und dem SPD-Bundesgeschäftsführer *Peter Glotz* nahmen über mehrere Tage wichtige Repräsentanten sozialdemokratischer Parteien teil. Die gründliche und kritische Auswertung der Diskussionen sollte einmünden in die frühzeitige Vorbereitung des nächsten Treffens, das für 1987 verabredet wurde. Um so unverständlicher muß sein, wenn wichtige Zeitschriften (wie die *Neue Gesellschaft*) keine Veröffentlichung eines Tagungsberichts zu planen scheinen.

Mechtild Jansen

»Schwestern zur Sonne zur Gleichheit!«

Die 7. Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) vom 4. bis 6. Oktober in Hannover

Die Ausgangsbedingungen sind für die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Frauen nicht einfach. Um Inhalt und Strategie fortschrittlicher Frauenpolitik für die nächsten zwei Jahre — insbesondere im Blick auf die Wahlen 1987 — zu bestimmen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Frauen eine spürbare Verschlechterung ihres Lebensalltags und eine Beschneidung zuvor erkämpfter Rechte gebracht. Das wirkt sich auch auf die Handlungsspielräume fortschrittlicher Frauenpolitik und die politische Aktivierung von Frauen aus. Zugleich berücksichtigt die CDU-Politik das veränderte Bewußtsein von Frauen. Der CDU-Frauen-Parteitag war hierfür das öffentlich sichtbare Signal. In einer Kombination von (nachträglichen) graduellen materiellen Zugeständnissen (Kernstück: Erziehungsgeld), einer Orientierung auf neue Rollenverteilung und einer Ideologie von der Möglichkeit individuell zu erkämpfendem Lebensglück (die die Lösung von Problemen zu einer Privatangelegenheit macht), soll dem von den Frauen ausgehenden politischen Druck die antikapitalistische Stoßrichtung genommen werden. Ob der frauenfreundliche Anschein dieser Politik sich auf Dauer als glaubwürdig erweisen wird, ist fraglich. Auf jeden Fall geht von Geißlers »Kulturrevolution von oben« ein großer Druck auf die anderen Parteien, insbesondere die SPD, aus. Viele unzufriedene Wählerinnen haben ohnedies schon kaum Unterschiede zwischen SPD und CDU ausmachen können und sich deshalb den Grünen zugewandt. Umfragen zufolge sind es mehr als doppelt so viele, die die Grünen gegenüber der SPD bevorzugen.

Die Grünen ihrerseits beziehen ihre Anziehung- und Überzeugungskraft aus der Nähe zur außerparlamentarischen Frauenbewegung. Ihnen sind in dieser Konstellation in den letzten Jahren eine Reihe auffallender Impulse gelungen. Die engeren Verbindungen zur außerparlamentarischen Frauenbewegung fehlen der AsF. Abgesehen von der Wertschätzung, die einzelnen Sozialdemokratinnen entgegengebracht wird, kann von einer breiteren

Verankerung nicht gesprochen werden. Der AsF begegnet dabei nicht nur die gegenüber den bürgerlichen Parteien generell verbreitete Skepsis, auch ihre eigene Arbeit erscheint als nicht eben beeindruckend. Innerparteiliche Gremienarbeit, Wahlkämpfe, Presseerklärungen, Fachtreffen und Veranstaltungen bedürfen einiger Fleißarbeit, sie werden allerdings kaum als inhaltlich vorwärtstreibend und wirklich relevant für eine veränderte Praxis empfunden. Bei den konkreten Aktivitäten der Frauenbewegung, vor allem in der alltäglichen Mobilisierungsarbeit, sind AsF-Frauen seltener anzutreffen, geschweige denn, daß sie einen Beitrag leisten oder Impulse geben, die der (sonst oft berufenen) Größe ihrer Organisation angemessen wären. Auch in den Augen der »nicht-autonomen«, wohl aber eigenständig linken Frauen mangelt es der AsF an Profil. Deren Erwartungen an offensiver Gestaltung fortschrittlicher Gesamtpolitik, die durchgängig Frauenforderungen aufnimmt, erfüllt die AsF im Blick auf die SPD nicht. Die SPD-Frauenorganisation scheint realiter doch eher das typische Frauenranddasein einzunehmen.

Im Blick auf den nächsten Wahltag erwarten der Bundesgeschäftsführer Glotz oder der designierte Kanzlerkandidat Rau von der AsF nun auch noch, »Überflüssigkeit der Grünen« in der Frauenpolitik nachzuweisen. »Die Machtfrage hängt davon ab, wer die Frauen gewinnt! Wir müssen den anderen voraus ein!«, so wurde dieser Sachverhalt auf der Konferenz formuliert. Diese Ausgangsbedingungen zeigen, wie schwierig bzw. hoch die Anforderungen an die AsF sind, aber auch, welche Versäumnisse es in der Vergangenheit gegeben hat.

Gemessen an den Notwendigkeiten blieb die Analyse und Auseinandersetzung auf der Bundeskonferenz an der Oberfläche. Inge Wettig-Danielmeier, die Vorsitzende, kritisierte im politischen Hauptreferat zwar die mit »frauenfreundlichen Sprüchen zugedeckten unfrohen Taten« der CDU-Regierung, den »Abbau dessen, was die sozialliberale Regierung erreicht hat«, doch mit dem bereits unter Helmut Schmidt begonnenen Weg nach rechts, dem hinter dem »Etikettenschwindel« verborgenen prinzipiellen Unionskonzept und den grundlegenden Alternativen der AsF bzw. SPD beschäftigte sie sich nicht. Will die AsF es bei der Profitorientierung der Wirtschaft belassen und damit hinnehmen, wie Arbeitslosigkeit, die Aufspaltung der Lohnabhängigen untereinander und ein vorwiegend weibliches Reserveheer weiterbestehen? Sollen die Krisenlasten »sozial ausgleichlich« genau zwischen Männern und Frauen geteilt oder für alle gleiche Unabhängigkeit und Selbstbestimmung möglich werden? Soll mehr »Eigenarbeit« Sozialabbau kompensieren? Wie hält die SPD es mit der Gesellschaftlichkeit des Individuums oder inwieweit will auch sie die »Selbsteilungskräfte« der einzelnen bzw. einzelner Gruppen »freisetzen« und damit einen Grundansatz von »Selbsthilfekoncepten« fördern, die die Betroffenen auf sich selbst zurückwirft? Über den — zugestanden grundsätzlichen — Zusammenhang zwischen restriktiver bzw. emanzipatorischer Behandlung der Frauenfrage und der Auf- bzw. Abrüstungs- und Friedenspolitik wurde im Referat kein Wort gesagt.

Inge Wettig-Danielmeier stellte einen »erstaunlichen Widerstand der Frauen, und zwar aus allen politischen Richtungen« fest. Sie will ihn »auch dann aufrechterhalten, wenn die Frauen gestreßt und genervt zu resignieren drohen« — eine Aussage, an die noch zu erinnern sein wird, wenn es z.B. um die »Aktion Muttertag« geht.

Aufmerksamkeit soll vor allem den jungen Frauen gewidmet werden, die »Alternativen, Perspektiven brauchen«. Inge Wettig-Danielmeier denkt dabei an »integrierte Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme« und wäre auch bereit, »an das Tabu Teilzeitarbeit zu rühren«, sofern diese begrenzt und von Qualifizierungsmaßnahmen begleitet seien. Schließlich solle die Partei »Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstorganisation anbieten«. Per-

spektiven also, die nicht sehr viel weiter als bis zur nächsten Legislaturperiode reichen. Schwerpunkt für die kommende Arbeit sollen »die Auseinandersetzung mit der Wende-Regierung und der Kampf um die Erhaltung der Frauenrechte«, die »Programmentwicklung der SPD« und die »innerparteiliche Gleichstellung« sein.

Unter dem etwas kabarettistisch anmutenden Motto »Schwestern, zur Sonne, zur Gleichheit!« — ein bekanntes Lied der Arbeiterbewegung karikierend — stand dann das Thema der innerparteilichen Gleichstellung im Mittelpunkt der Konferenz. Es war offensichtlich und angesichts des konservativen Drucks nur berechtigt — die Frauen »wollen nicht mehr zurück«, ihre »Geduld ist am Ende«, und sie verlangen auch und für die Gegenwart, nicht erst in einer fernen Zukunft, die Abgabe der Privilegien der Männer. *Inge Wettig-Danielmeier* artikuliert die Stimmung der Konferenz, als sie einen »ungeheuren Verteilungskampf« voraussagte. AsF-Frauen betrachten und praktizieren Politik als ihr selbstverständliches Lebensfeld, in dem sie sich nicht länger an den Rand gedrängt sehen wollen. Wie Männer auch wollen sie Anteil an der Macht, um etwas zu verändern und weil es ihnen Spaß macht. Am »Umverteilungsproblem« werde sich die Glaubwürdigkeit der SPD erweisen, »Partei der Emanzipation zu sein«. Untermuert wurde dieser Anspruch mit dem Hinweis auf den relativ höheren Anteil von Frauen unter neuen und unter den aktiven Mitgliedern.

Willy Brandt unterstützte die Frauen mit einem Grußwort, aus dem ersichtlich wurde, daß er um die Bedeutung »veränderter Wertvorstellungen und Lebensgefühle« gerade bei Frauen weiß. Brandt attestierte ihnen, »zu einer treibenden Kraft für bedeutsame gesellschaftliche Veränderungen« geworden zu sein. Die »Tragweite und Relevanz« dessen werde häufig noch übersehen. Er möchte beispielsweise in der öffentlichen Behandlung des Themas »Arbeitszeitverkürzung« künftig zwei Aspekte betont wissen, die auf diesem Wege zu schaffende Möglichkeit neuer Arbeitsplätze und die einer neuen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Und: »Zur Überwindung der gespaltenen Gesellschaft müssen wir uns an weitergehende strukturelle Veränderungen heranwagen.« Im neuen Grundsatzprogramm soll bei allen gesellschaftlichen Grundforderungen die Lage der Frau berücksichtigt werden. Statt »Wählerinnen-Stimmen durch 'blumige' Beschlüsse zu gewinnen«, will Brandt »konkret an die Umsetzung der Gleichstellung gehen«.

Trotzdem, die Delegierten wollten es nicht mehr bei freundlichen Willensbekundungen belassen. Obwohl es zunächst noch unterschiedliche Meinungen zur Quotierung gab und sie vor einigen Jahren noch explizit abgelehnt worden war, war die Stimmung eindeutig. Dies bewog die AsF-Vorsitzende, ihre Meinung zugunsten einer satzungsmäßigen Festlegung der Partei zu ändern, zumal sie genau in dieser Frage ihrer Organisation neues Profil zu geben hoffte. »Huldvolle Gewährung unserer Rechte durch Männer« lehnte sie ab, es sei bewiesen, »daß wir ganze Länderregierungen mit Frauen besetzen können.« Gemäß norwegischem Vorbild beschloß die Konferenz, eine Satzungsänderung zu beantragen, die für jedes Geschlecht eine Quote von 40 Prozent vorsieht und die verbliebenen 20 Prozent dem freien Spiel der Kräfte überlassen will. Zugleich wurden ein Stufenplan innerparteilicher Gleichstellung (bis zu 50 Prozent im Jahr 1999), Frauenförderungspläne, Wahlrechtsüberprüfungen, besondere finanzielle Unterstützung, spezielle Maßnahmen für Bildungsarbeit u.a. sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung der Festlegungen gefordert.

Auf »Veränderungen des Bewußtseins der Männer« zielen programmatische Vorstellungen, die die AsF für das neue Grundsatzprogramm formulierte: »Den Grundwerten des demokratischen Sozialismus — Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — ist der weitere Grundwert Gleichheit hinzuzufügen.« Das Verlangen der Frauenbewegung aufneh-

mend, heißt es, es solle nicht länger eine Spaltung in eine männliche und eine weibliche Welt geben.

Damit vollzog die AsF im wesentlichen eine Anpassung an veränderte Bedingungen im Bewußtsein der Frauen und der gesellschaftlichen Realität. Sie übte Verzicht, ihrerseits den Emanzipationsprozeß voranzutreiben. Gegen die genannten »Werte« wird sich beispielsweise auch die CDU kaum aussprechen, über die Wege dahin, könnte es eher Meinungsverschiedenheiten geben. Zwar hieß es mehrmals, »Feminismus und demokratischer Sozialismus« gehörten zusammen, was dies genauer zu bedeuten habe, blieb unklar. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und der — trotz eigenständiger Dimension der geschlechtsspezifischen Unterdrückung — bestehende Zusammenhang zur Frauenfrage geriet nicht ins Blickfeld der Diskussion. So richtig es ist, die Quotierungsforderung aufzunehmen, sie kann zu einer Befriedung und »gerechten Mangelverteilung« verkommen, wenn nicht gleichzeitig Strategien und konkrete Kampfaktivitäten gegen die derzeit stattfindende und noch wachsende Vernichtung von Frauenarbeitsplätzen entwickelt werden. Obwohl die verabschiedeten Thesen zur Programmdiskussion »auf der Grundlage einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung für Männer und Frauen gleichermaßen die Tätigkeit in Beruf, Familie und Gesellschaft« vorsehen, wurde auf der Konferenz selbst der wechselseitige Zusammenhang zwischen sozialer und geschlechtsspezifischer Diskriminierung von Frauen nicht oder kaum thematisiert. Die notwendigen gesellschaftspolitischen Eingriffe zur Sicherung aller sozialen, politischen und individuellen Menschenrechte der Frauen gerade in Zeiten der »Wende« wurden in der Diskussion höchstens gestreift, strategisch aber nicht genau bestimmt. Überhaupt blieb die Hoffnung auf eine strategische Diskussion vergeblich. Wie und mit wem sollen Forderungen durchgesetzt werden? Wie steht die AsF zum außerparlamentarischen Kampf, zu konkreten Aktionen und bündnispolitischer Zusammenarbeit?

Diesen Mangel konnten auch die erprobten »neuen menschlicheren Formen« der Parteilarbeit — wie es mit den drei Foren »Anders leben — anders arbeiten«, »Gleichstellung« und »Gen-Techniken« sowie immer wieder eingeschobener Kleingruppendiskussion versucht wurde — nicht ausgleichen. Die Nähe zu den Problemen der einzelnen, die Beschäftigung mit den Folgen der großen Politik im Alltagsleben, das Üben im Durchsetzungskampf in der Männerwelt der Politik, die gymnastischen Lockerungsübungen angesichts des unsere Gesellschaft beherrschenden Ellenbogenkampfes sind gut, notwendig und befreiend, doch sie bedürfen einer anderen Rückvermittlung zur »großen Politik«, wenn verändernde Potenz optimal freigesetzt werden soll. Inhalt und Gestaltung der Konferenz blieben dort selbst nicht ohne Kritik. Es gab den Vorwurf, »mehr zu verwalten als zu gestalten«, gar den der »Entpolitisierung« oder den Wunsch nach »genaueren Definitionen dessen, was wir wollen.« Doch Kontroversen stärker auszutragen, dazu fand sich nicht die rechte Gelegenheit oder nicht das Bedürfnis.

Wie es untergründig dennoch schwelte, zeigten die Wahlen zum Vorstand. »Typisch sozialdemokratisch« machten sich die Probleme an Personalfragen fest, die aber dennoch eine so nicht erwartete Politisierung der Konferenz brachten. Wenig schön war, wie sich diese Personalauseinandersetzung in den ganz »alten Politikformen« und Stigmatisierungen vollzog, die eigentlich — zumindest doch »unter Frauen!« — als überwunden oder versachlicht gedacht waren. Inhaltlich verlief dieser Personalstreit konform zur Gesamtausrichtung der AsF-Konferenz. Manche Frage der strategischen und inhaltlichen Orientierung wurde dabei durch Negativbescheide beantwortet. Inge Wettig-Danielmeier, seit vier Jahren Vorsitzende, wurde wiedergewählt. Allerdings erhielt sie 20 Prozent Nein-

Stimmen, die das Befremden über ihre rigide Personalpolitik und ihren »gemäßigt-disziplinierenden« Kurs zum Ausdruck brachten.

In der Tat hatte sich *Inge Wettig-Danielmeier* vor allem als Kader der Partei und Garant ihrer Interessen gezeigt. *Peter Glotz* hatte ihr offenkundig Druck gemacht, in Sachen »Aktion Muttertag«, einem von 30 Gruppen getragenen Frauenbündnis, das im Mai 1985 zum zweiten Mal einen zentralen Protest in Bonn gegen die »frauenfeindliche Politik der Regierung und auf allen Ebenen« organisiert hatte. Der AsF-Bundesvorstand, obwohl von Anfang an eingeladen, hatte nicht mitgemacht, wohl aber die stellvertretende Vorsitzende *Uschi Pausch-Gruber* und ihr Landesverband Bayern. Und das, obwohl im Trägerinnen-Kreis auch die Demokratische Fraueninitiative (DFI), ihrerseits ein nicht-antikommunistisches Bündnis verschiedener Frauen, und obendrein zudem DKP-Frauen vertreten waren. Doch darum ging es nicht allein. Solche Frauen wären nach mancher Sozialdemokrat/inn/en Geschmack noch zu ertragen, waren sie nur die Fleißarbeiterinnen, die Sozialdemokratie aber die alles bestimmende Kraft. So war immer die gleichberechtigte Kooperation, fairer, solidarischer Wettbewerb und Absage an Ausgrenzung bzw. Führungsansprüche das Thema des Streites. Was in der Friedensbewegung längst nicht mehr anders möglich ist (und freilich immer wieder neu erkämpft werden muß), wollte Glotz nicht noch in einem zweiten zentralen politischen Feld beschert haben.

Inge Wettig-Danielmeier suchte, ohne Zimperlichkeit, den Konflikt mit ihrer Stellvertreterin. Im Rechenschaftsbericht geißelte sie *Uschi Pausch-Gruber* namentlich u.a. wegen ihrer Zusammenarbeit mit der DFI und bezichtigte sie der Sabotage der AsF-Arbeit. Diese in der Form ungewöhnliche Vorgehensweise mißbilligten die Delegierten bereits am Ende der Rechenschaftsdebatte. Das hielt die AsF-Vorsitzende nicht davon ab, Karin Junker aus NRW in eine erklärte Gegenkandidatur zu *Uschi Pausch-Gruber* zu schicken. Die Personaldebatte zeigte *Uschi Pausch-Gruber* als Befürworterin »breiter Protestaktionen gegen die Wenderegierung« im gleichberechtigten Bündnis mit anderen Frauengruppen, in denen die AsF »Stärke und Mut zum Mitmachen« zeigen sollte. Sie habe schwierige, aber schließlich gute Erfahrungen gemacht. Weil sie die SPD auch als eine kämpfende Organisation verstanden wissen will, will sie an dieser Arbeit festhalten.

Briefe an Redaktion und Autoren/Autorinnen

Betritt: Entspannungspolitische Perspektive für West-Berlin zu: Exner, Grigoleit, Zipser in *spw* 28

Der Einschätzung von Burkhard Exner, Jörg Grigoleit und Matthias Zipser hinsichtlich der politischen Folgewirkungen der leidigen Moskauer Auseinandersetzungen um Flagge, Kostüme und Stadionanzeige kann generell zugestimmt werden. Zu betonen bleibt, was in jenem Kommentar nur angedeutet wurde, daß es gerade für die Berliner Jungsozialisten darum gehen muß, Beiträge zu einer entspannungspolitischen Perspektive für West-Berlin zu erarbeiten. Hierzu reicht es nicht aus, »die besondere Lage West-Berlins zur Kenntnis« zu nehmen (S.273). Es bedarf vielmehr eines Vorschlages, der, ausgehend von den sozial-ökonomischen Realitäten, die Rolle der West-Stadt, ihrer politisch-geographischen Lage gemäß, für die Zukunft zu klären hilft.

Die Ausgangslage kann grob wie folgt umrissen werden: 1. West-Berlin bildet mit der BRD eine ökonomische Einheit und ist über sie voll in das imperialistische Weltssystem integriert. 2. Die politische Souveränität der BRD erstreckt sich nur sehr bedingt auf West-Berlin. Politischer Souverän ist allerdings auch nicht die Bevölkerung West-Berlins, sondern sind gemeinsam die drei West-Alliierten. 3. Ost-Berlin ist als Hauptstadt der DDR politisch und ökonomisch vollständig in diese integriert. Daran hat auch das vierseitige Abkommen vom 3. September 1971 nichts geändert, das Ost-Berlin auch im Gegensatz zu West-Berlin an keiner Stelle erwähnt. (4. Die Tatsache, daß es sich bei BRD und DDR um zwei souveräne Staaten handelt, wird hier als bekannt vorausgesetzt.) 5. West-Berlin ist ein kulturelles, wissenschaftliches und (noch) industrielles Zentrum und es ist 6. ein internationaler Ort. Das drückt sich einerseits in der West-Alliierten Oberhoheit und andererseits z.B. darin aus, daß die hier lebenden Ausländer bequem eine bundesdeutsche Großstadt bilden könnten. Die Internationalität dieser Stadt resultiert aber auch aus ihrer Lage am Schnittpunkt der Systemgrenzen von Imperialismus und Sozialismus. Die Situation Berlins insgesamt ist Ausdruck der Widersprüchlichkeit des weltweiten Systemkonflikts. Darum ist Berlin keine »normale« Stadt und darum sind seine beiden Hälften, die immer noch vielfältig miteinander verklammert sind, keine »normalen« Städte.

Davon ausgehend verdient jede Konzeption einer schleichenden oder offenen »Bundesrepublikanisierung« West-Berlins entschiedene Ablehnung. West-Berlin darf nicht zu einem BRD-Freiluftmuseum mit angeschlossenem Amüsierbetrieb verkommen, wie die derzeitige CDU/FDP-Politik befürchten läßt. Es gilt vielmehr, die Internationalität der Stadt als Chance zu begreifen. Die dreiseitige Verantwortlichkeit der West-Alliierten, ist nicht zugunsten einer einseitigen BRD-Verantwortlichkeit abzubauen, sondern im Gegenteil zu einer internationalen Verantwortlichkeit — z.B. der UNO — zu erweitern. Parallel dazu sind die Selbstverwaltungsrechte der West-Berliner auszubauen und sämtliche besatzungsrechtlichen Beschränkungen zu beseitigen. Die bestehenden Bindungen (und Verbindungen) zwischen der BRD und West-Berlin müßten dadurch — bis auf ihre vertragswidrigen Ausprägungen — nicht berührt werden. Allerdings ergäben sich in diesem Falle Möglichkeiten, »eine neue Qualität im politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnis zur DDR und ihrer Hauptstadt zu erreichen« (Wahlauf Ruf der Berliner Jungsozialisten zu den Abgeordnetenhauswahlen im März '85).

Carsten Kessel (Berlin/West)

Gefahren einer unkritischen Keynes-Adaption Betritt: Wirtschaftspolitische Beiträge in *spw* 28

Die Renaissance der Keynes-Adaption scheint nun auch die wirtschaftspolitische Diskussion der *spw* zu beeinflussen. Dazu einige kritische Anmerkungen. — Während die Gesamt-Partei bemüht ist, ihre sozialreformistischen Modernisierungsstrategien politisch und ideologisch abzusichern und dabei auch den Keynesianismus reaktiviert, sollten marxistische Sozialdemokraten dieser Rekonstituierung und Rekonstruktion mit Vorbehalt begegnen.

Es ist sicher gerechtfertigt festzustellen, daß der Keynesianismus in der Bundesrepublik immer nur in Ansätzen praktiziert wurde und dies auch nur sehr kurzfristig. Doch wir sollten uns auch darüber im klaren sein, welche Defizite die Vorstellungen von Keynes beinhalten und daß in einer politisch oberflächlichen Aneignung Gefahren und Problemstellungen für Marxisten zu finden sind. Die Eigentumsfrage spielte für ihn keine entscheidende Rolle, die ökonomisch-strukturell zu beachten wäre. Die Fragen der Klassenantagonismen, politisch ideologische Macht und Hegemonieorientierungen und der Klassenkampf sind von ihm nicht berücksichtigt worden. Die Rolle des Staates, die er diesem im ökonomischen Prozeß zuweist, enthält einige Berührungspunkte zum politischen Revisionismus in der SPD.

Es wäre falsch anzunehmen, mit Positionen und Forderungen von Keynes hätte die Sozialdemokratie ihre wünschenswerte wirtschaftspolitische Grundposition gefunden. Sicher wäre mit der konsequenten Anwendung von Antikrisenstrategien und der Förderung von Massenkaukraft ein wichtiger ökonomisch gesellschaftlicher Fortschritt erzielt, aber als Mobilisierungsfaktor gegen die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und seine Folgen reicht dies noch nicht aus.

Keynesianistische Ansätze und Forderungen gehören sicher zu einem Selbstverständigungsprozeß der BRD-Linken, um die politisch-ökonomische Hegemonie zu gewinnen. In einem »sozialistischen Projekt« werden sie sicherlich in kurzfristigen Antikrisenprogrammen Platz finden müssen.

Gerade in der *spw* sollte aber klar und unmißverständlich auch vor den Gefahren einer unkritischen Keynes-Adaption gewarnt werden. Keynes ersetzt die ökonomische Analyse auf marxistischer Grundlage nicht. Die Gefahren einer Instrumentalisierung des Keynesianismus für die neu zu organisierende kapitalistische Weltmarktkonkurrenz und modernisierende Anpassungsstrategien sind unverkennbar.

Burkhard Kornetki (Münster)

... nicht nur »Bonzenhausen«, sondern auch »Klein Moskau«

Betrifft: Karin Renzelmann: Genossenschaft (in *spw* 28)

Da hat Du ja mit der Mythologisierung der Genossenschaftsbewegung ganz schön aufgeräumt! Vielleicht ein wenig zu viel: Denn bei aller berechtigten Kritik im Grundsätzlichen sollte man / frau doch nicht in der Sackgasse des Entweder (globaltheoretisierend) / Oder (privatistisch) steckenbleiben. Die emanzipativen Möglichkeiten, die in solchen Selbsthilfemodellen liegen und lagen, sind nicht zu unterschätzen! Um die aber einschätzen, beurteilen zu können, was von der unübersehbaren Vielfalt an Genossenschaftsmodellen brauchbar ist und was nicht, welche Versuche mit anderen Formen des Zusammenlebens geglückt sind (waren) oder nicht, muß man genau hinsehen. Ein Vermischen heutiger Absichten mit den vielfältigen Ansätzen der letzten 200 Jahre oder der unterschiedlichen Genossenschafts-Zwecke (Bau-, Wohn-, Konsum- oder Produktivgenossenschaften) bringt da nicht weiter, schürt Vorurteile. Die pauschale Ablehnung ist nur die negative Wendung der Romantisierung, gegen die Du Dich wendest.

Was aber hieße geglückt? Ein Punkt, den Du ganz außer Acht läßt, ist die Möglichkeit, mit Genossenschaften Freiräume zu schaffen; Freiräume, in denen die Genossen/innen lernen, gemeinsam zu leben, sich im Alltäglichen abzusprechen, in Gruppen zu arbeiten, zu organisieren, selbst Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen. Es könnte durch die Verknüpfung vieler solcher Freiräume »eine Infrastruktur aufgebaut werden, die Erkenntnisse und Moral, d.h. gesellschaftliches Wissen und individuelles Verhalten, verbindet und eine vertrauensvolle, beziehungsreiche Umgebung für jeden einzelnen schafft. Da ist er/sie kein Rädchen mehr, nicht jemand, den 'die Partei beauftragt' oder 'irgendwo hinstellt', sondern der mitwirkende Mensch mit all seinen Möglichkeiten, an der gesellschaftlichen Veränderung *teilzuhaben*« (Pinkus 1981). Teilhaben ist eines der genossenschaftlichen Prinzipien, die zur »Ausweitung der Freiheiten des einzelnen; Verbesserung seiner Lebenschancen; gerechteren Verteilung des materiellen Reichtums; Verminderung von Herrschaft« (Iske 1983) beitragen. In unserer Arbeit (Geschichtswerkstatt 1985)

über die Genossenschaftssiedlung Lindenhof in Berlin hat sich gerade dieser Freiraum (die besonders enge Nachbarschaft und die Existenz einer spezifischen Siedlungsöffentlichkeit) als ein Charakteristikum des genossenschaftlichen Zusammenlebens herauskristallisiert. Unsere Gesprächspartner/innen bauten ihn z.B. durch eine selbstorganisierte Zeitung mit auf, nutzten ihn in Krisenzeiten als Ruhepol und Orientierungshilfe. Zudem verringerte sich die Isolierung in Kleinfamilien besonders von Hausfrauen und Müttern. Durch die genossenschaftliche Organisation waren viele Kommunikationsmöglichkeiten vorgegeben: Frau sah sich in den Gärten, beim gemeinsamen Waschen in der modern ausgestatteten Waschküche u.a. Man sah sich in der Mitgliederversammlung, in den zahlreichen Vereinen. Diese Rollenverteilung wurde allerdings (mit dem Prinzip »one man — one vote«), wie oft in der traditionellen Arbeiterbewegung, beibehalten. Und sie wird nur langsam verändert. Immerhin: inzwischen ist die erste Frau Aufsichtsrätin. Im überschaubaren Rahmen und mit Maßstäben, die für den einzelnen in seiner alltäglichen Lebenswirklichkeit erfahrbar sind, ist lernen möglich. Bei einer Verknüpfung dieser Erfahrungsbereiche könnten sich »unerschöpfliche Möglichkeiten der Erschütterung des kapitalistischen Regimes und seiner Lebensformen bieten, wenn jeder einzelne, wo auch immer, mit Phantasie und Lust, gestützt auf Solidarität, in einem reichen Beziehungsnetz, wirken kann« (Pinkus 1981). Das Anknüpfen an die bestehenden und das gemeinsame Erarbeiten neuer Wertvorstellungen ist auch dringend notwendig: Denn die »neue Gesellschaft muß mit den alten Menschen« errichtet werden (Pinkus 1981).

Und gegen diese emanzipativen Möglichkeiten, den Versuch, Theorie und Praxis zu verbinden, setzt Du wirklich eine »reformierte« Neue Heimat? Das ist doch nicht Dein Ernst! Die haben sich doch mit ihren Betonklötzen, Fehlbelegungen und Funktionärsquerelen endgültig unglaubwürdig gemacht! Aber in einem anderen Punkt hast Du durchaus Recht: Gegenkultur bleibt »Gegen«, Nischen bleiben Nischen. So kreisten die Genossen in unserem Projekt meistens wirklich um sich selbst. Die Außenwirkung beschränkte sich auf Fahnen schmuck an den entsprechenden Feiertagen und eine demonstrative Architektur. Zudem garantiert ein emanzipativer Prozeß nicht die »richtige« Richtung. Deshalb reichte wohl selbst ein ganzes Heer von Genossenschaften nicht aus, aber: wie weit es reicht, bleibt auszuprobieren! Und: die Genossenschaften der 20er Jahre wurden nicht nur »Bonzenhausen« titulierte, sondern auch »Klein Moskau«! Das läßt doch hoffen?!

Literaturhinweise:

- Berliner Geschichtswerkstatt: Der Lindenhof, eine Genossenschaftssiedlung in der Großstadt. Berlin/West 1985
- Genossenschaftssiedlung Lindenhof: Untersuchung von Nachbarschaftszusammenhängen und ihrer Veränderung durch die Nationalsozialistische Machtergreifung. Berlin/West 1983
- Theo Pinkus: Die Parteigrenzen der Emanzipation. In: Widerspruch 1. Beiträge zur sozialistischen Politik. Zürich 1981
- Horst Dieter Iske: Problemschwerpunkte zur Genossenschaftstheorie. In: Projektgruppe: Ein alternatives Sozialismuskonzept: Perspektiven des Ökosozialismus. Berlin/West 1983

Eva Brücher (Berlin/West)

Besprechungen

Abendroth, Wolfgang, u.a.: SPD — Jenseits von Godesberg. Distel Verlag, Heilbronn 1985 (200 Seiten, br., 19,80 DM)

Linke Sozialdemokraten versuchen, mit diesem Diskussionsband in die laufende Programmdebatte der SPD konkret einzugreifen. In seinem einleitenden Beitrag skizziert Wolfgang Abendroth die programmatische Entwicklung der Sozialdemokratie, die er mit Lasalles Rede zum »Arbeiterprogramm« und dem Kommunistischen Manifest beginnen und schließlich beim Godesberger Programm von 1959 enden läßt. Er hebt dabei besonders den Schulungswert der jeweiligen Programmdiskussion heraus. Im Hinblick auf die jetzige Debatte stellt Abendroth fest, die SPD sei zwar immer noch die »Partei der abhängig arbeitenden Klasse«, allerdings bedürfe es eines langwierigen Entwicklungsprozesses, um die Mitgliedschaft zu einem wirklich sozialistischen Denken zu führen. »Deshalb ist es unmöglich, in der gegenwärtigen Programm-Debatte der SPD eine unmittelbar logische Weiterführung und Aktualisierung des Erfurter Programms vorzuschlagen.« Auf das Erfurter Programm von 1891 bezieht sich Wolfgang Abendroth, weil er es für das »wohl durchdachteste programmatische Dokument in der Geschichte der Sozialdemokratie« hält. — Nützlicher als eine grundsätzliche Programmdebatte findet Abendroth in der jetzigen Krisensituation ein Aktionsprogramm, das auf alle »Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes« eingehen soll, »anhand derer die Klassenproblematik unmittelbar bewußt gemacht werden kann«, das sich mit Abrüstung und Frieden sowie schließlich mit ökologischen Problemen beschäftigen soll.

Der Vorschlag eines Aktionsprogramms resultiert wohl aus der Sorge, die Heinz-Gerd Hofschens anspricht. Er sieht die Gefahr, daß die »'von oben' begonnene Programmdebatte die Aufarbeitung des Scheiterns rechtssozialdemokratischer Politik in der Krise ... durch die Basis verhindern« soll. Deshalb empfiehlt Hofschens, daß für die »sozialdemokratische Linke jetzt nicht allein die Programmdebatte vorrangig sein kann, sondern der energische Kampf um einen Kurswechsel der Partei in den konkreten Fragen der Rüstungs-, der Umwelt- und der Krisenbekämpfungspolitik«. Wer jetzt für ein sozialistisches Programm kämpfe, würde die »gegenwärtigen Entwicklungsmöglichkeiten der SPD wie die gegenwärtige Etappe der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen völlig falsch einschätzen«. Dabei wird von ihm aber die eigentliche Bedeutung der Programmdebatte verkannt. Es geht in ihr auch um eine Bilanz des gescheiterten Godesberger Weges, denn die mit Godesberg markierte Ausgrenzung sozialistischer Grundeinsichten hat zweifelsohne viel mit der gegenwärtigen Misere der Sozialdemokratie zu tun. Indem Marxisten in der SPD diese Grundeinsichten auch in einem alternativen Entwurf darlegen, kämpfen sie um die weitere Öffnung der Partei nach links. Sie geben sich dabei keineswegs der Illusion hin, daß bereits in diesem ersten Anlauf ein konsequent sozialistisches Parteiprogramm das Ergebnis sein könnte. Nicht zu Unrecht weist Hofschens darauf hin, daß die Parteiführung »die Entscheidung für die Integration als pluralistische Volkspartei in einen kapitalistisch strukturierten bürgerlichen Staat« festschreiben will. Neuere programmatische Akzente zielten vor allem »auf die Integration der 'neuen sozialen Bewegungen'« ab.

Was Wolfgang Abendroth betreffend am Godesberger Programm kritisiert, daß es »keine Anleitung zur Erarbeitung einer Strategie im Kampf um die politische Macht und dann ihrer Vewendung nach einem Wahlsieg enthält«, trifft auch für diese Aufsatzsammlung zu, die jedoch für die Programmdebatte wichtige inhaltliche Impulse geben kann.

Im Mittelpunkt stehen Aufsätze zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, u.a. von Herbert Schui, Leonhard Hajen, Erich Ott, Gerhard Bäcker und Leonhard Mahlein. Fritz Vahrenholt beschäftigt sich mit Antworten zur ökologischen Krise, Gerhard Stuby skizziert die sozialdemokratische Außenpolitik nach 1945, und Norman Paech schreibt über die Verfassungs- und Rechtsstaatsentwicklung.

Ohne daß den Autoren der Entwurf der Roth-Kommission zur wirtschaftspolitischen Positionsbestimmung bekannt gewesen wäre, beziehen sie hierzu klare Gegenpositionen, weil sie sich mit den politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen auseinandersetzen. Insbesondere Herbert Schui beschäftigt sich mit dem »Konflikt zwischen der ökonomisch fundierten realen Macht, die große Konzerne im politischen Bereich ausüben, auf der einen und der demokratisch legitimierten Staatsgewalt auf der anderen Seite«.

Der vorgelegte Diskussionsband kann also nicht nur Impulse für die Programmdebatte geben, sondern auch als »inhaltliche Meßlatte« aktueller programmatischer Papiere dienen. Daran ändern auch die einleitenden Beiträge von Abendroth und Hofschien nichts, die zur Programmdebatte auf Distanz gehen. Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

Abendroth, Wolfgang: Die Aktualität der Arbeiterbewegung. edition suhrkamp (Band 1310), Frankfurt/M. 1985 (135 Seiten, 14,- DM)

Kurz vor seinem Tod sind diese Aufsätze und Thesen von Wolfgang Abendroth erschienen. Es handelt sich um eine nützliche Sammlung von Abendroth-Texten, die zuvor in verschiedenen (theoretischen) Zeitschriften, die teilweise nicht immer sofort zugänglich sind, publiziert wurden. Zu den Beiträgen zur Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung gehören der 1963 erschienene Aufsatz »Ein hundred Jahre Sozialdemokratie« (Neue Rundschau) und die Betrachtungen zu »Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich« sowie zur »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss. Abendroth setzt sich in einzelnen Aufsätzen mit Wilhelm Liebknecht, Willi Bleicher, August Thalheimer, Heinrich Brandler und Walter Fabian auseinander. Er porträtiert »Theoretiker gesellschaftlicher Befreiung«: Georg Lukács, Ernst Bloch, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse. Schließlich enthält der Sammelband die »Thesen zum Problem des marxistischen Menschenbildes im wissenschaftlichen Zeitalter« (erschienen 1969 in der Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, hrsg. von Horst Ehmke u.a.).

Krampfhaft bemüht wirkt im Vorwort des Herausgebers Joachim Perels der Bezug zu den »neuen sozialen Bewegungen«, die jedoch in den Texten von Wolfgang Abendroth überhaupt nicht beleuchtet werden. Offensichtlich wollte der Herausgeber mit diesem Bezug die »Aktualität der Arbeiterbewegung« unterstreichen. Zweifelhaft ist dabei auch seine These: »Behalten und erweitern aber bestimmte Kräfte der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Linken ihre gesellschaftskritische Perspektive, dann nähern sich neue soziale Bewegungen und gewichtige Teile der Arbeiterbewegung einander an.« Als ob nicht gerade die letzten Entwicklungen zeigen, wie bescheiden es um das gesellschaftsverändernde Potential des grün-alternativen Spektrums bestellt ist.

Richtig ist sicherlich die Aussage im Vorwort, daß Wolfgang Abendroth mit seinen Texten — und bis zuletzt mit seinem politisch-praktischen Wirken — einen Gegenakzent zum »Abschied vom Proletariat« (A. Gorz) gesetzt hat. Dies heißt für Abendroth zunächst, sich der eigenen Tradition bewußt zu werden und sie wachzuhalten. Deshalb kritisiert er die sozialdemokratische Mehrheit, die nach der Befreiung vom Faschismus nichts unversucht gelassen hat, um sozialistische Traditionslinien zu verschütten. Da wirkt es dann gerade angesichts der neuen »Schumacher-Renaissance« auf dem rechten SPD-Flügel pikant,

wenn Abendroth auf das Jahrbuch der SPD von 1946 verweist. Kurt Schumacher betonte dort, »daß die Grundeinsichten des Marxismus, nicht als eines Katechismus, sondern als einer Methode, nämlich vor allem der historische Materialismus und die Lehre vom Klassenkampf, auch künftig das Denken der SPD bestimmen müßten«. Aber wer Wolfgang Abendroth kennenlernen konnte bzw. sich mit seinen Texten auseinandersetzt, weiß, daß viele seiner Ausführungen an die Frühphase der Arbeiterbewegung anknüpfen. Er spannt den Traditionsbogen weit, so auch im Zusammenhang mit einem sozialdemokratischen Gründervater, mit Wilhelm Liebknecht: »So heißt, sich dieses großen Führers der Sozialdemokratie an seinem 150. Geburtstag zu erinnern, gleichzeitig erkennen, daß gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland ähnliche Probleme bestehen.«

Die Abendroth-Texte — meist als Nachrufe oder zu Gedenktagen erschienen — zu Liebknecht, Thalheimer, Brandler und Bleicher weisen zahlreiche historische Gleichklänge und damit auch Wiederholungen auf. Dies mag für einen Teil der Leserschaft vielleicht störend sein. Allerdings liegt hierin auch ein großer Vorzug, weil dadurch deutlich wird, welche Ängste und Sorgen, welche Erkenntnisse und Perspektiven für Wolfgang Abendroth über Jahrzehnte hinaus einen wirklich zentralen Stellenwert behalten haben.

Unermüdlich setzt er sich mit der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns der Arbeiterbewegung auseinander. Er kritisiert beispielsweise den »Weg der KP(O) zur selbständigen Organisation als Weg in die Isolierung«. Und verweist auf Willi Bleicher, der aus seinen Jahren in der KP(O) »gelernt hat, daß es falsch ist, sich in machtlosen politischen Gruppierungen — mögen sie noch so sehr die bessere politische Einsicht repräsentieren — von der Masse derjenigen praktisch zu trennen, deren Klassenbewußtsein es zu entwickeln gilt«. Im Zusammenhang mit Walter Fabian, der an der SAP-Gründung beteiligt war, schreibt Abendroth: »Man mag darüber streiten, ob es politisch richtig und möglich war, zwischen SPD und KPD unmittelbar vor der Entscheidung noch eine eigene Partei aufbauen zu wollen.« Er, Abendroth, sei »damals anderer Meinung« gewesen als Fabian »und ist es auch noch heute«.

Wenn sich Abendroth mit der Notwendigkeit der Einheitsfront beschäftigt, richtet er sein besonderes Augenmerk auf das Verhältnis von SPD und KPD. Hier und an anderer Stelle läßt er keinen Zweifel an bestimmten Grundzügen der KPD-Politik: »Die KPD predigte zwar das, was notwendig war, den außerparlamentarischen Machtkampf gegen den Faschismus und gegen Stahlhelm, SA, SS und NSDAP. Aber sie machte durch ihre unsinnige These des 'Sozialfaschismus', durch den Irrglauben, die Führung der SPD stütze den Faschismus bewußt, und durch die selbständigen Aktionen der Roten Gewerkschafts-Op-
position (RGO) jedes Bündnis mit den Parteien und Verbänden der reformistischen Arbeiterbewegung unmöglich.« — In diesen historischen Überlebensfragen — die sozialdemokratischen Traditionslinien und die Geschlossenheit der gesamten Arbeiterbewegung zu wahren — zeigt sich einmal mehr die Aktualität der Arbeiterbewegung.

Traditionell kann sich die SPD als Repräsentantin des »anderen Deutschlands« verstehen. Bei der gegenwärtigen Programmdebatte wäre es fatal, Erfahrungen unserer »Väter und Mütter« zu verdrängen, z.B. daß Krisenlösungen nicht auf dem Rücken der Lohnabhängigen ausgetragen werden dürfen und daß es eine »bürgerliche Weltanschauung ist« zu glauben, »der Klassenkampf sei ein überwundener Standpunkt« (W. Liebknecht).

Ebensosehr droht in der aktuellen Programmdebatte in Vergessenheit zu geraten, daß »die alte Arbeiterbewegung nicht nur eine politische und gewerkschaftliche Emanzipationsbewegung, sondern auch von ihren Anfängen an eine kulturelle Bewegung (war)«, wie Abendroth im Hinblick auf »Die Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss betont.

Ihm bescheinigt Abendroth, daß »diese Identifikation von Ästhetik und der Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung keine willkürliche Kombination des Schriftstellers ist, sondern daß sie die historische Wahrheit des Romans intensiviert«.

Warum nun die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung ein aktuelles Gebot der Stunde ist, bedarf angesichts der massiven konservativen Spaltungspolitik gegenüber den abhängig Beschäftigten nur stichwortartiger Andeutungen: verkürzte Wochenarbeitszeit gegen Lebensarbeitszeitverkürzung, Arbeiter gegen Angestellte, befristet gegen »unbefristet« Beschäftigte, abhängig Beschäftigte gegen Arbeitslose.

Diese Schriftensammlung zeigt Wolfgang Abendroth einmal mehr als den vorwärtsdrängenden, aber gleichzeitig geduldigen, verständigen und langfristig denkenden Marxisten, der historische Fehlentwicklungen (ob in der SPD, der KPD, der UdSSR zu Zeiten des Stalinismus oder bei Marcuse) als »aus der geschichtlichen Situation nur allzu leicht verständlich« zu erklären versucht, um daraus notwendige Konsequenzen für die Arbeiterbewegung zu ziehen.

Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

Albers, Detlev, und Franco Andreucci (Hrsg.): Der Weg der Arbeiterbewegung nach 1917. Zur sozialistischen Theorie in der Zwischenkriegszeit. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1985 (180 S., br., 34,- DM)

Die »sozialistische Theorie in der Zwischenkriegszeit« ist der Gegenstand dieses Bandes, der Aufsätze von italienischen, deutschen, österreichischen und polnischen Wissenschaftlern versammelt. Das Buch versteht sich als Versuch, die gegenseitigen Bornierungen in den beiden Hauptlagern der Arbeiterbewegung zu überwinden. So sollen in Darstellungen »neben den Differenzen zwischen den gegnerischen Internationalen der Arbeiterbewegung auch deren Vergleichbarkeiten« (6) erfaßt werden, die »eigene« Schule der Selbstkritik unterzogen und nach Beiträgen gesucht werden, die noch am ehesten zu einem Projekt der Überwindung der Spaltung beitragen.

Susanne Miller beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit den Sozialismus-Debatten in der II. Internationale. Dabei beobachtet sie eine Diskrepanz zwischen den marxistischen Theorie-Debatten und einer schon längst reformistischen Praxis der sozialdemokratischen Parteien. Dies scheint mir als *Beschreibung* nicht unzutreffend zu sein. Die Frage ist nun, wie man damit umgeht. Ihre Problemformulierung ist: Wie kann man die Theorie mit der Praxis in Übereinstimmung bringen? Am fortgeschrittensten sind für Miller die schwedischen Sozialdemokraten (26f.), die mit ihren Wohlfahrtsstaatskonzeptionen schon in der Weimarer Republik das zustande brachten, was die Internationale erst 1951 schaffte: »die Programmatik mit der Praxis in Übereinstimmung« (28) zu bringen. Im Gegensatz zu Miller denke ich, daß es sich jedoch um ein Problem von Theorie *und* Praxis handelte. Zu kritisieren wäre also an der deutschen Sozialdemokratie eine Praxis, die sozialistische Zielsetzungen einer Koalitionsbeteiligung um jeden Preis unterordnete, zu kritisieren aber auch eine Theorie, die sich über die *Strategie* in der tagespolitischen Auseinandersetzung zu wenig Gedanken machte und so auch keine Kriterien z.B. für die Koalitionsfrage lieferte. Den Aufsatz trotz der unterschiedlichen Perspektiven fruchtbar zu lesen, kann nur heißen, die Schwächen der marxistischen Theoriediskussion damals als Aufgabe zu begreifen, den Marxismus so weiterzuentwickeln, daß er ein praktisches Eingreifen in die heutige Politik ermöglicht.

Der andere Flügel der seit der Oktoberrevolution gespaltenen Arbeiterbewegung ist das Untersuchungsobjekt *Agostis*. Er unterscheidet in der Strategiedebatte über »Reform und Revolution in der 3. Internationale« (31) vier Phasen: 1. Die revolutionäre Situation in der

unmittelbaren Nachkriegszeit (31), 2. die Rekonsolidierung des Kapitalismus im Westen ab 1920/21 mit der Diskussion über Einheitsfrontstrategien, 3. die Zeit nach dem Scheitern eines »parlamentarischen Weges« in Deutschland (Länderkoalitionsregierungen mit der SPD), die durch ein Fehlen von Übergangsstrategien gekennzeichnet ist und schließlich die neuen Überlegungen nach dem Sieg des Faschismus.

Gab es bereits in der zweiten Phase mit der Konzeption einer Arbeiterregierung einen »positiven Versuch ..., sich der Frage des Übergangs in den fortgeschrittenen Ländern zu stellen und dabei ein Abweichen von dem bolschewistischen Weg zuzulassen« (40), so wurde dies mit der ab 1934 geforderten Einheitsfrontstrategie wieder aktuell. Allerdings wurde diese Strategie auch dann nur als Vorstufe, als »Etappe auf dem Weg zum Sozialismus« (51) verstanden, die Sowjetunion blieb das »einzig gültige Modell für die schließliche Eroberung und Gestaltung der Macht« (52). Die Revolution in Spanien führte jedoch zu einer Lockerung der Diskussion. Zumindest Teile sehen auch schon vor der Diktatur des Proletariats grundsätzliche Veränderungsmöglichkeiten. So spricht Dimitroff von einem »links gerichteten Staat«, einem »neuen Typ von demokratischer Republik«. Trotzdem die Debatten immer auch von der Außenpolitik der UdSSR mitbestimmt wurden, gab es also nach 1933 Ansätze, über die einfache Logik des bolschewistischen Wegs hinauszugehen.

Andreucci sieht bei der Herausbildung des Marxismus-Leninismus in der kommunistischen Internationale zwei Tendenzen: Die Zugänglichkeit für die Massen einerseits und die theoretische Verflachung andererseits. War der Marxismus für Lenin noch »Sozialwissenschaft wie Handlungsanleitung« (75), wird er immer mehr »zu einer Art 'Zehn Gebote'« (74), zu einer »Regel, durch deren Befolgung man eine moralisch positive Handlung vollbringen kann« (75). Dabei fällt insbesondere in Stalins Texten ein Rückbesinnen auf die mittelalterliche Scholastik auf (72). Argumentationsmuster, wie »wenn es wahr ist, daß ... Dann heißt das, daß ...« (73), ziehen sich durch seine Texte und führten dazu, daß sich die marxistische Ideologie der 3. Internationale »durch die spezifische Verwendung der Logik entscheidend von den vorangegangenen Traditionen des Marxismus abhebt« (73).

Daß es aber auch in der Kommunistischen Internationale Köpfe gab, denen diese Verflachung ein Problem war, macht *Detlev Albers'* vergleichender Beitrag über das Marxismusverständnis Gramscis und Bauers deutlich. Beide gehörten zwar zur selben Generation des Marxismus der Zwischenkriegszeit, ihre Stellung in der Arbeiterbewegung und die Form ihrer Texte konnten aber kaum unterschiedlicher sein: Hier der sozialdemokratische Außenminister und Oppositionsführer (122), dessen Schriften hauptsächlich aus der Tagespolitik entsprangen (121), dort der kommunistische Berufsrevolutionär Gramsci, der seine entscheidenden Schriften in der faschistischen Haft schrieb (121f.). Trotzdem verband sie, daß beide die »eigenständigen Bedingungen, Anforderungen, Mechanismen sozialistischer Transformationsprozesse in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften bewußter als alle anderen Repräsentanten dieser Generation in den Mittelpunkt ihres Denkens« (122) stellten. In ihrem Marxismusverständnis sieht Albers das am besten vergleichbare Stück ihres Theoriebeitrags. Beiden ging es hierbei um ähnliche Probleme: dem der Verbreitung/Popularisierung (Bauer; 126) bzw. dem Vorrang der Massenerziehung (Gramsci; 127) durch den Marxismus und der damit verbundenen Gefahr der Verflachung (Bauer; 126) oder zu einem dogmatischen System ewiger Wahrheiten (Gramsci; 126) zu werden droht. Beide warnen vor einer einfachen Übertragung des Marxismus auf gegenwärtige Probleme: »Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts wird von dem Sozialismus des 19. Jahrhunderts verschieden sein.« (Bauer: Marx als Mahnung, in: Bauer Werke, Bd.9,

50) und Gramsci, wenn er die marxistische Theorie als »Stimulanz, um die Realität besser zu erfassen« (128), begreift. Dabei seien auch neue, bürgerliche Theorien zu verarbeiten und deren produktive Elemente in die Weiterentwicklung des Marxismus hinüberzueretten (130). Gramscis Hauptgegner ist der Ökonomismus (131) und das damit verbundene Aufgehen der subjektiven Elemente im »objektiven« System (133f.). So wird der subjektive Faktor zum Schlüsselement seines Marxismusverständnisses (139) und er betont gegen einen deterministischen Marxismus: »In Wirklichkeit kann man nur den Kampf wissenschaftlich voraussagen.« (Gramsci, Philosophie der Praxis, 221). Bauers Leitgedanken eines erneuerten Marxismus seien dessen Weiterentwicklung als Wissenschaft und Praxisanleitung und seine integrierende Aufgabe für die Einheit der Arbeiterbewegung. Dabei wird der Marxismus als unfertig begriffen und z.B. die Marxsche »Diktatur des Proletariats« zu einer Strategie für den Westen, eines »demokratischen Wegs zum Sozialismus« weiterentwickelt (137f.). Dabei soll der unfruchtbare Gegensatz zwischen »reformistischer Arbeiterbewegung und revolutionärem Gesinnungssozialismus« (138) überwunden werden, um dem »revolutionären Sozialismus das große Erbe ... des demokratischen Sozialismus zu übermitteln« (Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen, in: Bauer Werke, Bd.4, 306).

Gruppi stellt bei seinem Vergleich von linken Austromarxisten und Gramsci ihre Revolutionsstrategie ins Zentrum: Für beide war die Agrarfrage das Schlüsselproblem. Die unterschiedlichen Situationen der Bauern in Rußland und Österreich sind für die Austromarxisten die Hauptursache für Revolution bzw. Scheitern derselben. Gramsci, der davon ausgeht, daß eine Krise immer eine Krise der Hegemonie sei, sieht als Voraussetzung der Hegemoniegewinnung der Arbeiterbewegung in Italien das Bündnis mit den Bauern an. Auch das Problem der Intellektuellen wurde bei Gramsci wie Max Adler betont. Vor allem aber scheint Gruppi die Erklärung der eigenen Niederlagen, der deutschen Sozialdemokratie wie der italienischen Kommunisten fruchtbar zu sein. Beide waren nicht in der Lage, jedem Land eine wirkliche Autonomie zu geben, einen spezifischen Übergang zum Sozialismus aufzuzeigen und den Boden für die Einheit der Arbeiterbewegung zu bereiten (118). »Hier grenzt die historische Erfahrung an die aktuelle Politik, an die Aufgabe, einen *dritten Weg* der Verwirklichung des Sozialismus herauszuarbeiten ...« (118)

Eine sehr gute Einführung in Theorie und Praxis des Austromarxismus bietet der Beitrag von *Marchev*, der seine Einschätzung des Austromarxismus so zusammenfaßt: »Seine Stärke lag in der Analyse ... Seine Schwäche im Außerachtlassen ... der Notwendigkeit, die Interpretation in Aktion zu verwandeln.« (93) Der Austromarxismus stellt für *Marchev* einen »militanten Reformismus« (85) dar, der die österreichischen Sozialdemokraten vor den Schwächen der deutschen Sozialdemokratie bewahrte: »In ihren Reihen konnten weder eine theoretische Revision des revolutionären Marxismus auftauchen, noch der Kult des reformistischen Pragmatismus.« (86) An der Praxis kritisiert *Marchev* allerdings einen sich durchziehenden »Pragmatismus« (91). Mit der Analyse des Linzer Programms und Bauers Konzeption des »integralen Sozialismus« werden neben der Geschichte zwei wichtige Bausteine des Austromarxismus näher beleuchtet und deren Bedeutung für eine Revolutionsstrategie heute deutlich.

Den Abschluß des Bandes bildet ein Beitrag des polnischen Marxisten *Waldenberg*, der die Rezeption des Austromarxismus in Polen untersucht. Jürgen Blume (Berlin/West)

Über die Autoren/Autorinnen

Abendroth, Wolfgang, Prof. Dr., geb. 1906, verstorben 1985; emeritierter Ordinarius für Wissenschaft von der Politik. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Gewerkschafts- und Parteiengeschichte, zum Verwaltungs- und Staatsrecht. Veröffentlichungen u.a.: *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie* (1981), *Ein Leben in der Arbeiterbewegung* (1976),

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen am Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus. Veröffentlichungen u.a.: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978), *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980), *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983). Mitglied in SPD und GEW, Mitherausgeber der *spw*.

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und der Geschichtswissenschaften an der FU Berlin. Mitglied der HBV, des Juso-Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Charlottenburg und der *spw*-Redaktion.

Engelmann, Reiner, geb. 1959; Diplom-Politologe, Arbeitsschwerpunkt: Italien. Mitglied der SPD.

Glötz, Peter, geb. 1939; Mitglied des Deutschen Bundestags und Bundesgeschäftsführer der SPD.

Haug, Wolfgang Fritz, Dr. phil., geb. 1936; Hochschullehrer für Philosophie an der FU Berlin. Herausgeber der Zeitschrift »Das Argument«. Zahlreiche Veröffentlichungen über marx. Wissenschaftstheorie und Probleme einer sozialistischen Strategie.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft, z.Zt. Doktorand und Stipendiat der FES. Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD - Die Falken und der *spw*-Redaktion.

Horstmann, Axel, geb. 1954; Dipl.-Volkswirt. Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD Ostwestfalen-Lippe und des Rats der Stadt Enger.

Hossbach, Christian, geb. 1963; Studium der Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin. Mitglied im Kreisvorstand der Jungsozialisten Berlin-Charlottenburg, Berliner Delegierter zu den Juso-Bundeskongressen 1984 und 1985. Mitglied in SPD, GEW und SJD - Die Falken.

Huntzinger, Jacques, Internationaler Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Ingrao, Pietro, geb. 1915; Mitglied des Zentralkomitees und der Parteileitung der KPI, 1976-79 Präsident der ital. Abgeordnetenkammer.

Jansen, Mechthild, geb. 1952; Studium der Soz. Wiss. an der Univ. Bremen; Vorsitzende des SHB von 1975-78; 1978 Ausschluss aus der SPD; Mitglied der GEW und des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«. Veröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfes in der BRD.

Karl, Helga, 1950; Dipl.-Soz., EDV-Organisatorin, Geschäftsführerin des *Argument*. Wichtigste Veröffentlichung: *Automation im Arbeiterleben*, Argument-Sonderband 79 (Mitautorin, 1983). Arbeitsgebiete: Automationsforschung, Kulturarbeit, Frauen. Mitglied in GEW, Kulturpolit. Gesellschaft.

Kisker, Klaus Peter, geb. 1932; Hochschullehrer am Institut für Konzentrationsforschung der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie/Wirtschaftspolitik.

Kolter, Marianne, geb. 1955; Mitglied der Redaktion »3. Welt Zeitung«. Arbeitsschwerpunkt: Frauenfragen, südliches Afrika.

Meisner, Norbert, Dr., geb. 1942; Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und stellv. Landesvorsitzender der Berliner SPD.

Nassauer, Georg; Betriebsratsmitglied bei Siemens. Arbeitsgebiete: Gewerkschaftsfragen, Automation / Rationalisierung.

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

Seifert, Jürgen, geb. 1928; Hochschullehrer, seit 1973 stellv. Vorsitzender, seit 1983 Bundesvorsitzender der Humanistischen Union.

Statz, Albert, geb. 1946; Hochschulassistent an der FU Berlin. Mitglied der AL Berlin und Bundesarbeitsgruppe Frieden der Grünen.

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist. 1976 bis 1984 Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten, Mitglied in SPD, HBV, AWO und der *spw*-Redaktion.

Westphal, Andreas, geb. 1958; Dipl.-Volkswirt, wiss. Mitarbeiter am Institut für Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik in Frankreich, Technologieentwicklung. Mitglied in SPD, ÖTV sowie der *spw*-Redaktion.

Wolf, Frieder Otto, geb. 1943; Philosoph und Politikwissenschaftler. Mitglied der AL Berlin und des Europaparlaments für Die Grünen.

Wolf, Klaus-Peter, geb. 1951; Journalist. Mitglied im geschäftsführenden Kreisvorstand der SPD Charlottenburg. Mitglied in: IG Druck u. Papier, Mitherausgeber der *spw*.



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis
8. Jahrgang 1985
spw 26 bis 29

***spw*-Verlag Berlin/West**

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Michael Häupl (Wien), Mechthild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65

Tel.: (030) 461 7083

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,

Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Andreas Wehr

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1985.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-2. Tausend Dezember 1985

Die spw erscheint 1985 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Editorials und Verlagsmitteilungen

Editorial	26/ 3
Verlagsmitteilungen	26/ 4
Editorial	27/ 131
Editorial	28/ 259
Verlagsmitteilungen	28/ 261
Editorial	29/ 387
Verlagsmitteilung	29/ 389

Aufsätze

<i>Albers, Detlev</i> : Zukunft der Grünen und Zukunft der Linken	27/ 158
<i>Axt, Heinz-Jürgen</i> : Griechenland vor der Wahl: Der »große Wandel« — Anspruch und Wirklichkeit	27/ 177
<i>Bäcker, Gerhard</i> : Sozialpolitische Anforderungen und Perspektiven	27/ 213
<i>Barrett, Michèle</i> : Marxismus-Feminismus und das Werk von Karl Marx	27/ 148
<i>Becker, Johannes</i> : Das Erstarken der extremen Rechten in Frankreich — Quellen, Verbindungen und Perspektiven	27/ 186
<i>Böckmann, Andrea, Uwe Kremer, Ingrid Petersen-Buggisch, Olaf Scholz, Klaus-Peter Wolf und Wolfgang Zellner</i> : Thesen des Hannoveraner Kreises zur Lage und Perspektive der Jungsozialisten in der SPD	26/ 17
<i>Demele, Ottwald, und Wolfgang Schoeller</i> : Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik — zum Scheitern verurteilt?	28/ 290
<i>Engelmann, Rainer</i> : Die KP Italiens. Veränderungen einer Strategie und politische Perspektiven	29/ 422
<i>Genç, Alişan</i> : Rückkehrhilfe als »Integrationspolitik«. Zur Ausländerpolitik der Bundesregierung	26/ 42
<i>Gransow, Volker</i> : Die Massenmedien verschwinden. Vom fortgesetzten Strukturwandel der Öffentlichkeit	28/ 346
<i>Hüapl, Michael</i> : Die SPÖ nach Hainburg. Thesen zur Krise des politischen Systems in Österreich	26/ 38
<i>Haug, Wolfgang Fritz</i> : Ohne Antwort auf die Krisen- und Herrschaftsdynamik des transnationalen Kapitals bleibt es bei illusionärem Reformismus. Zwei Wortmeldungen zum Entwurf von Peter Glotz	29/ 470
<i>Heimann, Gerhard</i> : Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung	28/ 276
<i>Horstmann, Axel</i> : Auf der Suche nach dem Fluchtweg. Zum SPD-Wirtschaftsprogrammentwurf	29/ 408
<i>Herr, Hansjörg</i> : Mit Keynes gegen den Nachfragekeynesianismus. Oder: Was hat Keynes in der heutigen sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Diskussion noch zu sagen?	28/ 300
<i>Huntzinger, Jacques</i> : Das Bündnis und die Entwicklung einer europäischen Position	29/ 481
<i>Ingrao, Pietro</i> : Europa, Dritte Welt und Friedensbewegung unter Bedingungen des potentiellen Atomkriegs	29/ 475
<i>Janßen, Hans</i> : Gewerkschaften und Grüne	26/ 58
<i>Karl, Helga</i> : Von der Polarisierungsthese zum Modernisierungspakt. Eine Auseinandersetzung mit Kern/Schumann	29/ 412

<i>Kisker, Klaus Peter, und Andreas Westphal: Die SPD zwischen Illusion und Selbstaufgabe. Anmerkungen zu einigen außenwirtschaftlichen Aspekten der aktuellen Wirtschaftsprogrammdiskussion</i>	29 / 449
<i>Klotz, Johannes: SPD und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik</i>	27 / 163
<i>Kremer, Uwe: s.u. Böckmann, Andrea</i>	
<i>Kremer, Uwe: Zur Methode der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte</i>	27 / 199
<i>Kremer, Uwe: »Zukunft der Arbeit« — Zukunft der SPD</i>	28 / 317
<i>Meisner, Norbert: Europäisierung der NATO bedeutet Aufrüstung. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik und europäische Verteidigung</i>	29 / 492
<i>Paech, Norman: 40 Jahre nach Potsdam - Ist die deutsche Frage noch offen?</i>	28 / 283
<i>Pausch-Gruber, Ursula: SPD und Frauenfrage. Ein Beitrag zur Programmdiskussion</i>	28 / 310
<i>Peter, Horst, und Norbert Sprafke: Rot und Grün — Realität in Kassel</i>	26 / 63
<i>Petersen-Buggisch, Ingrid: s.u. Böckmann, Andrea</i>	
<i>Renzelmann, Karin: Genossenschaften: Sozialistische Strategie oder individuelle Problemlösung?</i>	28 / 338
<i>Schilling, Gertrud: Rot-grüne Perspektiven jenseits machttaktisch orientierter Bündnisse? Erfahrungen (und Interpretationen) aus Hessen</i>	26 / 68
<i>Schöler, Ulrich: 60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (II). Damals — heute: Parallelen und Unterschiede</i>	26 / 11
<i>Schöler, Ulrich: »Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf ...« Abendroth, SPD und Presse in der Nachkriegsära</i>	29 / 430
<i>Schoeller, Wolfgang: s.u. Demele, Ottwald</i>	
<i>Scholz, Olaf: s.u. Böckmann, Andrea</i>	
<i>Scholz, Olaf: Immer wieder Stamokap ... Zu den jüngsten Auseinandersetzungen um den SHB</i>	27 / 195
<i>Seifert, Jürgen: Wolfgang Abendroth und die SPD</i>	29 / 438
<i>Sprafke, Norbert: s.u. Peter, Horst</i>	
<i>Steinacker, Max, und Andreas Westphal: Die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten</i>	26 / 27
<i>Wehr, Andreas: Rot-grüne Bündnisse — aber welche?</i>	26 / 52
<i>Wehr, Andreas: Umrüsten statt abrüsten? — Zur Diskussion über das Bülow-Papier</i>	29 / 404
<i>Weinberg, Harald: 25 Jahre SHB. Das spannungsreiche Verhältnis zur Sozialdemokratie</i>	26 / 23
<i>Wendl, Michael: Sozialdemokratische Programmideen — Zwischenbilanz der wirtschaftspolitischen Debatte in der SPD</i>	27 / 207
<i>Westphal, Andreas: s.u. Kisker, Klaus Peter</i>	
<i>Westphal, Andreas: s.u. Steinacker, Max</i>	
<i>Wolf, Frieder O.: Notwendige Brüche und mögliche Bündnisse. Probleme eines realistischen grünen Radikalismus</i>	26 / 48
<i>Wolf, Frieder O.: Ohne Zukunft der Grünen keine Zukunft der Linken. Replik auf Detlev Albers</i>	29 / 444
<i>Wolf, Klaus-Peter: s.u. Böckmann, Andrea</i>	
<i>Zellner, Wolfgang: Bundeswehrplan 1985 - Ziel ist militärische Überlegenheit</i>	27 / 169

<i>Zimmer, Jochen: Welche Zukunft der Freizeit? Thesen zur Entwicklung des Verhältnisses von Arbeit und Freizeit</i>	28 / 327
Kommentare und Berichte	
<i>Blume, Jürgen: Heinrich Böll</i>	28 / 262
<i>Blume, Jürgen, und Frank Heidenreich: IV. Otto-Bauer-Symposium der IUSY, Wien, 27. bis 29.9.1985</i>	29 / 503
<i>Born, William, und Michael Staack: Wie die Phoenix aus der Asche?</i>	28 / 269
<i>Brunkhorst-Albers, Franziska, und Jürgen Gleske: Erstes »Neuland-Gespräch« des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe vom 8.-9.3.1985 in Bielefeld</i>	27 / 237
<i>Burmester, Hillevi, und Britta Ernst: Schwierige Gehversuche auf neuem Feld — Juso-Frauenkonferenz vom 26.-28.4.1985 in Köln</i>	27 / 235
<i>Christ, Rainer, und Ulrich Schöler: Sozialistische Perspektiven? Kongreß der Zeitschrift »Sozialistische Praxis«, Frankfurt, 16.-18.11.1984</i>	26 / 92
<i>Ernst, Britta: s.u. Burmester, Hillevi</i>	
<i>Exner, Burkhard, Jörg Grigoleit und Matthias Zipser: XII. Weltfestspiele: der Bär marschierte ein</i>	28 / 273
<i>Exner, Burkhard: Stärkere Hinwendung zur Sozialdemokratie. 25 Jahre Sozialistischer Hochschulbund — Jubiläumskongreß</i>	28 / 366
<i>Exner, Burkhard, und Uwe Kremer: Blockadekongreß. Bundeskongreß der Jungsozialisten am 22. und 23. Juni 1985 in Bonn</i>	28 / 369
<i>Frohmann, Armin: Geschichte zwischen »Großmeistern« und »Barfußhistorikern«. Tagung der historischen Kommission der SPD vom 28.2. bis 1.3.1985 in Bonn</i>	27 / 232
<i>Gleske, Jürgen: s.u. Brunkhorst-Albers, Franziska</i>	
<i>Grigoleit, Jörg: s.u. Exner, Burkhard</i>	
<i>Heidenreich, Frank: s.u. Blume, Jürgen</i>	
<i>Heidenreich, Frank: Sozialdemokratische Grundsätze ohne geschichtlichen Grund</i>	28 / 264
<i>Heidenreich, Frank: Kontroversen unter Marxisten und Strategien der Linken in Europa ... 6. Volksuni vom 24. bis 27. Mai 1985</i>	28 / 363
<i>Hossbach, Christian: Rau(h)e Zeiten?</i>	29 / 394
<i>Jansen, Mechtild: »Schwestern zur Sonne, zur Freiheit«. 7. Bundeskonferenz der AsF vom 4. bis 10.10.1985</i>	29 / 506
<i>Kolter, Marianne: Brennpunkt Südafrika</i>	29 / 398
<i>Kremer, Uwe: s.u. Exner, Burkhard</i>	
<i>Kremer, Uwe: »Anders arbeiten — anders leben?« Die Parteilinke im Umbruch (Tagung des Frankfurter Kreises vom 8. bis 10.2.1985)</i>	26 / 80
<i>Möller, Gerwin, und Dieter Schönfelder: Lebendiger Marxismus. Konferenz der Juso-Hochschulgruppen vom 14. bis 16. Juni 1985 in Frankfurt</i>	28 / 361
<i>Nassauer, Georg: DGB-Aktionswoche: Der Wind hat sich gedreht</i>	29 / 395
<i>Neumann, Kurt: »Die SPD kann wieder siegen ...«</i>	27 / 137
<i>Nohara, Erik: Geschichtsbewußtsein und Staatsfeiertage</i>	27 / 141
<i>Paschert, Berthold: Die Universität zwischen Ökonomisierung und Militarisierung? Zur Sinnkrise in den Wissenschaften. Interdisziplinärer Friedenskongreß in Münster vom 17. bis 20.1.1985</i>	27 / 240

<i>Petersen-Buggisch, Ingrid</i> : Bundesweiter Frauenratschlag, Köln, 26. und 27.1.1985	26/ 89
<i>Rave, Klaus</i> : Tu was mit der SPD. Peter Glotz' organisationspolitische Thesen	26/ 8
<i>Rix, Christiane</i> : Die wirkliche Chance in Genf	26/ 5
<i>Schöler, Ulrich</i> : s.u. <i>Christ, Rainer</i>	
<i>Schöler, Ulrich</i> : »Grundannahme von Godesberg ... eine Illusion« (Willy Brandt). Veranstaltung zum 25. Jahrestag des Godesberger Programms am 12.11.1984	26/ 86
<i>Schöler, Ulrich</i> : Glotzsche Korrekturen am Profil der SPD	28/267
<i>Schönfelder, Dieter</i> : s.u. <i>Möller, Gerwin</i>	
<i>Scholz, Dieter</i> : Berlin Compagnie: Die Kuba-Krise	26/ 97
<i>Wand, Kurt</i> : »Alternative Hafen- und Küstenkonferenz«. Bericht über die Konferenz der Grünen in Hamburg am 4. und 5. Mai 1985	28/359
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Mit aller Kraft voraus! Heinz Albrecht zum 75. Geburtstag	27/133
<i>Wildt, Michael</i> : »Grabe, wo du stehst ...« 2. Geschichtsfest der Geschichtswerkstätten 15. bis 17. Juni 1985 in Hamburg	28/357
<i>Wolf, Klaus-Peter</i> : Berufsverbote und innere Militarisierung	26/ 6
<i>Wolf, Klaus-Peter</i> : Abschied von der »Mehrheit diesseits der CDU«?	29/392
<i>Zimmer, Jochen</i> : Die roten Grünen werden 90	27/144
<i>Zipser, Mathias</i> : s.u. <i>Exner, Burkhard</i>	

Dokumentation

<i>Albers, Detlev, Jürgen Heinrich und Klaus-Peter Wolf</i> : Sozialistische Anforderungen an das neue Grundsatzprogramm der SPD	26/ 99
<i>Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Berlin</i> : Sowjetunion und Entspannungspolitik	26/104
<i>Egert, Jürgen, Michael Müller und Horst Peter</i> : Entwurf: Die Zukunft der Arbeit. Sozialdemokratische Reformen für eine menschenwürdige Gesellschaft	28/351

Interviews

<i>Albers, Detlev</i> : Mit Europa die Welt verändern? Streitgespräch mit <i>Peter Glotz</i>	29/461
<i>Glotz, Peter</i> : Mit Europa die Welt verändern? Streitgespräch mit <i>Detlev Albers</i>	29/461
»Theorie- und Perspektivlosigkeit wird zu weiteren Niederlagen führen« — <i>Peter v. Oertzen</i> zur Programmdebatte	27/223
»Sie will sich als etwas Neues darstellen« — <i>Lucien Sève</i> (ZK des PCF) über Le-Pen und die politische Rechte in Frankreich	27/229
Rot-grüne Zusammenarbeit in Hessen — schon am Ende oder erst am Anfang? Gespräch mit dem Frankfurter SPD-Vorsitzenden <i>Martin Wentz</i>	26/ 75

Briefe an Redaktion und Autoren/Autorinnen

Betrifft: Austromarxismusdebatte marxistischer Sozialdemokraten (<i>Volker Gransow</i>)	28/373
Betrifft: Genossenschaften — <i>Renzelmann</i> in <i>spw</i> 28 (<i>Eva Brücker</i>)	29/512

Betrifft: Friedenspolitische Strategie. Replik auf Scholz/Zeller in <i>spw</i> 25 (<i>Christiane Rix</i>)	26 / 110
Betrifft Steuerpolitik (<i>Thomas Ewald</i>)	27 / 243
Betrifft: Entspannungspolitische Perspektive für West-Berlin — Zu Exner, Grigoleit, Zipser (<i>Carsten Kessel</i>)	29 / 511
Betrifft: Wirtschaftspolitische Beiträge in <i>spw</i> 28 (<i>Burkhard Kornetki</i>)	29 / 511

Besprechungen

<i>Abendroth, Wolfgang, u.a.:</i> SPD — Jenseits von Godesberg (<i>K.-P. Wolf</i>)	29 / 514
<i>Abendroth, Wolfgang:</i> Die Aktualität der Arbeiterbewegung (<i>K.-P. Wolf</i>)	29 / 515
<i>Adler, Max:</i> Ausgewählte Schriften (<i>U. Schöler</i>)	27 / 251
<i>Albers, Detlev, und Franco Andreucci (Hrsg.):</i> Der Weg der Arbeiterbewegung nach 1917. Zur sozialistischen theorie in der Zwischenkriegszeit (<i>J. Blume</i>)	29 / 517
<i>Barrett, Michèle:</i> Das unterstellte Geschlecht — Umrisse eines materialistischen Feminismus (<i>A. Damrat</i>)	26 / 119
<i>Boberg, Jochen, Tilman Fichter und Eckhard Gillen (Hrsg.):</i> Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert (<i>A. Ludwig</i>)	27 / 244
<i>Böge, Volker, u.a.:</i> Sicherheitspolitische Alternativen (<i>Ch. Rix</i>)	26 / 125
<i>Coassin-Spiegel, Hermes:</i> Gramsci und Althusser (<i>P. Körte</i>)	27 / 249
<i>Ebermann, Thomas, und Rainer Trampert:</i> Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei (<i>D. Albers</i>)	27 / 158
<i>Gailus, Manfred (Hrsg.):</i> Pöbelexesse und Volkstumulte in Berlin (<i>A. Ludwig</i>)	27 / 244
<i>Kaltefleiter, Werner:</i> Parteien im Umbruch (<i>H.-W. Weizen</i>)	26 / 117
<i>Klotz, Johannes:</i> Das »kommende Deutschland« (<i>W. Saggau</i>)	26 / 123
<i>Krätke, Stefan, Renate Hirsch-Borst und Fritz Schmoll:</i> Zwischen Selbsthilfe und Staatsbürokratie (<i>K. Renzelmann</i>)	28 / 378
<i>Kuhn, Annette, u.a.:</i> Frauen in der Geschichte I bis V (<i>K. Schilde</i>)	26 / 113
<i>Kuhn, Annette, u.a.:</i> Frauen im deutschen Faschismus (<i>K. Schilde</i>)	26 / 114
Ein Gespräch mit <i>Jürgen Kuczynski</i> über Arbeiterklasse, Alltag, Geschichte, Kultur und vor allem über Krieg und Frieden (<i>H.-G. Hofschien</i>)	26 / 121
<i>Lafontaine, Oskar:</i> Der andere Fortschritt (<i>T. Müller</i>)	28 / 376
Lern- und Arbeitsbuch Geschichte der Arbeiterbewegung (<i>J. Wollenberg</i>)	27 / 247
<i>Lüpke, Reinhard:</i> Zwischen Marx und Wandervogel (<i>J. Gürtler</i>)	26 / 116
<i>Mozetic, Gerald (Hrsg.):</i> Austromarxistische Positionen (<i>U. Schöler</i>)	27 / 251
<i>Niethammer, Lutz (Hrsg.):</i> »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.« (<i>A. Ludwig</i>)	27 / 244
<i>Niethammer, Lutz (Hrsg.):</i> »Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.« (<i>A. Ludwig</i>)	27 / 244
<i>Niethammer, Lutz, Bodo Hambach, Tilman Fichter und Ulrich Borsdorf (Hrsg.):</i> »Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.« (<i>A. Ludwig</i>)	27 / 244
<i>Ristau, Malte:</i> Identität durch Geschichte (<i>A. Ludwig</i>)	27 / 244
<i>Quack, Sybille:</i> Paul Levi — Rosa Luxemburg (<i>V. Gransow</i>)	27 / 250
<i>Scherer, Peter, und Peter Schaaaf:</i> Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848 bis 1949 (<i>W. Abendroth</i>)	26 / 112

<i>Steinbach, Peter: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen (P. Sonnet)</i>	27 / 254
<i>Storm, Gerd, und Franz Walter: Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus? (F. Heidenreich)</i>	28 / 379

Josef Hindels

Marxismus und Gegenwart

Mit einem Vorwort von Kurt Neumann und Ernst Nedweg
herausgegeben vom spw- und SPÖ-Verlag

Professor Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen innerhalb der SPÖ, hat es auf mehrfachen Wunsch von Seminarteilnehmern und sozialistischen Bildungsfunktionären übernommen, in dieser Broschüre herauszuarbeiten, was undogmatischer Marxismus eigentlich ist und wie einige gesellschaftliche Probleme der Gegenwart aus marxistischer Sicht einzuschätzen sind.

Ausgehend von der Darstellung marxistischer Grundpositionen der Gesellschaft von heute und der Interpretation des historischen Materialismus, befaßt sich Hindels ausführlich mit den Zusammenhängen zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der atomaren Rüstungs- und Kriegsgefahr sowie der durch die profitorientierte Ökonomie bedrohten Ökologie.

Wir betrachten diese Broschüre als eine aktuelle Einführung in die marxistische Vorstellungswelt über den Weg zum Sozialismus, damit aber auch als eine Herausforderung zur Diskussion von gesellschaftlichen Grundfragen unserer Zeit.

2. Aufl., 143 S., 9,00 DM (über spw-Vertriebsagenten 6,- DM) · ISBN 3-922489-07-9

spw-Vertrieb · Tegeler Straße 6 · 1000 Berlin 65



Ulrich Herbert
Fremdarbeiter

Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches
488 S., 38,— DM

Gerald D. Feldman
Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918

Deutsch von Norma von Ragenfeld-Feldman
448 S. mit zahlr. Karikaturen aus dem „Simplizissimus“, Hardcover 49,80 DM

Rolf Steininger
Eine Chance zur Wiedervereinigung?

Die Stalin-Note vom 10. März 1952
Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten
316 S., ca. 148,— DM

Die Analyse — ohne die Dokumente — liegt vor unter dem Titel:

Rolf Steininger
Eine vertane Chance

Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung
Eine Studie auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten
160 S., 16,80 DM

Johannes M. Becker (Hg.)
Das französische Experiment

Linksregierung in Frankreich 1981-1985
Mitarbeit: Frank Deppe und Lothar Peter
Dietz Taschenbuch 15
256 S., 16,80 DM

Mit einem Gespräch mit vier französischen Wissenschaftlern und zum Teil erstmals auf deutsch veröffentlichten Dokumenten.

Peter Pringle/William Arkin
SIOP

Der geheime Atomkriegsplan der USA
Deutsch v. Hans M. Herzog
Dietz Taschenbuch 14
224 S., 16,80 DM

Klaus Novy/Michael Prinz
Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft

Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945
240 S. mit ca. 300 Abb., davon 32 S. mehrfarbig, Hardcover 30,— DM

Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.)

„Wir kriegen jetzt andere Zeiten“

Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern
Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, Band 3
464 S., 48,— DM



Franz Nuscheler
Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik

280 S. mit zahlr. Abb. und Tabellen. 19,80 DM



Mit der grundlegenden Einführung — zugleich Lehrbuch und Nachschlagewerk — verbindet der Autor eine vernichtende Kritik an der Entwicklungspolitik aller Industrienationen.

Rudolf Wassermann

Vorsorge für Gerechtigkeit

Rechtspolitik in Theorie und Praxis
344 S., Hardcover 38,— DM

Michael von Klipstein/Burkhard Strümpel (Hg.)

Gewandelte Werte — Erstarre Strukturen

Wie die Bürger Wirtschaft und Arbeit erleben
352 S. mit zahlr. Abb. und Tabellen. 29,80 DM



Verlag
J.H.W. Dietz
Nachf.



Verlag
Neue
Gesellschaft

Konzepte zum Frieden

Vorschläge für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik der SPD

herausgegeben von

Katrin Fuchs, Hajo Hoffmann und Horst Klaus

Bei den Gewerkschaften wird das Thema Frieden und Abrüstung zunehmend zu einem Schwerpunkt ihrer Politik, zumal sie sowohl hinsichtlich der Kosten als auch hinsichtlich der Arbeitsplatzproblematik immer stärker direkt damit konfrontiert werden. Die SPD diskutiert seit Köln und Essen eine neue Friedenspolitik; Sicherheitspolitik ist ein Stichwort in dieser Diskussion. Niemand kann heute beanspruchen, dafür schon ein geschlossenes Konzept zu haben. Um so wichtiger ist es, Informationen darüber und Meinungen dazu auszutauschen. Mit diesem Band publizieren Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Vertreter aus der Friedensbewegung und Wissenschaftler Beiträge zur Diskussion für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik.

Autoren u.a.: Egon Bahr: Die wirkliche Chance in Genf. SDI, Sicherheitspartnerschaft und die Genfer Verhandlungen ● Wolfgang Zellner: SDI und der Frieden in Europa ● Konrad Gilges: Essener Parteitag und wie weiter? Zur friedenspolitischen Programmdiskussion in der SPD ● Katrin Fuchs: Frieden ist möglich — durch Abrüstung und Entspannung ● Günter Gaus: Die DDR — »Stachel im Fleische unserer Selbstgefälligkeit« ● Horst Klaus: Gewerkschaftliche Positionen und Aktivitäten zur Friedenspolitik ● Gerd Greune: Zu den Aufgaben der Friedensbewegung ● Christa Randzio-Plath: Frauen für den Frieden.

23,- DM/ÖS 170,-
(über spw-Vertriebsagenten 16,- DM)

ISBN 3-922489-06-0

spw-Vertrieb · Tegeler Straße 6 · 1 000 Berlin 65